

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG  
**Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“**

**Öffentlicher Teil**

15. Sitzung

Freitag, 30. Juni 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal  
Videokonferenz

---

Beginn: 9:35 Uhr                      (Mittagspause: 14:14 bis 15:21 Uhr)                      Schluss: 18:58 Uhr

---

T a g e s o r d n u n g

**Teil I – öffentlich**

**Öffentliche Anhörung von Winfried Kretschmann MdL**

**Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg**

zum Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen  
und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ ..... S. 2

**Öffentliche Anhörung**

zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile  
in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ ..... S. 33

**Teil II – nicht öffentlich**.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am  
22. September 2023 zu behandelnden Themas

2. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am 13. Oktober 2023 zu behandelnden Themas
3. Verschiedenes

## Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und  
Krisenbewältigung“

am Freitag, 30. Juni 2023, 12:00 Uhr  
Plenarsaal (Haus des Landtags)

### Ablaufplan

(Stand 22.6.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
12:00 Uhr	<b>Prof. Dr. Havva Engin</b> , Professorin für Pädagogik, Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik, Pädagogische Hochschule Heidelberg
12:20 Uhr	<b>Prof. Dr. Karina Karst</b> , Juniorprofessorin für Unterrichtsqualität in heterogenen Kontexten, Universität Mannheim
12:40 Uhr	40-minütige Fragerunde
13:20 Uhr	Mittagspause
14:30 Uhr	<b>Dirk Lederle</b> , stellv. Landesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
14:50 Uhr	<b>Monika Stein</b> , Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg
15:10 Uhr	<b>Berat Gürbüz</b> , Vorsitzender des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg
15:30 Uhr	60-minütige Fragerunde
16:30 Uhr	<b>Prof. Dr. Leo Latasch</b> , Leiter des Projekts RESIBES – Resilienz durch Helfernetzwerke zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen, Deutsches Rotes Kreuz Frankfurt/Main
16:50 Uhr	<b>Rosemarie Daumüller</b> , Geschäftsführerin des Landesfamilienrats Baden-Württemberg
17:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
~17:50 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

**Teil I – öffentlich** (Beginn: 9:35 Uhr)

**Punkt 1**

**Öffentliche Anhörung von Winfried Kretschmann MdL,  
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg  
zum Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher  
Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge  
und Krisenbewältigung“**

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ am 30. Juni 2023. Ich darf Sie alle recht herzlich hier vor Ort begrüßen, auch Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, ebenso die Personen, die uns per Livestream zugeschaltet sind, die heute anwesende Presse sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, die heute bei uns sind.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Dazu gibt es, soweit ich es sehe, keine Änderungswünsche aus der Runde. Dann treten wir direkt in die Tagesordnung ein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Einladung zur heutigen Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“.

Krisen sind ja seit einiger Zeit unser permanenter Begleiter. Sie treten gehäuft auf und beeinflussen und verstärken sich sogar gegenseitig. Man spricht deswegen von einer Zeit multipler Krisen. Wir leben inmitten der Klimakrise. Den Fortgang und das Ausmaß bestimmen wir noch selbst. Wir arbeiten uns gerade aus der Energiekrise heraus, in die uns die einseitige Abhängigkeit von russischem Erdgas und der Überfall Russlands auf die Ukraine geführt hat – ein schlimmer Aggressionskrieg. Krieg ist ja die Krise aller Krisen.

Außerdem haben wir eine Krise hinter uns, die für uns von der Art und dem Ausmaß her in der jüngeren Vergangenheit beispiellos war: eine weltweite Pandemie, die unser aller Leben auf den Kopf gestellt hat. Das war für die meisten von uns so weit weg wie die biblischen Plagen – und doch kam es so. Die Coronapandemie war für uns ein tiefer Einschnitt. Das gilt für jeden Einzelnen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Das gilt aber auch für unsere Gesellschaft und für die Demokratie.

Deshalb ist es gut und richtig, dass diese Enquetekommission, die bundesweit die einzige dieser Art ist, ausführlich darüber berät, welche Lehren wir aus der Krise ziehen können. Bevor ich zu diesem Punkt komme, will ich die damit verbundenen Fragen

noch einmal Revue passieren lassen – sie waren ja auch teilweise sehr kontrovers –, um daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wenn wir zurückdenken: Die Coronapandemie verbreitete sich ohne Vorwarnung und mit rasender Geschwindigkeit in allen Ecken der Welt. Zu Beginn wusste niemand, womit wir es genau zu tun haben: Wie verbreitet sich dieses neue Virus? Welche Folgen hat die Infektion? Wie kann man sich dagegen schützen? In Norditalien, aber vor allem auch im benachbarten Elsass und in New York gab es die ersten großen Infektionswellen. Von dort erreichten uns Bilder, die sich natürlich in das Bewusstsein ein-gebrannt haben: lange Schlangen von Rettungsfahrzeugen vor völlig überfüllten Kliniken, Tausende von Opfern, die mit Militär-Lkws zu den Krematorien transportiert wurden, und Eislaufhallen, die zur Kühlung von Leichen genutzt wurden.

Schnell wurde klar: Das Coronavirus ist hoch ansteckend und vor allem für ältere Menschen oder solche mit Vorerkrankungen lebensgefährlich. Und schnell wurde auch klar. Das Virus verbreitet sich durch menschlichen Kontakt. Deshalb lag auf der Hand: Solange es keine Heilmittel und keine Impfung gab, konnten wir die ungebremste Ausbreitung und eine gesundheitliche Katastrophe nur verhindern, indem wir Abstand halten – das war ja das große Wort – und die physischen Kontakte einschränken. Es lag auf der Hand, dass wir nicht nur mit freiwilligen Maßnahmen operieren konnten, sondern dass wir dafür einen klaren rechtlichen Rahmen und verbindliche Regeln brauchten. Es waren teilweise sehr weitreichende, aber auch schmerzhaft eingriffe in die persönliche Freiheit jedes Einzelnen von uns, und es war immer ein schwieriger Abwägungsprozess: Hilft die Einschränkung, um die Verbreitung zu bremsen? Ist die Einschränkung verhältnismäßig? Auf die Verhältnismäßigkeit werde ich gleich noch eingehen. Zudem mussten wir bedenken, ob diese Maßnahmen von den Menschen akzeptiert werden.

Neben dieser Abwägung gab es eine weitere Größe, die für uns entscheidend war: die Lage in den Krankenhäusern und insbesondere auf den Intensivstationen. Sie war immer ein wichtiger Maßstab für unser Handeln. Es ging darum, dass jederzeit alle Erkrankten eine angemessene Behandlung bekommen. Das betraf nicht nur Coronafälle, sondern auch alle anderen Erkrankungen, die es natürlich weiterhin gab – denken Sie nur an Menschen, die auf Operationen warteten. Deshalb waren die Einschränkungen im Großen und Ganzen gerechtfertigt – auch im Rückblick –, und zwar nicht nur, um die Zahl der Toten und Infizierten möglichst gering zu halten, sondern auch, um eine menschenwürdige Behandlung derjenigen sicherzustellen, die medizinische Hilfe benötigen – sei es wegen einer Coronainfektion oder auch aus anderen Gründen.

Ich erinnere noch einmal daran, welche heftigen Abwägungsdebatten wir hatten, z. B. ob wir Menschen aus dem Elsass auf unseren Intensivstationen aufnehmen, und welche schwierige Entscheidungen das waren. An dieser Stelle, muss ich sagen, würde ich heute doch einiges anders machen.

Aber es gab unbestreitbar auch große Härten, und nicht alles, was wir beschlossen haben, hat sich im Rückblick als richtig herausgestellt. Tatsächlich haben wir und auch ich persönlich die Auswirkungen von Schulschließungen auf Kinder und Jugendliche unterschätzt. Ich erinnere mich, dass ich mit Studierenden debattiert habe und dann doch etwas zu saloppe Äußerungen gemacht habe. Das kam bei denen nicht gut an.

Dass der Distanzunterricht Probleme macht, kam nicht unerwartet, vor allem für Familien, die nicht so viel Platz zu Hause haben und bei denen die Eltern nicht so einfach im Homeoffice bleiben können. Es hat viele Kinder und Jugendliche hart getroffen, vor allem dann, wenn ihnen zu Hause die Unterstützung beim Lernen gefehlt hat. Aber auch außerhalb der Schule haben gerade die Jüngeren besonders gelitten, auch durch den fehlenden Kontakt mit Freundinnen und Freunden in der Schule oder im Sportverein. Es war für viele eine richtig schwere Zeit, und die Folgen wirken bis heute nach.

Auch viele ältere Menschen haben sehr gelitten, weil sie besonders gefährdet waren, ebenso wie übrigens auch Menschen mit Vorerkrankungen. Sie traf die Einsamkeit durch die Kontaktbeschränkungen oft besonders hart. Auch die sehr rigorosen Kontaktbeschränkungen in den Altenheimen sehe ich im Nachhinein skeptisch. Weil das Virus für alte Menschen lebensgefährlich war, wollten wir diese Gruppe besonders gut schützen, und das ging nur, indem Kontakte auf ein Minimum reduziert wurden. Allerdings hatte das auch eine schmerzhafteste Kehrseite: die Einsamkeit, unter der viele alte Menschen litten, und vor allem die Fälle, in denen Menschen starben, ohne noch einmal Kontakt zu ihren Angehörigen gehabt zu haben. Das bedauere ich wirklich sehr.

Mit dem Wissen, das wir heute haben, würde ich die eine oder andere Entscheidung womöglich anders treffen. Aber Tatsache ist auch: Dieses Wissen hatten wir damals nicht. Wir mussten uns im Nebel vorwärts tasten; wir mussten auf Sicht fahren. Ich habe in den ganzen Debatten sehr oft gesagt: Wir fahren auf Sicht.

Deshalb ist es auch ein beträchtlicher Unterschied, ob man das Handeln der Regierung daran misst, was sie in der konkreten Situation aufgrund der damals vorhandenen Informationen entschieden hat, oder ob man die Entscheidungen im Nachhinein mit Erkenntnissen bewertet, die zum Zeitpunkt des Handelns gar nicht vorlagen. In einer Krise muss man schnell und auf Basis von unvollständigen Informationen handeln und dafür ein gewisses Risiko in Kauf nehmen; denn zögern und zaudern ist immer der falsche Weg.

Für mich war klar: Dieses unvermeidbare Risiko darf nicht zulasten des Schutzes des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung gehen. Mein Kompass war das Prinzip der Gesamtverantwortung für mehr als elf Millionen Menschen – vom Kind bis zur hochbetagten Rentnerin. Das hat mich in meinen Entscheidungen geleitet. Das hieß in der Praxis: Im Zweifel für eine vorsichtige Linie. Und ich sage an dieser Stelle ganz klar: Das würde ich in einer so unsicheren Situation auch heute wieder genauso machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Zumutungen, Freiheitsbeschränkungen und Probleme, die durch die Coronamaßnahmen verursacht wurden, kann man feststellen: Baden-Württemberg ist besser durch die Pandemie gekommen als viele andere Länder und Regionen der Welt. Jetzt kann man mir vorhalten, was alles nicht so gut gelaufen ist und wo wir Fehler gemacht haben. Das wird an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch richtig sein.

Allerdings will ich drei Arten von Kritikern noch einmal ausdrücklich zurückweisen – ich hatte es eben schon angedeutet –:

Erstens: Die, die vom Jägerhochsitz unseres heutigen Wissens aus urteilen und nicht aus der damaligen Entscheidungssituation heraus.

Zweitens: Die, die nicht den Druck der Notsituation sehen, in der man wohlerwogene Risiken eingehen muss, weil man ansonsten zögern und zaudern und seine Handlungsfähigkeit verlieren würde.

Drittens: Die, die immer nur eine Waagschale betrachten und nicht auch die andere und die so tun, als hätten wir die Freiheit der Menschen im Land leichtfertig und über Gebühr eingeschränkt. Das haben wir nicht. Bei jeder einzelnen Maßnahme hatten wir es mit einer schwierigen Güterabwägung zu tun: Wie weit gehen wir, um das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen, vor allem jener Menschen, die besonders gefährdet waren und deshalb auch eines besonderen Schutzes des Staates und der Gesellschaft bedürfen? Welche Einschränkungen der persönlichen Freiheit sind angemessen, welche sind es nicht?

Bei dieser Abwägung ging es ja nicht nur um die Freiheit, in ein Restaurant zu gehen, ein Konzert zu besuchen oder sich ohne Maske in der Öffentlichkeit zu bewegen. Nein, es ging auch um ein deutlich existenzielleres Freiheitsrecht, und zwar um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das in Artikel 2 unseres Grundgesetzes – ganz vorn – steht. Bei den ganzen Debatten um die Eingriffe in Freiheitsrechte habe ich immer wieder festgestellt, dass dieser Artikel immer außen vor blieb und dass überhaupt nur die anderen Artikel genannt wurden.

Das Bundesverfassungsgericht aber hat die Bedeutung dieses Grundrechts klar definiert und hervorgehoben. Es sei – ich zitiere – „die vitale Basis der Menschenwürde und die Voraussetzung aller anderen Grundrechte“ – genau daran habe ich mich gehalten –, und „deshalb steht es auch direkt nach der Menschenwürde an der Spitze der Freiheitsrechte in unserem Grundgesetz“. Es ist ein Freiheitsrecht, das nur der Staat gewährleisten kann. Die anderen Grundrechte hingegen sind als Schutzrechte gegenüber dem Staat entstanden. Das muss man auch noch einmal sehen.

Der Schutz des Lebens und der Gesundheit ist deswegen für uns als politisch Handelnde in solch einer Krise natürlich zentral – nicht nur als ethischer Leitsatz, sondern

auch als konkreter Handlungsauftrag, erst recht in einer Ausnahmesituation wie einer Pandemie.

Deshalb ist für mich sowohl in der akuten Situation wie auch in der Rückschau eine Frage ganz zentral: Haben wir das Leben und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger möglichst gut geschützt? Ich denke, das ist vergleichsweise gut gelungen. Wir haben in Baden-Württemberg beim Coronavirus eine Letalitätsrate von 0,4 %. Das ist der Anteil der Menschen, die nach einer Infektion mit dem Coronavirus an der Krankheit verstorben sind. Hinter dieser Zahl verbergen sich 20 000 Einzelschicksale, mit all dem Leid für die Angehörigen, das es mit sich bringt, wenn ein geliebter Mensch aus dem Leben gerissen wird. Aber diese schnöde Zahl von 0,4 % bedeutet auch, dass wir weniger Opfer durch Corona zu beklagen haben als im bundesdeutschen Durchschnitt und weniger als die meisten anderen Länder in Europa. Diese Zahl zeigt auch, warum es richtig war, dass wir Teil des „Teams Vorsicht“ waren: weil wir auf diese Weise viele Tausend Menschenleben retten konnten.

Meine Damen und Herren, wir sind natürlich vor allem deshalb vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen, weil sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vernünftig und verantwortungsbewusst verhalten hat. Deswegen bedanke ich mich noch einmal bei allen. Ich bedanke mich wirklich von Herzen bei denjenigen, die mitgeholfen haben, uns gemeinsam ordentlich durch diese Krise zu bringen. Dabei denke ich natürlich zuerst an all jene, die unter schwierigsten Bedingungen unsere Gesellschaft am Laufen gehalten haben, die dabei bis an ihre Grenzen und oft wirklich bis zur körperlichen und geistigen Erschöpfung gegangen sind, wenn ich nur an die Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte auf den Intensivstationen denke.

Selbstverständlich gab es in Baden-Württemberg auch Menschen, die mit den Corona-Maßnahmen nicht einverstanden waren und die deshalb dagegen protestiert haben. Das ist auch völlig legitim und ihr gutes Recht in einer Demokratie. Ein Wettstreit der Meinungen ist ein Wesen der Demokratie, und es gibt keine höhere Macht, die über allem steht. Allerdings müssen wir im demokratischen Diskurs zwischen den Fakten einerseits und den wertenden Schlussfolgerungen andererseits unterscheiden. Tatsachen sind nun einmal unerbittlich. Sie lassen sich nicht hintergehen. Das Virus ist hoch ansteckend. Wenn es auf ein ungeschütztes Immunsystem trifft, kann es zu einem schweren Verlauf und zum Tod führen.

Man kann allerdings darüber streiten, welche Konsequenzen man daraus zieht: Setzt man die Menschen einem höheren gesundheitlichen Risiko aus, indem man nur geringe Schutzmaßnahmen ergreift, oder setzt man, wie meine Regierung es gemacht hat, den Schutz der Gesundheit an die erste Stelle? Was natürlich nicht funktioniert, ist, Fakten zu leugnen. Genau deshalb war der Protest der sogenannten Coronaleugner so problematisch: weil er auf falschen Behauptungen oder sogar auf Verschwörungsideologien aufgebaut hat. Leider haben sich solche Verschwörungserzählungen so rasch verbreitet wie das Coronavirus und dadurch an den Grundlagen unserer mo-

dernen Gesellschaft gemeißelt, die ja auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Diskursen beruht. Aus diesem Grund habe ich mich während der Pandemie immer wieder mit Experten aus der Wissenschaft beraten, genauso wie die Bundesregierung und meine Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern. In der Hochzeit habe ich das fast jede Woche gemacht und habe mich fast jede Woche im Schnitt über eine Stunde mit Experten ausgetauscht.

Ich bin froh, dass eine sehr große Mehrheit ein starkes Immunsystem gegen Verschwörungserzählungen hat, zum einen, weil sie den haarsträubenden Unsinn erkennen, der dahintersteckt, zum anderen, weil sie sehen, wohin ein solches Denken führt, nämlich hin zu einer Gesellschaft, in der nicht die Fakten und der rationale Diskurs auf der Suche nach der besten Lösung den Kurs bestimmen, sondern Demagogen und Populisten, die am Ende vor allem eines eint: ein autoritäres Weltbild und die Ablehnung einer liberalen Demokratie.

Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum wir eine liberale Demokratie und keine autoritäre Gesellschaft sind. Mit der Pandemie ist ein weiterer Grund dazugekommen: Liberale und demokratische Staaten haben die Pandemie wesentlich besser gemeistert als autoritäre Staaten. Wer das Gegenteil behauptet, möge bitte an die Bilder aus China denken: Dort wurden ganze Städte hermetisch abgeriegelt, Menschen in ihren Wohnungen eingesperrt und Infizierte kaserniert, ohne dass daran Kritik geäußert werden durfte. Gegen die Verbreitung des Virus war man am Ende dennoch machtlos – was für ein Kontrast zu unserem Land.

Umso grotesker wirkt heute die schon damals bizarre Behauptung mancher Verschwörungstheoretiker, wir würden mit unseren Maßnahmen eine Diktatur vorbereiten, weil das Land von Politikerinnen und Politikern geleitet werde, die eine Lust am Autoritären hätten. Das genaue Gegenteil war und ist der Fall. Demokratische Politiker finden am Autoritären keinen Geschmack, und deshalb waren wir wirklich gottfroh, als wir die vorübergehenden Beschränkungen endlich zurücknehmen konnten.

Meine Damen und Herren, auch der Föderalismus stand während der Pandemie in der Kritik. Unterschiedliche Regelungen in einzelnen Ländern statt einheitlicher Bestimmungen für ganz Deutschland habe die Menschen verwirrt und die Bekämpfung der Pandemie erschwert, so das Argument. Sie wissen, dass ich ein leidenschaftlicher Verfechter des föderalen Staatsaufbaus bin. Deshalb lässt mich diese Kritik natürlich nicht kalt. Sie trifft meiner Einschätzung nach nicht zu; denn Bund und Länder haben letztlich trotz aller regionalen Unterschiede die großen Linien der Coronapolitik gemeinsam beschlossen. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben sich ständig mit der Bundeskanzlerin zu Corona beraten und abgestimmt, und zwar ganze 39 Mal, also fortlaufend und ständig. Zugleich war es eine Stärke Deutschlands in der Pandemie, dass wir auf regionale und lokale Besonderheiten reagieren konnten. Schließlich war das Infektionsgeschehen nicht immer und überall gleich. Es gab immer wieder Hotspots mit besonders vielen Infizierten. Da liegt es auf der Hand, dass man dort schärfere Bestimmungen erlassen muss als in Gebieten, in

denen die Lage weniger dramatisch ist. Die Infektion so gut es geht gemeinsam einzudämmen und gleichzeitig die Freiheit nur so weit einzuschränken, wie es nötig ist, geht in einem föderalen Staat nun einmal wesentlich besser als in einem zentralistischen Staat, und zwar auch deshalb, weil wir vor Ort nicht nur Befehlsempfänger, sondern Verantwortungsträger haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für viele Unternehmen bedeutete die Pandemie einen tiefen Einschnitt. Manche Branchen wie Hotels und Gastronomie, Messen oder auch Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen mussten ihren Betrieb zeitweilig ganz einstellen. Viele Betriebe hatten aufgrund des Infektionsgeschehens große Personalprobleme oder mussten wegen Engpässen bei den Lieferketten ihre Produktion drosseln. Meine Landesregierung hat zusammen mit dem Bund so gut geholfen, wie es ging. Sie kennen ja die ganzen Maßnahmen: Hilfsprogramme, Bürgschaften, günstige Kredite, Liquiditätshilfen und Steuererleichterungen. Vor allem mit dem Kurzarbeitergeld haben wir sehr viel erreicht.

Zudem haben wir den Blick nach vorn gerichtet und ein ökonomisch und ökologisch ambitioniertes Zukunftsprogramm aufgelegt, um die Schlüsseltechnologien zu fördern und damit den Grundstein für unseren Wohlstand von morgen zu legen. Es ist uns gelungen, dass Corona nicht zu Strukturbrüchen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. So sind in Baden-Württemberg trotz Pandemie und Energiekrise heute fast eine Million Menschen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Jahr 2010. Aber das hatte natürlich auch seinen Preis. Aus dem Landeshaushalt wurden in den Jahren 2020 bis 2022 insgesamt rund 8,7 Milliarden € zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen aufgewendet.

Hinzu kam, dass wir natürlich nicht nur höhere Ausgaben, sondern auch niedrigere Einnahmen hatten, vor allem durch ein geringeres Steueraufkommen. Deswegen sieht die Verfassung für solche Fälle Ausnahmen vor. Aber wir müssen die Schulden natürlich zurückzahlen, auch wenn sie notwendig und sinnvoll waren. Mit den Folgen werden wir uns dann auch noch weiter herumplagen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle hoffen, dass unser Land künftig von solchen schweren Krisen verschont bleibt, aber wir müssen uns natürlich für das Gegenteil vorbereiten. Es gibt leider eine ganze Reihe von Ursachen, die dafür infrage kommen: Infektionskrankheiten, wie wir sie bei Corona erleben mussten, Naturkatastrophen, Katastrophen, die durch den menschengemachten Klimawandel ausgelöst werden, Versorgungskrisen wie der Gasmangel, den wir durch Russlands Aggression erleben, Krisen, die durch Cyberangriffe oder auch durch tief greifende ökonomische Krisen ausgelöst werden können, und vieles mehr.

Ob und wann unser Land wieder von einer solchen tiefen Krise erfasst wird, kann niemand sagen, auch nicht, welche Art von Krise das sein wird und welche Folgen das im Detail nach sich zieht. Das macht es auch schwer, sich präzise für solche Fälle vorzubereiten. Aber es gibt eine Reihe von Erkenntnissen aus der Pandemie, die für

alle Krisensituationen gelten. Am besten ist es natürlich, Krisen zu vermeiden. Aber das liegt, da wir in einer vernetzten Welt leben, in der Regel nicht allein in unserer Hand. Deswegen kommt es auf Resilienz an. Das heißt, es braucht vor allem ein wohlgeordnetes Gemeinwesen. Verwaltung, kritische Infrastruktur, Gesundheitswesen, Polizei, Justiz, Recht und Rettungskräfte müssen stabil arbeiten können. Während der Pandemie hat sich gezeigt, dass wir da richtig gut aufgestellt sind.

Ebenso wichtig ist eine starke Bürgergesellschaft, Menschen, die Verantwortung übernehmen, die sich um diejenigen kümmern, die sich selbst nicht so gut helfen können, und die anpacken, wo staatliches Handeln nicht hinreichend ist, und die füreinander einstehen. Als Ministerpräsident bin ich wirklich stolz und froh, über eine solch starke Bürgergesellschaft zu verfügen. Das ist einer der größten Schätze, die wir haben. Man muss ehrlicherweise doch sagen, dass wir die Pandemie ohne diese vielen ehrenamtlich Engagierten nicht in der Weise hätten bewältigen können.

Wir brauchen also einen handlungsfähigen Staat – nicht nur in der Krise, aber dort natürlich besonders dringend. In einer Krise muss der Staat die Richtung und das Tempo des Handelns vorgeben. Er muss sein Handeln auch durchsetzen können; denn nur so erhalten die Bürgerinnen und Bürger Orientierung. Der Staat muss sein Handeln aber auch begründen und erklären: Warum wurde so entschieden? Was ist das Ziel?

Leistungsfähige Unternehmen, eine starke Wissenschafts- und Forschungslandschaft sind ebenfalls absolut entscheidend. Auch wenn es uns so vorgekommen ist, als würde die Pandemie ewig dauern, haben wir sie im historischen Vergleich gut in den Griff bekommen und schnell überwunden. Das war nur möglich, weil Wissenschaftler, Forscherinnen und Forscher sowie Unternehmen in kürzester Zeit wirkungsvolle Impfstoffe entwickelt und produziert haben.

Auf die Wissenschaft sind wir in Krisen auch noch aus einem anderen Grund besonders angewiesen, denn durch sie erhalten wir Erkenntnisse, die es uns ermöglichen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Selbstverständlich kann auch die Wissenschaft irren, mehr noch: Sie lebt ja vom Prinzip Versuch und Irrtum. Deshalb werden wir auch mit der besten Wissenschaft nie hundertprozentige Sicherheit haben, aber eben die Möglichkeit, nicht nur nach bestem Gewissen, sondern auch nach bestem Wissen zu entscheiden. Man bekommt dafür meistens keinen Applaus. Berühmt ist folgender Satz von Herrn Drosten geworden: „There is no glory in prevention.“ Aber so ist das eben in der Krise: Wir handeln, auch wenn es dafür keinen Applaus gibt, denn hier geht es um unsere Pflicht, nicht um unsere Neigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in einer Ausnahmesituation wie einer Pandemie ist es manchmal anstrengend, politische Debatten zu führen. Aber auch in einer Krisenzeit gehört eine offene Debattenkultur zum Markenzeichen einer Demokratie. Ich bin überzeugt, dass uns der demokratische Streit um den richtigen Weg hilft, Krisen

zu meistern. Dafür braucht es aber Fakten, auf deren Grundlage wir diskutieren können.

Wir brauchen aber auch Medien, die diese Fakten mit journalistischer Sorgfalt und Ausgewogenheit aufbereiten und die Argumente abwägen. Wir haben in der Pandemie gesehen, dass die sozialen Medien diese Funktion nicht übernehmen können. Sie taugen eher zur Verhärtung von Meinungen und zur Verbreitung von Stimmungen statt zur Aufklärung. Deshalb bin ich überzeugt, dass ein breites Angebot an verlässlichen Qualitätsmedien für eine resiliente Gesellschaft unabdingbar ist. Man muss den Medien einfach auch einmal großes Lob aussprechen, wie sie in der Pandemie wirklich auf hervorragende Art und Weise komplizierte Verordnungen in ihren Zeitungen und in der Berichterstattung so dargestellt haben, dass die Leute sie auch verstehen konnten. Verlässliche Qualitätsmedien sind für eine resiliente Gesellschaft also unabdingbar, und natürlich müssen die Bürgerinnen und Bürger diese dann auch nutzen.

Zum Schluss will ich noch auf etwas anderes hinweisen, was uns die jüngsten Krisen gelehrt haben: Wir müssen genauer hinsehen, auf wen wir uns verlassen wollen. Es ist vielleicht nicht so klug, wenn wir bei lebenswichtigen und strategischen Gütern von wenigen oder gar nur von einem Staat abhängig sind, erst recht nicht, wenn dieser Staat nicht zur demokratischen Gemeinschaft zählt und wir damit rechnen müssen, dass diese Abhängigkeit als Waffe gegen uns genutzt werden kann. Sich nicht in eine solch fatale Abhängigkeit zu begeben, ist ebenfalls ein wichtiger Schritt, um besser für künftige Krisen gewappnet zu sein. Ich denke, hier können wir gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn noch eine ganze Menge tun.

Vielen Dank. Ich freue mich jetzt auf die Diskussion und Ihre Fragen.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Dann gehen wir direkt in die Runde der Fraktionen. Damit wir in der ersten Runde möglichst viele Fragen schaffen, bitte ich darum, die Fragen innerhalb von zwei Minuten zu stellen. – Für die Fraktion GRÜNE erteile ich jetzt Frau Abg. Dr. Aschhoff das Wort. Bitte.

**Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE:** Herr Ministerpräsident, vielen Dank für diesen Rückblick und für diese Vorausschau. – Ich habe zwei Fragen in Bezug auf Ihren Vortrag. Zum einen haben Sie richtigerweise erwähnt, dass es eine noch nie dagewesene Situation war. Wir beschäftigen uns in dieser Enquetekommission vor allem auch damit, wie wir in anderen nicht vorhersehbaren Situationen, die uns vielleicht bevorstehen, flexibel und verantwortungsvoll reagieren können. Wie kann also aus Ihrer Sicht ein Bundesland bzw. eine Landesregierung dazu beitragen, konkret Resilienz und Selbstwirksamkeit der Bevölkerung zu unterstützen und zu fördern, um durch künftige Krisen zu kommen?

Sie haben in diesem Zusammenhang auch besonders schützenswerte Gruppen erwähnt. Welchen Stellenwert haben vor allem Kinder und Jugendliche, die Sie explizit erwähnt haben, in der Gesellschaft in Krisen? Wie können die Zivilgesellschaft, die Sie auch erwähnt haben, also das Ehrenamt, aber auch Kooperationen zwischen privaten Initiativen, gesellschaftlichen Initiativen und staatlichen Organisationen als Netzwerk in der Zukunft besonders stützend wirken?

Danke.

**Abg. Dr. Matthias Miller** CDU: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihren Vortrag. – Auch ich habe zwei kurze Fragen. Wie Sie sagten, haben wir es mit multiplen Krisen zu tun. Als wir die Enquetekommission eingesetzt haben, haben wir vor allem an Corona gedacht. Dann kamen die Katastrophe im Ahrtal und der Ukrainekrieg – Krisen über Krisen. Meine Frage an Sie, ebenso an das Staatsministerium und an die Ministerien lautet: Haben Sie aus der Coronapandemie und auch aus den anderen Krisen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und auch hinsichtlich der Kommunikation mit der Bevölkerung etwas gelernt, was Sie davor in Ihrer Arbeit noch nicht in dieser Form aufgenommen hatten? Wie könnte das, was Sie daraus gelernt haben, vielleicht auch in Zukunft Bestand haben?

Einen Satz, den Sie gesagt haben, fand ich sehr gut: Zögern und zaudern ist immer der falsche Weg. Das gilt vor allem in Krisen, aber ich denke, das gilt auch vor Krisen, wenn man sich auf Krisen vorbereiten und Krisenvorsorge betreiben möchte. Wie schaffen wir es aus Ihrer Sicht, dass unser Staat handlungsfähig ist? Wie schaffen wir es auch in unseren Behörden und in unseren Verwaltungsstrukturen, sich mehr auf die Zielerreichung zu konzentrieren, anstatt durch viele Einzelentscheidungen zu zögern und zu zaudern – sei es bei der Krisenvorsorge, sei es auch bei vielen anderen Entscheidungen, die zu treffen sind –, damit auch die Bevölkerung das Gefühl bekommt: der Staat funktioniert so, wie man es braucht, und löst die anstehenden Probleme?

Vielen Dank.

**Abg. Florian Wahl** SPD: Herr Ministerpräsident, ich möchte an Ihre Bemerkung, zögern und zaudern sei immer der falsche Weg, anschließen. Das ist in einer derart veritablen Krise, in der man de facto auch unter Zeitdruck handeln muss, absolut richtig. Allerdings kann das u. a. zur Folge haben, dass man – darauf sind Sie vorhin eingegangen – eventuell Entscheidungen trifft, die man hinterher als falsch ansieht oder die man mit dem Wissen von heute anders treffen würde. Sie hatten es angesprochen: Gerade in den Pflegeheimen gab es das Thema Isolation, das wirklich dramatische Folgen hatte. Es gab während bestimmter Wellen eine massive Übersterblichkeit in den Pflegeheimen. Bringt aber nicht gerade dieses Krisenmanagement, bei dem man sich für einen sehr schnellen und zupackenden Weg entscheiden muss, die Verantwortung mit sich, sich nach der Krise als verantwortlicher Regierungschef vielleicht auch ganz persönlich bei den Menschen für Entscheidungen, die falsch gelaufen sind,

um Verzeihung zu bitten, wie es z. B. auch Jens Spahn getan hat? Wären Sie auch bereit, dies zu tun, gerade auch in Ihrer Eigenschaft als Regierungschef?

Daran möchte ich eine Frage zur Struktur der Organisation, die ebenfalls in Ihrer Verantwortung lag, anschließen. Sie haben sich zu Beginn der Krise entschieden, das Coronamanagement im Sozialministerium anzusiedeln. Das Sozialministerium ist im Vergleich zum Innenministerium ein eher kleines und nicht allzu „krisenbewährtes“ Haus, während das Innenministerium viele Kontakte zu Blaulichtorganisationen hat, die mit Naturkatastrophen und Ähnlichem umgehen können.

Würden Sie diese Entscheidung in Anbetracht der Krise, die fast zweieinhalb Jahre andauerte, wieder genauso treffen? Immerhin konnten viele Dinge im Sozialministerium angesichts der massiven Anforderungen, die als Begleiterscheinung der Krise entstanden sind, einfach nicht bearbeitet werden. Dabei denke ich beispielsweise an das Thema Jugendhilfe, die zurückstehen musste und die erforderliche Angebote nicht mehr machen konnte, obwohl doch gerade auch junge Menschen direkt von der Krise betroffen waren. Würden Sie mit dem Wissen von heute wieder genauso entscheiden, wie Sie es damals getan haben?

**Abg. Nikolai Reith** FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre Ausführungen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir diese Krise ohne unsere Bürgergesellschaft so nicht hätten bewältigen können, und haben sich auch dafür bedankt. Das sehen wir, die wir in der Enquetekommission arbeiten, ganz genauso. Deswegen ist uns dieses Handlungsfeld ja auch so wichtig. Gerade die Blaulichtfamilie, also die Ehrenamtlichen, wird auch abseits der Krise als Rückgrat unserer Gesellschaft gefeiert. Deswegen finden wir es schade, dass wir heute nur anderthalb Stunden lang die Möglichkeit haben, uns mit Ihnen auszutauschen. In allen anderen Handlungsfeldern standen die Minister der Enquetekommission einen halben Tag lang zur Verfügung. Wir empfinden das nicht als ausreichende Wertschätzung. Wieso stehen uns heute Morgen nur anderthalb Stunden zur Verfügung, um uns gemeinsam mit Ihnen mit dem Thema auseinanderzusetzen? Daran schließt sich die Frage an, wie Sie die Arbeit der Enquetekommission bewerten. Dazu haben Sie in Ihren Ausführungen nichts gesagt.

Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie im „Team Vorsicht“ bzw. im „Team Verbot“ waren und dass Sie das heute wieder genauso tun würden. Gleichzeitig haben Sie aber auch gesagt, dass wir uns immer in einer Abwägung befinden müssen. Wir erleben es immer häufiger – es bestätigt sich immer öfter –, dass die langfristigen Folgen massiv sind, und zwar insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen infolge der sozialen Vereinsamung, die durch Schulschließungen, Lockdowns und durch Ausgangssperren entstanden ist. Wie uns in den letzten Anhörungen bestätigt wurde, wirkt das heute noch nach. Wie ist diesbezüglich Ihre Sicht der Dinge? Würden Sie mit diesem Wissen von heute immer noch dem „Team Vorsicht“ bzw. dem „Team Verbot“ angehören, anstatt stärker auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu setzen?

Vielen Dank.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Herr Kretschmann, vielen Dank, dass Sie heute da sind und dass Sie sich die Zeit für die Enquetekommission nehmen. – Ich möchte zunächst auf das Thema Grundgesetz zu sprechen kommen. Sie haben ausgeführt, dass die Menschenwürde fast über allen anderen Abwehrrechten des Grundgesetzes steht. Dieses Grundrecht wurde als Abwehrrecht der Bürger gegenüber einem übergriffigen Staat im Grundgesetz verankert. Ich möchte Ihnen sagen: Die Menschenwürde gilt für alle, auch für diejenigen, die von ihren Abwehrrechten Gebrauch machen.

Dann möchte auch ich auf ihre Aussage, zögern und zaudern sei immer der falsche Weg, eingehen. Ja, vielleicht muss man in einer Akutsituation schnell reagieren. Aber es gibt auch während der Pandemie Zeiten, in denen man sich einmal die Zeit nehmen kann und sollte, um die kurzfristigen Entscheidungen zu überprüfen. Dann wäre es vielleicht nicht zu so viel Einsamkeit bei den alten Menschen in den Heimen und bei den Kindern gekommen. Das hätte viel Leid erspart.

Ein anderes Sprichwort lautet: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Ich möchte jetzt auf das Thema, das Sie „Fake News“ nennen, zu sprechen kommen. Es gab viele Ärzte, die die Impfung kritisch gesehen haben, und es gab auch viele Ärzte, die gesagt haben: „Eine Impfung ist genau das Richtige.“ Das sind Leute, die sich in ihren Fachgebieten sehr gut auskennen. Ich würde mir wünschen, dass sich die Politik die Zeit nimmt – das ist ein Beispiel von vielen –, um sich die verschiedenen Ansichten anzuhören und sich dann eine eigene Meinung zu bilden, anstatt sich nur einseitig zu informieren.

Was mir persönlich sehr unangenehm aufgestoßen ist: Der Pathologe Herr Professor Burkhardt aus Reutlingen war Experte in Berlin. Ich hatte ihn mir hier zur Seite gewünscht, aber er wurde leider nicht gewählt, weil er von manchen als Verschwörungstheoretiker angesehen wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass er auch früher schon häufiger als Experte hier war, und auf einmal wird er als Verschwörungstheoretiker bezeichnet, nur weil er eine andere Meinung vertritt. Das finde ich ausgesprochen merkwürdig.

Das Beispiel Schweden hat gezeigt, dass man auch auf einem anderen Weg, und zwar mit nicht so vielen Einschränkungen, leichter durch die Krise kommt. Schweden ist auch sehr gut durch die Krise gekommen.

Danke schön.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde. Herr Ministerpräsident, bitte orientieren Sie sich an einem Redezeitrahmen von zehn Minuten, damit wir noch Zeit für weitere Fragen haben. – Sie haben das Wort, Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Ich beginne einmal in umgekehrter Reihenfolge.

Natürlich ist Angst ein schlechter Ratgeber. Deswegen war ja auch die Angst gar nicht unser Ratgeber, sondern waren Wissenschaftler unsere Ratgeber. Das muss man erst einmal sehen. Natürlich gibt es immer dissidente Meinungen, auch zu wissenschaftlichen Fragen. Aber ich muss mich doch für irgendetwas entscheiden, und dafür hat der demokratische Staat Institutionen wie z. B. das Paul-Ehrlich-Institut, das die Aufgabe hat, die Erkenntnisse zu bündeln, auszuwerten und dann etwas Handlungsleitendes dazu zu sagen. Anders ist es gar nicht möglich. Ansonsten geschieht es, dass sich jeder irgendeinen aussucht. Genau so haben Sie es nämlich gemacht: Man sucht sich eben irgendeinen aus, der die eigene Meinung vertritt, selbst wenn das völlig minoritär ist und von der überwältigenden Mehrheit gar nicht geteilt wird. Deswegen institutionalisiert der demokratische Staat es in bestimmten Institutionen, die die Aufgabe haben – wir selbst sind ja keine Wissenschaftler –, das zu bündeln, auszuwerten und zu beurteilen. Anders kann das überhaupt nicht gehen, weil sich ansonsten letztendlich jeder das aussucht, was seiner persönlichen Meinung entspricht. So kann man aber politisch nicht agieren. Das heißt natürlich nicht, dass nicht auch Minderheiten in der Wissenschaft recht haben können. Aber es wäre ja nun völlig abseitig, wenn sich eine Regierung nicht auf institutionelle Institutionen stützt, sondern sich irgendjemanden heraussucht. Also: Ein anderes Verfahren hat noch gar niemand vorgeschlagen. Wenn es dazu bessere Vorschläge gibt, ist das eine andere Frage.

Natürlich ist es wirklich wichtig, aber auch schwierig für einen Wissenschaftler in solch einer Situation. Wissenschaftler sind für Tatsachenbehauptungen zuständig. Aber jeder Journalist fragt den Wissenschaftler dann natürlich: „Ja, und was folgt daraus?“ Die Wissenschaftler bieten uns eine Faktengrundlage, aber die Entscheidungen trifft die Politik. Natürlich kann ich das, was mir die Wissenschaftler sagen, nicht 1 : 1 übernehmen, weil ihre Sicht ebenfalls unfertig bzw. unvollständig war. Aber ich muss auch Abwägungsentscheidungen treffen, etwa über die Kollateralwirkungen, die eine bestimmte Handlung hat, die vielleicht infektiologisch der richtige Weg ist, die aber – das haben wir gerade besprochen – für Kinder vielleicht zu schwere Folgewirkungen hat. Das muss man abwägen. Insofern bilden die wissenschaftlichen Erkenntnisse in einer Pandemie logischerweise zunächst einmal die Grundlage für politische Entscheidungen.

Wie ich schon gesagt habe, habe ich ja nicht allein entschieden. Deswegen hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz so oft getroffen, meistens mit der Bundeskanzlerin. Das heißt, auch dort fließen unterschiedliche Meinungen und auch Orientierungen ein. Das Ringen um einen Konsens dauerte oft sehr lange. Es ist gerade der Vorteil einer föderalen Ordnung, dass sich 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin und dem Back, das sie jeweils haben, treffen und gemeinsam abwägen. Das war sehr wichtig und hat auch die Legitimation für die schweren Eingriffe gegeben. Natürlich ist die Ministerpräsidentenkonferenz kein Verfassungsorgan;

das steht ja nirgendwo. Ihre Legitimität ergibt sich aber daraus, dass dort all die Menschen vertreten sind, die nach unserer Verfassung die Richtlinienkompetenz haben. Da es kein Verfassungsorgan ist, kann dieses Gremium nur Vorentscheidungen treffen. Das, was die Ministerpräsidentenkonferenz entschieden hat, ist somit nicht unmittelbar geltendes Recht, sondern sozusagen nur ein Vorschlag. Die entsprechenden Beschlüsse müssen dann die zuständigen Organe – das waren in diesem Fall die Landesregierungen – fassen. Immer dann, wenn es möglich war, habe ich es dem Parlament vorher – es war nicht immer möglich – vorgetragen, sodass das Parlament auch einbezogen war.

Damit komme ich zum Thema Eigenverantwortung. Das ist natürlich eine ganz gewichtige Grundsatzfrage: ob mein Verhalten in einer Pandemie nur mich selbst oder auch andere betrifft. Deswegen ist die Frage der Eigenverantwortung hier ganz anders zu stellen, als wenn ich sage: „Na gut, ob sich einer ärztlichen Vorschlägen oder dem, was die Politik dazu sagt, unterzieht, entscheidet er selbst, wenn es ihn nur selbst betrifft.“ Das war eine ganz gewichtige Frage bei der Frage der Impfpflicht.

Sie wissen, dass ich mich zusammen mit dem Kollegen Söder in einem Meinungsartikel in einer Zeitung für eine Impfpflicht ausgesprochen habe. Das war allerdings in einem bestimmten Zeitraum, und zwar als die Delta-Variante dominierte. Später kam dann die Omikron-Variante, und da war das mit der Impfpflicht dann nicht mehr so klar. Das ist natürlich ein weitgehender Eingriff, den man sicherlich streitig diskutieren kann. Aber die Meinung vom Kollegen Söder und von mir war: „Wenn wir es anders nicht schaffen, brauchen wir eine Impfpflicht; denn wir brauchen hohe Impfquoten, damit das wirkt. Die Impfquoten können durchaus unterschiedlich sein.“ Je nach Virus ist eine Impfquote von 70 oder aber 90 % erforderlich, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Wir lagen bei 70 %, und das hat nach damaliger Erkenntnis einfach nicht ausgereicht. Alle anderen Maßnahmen haben nicht zu einer Erhöhung der Impfquote geführt. Dann stellt sich die Frage, ob Sie die Pandemie und all ihre Folgen damit in den Griff bekommen.

Was heißt in dem Fall „eigenverantwortlich“? Die Eigenverantwortlichkeit von 30 % der Bevölkerung, die sich nicht impfen lässt, hat für die Gesamtbevölkerung dramatische Konsequenzen in der Pandemie und auch in den Folgen, die sich daraus ergeben. Das ist einfach ein Abwägungsprozess, den man vornehmen muss. Die ganz normale Influenza ist endemisch. Dort ergreifen wir die Maßnahmen, die wir gegen das Coronavirus ergriffen haben, nicht. Das ist genau der Abwägungsvorgang, auf den Sie sich beziehen, Herr Abg. Reith.

Warum bin ich heute nur anderthalb Stunden hier? Das sind natürlich Sachen, die zunächst einmal mein Haus bespricht. Meines Wissens waren nicht alle Minister einen halben Tag lang da. Aber Sie müssen einfach Folgendes sehen: Die wesentlichen Entscheidungen treffe gar nicht ich, sondern die werden von den Ressorts getroffen, die im Einzelfall auch die Sachkenntnis haben, die viel größer ist als meine. Ich bin nur für die Grundlinien der Politik verantwortlich und nicht für die Details. Deswegen ist es

schon richtig, wenn die Minister länger da sind als ich. Ich kann Ihnen nur etwas über die Grundsätze des politischen Handelns sagen. Für Details können Ihnen die Minister viel kompetentere Angaben machen, weil sie sich mehr damit befassen und dafür auch die entsprechenden Behörden haben. Sie müssen ja sehen: Die Ministerien haben nachgeordnete Behörden, die sie bei ihrer Arbeit unterstützen. Insofern passt das schon. Aber wenn Sie jetzt darauf bestanden hätten, dass ich einen halben Tag hier sein soll – ich komme auch noch einmal; so ist es nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Respekt vor dem Parlament ist groß.

Soll ich mich entschuldigen? Wie ich gesagt habe, würde ich in der Regel in derselben Situation wie damals und mit dem Wissen, das ich damals hatte, so gut wie alles genauso machen; und dafür kann ich mich nicht entschuldigen. Das wäre nicht ehrlich. Das Entscheidende ist doch: Habe ich in der Situation, in der ich war, leichtfertig gehandelt? Habe ich z. B. wider besseren Rat Entscheidungen getroffen? War ich irgendwie eigensinnig an einer Stelle gegenüber allen, die auf mich eingeredet haben? An so etwas könnte ich mich nicht erinnern. Wie gesagt, ich habe mich auch mit anderen Kollegen abgestimmt. Insofern ist, glaube ich, eine Entschuldigung irgendwie nicht das Richtige.

Außerdem muss man ja auch sehen: Die Bürgerinnen und Bürger können das alles beklagen – das ist auch gemacht worden –, und das letzte Wort haben dann die Gerichte, die uns meistens recht gegeben haben, aber nicht immer. Dann steht natürlich in der Zeitung: „Kretschmann bekommt eine Klatsche.“ Das sehe ich aber nicht so. Es ist ganz normal, dass eine Exekutive, wenn man nicht zögert und zaudert, forsch herangehen muss und dass Gerichte es – sozusagen aus einer Sicht von außen – anders sehen. Dazu habe ich auch einige saloppe Äußerungen von mir gegeben. Das hätte ich natürlich besser sein lassen. Aber das ist einfach der Lage geschuldet.

Natürlich können wir jetzt aus der Sicht von heute die Menschen für die Beschwerden um Verzeihung bitten, wo wir sagen: Im Nachhinein hätten wir das durchaus anders machen können. Aber ich finde, entschuldigen kann man sich eigentlich nur für ein subjektives Fehlverhalten, das man gezeigt hat. Das andere sind, glaube ich, Beurteilungsfragen, und dabei geht es ja immerhin um Leben und Tod. So sehe ich das.

Das Coronamangement beim Sozialministerium anzusiedeln, halte ich für richtig. In einer Pandemie basiert das Handeln auf epidemiologischen und infektiologischen Grundlagen. Insofern ist es durchaus das richtige Ministerium. Wir haben das Sozialministerium dann auch besser mit Personal ausgestattet. Das wird auch so bleiben, damit solch ein Haus entsprechend gewappnet ist. Für andere Krisen sind dann andere Häuser federführend zuständig. Aber das Entscheidende ist doch, dass die Häuser richtig gut zusammenarbeiten, und das war jederzeit der Fall. Das ist auch das

Wichtigste für Resilienz in Krisen: Die Stäbe müssen sofort stehen. Nachdem beispielsweise das Dorf Braunsbach überschwemmt wurde, war ich am übernächsten Tag dort, und da stand alles. Das hat mir unglaublich imponiert. Es war ein Lagezentrum eingerichtet, und alles war geregelt: die Feuerwehr, die Transporte usw. Da sind wir einfach gut aufgestellt. Das haben wir jetzt natürlich noch einmal verbessert.

Das heißt, das Entscheidende ist: Kann man schnell Stäbe bilden, die das gemeinsam machen? Wir sind für solche Situationen einfach richtig gut aufgestellt – bis hinunter in die Landratsämter und in die Rathäuser. Als ich mit dem Innenminister in Braunsbach war, habe ich gedacht: Verdammt, wir sind ein wohlgeordnetes Gemeingewesen. Es funktioniert einfach, dass sofort die Entscheider da sind, mit der Bevölkerung kommunizieren und ihre Fragen beantworten. Das ist das Entscheidende. Wir ziehen natürlich Lehren aus jeder Pandemie, um das noch zu verbessern. Dazu können Sie die einzelnen Häuser gern noch einmal befragen.

Nicht zu zögern und zu zaudern heißt ja nicht, leichtfertig zu entscheiden, sondern Sie müssen in diesen Stäben schnell an die notwendigen Informationen kommen, und das war der Fall. An dieser Stelle muss ich mich auch noch einmal bei unseren Beamten bedanken, die bis zur Erschöpfung gearbeitet haben, damit vor 12 Uhr noch irgendwie die Verordnung fertig war. Auch die Verwaltung hat da mit Hochdruck gearbeitet. Das muss man einfach auch noch einmal sagen. Das sind Dinge, die wirklich gut funktionieren.

Wirtschaft ermöglichen statt Bedenkenträgerschaft: Das ist natürlich eine ganz große Frage, die Sie jetzt stellen. Wir haben eine unglaubliche Bürokratiekrise. Ich kann allen nur empfehlen, einen kürzlich erschienenen Artikel des Staatsrechtlers Wolfgang Schön über den Regulierungsbankrott zu lesen, der aufzeigt, dass wir allein schon aus demografischen Gründen die Mitarbeiter nicht mehr haben werden, die wir benötigen, um dieses filigrane Geflecht von Regelungen überhaupt noch zu administrieren, durchzusetzen, geschweige denn zu evaluieren – und was wir sonst noch alles immer wollen. Da stehen wir vor einem Paradigmenwechsel.

Grundsätzlich ist es so: Wir haben eine Verwaltung, die gesetzesorientiert ist. Das ist auch gut so. Sonst wären wir nämlich kein Rechtsstaat, und dann würden Korruption und Vetternwirtschaft herrschen. Das ist wichtig. Wir müssen aber – da gebe ich Ihnen recht, Herr Abg. Miller – auch dahin kommen, dass rechtskonform und lageorientiert gehandelt wird und dass Risikobereitschaft besteht. Das bedingt allerdings auch eine Fehlerkultur in unseren Verwaltungen. Diese Fehlerkultur kann allerdings nur top-down erfolgen. Sie können nicht von einem Sachbearbeiter im Landratsamt erwarten, dass er groß ins Risiko geht. Das kann er durchaus machen, denn wir haben für alle Fälle auch eine Kollektivversicherung, sodass er geschützt ist. Das wissen viele vielleicht gar nicht. Das ist top-down.

Eine andere Frage ist, ob der Chef den Sachbearbeiter eintütet, wenn er ins Risiko gegangen ist; denn Risiko heißt, es kann auch falsch sein. Sonst macht das Wort Risiko keinen Sinn. Die Fehlerkultur geht also nur top-down. Das heißt, Sie müssen das Risiko der Beschäftigten auch ästimieren und den Sacharbeiter nicht gleich eintüten, wenn er eine falsche Entscheidung getroffen hat und ins Risiko gegangen ist. Aber, Herr Abgeordneter, das ist eine grundlegende Frage, die den Rahmen, glaube ich, jetzt etwas sprengen würde.

Frau Abg. Aschhoff hat eine Frage speziell zu den Kindern gestellt. Es ist klar, dass wir das jetzt allgemein mehr in den Fokus nehmen, um doch noch einmal einen gezielten Blick auf Kinder zu werfen: Was bedeutet eine Pandemiesituation für Kinder und Jugendliche? Diese Frage lässt sich nicht einfach schematisch wie für alle anderen Bevölkerungsteile beantworten, sondern das müssen wir gesondert in den Blick nehmen, und das tun wir auch. Genauso, wie wir vulnerable Gruppen besonders in den Blick nehmen, müssen wir auch schauen, was das für Kinder und Jugendliche bedeutet, und die Latte wahrscheinlich auch höher legen.

Es ist immer die Frage, was für eine Art von Krise es ist. Denken Sie einmal daran: Bei Masern gibt es eine Impfpflicht. Es gibt Infektionen, bei denen es ausreicht, dass ein Kind fünf Minuten in einer Klasse ist, und dann haben sich alle angesteckt. Darauf muss man dann auch rigoros reagieren. Das heißt, diese Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Aber ich würde einmal allgemein sagen: Kinder und Jugendliche sollten als eine besondere Kohorte in den Blick genommen werden. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Das ist, glaube ich, etwas, was wir immer wieder zu beachten haben. Kinder haben ihre eigenen Welten. Wir sollten mit einer besonderen Sensibilität auf diese Gruppe reagieren und es nicht zu sehr unter ein allgemeines Regime der gesamten Bevölkerung nehmen. Das halte ich für wichtig.

Ich hoffe, dass ich keine wichtige Frage nicht beantwortet habe.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Die zeitliche Not kommt bei mir schon langsam zum Tragen, denn uns stehen offiziell nur noch 20 Minuten zur Verfügung, und mir liegen noch neun Wortmeldungen aus den Reihen der Fraktionen vor. Allerdings habe ich schon wahrgenommen, dass Sie ein gern gesehener Gast in der Enquetekommission sind.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Herr Vorsitzender, ich kann um 15 Minuten verlängern.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Das ist eine sehr schöne Meldung für uns, sehr gut. Dann haben wir vielleicht ein bisschen mehr Spielraum. Trotz allem sind Sie angehalten, Ihre Fragen möglichst kompakt zu stellen, damit wir mehr Zeit für die Antworten haben. – Dann erhält zunächst Herr Abg. Köhler für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Erwin Köhler GRÜNE:** Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich würde gern noch kurz ergänzend nachfragen. Wir haben uns in den vergangenen Anhörungen zu unserem aktuellen Handlungsfeld „Gesellschaft“ auch mit der Thematik beschäftigt, wie man Kinder und Jugendliche denn fair beteiligen kann und wie man auf den verschiedenen Ebenen – Kommunen, Kreise und eben auch Land – dafür sorgen kann, dass auch Kinder und Jugendliche, wie es in der Gemeindeordnung festgelegt ist, eine Art Anhörungsrecht haben, und zwar nicht nur während einer Krise, sondern auch außerhalb einer Krise; denn wenn gerade keine akute Krise herrscht, dann übt es sich gut. Halten Sie es für unterstützenswert, ein Jugendgremium auf Landesebene mit einer Art Anhörungsrecht einzurichten, wie es auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist?

Meine zweite Frage zielt auf das Thema Verschwörungsmethoden und eben auch Gegner von staatlichen Entscheidungen ab, jetzt gar nicht nur auf die Pandemie, sondern auf die Zukunft bezogen. Die Pandemie hat uns gezeigt: Es gibt eine stille Mehrheit, die folgt, die sich an die Regeln hält und die das auch gern macht. Allerdings hat sie dafür eigentlich nicht wirklich eine Art Lohn gesehen, sondern hält eher die laute Minderheit aus und versucht, dem zu begegnen – manchmal durch Konfrontation und manchmal eben auch einfach nur durch Durchhalten.

Durch die Bewegung der Leugner haben sich auch neue Themen entwickelt, die diese Leugner auch ohne Coronapandemie besetzen, beispielsweise der menschengemachte Klimawandel. Wie können Sie als Ministerpräsident bzw. wir, das Land Baden-Württemberg, der stillen Mehrheit positiv begegnen, sie also sozusagen darin bestärken, dabeizubleiben und sich weiterhin für die Gesellschaft einzusetzen? Das ist wiederum eine Frage, die in Richtung Selbstwirksamkeit und Resilienz, aber auch in Richtung Wissenschaft abzielt; denn der Glaube an die Wissenschaft hängt damit mehr oder minder eng zusammen.

Danke schön.

**Abg. Christiane Staab CDU:** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt mehrfach gesagt, man sollte nicht zaudern und zögern, sondern Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen. Ich glaube, das ist in einer Krise das Wichtigste, was die Verantwortlichen tun können und müssen. Jetzt haben wir natürlich ein föderales System, und meine Frage geht in die Richtung – dabei spreche ich als frühere Bürgermeisterin –, dass in den Städten und Gemeinden ganz unterschiedliche Bürgermeister, die in der Krise Ortspolizeibehörde sind, in der Verantwortung stehen.

Mir ist bewusst, dass die folgende Frage durchaus heikel ist. Ich bin zwar ein großer Freund des Föderalismus, aber: Wäre es aus Ihrer Sicht vorstellbar, dass man gerade mit Blick auf die Schulung, das Wissen, die Kenntnisse und die Fähigkeiten, die in einer Krise oder gar in einer Katastrophe notwendig sind, seitens des Staatsministeriums gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden darüber nachdenkt, auch mit

Blick auf das passive Wahlalter von 18 Jahren für Bürgermeister, das Thema „Befähigung in einer Krisen- und Katastrophensituation“ stark herauszuarbeiten und hervorzuheben? Wir haben auch das Thema „Üben, üben, üben“ angesprochen, aber es geht vor allem darum, Kenntnisse, Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, über die beispielsweise der Bürgermeister von Braunsbach verfügte. Aber er hatte das auch intuitiv. Wir hatten ihn ja auch zu einer Sitzung der Enquetekommission eingeladen. Das ist jemand, der einfach sofort gehandelt hat. Im Ahrtal hingegen haben wir erlebt, dass es dort Verantwortliche gab, die eben nicht gehandelt haben, sondern die erst einmal weg gewesen sind.

Wie schaffen wir es also, den Verantwortlichen Stärke und Fertigkeiten zu vermitteln, damit sie sich im Fall einer Krise eben nicht wegducken, sondern genau das tun, was Sie getan haben: nicht zaudern und zögern, sondern handeln, auch wenn dann hinterher viele kommen und fordern, dass man sich dafür jetzt entschuldigen soll, weil das falsch war? Aber das in der Krise abzustreifen und zu sagen, jetzt muss gehandelt werden, diese Stärkung der Verantwortungsträger, das ist für mich eine ganz wichtige Aufgabe, und das sehe ich auch ein Stück weit in Ihrer Verantwortlichkeit als Kopf dieses Landes, Herr Ministerpräsident.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre Ausführungen. Sie haben u. a. Ausführungen zum Thema Bildung gemacht, das heute unser Schwerpunkt ist. Wir haben manche der Auswirkungen unterschätzt. Natürlich wussten wir 2019 noch nicht, was es heißt, dass wir im Land Baden-Württemberg nach wie vor keine funktionierende Bildungsplattform auf die Reihe bekommen haben, und wie sehr uns diese in den nachfolgenden Jahren geholfen hätte.

Allerdings bereitet es mir Sorge, dass viele Praktiker aktuell der Meinung sind, dass wir aufgrund des massiven Personalausfalls an unseren Schulen heute eigentlich noch deutlich krisenanfälliger sind als noch im Jahr 2019. Auch beim Thema Digitalisierung sind wir zwar gemeinsam mit dem Bund vorangekommen, aber Fragen wie IT-Administration sind nach wie vor nicht gelöst. Auch multiprofessionelle Teams, die von vielen Lehrkräften als erhebliche Unterstützung wahrgenommen worden sind, werden zurzeit nur in einem verhältnismäßig kleindimensionierten Modellversuch angeschoben.

Schließlich – das ist für mich auch eine gewichtige Frage – steht auch immer noch der Vorwurf im Raum, inwieweit die Schulschließungen im zweiten Lockdown 2020/2021 hätten vermieden werden können bzw. ob man sie zumindest hätte massiv verkürzen können, wenn die Landesregierung frühzeitiger Konzepte für Wechselunterricht, Hybridunterricht und, damit im Zusammenhang stehend, gemeinsam mit den Kommunen Raumbeschaffungen angestoßen hätte. Die SPD-Fraktion hat das unmittelbar im Juni 2020 im Rahmen eines Positionspapiers als Forderung erhoben und konzeptionell auch entsprechende Wege aufgezeigt. Das Land hat darauf nicht reagiert – manche sagen, es sei dem Wahlkampf und der damaligen Situation zwischen der CDU-Spit-

zenkandidatin und den Grünen geschuldet gewesen –, und wir haben vier Monate verloren, um unsere Schulen zukunftsfähiger zu machen. Daher lautet meine Frage an Sie: Welches sind aus Ihrer Sicht, gerade was die zuletzt geschilderte Situation angeht, die wichtigsten Lehren aus der Pandemie?

Sie haben vorhin von Grundlinien gesprochen. Eine solche Grundlinie ist tatsächlich auch das Thema Haushalt bzw. Haushaltsvolumen. Brauchen wir nicht eigentlich eine klare Zielperspektive, verbunden mit einem verbindlichen Finanzierungsplan, für einen systematischen, krisensicheren Personalaufwuchs? Dabei spreche ich nicht nur von Lehrkräften, sondern auch von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an unseren Schulen, beispielsweise auch mit dem Ziel einer Grundausstattung von 110 %, mit denen dann auch Krisen abgedeckt werden können. Dabei geht es mir nicht nur darum, die Folgen der Pandemie aufzuarbeiten, sondern auch darum, dass wir, sollte in zehn Jahren vielleicht wieder eine solche Situation eintreten, dann sagen können: Wir haben vorsorglich reagiert.

In diesem Kontext würde mich Ihre persönliche Meinung interessieren, ob Sie es in Anbetracht dieser großen Herausforderungen, gerade auch mit Blick auf die Themen Schule, Jugendliche und „Gesellschaftliche Entwicklung“, für angemessen halten, dass das Thema Bildung kein eigenes Handlungsfeld dieser Enquetekommission ist.

Danke schön.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die bisherigen Ausführungen. – Meine Frage bezieht sich noch einmal auf die Einschränkungen. Es gab einige Maßnahmen wie beispielsweise die Ausgangssperren, bei denen es, wenn man es positiv formuliert, zumindest keinen Nachweis gibt, dass sie etwas gebracht haben. Andere sagen, sie hätten nachweislich nichts gebracht. Mir stellt sich die Frage, warum Sie trotzdem an diesem Instrument – wie Sie es bezeichnen – festgehalten haben, obwohl nach der ersten Runde von Ausgangssperren im Prinzip keine messbare Wirkung feststellbar war, wenn man sich die Inzidenzen anschaut. Das habe ich nie richtig nachvollziehen können. Wenngleich ich natürlich sehr großen Respekt vor Ihrer Verantwortung habe, die Sie in dieser Zeit hatten, konnte ich das nie richtig nachvollziehen, wie man diese Entscheidung so hat fällen können. Wenn Sie da ein bisschen Licht ins Dunkel bringen könnten, wäre das sicherlich hilfreich.

Wir sollten uns gerade in Bezug auf das Thema Freiheitseinschränkungen mit Blick auf künftig denkbare Krisensituationen – es muss ja keine Pandemie sein, sondern kann auch irgendetwas anderes sein – auf jeden Fall Gedanken machen, ob es sich dabei um Maßnahmen handelt, die irgendeinen Effekt haben. Ich halte es für wichtig, sich das anzuschauen.

Zweitens würde mich interessieren, ob die Landesregierung als solche – also unabhängig von Koalitionen, sondern einfach der Verwaltungsapparat in den Ministerien bzw. im Staatsministerium – aus Ihrer Sicht etwas aus dieser Pandemie gelernt hat,

das auch nachhaltig ist. Im Moment sind noch viele Mitarbeiter da, die das miterlebt, die Entscheidungen getroffen und die dabei auch an persönlichem Erfahrungsschatz gewonnen haben. Aber irgendwann machen sie irgendetwas anderes oder gehen in den Ruhestand. Gibt es nachhaltige, bleibende Eindrücke oder neue Verfahrensweisen in der Landesregierung bzw. in den Ministerien, die aus Ihrer Sicht eine Folge der Coronapandemie sind, wo Sie sagen: „Da machen wir jetzt etwas besser, weil wir etwas gelernt haben“?

**Abg. Carola Wolle** AfD: Zunächst möchte ich sagen, dass ich damals nicht in Ihrer Haut habe stecken mögen. Sie haben wirklich eine große Verantwortung getragen, und das hat an dieser Stelle – Herr Karrais, Sie haben es gerade auch gesagt – auch unser aller Respekt verdient. Nichtsdestotrotz ist eben nicht alles gut gelaufen.

Das mit dem Kontaktverbot klingt harmlos, aber dass das insbesondere bei den älteren Menschen und vor allem bei den Kindern zu psychischen Schäden geführt hat, steht meiner Meinung nach außer Zweifel. Da müsste man anders reagieren.

Ich möchte noch einmal auf das unleidige Thema Impfen eingehen. Für Grippe gibt es eine Schutzimpfung, die in der Weise wirkt, dass man sich nicht mehr ansteckt. Bei der Coronaschutzimpfung verhält es sich so, dass man zwar einen leichteren Verlauf hat, sich aber noch anstecken kann, wenn man dann noch bedenkt, dass die Varianten sehr schnell wechseln: Würden Sie heute wirklich noch einmal für eine Impfpflicht plädieren und es zulassen, dass die Menschen, die sich nicht impfen lassen, dermaßen unterdrückt werden? Halten Sie es für angemessen, dass die Menschen, die sich nicht haben impfen lassen, derart mit Hass übersät worden sind?

**Dr. Annette Noller**, stellv. externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich möchte meine Frage in meiner Eigenschaft als externes Mitglied, als Theologin und als Vertreterin eines Wohlfahrtsverbands stellen. Krisen sind schwere Zumutungen für die Seele und für die Einzelnen. Ich stimme Ihnen gern zu, dass wir die Krise insofern gut überwunden haben, als wir keine Bilder wie in Bergamo oder in New York gesehen haben. Es gibt auch Zumutungen, denen wir uns in der Gesellschaft gemeinsam stellen müssen, und trotzdem braucht es ja danach dann auch wieder Versöhnung.

Die Fragen der Kohärenz in der Gesellschaft sind uns aufgegeben. Deswegen möchte ich gern nach vorn schauen und Sie fragen, wie weit Sie die Thematik in der politischen Bildung bzw. in der Demokratiebildung als eine Gesamtstrategie dieser Landesregierung sehen. Im Moment erleben wir eine tiefe Spaltung in der Gesellschaft, die uns wahrscheinlich alle beunruhigt. Krisen bewirken unterschiedliche und zum Teil auch gegensätzliche Positionen, weil sie Erschütterungen und Zumutungen sind. Wie kommen wir in dieser Gesellschaft miteinander in einen Dialog, in dem wir unter den Stichworten Resilienz oder auch politische Bildung, Demokratiebildung und Stärkung der Zivilgesellschaft in einen Diskurs der Versöhnung kommen? Inwieweit hat die Landesregierung Strategien entwickelt, um gerade diejenigen, die vulnerabel sind, z. B. die Schülerinnen und Schüler bzw. diejenigen, denen wir etwas zugemutet haben, nun

durch Partizipation und Demokratiebildung stärker in die Zukunft mitzunehmen, um ihnen das nötige Vertrauen zu geben? Dabei denke ich beispielsweise an Betroffene als Demokratieberaterinnen und Demokratieberater oder an Schülerinnen und Schüler als Mentoren, also an Beteiligungsstrukturen als eine Art Gesamtstrategie. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich noch viele Aufgaben vor uns haben, um uns für zukünftige Krisen zu stärken.

**Abg. Florian Wahl** SPD: Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für Ihre bisherigen Antworten. – Sie haben Braunsbach erwähnt. Ich finde, Braunsbach ist ein Beispiel dafür, wie gut Krisenmanagement funktioniert, wenn es eingeübt und nicht zum ersten Mal gemacht wird. Ich glaube, das unterscheidet die Ressortzuständigkeit zwischen in dem Fall Sozialministerium und Innenministerium sehr wohl; denn eine pandemische Lage ist ganz klar eine Gesundheitsfrage und deswegen auch im Gesundheitsministerium angelegt. Aber es waren auch ganz massive logistische Fragen zu lösen, die nur peripher mit der pandemischen Bewertung und der Bewertung der Folgen zu tun hatten. Vielmehr ging es zunächst einmal um organisatorische Fragen: Wie organisieren wir Hilfe? Wie bauen wir Impfzentren auf? Wie sind die Verbindungen zu den Blaulichtorganisationen, zu den Kommunen usw.? Deswegen würde ich das eher mit einem großen Fragezeichen versehen.

Bei dieser Gelegenheit habe ich noch eine Frage zum Thema Management. Sie haben gesagt, es seien eigentlich keine grundlegenden Fehler passiert. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, warum Sie damals mitten in der Pandemie nach der Landtagswahl den damaligen Ministerialdirektor Hammann, der im Sozialministerium zuständig war, in den vorzeitigen Ruhestand versetzt haben. Das hatte doch unmittelbar etwas mit der Pandemie zu tun. Sein Nachfolger, Herr Lahl, hat dann, ehrlich gesagt, manches anders organisiert. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Ich komme noch einmal darauf zurück, dass man als jemand, der die Gesamtverantwortung für eine Regierung trägt, im Sinne einer Aussöhnung möglicherweise um Verzeihung bitten sollte. Ich fand das, was Jens Spahn gemacht hat, durchaus bezeichnend. Die Argumentation, man habe es damals nicht besser gewusst und habe deswegen bestimmte Entscheidungen getroffen, auch wenn sie zum Teil gravierende Folgen hatten, und man könne es hinterher zwar bedauern, aber letztendlich nicht für im Nachhinein objektiv falsche Entscheidungen um Verzeihung bitten, finde ich ein bisschen schwierig. Gerade wenn man in einer Krisensituation schnell handeln und schwierige Entscheidungen treffen musste, halte ich es für wichtig, dass man sich anschließend um eine Versöhnung und Befriedung bemüht, indem man Verantwortung übernimmt.

**Dr. Christoph Müller**, externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit Blick auf die Klimakrise und auf die Notwendigkeit von schnelleren Genehmigungsverfahren fand ich Ihre Ausführungen zum Thema Risikokultur wirklich gut und interessant. Insofern möchte ich daran eine Frage anschließen. Ihr Statement, Risiko bedeutet, es kann auch schiefgehen, sonst ergibt das Wort Risiko ja keinen Sinn, ist eine der

lebensnahesten Risikodefinitionen, die ich seit Langem gehört habe. Das hat mir sehr gefallen, auch Ihre Betonung, dass so etwas nur top-down möglich ist und top-down kommen muss. Zudem haben Sie auch betont, dass der Ministerpräsident nur die groben Leitlinien der Politik vorgibt. Insofern würde ich Sie gern fragen: Haben die Verwaltungen im Land die Risikokultur, die Sie sich wünschen? Welche Risikokultur wünschen Sie sich? Was kann die Landesregierung tun, um die Risikokultur gegebenenfalls in die gewünschte Richtung zu entwickeln?

Vielen Dank.

**Thomas Albiez**, externes Mitglied: Herr Ministerpräsident, ich bin ebenfalls externes Mitglied der Enquetekommission und vertrete die Industrie- und Handelskammern im Land Baden-Württemberg. Wir waren während der Coronakrise wirklich ganz vorn mit dabei, was die Unterstützungsleistungen für die Betriebe und deren Mitarbeiter betrifft.

Wir haben den Verlauf der Coronapandemie zweigeteilt wahrgenommen. Am Anfang haben wir einen Zeitraum von etwa drei bis vier Monaten wahrgenommen, in dem die Dinge wirklich Hand in Hand gingen – von der untersten Ebene der Kommunen bzw. der Betriebe hoch zu den Landesministerien und zurück: über Verordnungen, die gemeinsam erstellt wurden, über schnelle, unkomplizierte, unbürokratische Lösungsansätze. Ich erinnere mich an viele Mittelständler, die zu dieser Zeit gesagt haben: „Vielleicht ist die Krise tatsächlich eine Chance, uns von den Fesseln vieler bürokratischer und sonstiger Hürden zu befreien.“ Es wurde sogar davon gesprochen, dass jetzt möglicherweise ein Ruck durch die Gesellschaft gehen könnte und dass diese Krise als Chance genutzt werden könnte, um unser Gemeinwesen neu aufzustellen, sodass wir zukunftsfähig sind.

Nach drei bis vier Monaten war dann die Rückkehr zu unseren alten Gewohnheiten spürbar: Die Bürokratie hat wieder zugenommen, die Verordnungen haben zugenommen, und man hatte doch mehr und mehr den Eindruck, dass die Verordnungen von oben nach unten entstehen, wenngleich unter Einbindung vieler Expertinnen und Experten, aber doch nicht mehr in diesem guten Informationsfluss, der vorher bestanden hat. Das ist sicherlich kein rein baden-württembergisches Phänomen, sondern eines, das auch auf andere Bundesländer bzw. auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland übertragen werden kann.

Damit stellt sich für mich nicht nur die Frage, wie Bürokratie beseitigt werden kann – mir ist bekannt, dass Sie ein erklärter Feind der Bürokratie sind und diesbezüglich auch viel unternehmen –, sondern ob es uns Ihrer Meinung nach gelungen ist, ein Stück weit dieser Kultur zu folgen, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen und dass ein Ruck durch die Gesellschaft gegangen ist, der besagt, dass wir unsere Zukunft gemeinsam besser als in der Vergangenheit gestalten wollen. Ist dieser Ruck noch da? Ist er jemals entstanden? Oder ist es so, wie eine Pflegekraft kürzlich zu uns sagte: „Man hat uns applaudiert und eine Prämie gegeben, und seitdem ist alles nur noch

schlimmer geworden“? Deswegen würde ich Sie gern um ein Fazit bitten, wie Sie vor allem die gesellschaftliche Situation nach dieser Krise einschätzen.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank. – Ich schaue noch mal in die Runde. – Es gibt keine weiteren Nachfragen in der zweiten Fragerunde. – Dann darf ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, das Wort erteilen.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Herr Abg. Köhler, diese Art der Kinderbefragung halte ich für den richtigen Weg. Das muss man natürlich richtig einsortieren. Wir müssen immer deutlich machen, dass da geraten und nicht entschieden wird, ansonsten entstehen da richtige Enttäuschungen. Zum Schluss entscheiden immer die verfassungsmäßigen Organe. Dann kann man das auch machen.

Damit komme ich zu der Frage nach der stillen Mehrheit. Ich meine, genau das machen wir mit unseren modernen Verfahren der dialogischen Bürgerbeteiligung. Zufallsbürger zu beteiligen, also Menschen, die weder Pro noch Kontra sind und gar kein Eisen im Feuer haben, ist genau die geeignete Methode, um das Argument zu stärken. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, und es zeigt sich, dass die Menschen das gern machen. Sie arbeiten sich in die Themen ein und sind, da sie jetzt nicht mit einer Vorinteressenlage herangehen, Argumenten gegenüber viel offener. Dadurch verändern sie dann auch den Gesamtdiskurs. Das ist genau die richtige Methode, um das zu machen.

Damit komme ich zum Thema Wissenschaft. Wie Sie wissen, gab es in den USA den sogenannten March for Science. Das ist etwas, was mich am meisten beunruhigt hat: dass sich auf einmal – wie soll ich sagen? – eine Skepsis gegenüber der Wissenschaft breit, bis ins Bürgertum hineingefressen hat und dass auch Menschen in meinem persönlichen Umfeld Dingen angehangen haben, denen ich das nie zugetraut hätte. Man muss einfach sagen, dass sich da etwas hineingefressen hat. Ich glaube, das ist eine sehr grundlegende Frage. Eine moderne Gesellschaft beruht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen; das ist einfach so. Bei allem, was wir tun, befragen wir immer die Wissenschaft, die uns sozusagen die Tatsachengrundlagen liefern muss. Dafür mehr zu tun, ist wichtig.

Es ist aber auch ein Ruf an die Wissenschaft selbst. Die Wissenschaftler müssen natürlich aus ihren Elfenbeintürmen herauskommen, was sie aber zunehmend auch machen. Wie kommuniziert die Wissenschaft selbst? Sie konnten beobachten, dass sich Herr Drosten irgendwann aus der öffentlichen Debatte zurückgezogen hat, weil Wissenschaftler sehr schnell in irgendwelche politischen Lager eingeordnet werden und anderes mehr, und das kann sich ein Wissenschaftler nicht erlauben. Das heißt, es ist auch für die Wissenschaftler schwierig. Das ist ein schmaler Grat, immer bei den Fakten zu bleiben, während die Menschen gleichzeitig von ihnen immer wissen wollen: Was folgt daraus?

Ich glaube, wir müssen wirklich daran arbeiten, wieder größeres Vertrauen in die Wissenschaft zu gewinnen. Das bedeutet aber auch, zu wissen, dass die Wissenschaft eben nicht alles weiß. Über banale Tatsachen wie die Tatsache, dass die Erde rund ist, muss man nicht mehr diskutieren; das meine ich jetzt nicht. Aber viele Erkenntnisse sind nicht eindeutig. Es wird in vielen Fragen auch gar nie so sein. Auch da muss man verstehen, wie Wissenschaft arbeitet. Sie müssen sehen: Es gibt Gruppen in der Gesellschaft, die ein eher intuitives Verständnis von Dingen haben, z. B. Homöopathie. Ich persönlich bin jetzt kein Anhänger davon. Sie sehen die Debatte um eine evidenzbasierte Medizin, und da gerät so etwas dann leicht in scharfe Kontroversen. Daran sieht man, dass es im Einzelfall sehr schwierig ist.

Grundsätzlich, will ich sagen: Es ist sowieso alles möglich. Jeder kann nämlich glauben, was er will. Aber dort, wo es Zwischenbereiche gibt, wo es sozusagen intuitive innere Überzeugungen gegen empirische Methoden der Wissenschaft gibt, wird es schwierig. Da ist sehr viel Liberalität gefragt. Letztlich ist es so: In Glaubensfragen können wir uns nicht einigen. Da ist Toleranz gefragt, und das schützt unsere Verfassungsordnung. Glaubens- und Gewissensfragen sind geschützt. Aber dort, wo es um unser alltägliches Leben geht, müssen wir wissenschaftlichen Erkenntnissen vertrauen; denn nur auf dieser Ebene können wir in einer Koalition überhaupt zusammenarbeiten, indem wir immer, trotz unterschiedlicher Meinungen – sogar im Bereich Bildung –, auf Tatsachen zurückgreifen und auf deren Grundlage dann Kompromisse schließen. Das sind letztlich durchaus schwierige Fragen.

Wie das Beispiel der Homöopathie – eine zunächst einmal altherwürdige Heilungsmethode, die die moderne Wissenschaft aber bestreitet – zeigt, kommt man da auch einmal in ein Feld, wo es schwierig wird. Was mache ich da? Ich persönlich finde, das ist kein Problem, weil die Kosten, die die Homöopathie im Gesundheitswesen verursacht, schlichtweg vernachlässigbar sind. Da muss man jetzt auch nicht von einer Klarheit in eine doktrinäre Haltung verfallen. Da ist dann Liberalität gefragt. Aber es ist schwierig, zu entscheiden: Wo fängt es an, wo hört es auf? Das ist nicht ganz einfach.

Zum Stichwort „Kommunale Landesverbände“: Frau Abgeordnete, es ist kein Zufall, dass der Innenminister auch Kommunalminister ist. Damit ist er auch für den Katastrophenschutz zuständig. Das heißt, es ist sozusagen das Krisen- und Katastrophenschutzministerium, und da sind auch die Verwaltungen mit drin. Diese Sachen stellen wir immer neu auf: Wie schaffen wir Formate, in denen wir uns mit den Kommunen noch besser committen? Da sind wir jetzt dran. Es gibt eine allgemeine Erklärung, bei der es um Bürokratieabbau geht. Es gab ja von Verbänden und Kommunen einen großen Aufruf an uns, der jetzt, glaube ich, geeint ist. Daraus müssen wir dann aber auch Formate schaffen, wie wir das noch enger zusammen bekommen, um auch die große praktische Kompetenz, die bei Bürgermeistern und Kommunen herrscht, besser zu verflüssigen. Ich denke, das muss man sehen.

In den Grundlinien haben wir während der Pandemie einheitlich gehandelt, aber es gab auch Zeiten, in denen Baumärkte in Baden-Württemberg geöffnet und in Bayern

geschlossen waren. Das wurde dann wahnsinnig aufgeblasen und führte an den Grenzen natürlich sofort zu Autokolonnen. Eigentlich macht das nichts. Ich finde das alles ein bisschen überspannt. Warum muss das Nichtrauchergesetz in Niedersachsen dasselbe sein wie in Baden-Württemberg? Was ist schlimm daran, wenn das da ein bisschen anders ist? Nichts. In der Schweiz werden in den Kantonen sogar unterschiedliche Steuern erhoben. Da würden bei uns ja alle die Krätze bekommen. Es ist aber ein funktionierendes Gemeinwesen. Also, wir sind ein föderaler Staat, in dem der Föderalismus nicht sehr beliebt ist. Das ist ganz merkwürdig. Alle wollen ein einheitliches Schulbuch, aber wenn es dann konkret um ihr Kind geht, sagen sie, ihr Kind brauche eine ganz besondere Behandlung. Da widersprechen sich die Leute innerhalb von drei Minuten. Wenn es da Unterschiede gibt, ist das nicht schlimm. Aber es gab keine gravierenden Unterschiede, das muss ich einmal sagen. Wir haben uns geeinigt, und das ist, glaube ich, auch das richtige Vorgehen.

Jetzt komme ich zum Kollegen Fulst-Blei. Multiprofessionelle Teams werden derzeit zunächst einmal erprobt. Sie sind ja nun auch ein alter Hase in der Bildungspolitik. Ich glaube, das ist richtig, bevor man alles in die Breite trägt. Wir wissen, wie schnell sich Dinge in der Bildungspolitik als fehlerhaft erweisen und nicht das bringen, was sie versprechen. Es ist völlig richtig, es zunächst einmal an einzelnen Schulen zu testen und Erfahrungen zu sammeln, bevor man das gleich in die Fläche bringt. Da haben wir etwas unterschiedliche Meinungen, Herr Kollege. Ich bin ein ganz großer Anhänger davon. Ich bin allerdings kein Anhänger davon, dass Modellversuche jahrzehntelang dauern. Wenn man sie durchführt, um Neues zu erproben, muss man dann auch entscheiden, was tatsächlich in die Fläche geht. Aber in der Sache sind wir uns einig: Angesichts des bestehenden Personalmangels ist es wahrscheinlich eine ganz wichtige Maßnahme, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiter von trivialen Verwaltungsaufgaben zu entlasten und andere Menschen, die nicht Lehrer sind, die aber spezielle Kenntnisse haben, dort einzusetzen. Ich glaube, da liegen wir im Prinzip nicht auseinander.

Allerdings möchte ich die Annahme zurückweisen, dass wir Entscheidungen gefällt haben, die irgendetwas mit den Wahlen zu tun hatten. Das war definitiv nicht der Fall, das möchte ich einmal behaupten. So etwas in einer schweren Krise zuzulassen, ist bei mir so weit weg wie der Mond. Da können Sie sich sicher sein.

Zu Ihrer Zielperspektive von 110 %: Wer soll das bezahlen? Wir können jetzt Autobahnen nicht an drei Tagen bauen, um Staus zu vermeiden, weil alle in den Urlaub fahren. Das ist einfach nicht sinnvoll. Wegen Peaks, die ab und zu mal auftreten, einen solchen Plafond zu schaffen, ist nicht bezahlbar, und ich halte es auch nicht für sinnvoll. Wir können jetzt nicht die ganze Verwaltung so ausrichten, als wären wir dauernd in einer Pandemie. Das halte ich nicht für sinnvoll. Ich meine, da muss man flexibel sein und da kommen wir jetzt nicht so richtig zusammen. Stellen Sie ich einmal vor, Sie würden z. B. eine Krankheitsvertretung aufbauen, die zu keinerlei Konsequenzen führt, wenn jemand krank wird, weil sofort jemand da ist. Wie groß müsste dieser Überhang,

den Sie vorhalten müssten, sein? Das halte ich, ehrlich gesagt, für nicht sinnvoll und auch für nicht bezahlbar.

Der Personalmangel plagt uns alle, und zwar überall. Der Fachkräftemangel ist ein Riesenproblem. Sie halten mir jetzt immer die Streichung von Lehrerstellen vor. Da waren Sie allerdings noch mit mir in der Koalition. Fragen Sie einmal Ihren Finanzminister, ob der das für falsch gehalten hat, was ich damals gesagt habe. Es gab nämlich eine klare Prognose des Statistischen Landesamts, also sozusagen der Wissenschaft. Die irren sich sehr selten und machen in der Regel sehr solide Prognosen. Das war in diesem Fall nicht so, und daher rührte diese Aussage. Es ist allerdings nicht umgesetzt worden, weil wir schnell gemerkt haben, dass die Prognose nicht stimmt. Aber das habe ich jetzt nun einmal an der Backe, und Sie werden es mir wahrscheinlich noch häufiger vorhalten. Aber das wollen wir jetzt nicht vertiefen.

Herr Abg. Karrais, Sie sprachen die Ausgangssperren an. In einer epidemischen Lage müssen Sie früh handeln. Wenn Sie später handeln und die Inzidenzen gestiegen sind, müssen die Maßnahmen viel drastischer sein. Das heißt, Sie können Epidemien nur am Anfang wirklich eindämmen. Wenn es einen bestimmten Punkt überschritten hat, funktioniert es nicht mehr. Deswegen war mein klares Prinzip, nicht erst harte Maßnahmen zu treffen, wenn die Zahlen schon durch die Decke gehen, sondern rechtzeitig sehr harte Maßnahmen zu treffen, denn nur dann wirken sie. Nach meiner Kenntnis sind die Inzidenzen im zweiten Lockdown mit der Ausgangssperre bei uns schneller gesunken als in anderen Ländern. Das Problem ist allerdings: Was sie verhindert haben, kann man nur schlecht nachweisen. Ich glaube, es ist einfach eine Frage der Epidemiologie. Weil es sich um exponentielle Vorgänge handelt, müssen Sie früh, wenn die Kurve noch nicht steil ist, relativ rigorose Maßnahmen durchführen.

Alles wird aufgearbeitet, und es werden die Konsequenzen daraus gezogen. Wir werden natürlich auch die Ergebnisse dieser Enquetekommission berücksichtigen und sie in die Modernisierung der Verwaltung einfließen lassen. Aber der Drang, die Verwaltung zu modernisieren, was wir nun ganz entschieden machen – auch mit Digitalisierung und allem Möglichen –, entsteht aus vielen Quellen. Das ist eines der Topthemen, und in der Konsequenz werden nachhaltige Verbesserungen, die Sie gefordert haben, vorgenommen.

Frau Abg. Wolle, Sie haben die Impfpflicht angesprochen. Ob man das machen muss oder nicht, ob es also sinnvoll ist, hängt, wie gesagt, vom Virus ab. Dann muss man sich auch fragen, ob man die Impfpflicht konditioniert. Bei Masern gibt es beispielsweise eine Impfpflicht, denn ansonsten dürften nicht geimpfte Kinder nicht in den Kindergarten. Aber ob man die Impfpflicht konditioniert oder unkonditioniert macht, hängt einfach von der Art des Virus ab.

Eine tiefe Spaltung hatten wir jedenfalls nicht während der Pandemie. Das sehe ich nicht so. Das waren Minderheiten, allerdings sehr lautstarke Minderheiten. Von einer Spaltung gehe ich erst dann aus, wenn es in Richtung fifty-fifty geht. Das war noch

keine Spaltung. Vielmehr ist die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung eigentlich mitgegangen, obgleich nicht bei jeder einzelnen Maßnahme. Aber es gibt jetzt tatsächlich entsprechende Tendenzen. Im Osten geht es schon in diese Richtung.

Was ist dabei aus meiner Sicht wichtig? Man muss folgende Lehren aus der Pandemie ziehen: dass wir Sachfragen nicht zu kulturellen Fragen aufmöbeln sollten, dass wir Differenzen in der Sache also nicht zu kulturellen Kategorien hochjazzen. Wenn das erst einmal eingepreist ist, dann bekommen Sie es nicht mehr weg. Wenn Sie in einer Pandemie über die getroffenen Maßnahmen streiten, ist das etwas anderes, als wenn Sie sagen: „Daran sehen Sie: Das ist keine Demokratie mehr.“ Wenn Sie daraus also eine Systemfrage machen, wie es die Rechtspopulisten gemacht haben, dann kommen Sie in die Spaltungslinie. Das können wir in den USA beobachten. Mir ist einmal berichtet worden, dass ein republikanischer Abgeordneter gefragt wurde, warum er gegen den Kampf gegen den Klimawandel sei, obwohl doch so viel dafür spreche. Er hat geantwortet: „Weil ich ein Republikaner bin.“ Wenn Sie sich auf diesem Niveau bewegen, dann führt das zur Spaltung.

Das heißt, es ist ein Aufruf an uns alle, das nicht zu machen, also abzurüsten. Das finden Sie in vielen Fragen dieser modernen Identitätspolitik. Das findet mal auf der linken, mal auf der rechten Seite der Gesellschaft statt: dass Fragen sozusagen hochgezont und daraus kulturelle Konflikte entwickelt werden. Meine These ist, dass das etwas ist, was wir auf jeden Fall vermeiden sollten. Die harten Kontroversen hart an der Sache zu führen, dagegen ist nichts einzuwenden. Aber daraus gleich Fragen zu machen, die sozusagen ans Eingemachte gehen, halte ich für fragwürdig.

Herr Dr. Müller, Sie haben die Risikokultur angesprochen. Jetzt nehmen wir einmal den Kollegen Habeck, einen Politiker, den ich persönlich sehr schätze. Der geht nämlich ins Risiko. Der ist schnell, der ist entschlossen, und der geht ins Risiko. Ein Beispiel: die Gasumlage. Als sich das als nicht richtig erwiesen hat, hat er es korrigiert. Aber gutgetan hat ihm das nicht. Und jetzt dasselbe. Ich meine, immerhin hat er uns gut durch den Winter gebracht. Aber: „There is no glory in prevention.“ Dafür werden Sie einfach nicht belohnt. Aber wir Politiker wollen ja belohnt werden, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wir wollen nämlich wiedergewählt werden. Ansonsten verlieren wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten. Das ist ja wichtig. Das können Sie nur bedingt machen, wenn Sie wissen: Dafür werden Sie nicht belohnt. Trotzdem wird es gemacht.

Jetzt dasselbe: Klimawandel als eine Krise. Darauf müssen wir schnell reagieren, weil uns die Wissenschaft sagt: „Wir haben noch zehn Jahre Zeit, um zu reagieren, und wenn wir später reagieren,“ – davon spricht auch das Bundesverfassungsgericht – „dann sind die Freiheitseinschränkungen viel dramatischer. Darum müssen wir die Maßnahmen jetzt machen.“ Das ist ihm aber wohl nicht gut bekommen; das muss man einmal sehen. Und was hat er jetzt gemacht? Er hat es korrigiert, und zwar genau an der richtigen Stelle. Er hat die Wärmewende sozusagen vor die anderen Entscheidungen gestellt. Dafür dauert es jetzt länger. Er ist natürlich in einem Dilemma: Wenn er

zu langsam ist, wird er dem Kampf gegen den Klimawandel nicht gerecht, ist er zu schnell, verliert er den Zuspruch der Bevölkerung. Das heißt, das mit dieser Risikobereitschaft ist gar nicht so einfach.

Ich habe das im Silicon Valley gelernt. Das ist dort wirklich eingepreist. Ein Start-up-Unternehmen kann auch einmal etwas völlig in den Sand setzen. Trotzdem bekommt es eine zweite Chance und das Geld dazu, weil man sagt: „Der ist mutig, der riskiert etwas.“ Dort hat man eine andere Fehlerkultur, die übrigens bei uns jetzt auch in die Wirtschaft einzieht. Wir haben dafür aber immer noch keinen Milliardenfonds aus der Wirtschaft. Das fehlt immer noch. Da haben wir einfach eine andere Kultur.

In der Politik ist es gar nicht so einfach, denn – das sage ich Ihnen ganz offen – wir werden für Fehler viel mehr bestraft, als wir für innovative Vorschläge belohnt werden. Die „Heilige Dreifaltigkeit“ unserer Presse heißt: Konfliktorientierung, Defizitorientierung, Fehlerorientierung. Das kann ich Ihnen aus meiner zwölfjährigen Zeit als Ministerpräsident wirklich sagen. Ich will Ihnen auch sagen: Das ist notwendig, aber man braucht dafür auch einen gewissen Kulturwandel. Sonst kommen Sie da nicht sehr viel weiter.

Für die Verwaltung gilt dasselbe. Schauen Sie: Meine Beamten haben doch eines im Sinn: Die wollen den Ministerpräsidenten schützen. Sie schreiben also Vermerke, dass ich schlichtweg keine Fehler mache. Das ist ein großer Aufwand, der da betrieben werden muss, weil es tatsächlich so ist: Der Ministerpräsident darf noch nicht einmal kleine Fehler machen. Das kann riesige Folgen nach sich ziehen. Ein blöder Satz von mir, und dann höre ich das zehn Jahre lang. Aber zum Schluss machen wir Interviews ohne Inhalt – mit lauter Plastikwörtern. Das will ja auch niemand. Also, ich will nur sagen: Es ist nicht so einfach.

Jetzt komme ich zum Kollegen Wahl. Arbeiten die Ressorts gut zusammen? Das Problem ist ein gewisses Ressort- und Silodenken, das wir ja überall haben. Das müssen wir durchbrechen. Die Digitalisierung ruft es auf: Wir müssen uns vernetzen. Sie müssen Folgendes sehen: Die ganzen Strukturen, die wir in der Verwaltung haben, stammen noch aus der Gründungsphase unserer Republik. Ich denke viel darüber nach: Wie können wir das mal ändern? Ich mache deswegen Formate wie die Strategiedialoge Automobilwirtschaft und Gesundheitswirtschaft. Da arbeiten alle Akteure auf einer Gesprächs- und Arbeitsebene zusammen, um aus diesen Silos herauszukommen. Das heißt, da stellt sich nicht die Frage, ob es dieses oder jenes Ministerium besser macht, sondern die Frage lautet: Arbeiten die gut zusammen? Kommt also die logistische Kompetenz im Innenministerium mit der epidemiologischen Kompetenz im Sozialministerium gut zusammen? Das hat doch einigermaßen gut funktioniert.

Sie können jetzt nicht von mir erwarten, dass ich hier personalpolitische Entscheidungen erläutere. Ich sage mal so: Ich habe Herrn Ministerialdirektor Hammann außerordentlich geschätzt, aber nicht jeder Mensch hat die gleichen Stärken oder Schwächen

wie der andere. Manche können Krisen besser als andere, wenn Ihnen das als Aussage genügt. Solche Entscheidungen muss man einfach treffen, und die haben wir getroffen.

Herr Albiez, ein Entbürokratisierungsruck ging nicht aus der Pandemie hervor – ganz im Gegenteil. Unsere Verordnungen waren ja hochgradig bürokratisch. Es war auch ganz schwierig, sie überhaupt zu übersetzen. Aber genau das ist das generelle Problem: Sie wollen es natürlich jedem irgendwie recht machen und auch jede Gruppe berücksichtigen, und dann kommen Sie zu solch komplizierten Regelungen. Wahrscheinlich ist es in einer Pandemie schwer, es anders zu machen. Sonst werden die Verordnungen ja sozusagen noch gröber. Das hat mit der Pandemie erst einmal nichts zu tun, sondern das wird eher durch die Demografie getrieben.

Jetzt schlägt es richtig auf bei allen. Jeder weiß: Es geht so nicht weiter. Wir haben nicht das Personal, um so weiterzumachen. Ein Landrat hat mir jetzt kürzlich erzählt, er habe für dieselben Aufgaben ein Drittel mehr Menschen. Das wird nicht mehr gehen, und das ist genau der Punkt, an dem deutlich wird: So können wir in Deutschland nicht weitermachen. Regeln sind unglaublich wichtig, sie müssen klar, schmal und auch zielführend sein. Wir müssen das nicht bis ins Allerletzte machen und dazu dann auch noch Dokumentationspflichten schaffen. Das verleidet den Menschen die Arbeit. Ich meine, wer will sich am Sonntag noch hinsetzen und diese ganzen Listen abarbeiten? Vom Koch bis zum Rektor einer Universität beschwerten sich alle darüber, und da müssen wir ran. Das wird jetzt hundertprozentig kommen, weil das Personal nicht mehr da ist.

Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele. Die Stadt Frankfurt schiebt die Bearbeitung von 20 000 Asylanträgen vor sich her. Die Ausländerbehörde in Stuttgart kann ein Drittel der Stellen gar nicht besetzen, nur um Ihnen einmal Beispiele zu geben. Selbst bei mir im Staatsministerium fängt es an, dass keine Flut von Bewerbungen mehr kommt. Es schlägt einfach überall zu. Es ist mir auch ein bisschen schleierhaft, warum das so schnell und so plötzlich kommt. Wir wussten ja, dass es kommt. Aber man fragt sich immer: Wo sind all die Leute plötzlich geblieben? Wir werden das sicherlich ein Stück weit durch eine kluge Einwanderungspolitik kompensieren können und auch müssen – keine Frage. Aber wir werden das nicht völlig kompensieren. Wir werden auch mit Hilfe von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz viele Dinge machen können.

Glauben Sie mir: Ich habe mich jetzt ein Jahr lang auch persönlich mit der Windkraft beschäftigt, wie das zu beschleunigen ist. Wir haben es jetzt geschafft, die Zeiten zu halbieren. Das ist aber noch nicht genug. Wir müssen noch besser werden. Dieses Brett ist in 70 Jahren derart dick und hart gewachsen, dass man den gordischen Knoten nicht einfach zerschlagen kann. In einem Rechtsstaat muss man den aufdröseln, und das können wir nur alle gemeinsam hinbekommen. Aber glauben Sie mir: Es wird eine der prioritären Aufgaben sein, überflüssige Bürokratie festzustellen und die Standards daraufhin zu überprüfen, wo sie höher sein müssen, wo sie gut sind bzw. wo sie

zu niedrig sind. Das alles sind Fragen der Händelbarkeit. Dieser Ruck wird jetzt kommen. Davon können Sie ganz fest überzeugt sein.

Ich darf mich bei Ihnen für die Fragen bedanken und hoffe, dass ich sie wenigstens ansatzweise beantworten konnte.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Haben Sie recht herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Der Dank geht auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die heute dabei waren. Wir, die Enquetekommission, schließen uns dem Dank an Ihre Beamtinnen und Beamten an, die viel Arbeit geleistet haben. Das ist auch von uns in dem Fall sehr klar gesehen worden. Wir wünschen uns, dass auch in Zukunft weiterhin der Wunsch besteht, in der Verwaltung tätig zu sein. Da gab es ja auch durchaus die Problematik, dass man in diesen Arbeitsbereichen weder Ruhm erlangt noch Dankbarkeit erfährt. Trotz allem wünschen wir uns, dass da eine Besserung eintritt.

Ich unterbreche jetzt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung. Wir fahren um 12:00 Uhr mit Teil I Punkt 2 – Öffentliche Anhörung zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ – fort.

Wir machen jetzt eine kleine Pause. Die Obleute treffen sich jetzt im Bertha-Benz-Saal zur Presserunde.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:31 Uhr bis 12:29 Uhr)

**Punkt 2**  
**Öffentliche Anhörung zum Thema „Einbeziehung aller**  
**Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und**  
**Krisenbewältigung“**

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Als erste Sachverständige zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ hören wir Frau Professorin Dr. Engin und Frau Professorin Dr. Karst. Sie haben jeweils 20 Minuten Zeit für einen kurzen Input bzw. für ein kurzes Statement.

Frau Professorin Dr. Engin, ich übergebe das Wort zuerst an Sie. Sie sind Professorin für Pädagogik und Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

(Eine Präsentation [*Anlage 1*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

**Sv. Frau Dr. Engin:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Mitglieder der Kommission, Hohes Haus! Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich, Ihnen einen Input zu diesem wichtigen Bereich geben zu dürfen.

Zunächst zur Einordnung meines Inputs: Wie der Vorsitzende bereits gesagt hat, komme ich von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Wir machen im Kerngeschäft Lehrerbildung. Mein Bereich sind dort die Migrationspädagogik und u. a. auch der Bereich Sprachdidaktik. Deutsch als Zweitsprache habe ich in meinem Leben davor gemacht, aber das führe ich weiter. Ich bin weiterhin auch im Bereich Lehrerqualifizierung, also Lehrerfortbildung im Bereich von Kindern bzw. Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, und auch Sprachförderung tätig. Ich habe diesen Bereich während meiner Arbeit auch kennengelernt. Das, was ich erzähle, ist also nicht nur anekdotische Evidenz.

Ich werde Ihnen einen pädagogischen Input zum Thema Familie geben. Im Anschluss werden Sie dann noch sehr viel empirische Evidenz zum Thema Bildungsgerechtigkeit hören. Ich werde auf das Thema „Kinder und Familien mit Fluchterfahrung“ eingehen. Da wir nicht so viel Zeit haben, werde ich mich auf das Wesentlichste konzentrieren. Sollten Sie Fragen haben, werde ich diese sehr gern im Anschluss beantworten.

Ich werde mich auf drei riskante Lebenslagen fokussieren, in denen sich meiner Ansicht nach diese Kinder befinden, und werde dazu auch Ergebnisse präsentieren, um dann aus meiner Sichtweise entsprechende Handlungsbedarfe aufzuzeigen und Empfehlungen in Richtung Politik zu formulieren.

Wenn wir uns die Diskurse in Europa oder speziell auch in Deutschland anschauen, hat man den Eindruck, als würden nur wir mit Fluchtmigration behelligt. Aber Sie wissen alle viel besser als ich, dass das ein Thema globalen Ausmaßes ist.

Sie sehen hier die Zahlen vom UNHCR zum Forced Displacement 2022: Es sind 108 Millionen Menschen, die gewaltsam vertrieben worden sind, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden bzw. die innerhalb ihres Landes vertrieben worden sind. Das ist Ihnen sicherlich bekannt. Man sollte diese Zahl einmal auf sich wirken lassen. Ich gehe ebenso wie Sie davon aus, dass die Zahl wahrscheinlich nicht sinken, sondern in den nächsten Jahren im Zuge weiterer Krisen und auch im Zuge des Klimawandels weiter steigen wird.

Darüber hinaus müssen wir uns auch immer wieder bewusst machen, dass das, was wir ab 2015 erlebt haben, keine einmalige Situation ist, sondern dass wir weltweit immer schon Geflüchtete hatten, Menschen, die vertrieben werden, die ihren Lebensmittelpunkt ändern müssen. Wie Sie auf dieser Grafik sehen, betrifft dies immer eine große Zahl von Menschen. Im Hinblick auf die Zahlen des UNHCR finde ich es bemerkenswert, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der Alterskohorte null bis 17 weltweit bei 30 % der Gesamtbevölkerung liegt, dass ihr Anteil an denjenigen, die vertrieben wurden bzw. geflüchtet sind, jedoch bei 40 % liegt. Das heißt, Kinder und Jugendliche sind ungleich schwerer von Vertreibung und Flucht betroffen. Das müssen wir uns vor Augen führen.

Das sehen wir auch an den Zahlen, die ab 2015 für unser Land sichtbar geworden sind. Während die Zahl derjenigen, die aus den Ländern Syrien, Afghanistan und Irak stammen und einen Antrag auf Asyl, also auf Schutz, gestellt haben, in der Alterskohorte von null bis 17 Jahren im Jahr 2015 noch etwa 110 000 betragen hatte, waren es im Jahr 2016 bereits 260 000, also deutlich über 30 %. Das ist also eine Gruppe, die nicht zu vernachlässigen ist. Es gab im Zusammenhang mit der Fluchtmigration viele Kinder und Jugendliche, die um Schutz gebeten und diesen auch erhalten haben.

Wie sieht es mit den Familien aus? Dazu liegen Zahlen aus der Studie des BAMF vor, die sehr verlässlich sind und die immer wieder auf den neuesten Stand gebracht werden. Konkret handelt es sich um die Zahlen vom Sozio-Ökonomischen Panel, SOEP, die hier eingeflossen sind. Wir sehen, dass drei Viertel der Familien aus den Ländern Syrien, Afghanistan und Irak kommen. 7 % der hier ausgewiesenen Familien stammen aus (süd-)osteuropäischen Ländern.

Erfreulich ist zum einen, dass 75 % der Kinder mit ihren Familien in privaten Unterkünften leben. Nur ein Viertel lebt in Gemeinschaftsunterkünften. Gemeinschaftsunterkünfte sind im Kontext der Lebenslagen für diese Zielgruppe besonders prekär. Erfreulich ist auch, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern und Geschwistern in Kernfamilien zusammenleben, was für die Stabilisierung der Kinder eine wichtige Funktion hat. Insgesamt lässt sich also feststellen, dass zumindest Familien vermehrt

eine private Unterkunft gefunden haben und dass Kinder mit ihrer Kernfamilie, bestehend aus Eltern oder Eltern und Geschwistern, dort leben.

Weil die Zeit relativ kurz ist, habe ich mich hinsichtlich der riskanten Lebenslagen auf drei Aspekte konzentriert: zum einen auf den Aspekt „Trauma/posttraumatische Belastungsstörung“, zum Zweiten auf „Schulische Integration und Teilhabe“ und zum Dritten auf die Pandemie. Ich werde Ihnen im Folgenden zeigen, wie es sich damit verhält.

Die Kollegin Britta Rude, die die Entwicklung aufmerksam beobachtet, hat für ihre Studie für das ifo Institut die Studien zu psychosozialen Belastungen aufbereitet. Sie hat sich zwei Studien zu bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen angeschaut. Sie sehen hier eine Studie von 2017, wonach 26 % der geflüchteten Kinder in einer Erstaufnahmeeinrichtung in der Alterskohorte von null bis sechs Jahren und 33 % in der Alterskohorte von sieben bis 14 Jahren unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden.

Was sind posttraumatische Belastungsstörungen? Das ist zum einen Angst, das sind Schlafstörungen, das ist Zurückgezogenheit, das ist Insichgekehrtsein, das sind Unruhezustände, das sind im Unterricht z. B. Erschöpfung, Wegschlafen, Weinkrämpfe, Kommunikationsabbruch. Das alles kann sich als posttraumatische Belastungsstörung zeigen. Auch Lernblockaden gehören dazu. Sie sehen, dass es in der Alterskohorte von null bis sechs Jahren, also im Kindergartenalter, 26 % und in der Alterskohorte von sieben bis 14 Jahren – dabei handelt es sich um Kinder, die in der Primar- und Sekundarschule sind – 33 % sind. Diese Zahlen machen hellhörig und sollten uns zu denken geben.

Eine weitere Studie von 2019 vergleicht unbegleitete Minderjährige mit begleiteten Minderjährigen. Wie Sie sehen, leiden 65 % der unbegleiteten Minderjährigen und 37 % der begleiteten Minderjährigen an posttraumatischen Belastungsstörungen. Bei 42 % der unbegleiteten und bei 30 % der begleiteten Minderjährigen lässt sich eine Depression feststellen. Das heißt, da hat sich die posttraumatische Belastungsstörung zu einer Depression weiterentwickelt, die, wenn sie nicht behandelt wird, im schlimmsten Fall sehr böse enden kann.

Das alles sind Dinge, die wir im Hinterkopf haben sollten. Das sind ganz klar riskante Lebenslagen, auf die wir eine Antwort geben sollten.

Wie sieht es im Hinblick auf schulische Integration und Teilhabe aus? Zum einen sehen Sie oben wiederum die Zahlen vom SOEP, der BAMF-Studie. Außerdem habe ich Ihnen die Zahlen aus der ReGES-Studie – ReGES steht für „Refugees in German Educational System“ – mitgebracht. Dabei handelt es sich um eine Studie, die von der Universität Bamberg ab 2015/2016 mit einer großen Stichprobe von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung in verschiedenen Bundesländern durchgeführt wurde. In dieser großen Stichprobe wurden Kinder und Jugendliche über den gesamten Zeitraum bis zum Jahr 2021 betreut und befragt, sodass diese Studie im Längsschnitt

tatsächlich Entwicklungen abbilden kann. Dabei werden Eltern und Kinder ab der Geburt in den Fokus genommen, sodass sich anschaulich abbilden lässt, wie sich die Biografien entwickelt haben.

Beide Studien basieren auf Selbstauskünften. Sie sehen, dass die Kinder auf die Frage nach ihrer Deutschkompetenz antworten, ihre Deutschkenntnisse seien gut oder sehr gut. Wie gesagt: Es handelt sich um Selbstauskünfte. Auch die ReGES-Studie basiert auf Selbstauskünften. Dort sagen 60 % der Befragten, sie könnten recht gut Deutsch schreiben bzw. ganz gut Deutsch sprechen.

Wenn man sich jedoch ansieht, wie die Teilnahme an institutionellen Fördermaßnahmen, also an Deutschförderung, war, dann fällt auf – das müsste uns jetzt zu denken geben –, dass bei der SOEP-Befragung 71 % gesagt haben, dass sie nicht an einer institutionellen Deutschförderung teilgenommen haben. Darunter wäre beispielsweise eine VKL, eine Vorbereitungsklasse, zu verstehen. Auch bei der ReGES-Studie haben knapp 65 % angegeben, dass sie keine institutionalisierte Sprachförderung erhalten haben. Ein Drittel der Befragten hat angemerkt, dass sie Sprachförderung erhalten.

Ich lege zwei Studien zugrunde, um Ihnen zu zeigen, dass der Trend ähnlich ist. Wie auch immer man erhebt, man kommt zu relativ ähnlichen Sachständen. In vielen Bundesländern gibt es keine institutionalisierten Rahmenbedingungen des Deutschlernens, wie es bei uns beispielsweise die VKL ist. Im Anschluss könnte für Baden-Württemberg die Frage gestellt werden, ob die VKL tatsächlich Effekte hat und welche Voraussetzungen gegeben sein müssten, damit es gut läuft.

Das andere Thema finde ich mindestens genauso spannend, weil es auch eine riskante Lebenslage darstellt. Ich habe dieses Thema mit „Überalterungsproblematik“ überschrieben. Die ReGES-Studie hat die Zahlen der PISA-Studie dahin gehend aufbereitet, dass sie untersucht hat, welche Klassenstufe Jugendliche im Alter von 15 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund besuchen. Bei der Grafik zur ReGES-Studie fällt auf, dass die Tortenstücke farblich ganz anders verteilt sind. Rund 40 % der Kinder mit familiärer Fluchterfahrung besuchen die sechste, siebte oder achte Klasse, lediglich 50 % die neunte Klasse und rund 9 % die zehnte Klasse. Wenn man die Prozentwerte der 15-Jährigen ohne Zuwanderungshintergrund anschaut, von denen nur 6,2 % die achte Klasse besuchen, und dann sieht, dass es bei den 15-Jährigen mit Migrationshintergrund 12,7 % sind, die nach der PISA-Studie erwartungsgemäß eigentlich die neunte oder zehnte Klasse besuchen sollten, muss man sich angesichts der Tatsache, dass nur 50 % der Kinder mit Fluchterfahrung die neunte Klasse besuchen, die Frage stellen, warum sie zurückgestellt werden. Es findet also eine Zurückstellung statt. Ich habe das als Überalterungsproblematik bezeichnet.

Jetzt könnte man fragen, worin denn überhaupt das Problem besteht. Dann sind sie eben zwei Jahre länger in der Schule. Zum einen stellt sich dann aber die Frage, ob sie die Schule mit einem Abschluss abschließen, und zum anderen, wie es sich mit

dem Zeitfenster für anschließende Qualifizierungsangebote verhält. Bei einer Bewerbung um eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle spielt das Alter durchaus eine Rolle, und dann müssen sich diese jungen Menschen die Frage gefallen lassen, warum sie schon 20 Jahre alt sind, während die Mitbewerberinnen und Mitbewerber gerade mal 17 oder 18 Jahre alt sind. Das heißt, das Problem verlagert sich nach hinten. Daher sollten wir dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen, die in unser System kommen, so diagnostiziert werden, dass sie tatsächlich in die ihrer Entwicklung entsprechenden Klassenstufen kommen, um ohne zeitliche Verzögerung ihre schulische Bildungsbiografie abschließen zu können.

Die Teilnahme an außerschulischen Angeboten zeigt interessanterweise auch, dass zumindest – Sie sehen hier eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, der wiederum die SOEP-Zahlen zugrunde liegen – die Angebote an regulären schulischen Aktivitäten außerhalb des Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung signifikant weniger in Anspruch genommen werden. Auch Sport-AGs schulischer Art werden um die Hälfte weniger von jugendlichen Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung in Anspruch genommen. Da stellt sich die Frage, ob das darauf zurückzuführen ist, dass ihnen diese Angebote nicht bekannt sind. Der Bericht sagt, dass dies wahrscheinlich der Fall ist. Zum anderen ist den Kindern und Familien auch nicht bekannt, welche Bedeutung diese Veranstaltungen für die Gesamtentwicklung haben, dass nämlich darüber ein soziales Netz aufgebaut werden kann, über das dann auch die Integration und die Teilnahme sichergestellt werden kann.

Demgegenüber ist die Mitgliedschaft dieser Klientel in Sportvereinen recht hoch. Das mag daran liegen, dass die Sportvereine dieser Klientel ganz klare Angebote gemacht haben. Die Jugendarbeit in den Vereinen und Verbänden hat also an dieser Stelle funktioniert. So etwas könnte man sich dann auch für die Schule vorstellen: dass die Angebote eben besser bekannt gemacht und die Hürden entsprechend abgesenkt werden.

Wie ist es den Kindern und Jugendlichen in der Pandemie ergangen? Wie Sie sicherlich wissen, waren die Kinder und Jugendlichen in der Pandemie die großen Verlierer. Eine Studie der Kollegin Britta Rude hat gezeigt, dass die Ausstattung der Erstaufnahmezentren und auch der Gemeinschaftsunterkünfte mit WLAN und PCs erfreulicherweise relativ gut war. Diesbezüglich muss sich Baden-Württemberg keineswegs verstecken: In allen 14 Erstaufnahmezentren stand WLAN zur Verfügung, während es in den entsprechenden Einrichtungen anderer Bundesländer zum Teil nur punktuelle Hotspots oder überhaupt keinen Zugang gab. Wenn man bedenkt, dass während der Pandemie schulpflichtige Kinder, die auch die Schule besucht haben, zum Teil noch in Erstaufnahmeeinrichtungen gewohnt haben, weil es in den Gemeinschaftsunterkünften keinen Platz mehr gab, dann waren die Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen ohne die entsprechende IT-Infrastruktur vom Distanzunterricht schlicht und einfach abgeschnitten.

Auf diesen Grafiken, die Sie sich im Nachgang noch einmal im Detail anschauen können, ist gut zu erkennen, dass es tatsächlich einen Unterschied ausmacht, ob ein Jugendlicher mit Fluchtbiografie in einer Gemeinschaftsunterkunft oder aber in einer Privatwohnung wohnt, weil dies für die Rahmenbedingungen des Lernens ganz entscheidend ist. Die Wenigsten der besonders vulnerablen Gruppe der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften verfügten über ein eigenes Zimmer, einen eigenen Schreibtisch, ein Tablet oder einen PC und hatten somit keine Möglichkeit, am Fernunterricht teilzunehmen. Besonders fatal war es dann, wenn Kolleginnen und Kollegen aus der Schule die Arbeitsblätter in einer riesigen PDF-Datei verschickt haben, weil weder das Datenvolumen vorhanden war, um diese Unterlagen zu öffnen, geschweige denn das Endgerät, um es auszudrucken. Das heißt, es war eine wirklich prekäre Situation. Studien, die im Nachgang erstellt worden sind, zeigen, dass gerade dieses Klientel anderthalb bis zwei Schuljahre an Leistungsdifferenz im negativen Sinn aufgebaut haben, die jetzt aufgeholt werden müssen. Wie soll das gehen? Wir brauchen ja nur in die Schulen zu schauen.

Die Handlungsbedarfe, die ich im Hinblick auf Traumata und posttraumatische Belastungsstörungen sehe, fasse ich wie folgt zusammen: Um eine Manifestation in Richtung Depression zu erkennen und gegebenenfalls zu verhindern, muss eine Früherkennung bzw. eine Diagnose erfolgen, ob es sich um ein Trauma bzw. um eine posttraumatische Belastungsstörung handelt. Es ist ernsthaft darüber nachzudenken, flächendeckende traumapädagogische Angebote für dieses Klientel in den Schulen zu schaffen.

Mein Argument ist eigentlich eher grundsätzlicher Natur. Es geht um Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung, und das betrifft nicht nur Kinder mit familiärer Fluchterfahrung, sondern auch alle anderen Kinder. Die Kolleginnen und Kollegen, die traumapädagogisch qualifiziert sind, sollten einen Blick auf ihre Schülerinnen und Schüler entwickeln, um relativ früh reagieren zu können und um sich im Bedarfsfall z. B. Unterstützung in Form von multiprofessionellen Teams oder einer schulpsychologischen Beratungsstelle zu holen. Ich denke, darüber sollten wir tatsächlich weiter nachdenken.

Wie ich bereits ausgeführt habe, sind in einer Pandemiesituation die Themen Internetanschluss und Endgeräte entscheidend. Darüber hinaus sollten die Angebote im Falle von Distanzunterricht zielgruppenspezifisch gestaltet werden.

Mit Blick auf die zuvor geschilderte Überalterungsthematik ist gerade in unserem Bundesland zum einen eine schnellere Beschulung erforderlich – man darf also nicht wochenlang warten, sondern muss die Kinder relativ schnell in die richtige Beschulung bringen. Diesbezüglich ist mir die zentrale Einstufung ein ganz wichtiges Anliegen. Wir brauchen eine systematische Erhebung, und zwar keine aus der Defizitperspektive heraus – kann ein Kind Deutsch sprechen? –, sondern: Welche Sprachen spricht das Kind bzw. die Schülerin/der Schüler? Dass ein Kind kein Deutsch kann, ist das eine. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, dass es die deutsche Sprache erlernen kann. Aber möglicherweise spricht ein Kind drei oder vier andere Sprachen, gerade wenn es

z. B. aus Afrika oder aus dem Nahen Osten kommt. Es sollte also erhoben werden, auf welchem Sprachniveau sich ein Kind bewegt und wo es anschlussfähig ist, welche Schulen es wie lange besucht hat und wie das konkrete Leistungsniveau ist.

Viele der Vorbereitungsklassen in Baden-Württemberg sind überwiegend bei niedrigqualifizierenden Schularten angesiedelt, also an Hauptschulen und Werkrealschulen. Nur wenige VKL sind bei Realschulen oder Gymnasien angesiedelt. Das ist nicht angemessen, denn Vorbereitungsklassen sollten eigentlich schulartübergreifend sein. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler besuchen die VKL, und dann wird nach spätestens zwei Jahren festgestellt, welches Lernniveau die Kinder haben. Entsprechend ihrem Lernniveau können sie dann eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen. So ist die Theorie. In der Praxis ist es so, dass der Wechsel horizontal stattfindet. Das heißt, wenn die Schülerin/der Schüler in einer VKL an einer Hauptschule ist, dann wechselt er/sie anschließend auch in die Regelklasse der Hauptschule. Es ist selten, dass es nach oben wechselt. Wir müssen also darüber nachdenken, ob wir an dieser Stelle möglicherweise Ressourcen verschenken oder die Bildungsbiografien von Kindern stören oder gar behindern.

Lassen Sie mich noch kurz auf die pädagogischen Empfehlungen eingehen. Für mich ist das Thema Elterneinbindung ausgesprochen wichtig. Ich nenne es bewusst nicht „Elternarbeit“, sondern „Erziehungspartnerschaft“. Gerade diese Klientel, die hoch divers ist, sollte noch einmal in den Blick genommen werden, weil es ohne die Eltern nun einmal nicht geht. Alle Studien zu dem, was in den Schulen und in den Bildungseinrichtungen gemacht wird, zeigen, dass es ohne die Eltern nicht geht. Es ist also von zentraler Bedeutung, die Eltern aktiver einzubinden.

Weiterhin ist die soziale Integration über aufzubauende Netzwerke weiter zu schärfen.

Außerdem sollten wir noch einmal darüber nachdenken, welche Begrifflichkeiten wir eigentlich verwenden und ob es sinnvoll ist, Menschen z. B. immer nur als Flüchtlinge zu adressieren, sie also in eine hoch diverse Kategorie – dabei handelt es sich um eine künstliche Kategorie – zu stecken. In der Kategorie „Flüchtling“ finden Sie gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Menschen mit Duldungsstatus bzw. mit subsidiärem Schutz usw. All diese Menschen werden als „Flüchtlinge“ bezeichnet. Allerdings sind die Bedarfe durchaus unterschiedlich. Zudem stellen sich die Fragen: Wie lange bleibt ein Mensch ein Flüchtling? Wie lange lassen wir einen Menschen im Status eines Migranten? Daran hängen dann immer auch die Bildungs- und Teilhabechancen. Insofern empfiehlt es sich, die verwendete Begrifflichkeit noch einmal kritisch zu reflektieren.

Ein anderer Begriff, der mir bei meinen Erhebungen aufstößt, ist der des Schülers nicht deutscher Herkunftssprache. Warum frage ich nicht nach Mehrsprachigkeit, also danach, welche Sprachen in der Familie gesprochen werden? Dann wäre die Botschaft eine ganz andere, als wenn ich von Schülern nicht deutscher Herkunftssprache spreche; denn dabei bleibt nur „nicht deutsch“ hängen – und so sieht Inklusion nicht aus.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Engin. – Damit kommen wir zur nächsten Sachverständigen, und zwar zu Frau Professorin Dr. Karina Karst, Juniorprofessorin für Unterrichtsqualität in heterogenen Kontexten an der Universität Mannheim. Auch Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit für eine Stellungnahme.

(Eine Präsentation [Anlage 2] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

**Sv. Frau Dr. Karst:** Vielen Dank für die Einladung. – Ich freue mich, dass ich heute hier sein kann und die wissenschaftliche Perspektive zum Thema „Soziale Ungleichheit im Bildungserwerb bzw. Bildungsungleichheit“ einbringen kann.

Bildungsungleichheit ist ein Thema mit sehr hoher Prägnanz, weil, wie wir alle wissen, mit einer mangelnden Bildung weitreichende Konsequenzen verbunden sind, sodass man davon ausgehen kann, dass sich Bildung lohnt. Das zeigt sich in den hier dargestellten Schlagzeilen vom Deutschen Schulportal. Das zeigt sich aber auch in aktuellen Untersuchungen des IAB, bei denen ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss, dem Grad des Bildungsabschlusses und dem Bruttolebensinkommen festgestellt wird. Deswegen werde ich in meinem Vortrag im Folgenden auf das Thema „Soziale Ungleichheit und Bildungsungleichheit“ eingehen. In diesem Zusammenhang werde ich auch das Problem der Bildungsgerechtigkeit adressieren und dabei auf sogenannte Herkunftseffekte eingehen, um gemeinsam mit Ihnen einmal darüber nachzudenken, was denn die Konsequenzen solcher Herkunftseffekte sind und wie z. B. die Coronapandemie diese Herkunftseffekte beeinflusst hat, um dann auf Grundlage dessen auch potenzielle Maßnahmen abzuleiten, die geeignet sind, um diese Herkunftseffekte zu reduzieren und zu einem Mehr an Bildungsgerechtigkeit beizutragen.

Damit wir auf einem einheitlich begrifflichen Nenner sind, kommt zunächst einmal ein wenig Theorie. Ich bin Professorin an einer Universität und bin es gewohnt, Vorlesungen zu halten. Ich halte es aber für wichtig, zunächst einmal ein gemeinsames Begriffsverständnis zu haben. Soziale Ungleichheit liegt dann vor, wenn Menschen über ein unterschiedliches Maß an Ressourcen verfügen. Diese Ressourcen sind unterschiedlich, und eine Ressource, auf die wir heute den Fokus legen, ist die Ressource Bildung. Auf Grundlage der Ressource Bildung kann es auch dazu kommen, dass man unterschiedliche Ressourcen im Bereich des Einkommens, des Vermögens oder auch des Prestiges, das mit dem Beruf einhergeht, hat.

Der Begriff der sozialen Ungleichheit ist in der Wissenschaft zunächst wertfrei gemeint. Ob Ungleichheit gerecht oder ungerecht ist, ist eine andere Frage. Darum geht es jetzt

erst einmal nicht. Bei Bildungsungleichheit als einer Dimension von sozialer Ungleichheit geht es darum, dass sich Unterschiede im Bildungsverhalten einerseits und in den erzielten Bildungsabschlüssen andererseits zeigen, also Bildungsbeteiligung und Kompetenzen von Kindern, die in unterschiedlichen sozialen Bedingungen und familiären Kontexten aufwachsen. Das kann zum einen durch eine Form von Exklusion geschehen, indem Kinder systematisch ausgegrenzt und ihnen die entsprechenden Bildungsangebote nicht zur Verfügung gestellt werden, oder andererseits in Form einer Marginalisierung. Das heißt, die Bildungsangebote passen nicht zu den Voraussetzungen der Kinder. Hier liegt der Fokus also entscheidend auf der Bildungsinstitution. Das zieht sich über alle Abschnitte des Lebens und Bildungsverlaufs hindurch.

Deswegen möchte ich Ihnen auf den kommenden Folien einmal die Ungleichheiten der Bildungsbeteiligung und beim Kompetenzerwerb darstellen und zeigen, wie diese Ungleichheit – das ist wertfrei gemeint – mit der sozialen Herkunft zusammenhängt. Dabei nehme ich die elterliche Bildung, den HISEI, also den höchsten sozioökonomischen Status in der Familie, und sogenannte EGP-Klassen, die die berufliche Lage der Eltern darstellen, in den Blick. Die Daten, über die ich berichte, stammen aus dem Nationalen Bildungsbericht und aus der IGLU-Studie.

Zunächst einmal gehe ich auf den Kindergarten ein. Auf dieser Folie sehen Sie den Krippenbesuch, bezogen auf den Bildungshintergrund der Eltern. Sie sehen, dass mit zunehmendem Bildungshintergrund der Eltern auch der prozentuale Anteil an Kindern, die eine Krippe besuchen, steigt. Das heißt, die Bildungsbeteiligung von Kindern bzw. Krippenkindern unterscheidet sich signifikant, je nachdem, welchen Bildungshintergrund die Eltern haben. Das zeigt sich nicht nur im Bereich Kindergarten/Krippe, sondern auch bei außerschulischen bzw. außerkulturellen Bildungsangeboten und bei Sportgruppen. Hier ist z. B. die Beteiligung von Kindern aus Elternhäusern, die eher privilegiert sind, höher als von Kindern aus weniger privilegierten Elternhäusern. Das Gleiche gilt für die musikalische Früherziehung.

In der Grundschule setzen sich diese Unterschiede fort. Dabei habe ich nicht nach Bildungsbeteiligung unterschieden, weil alle Kinder eine Grundschule besuchen. Der Fokus der IGLU-Studie liegt vielmehr auf dem Kompetenzerwerb. Sie sehen hier signifikante Unterschiede im Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler, je nach sozialer Herkunft. Die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern in Berufen der oberen Dienstklasse arbeiten, verfügen über signifikant höhere Lesekompetenzen als diejenigen Kinder, deren Eltern als un- bzw. angelernte Arbeiter tätig sind. Der Unterschied ist über die letzten Jahre hinweg vergleichsweise stabil gewesen, aber es zeichnet sich ab, dass die Schere jetzt noch größer wird. Es sind also Unterschiede insbesondere zwischen den Extrempunkten festzustellen. Bei den anderen drei EGP-Klassen, die hier in der Mitte dargestellt sind, sind die Unterschiede nicht signifikant, aber es bestehen deutliche Unterschiede insbesondere zwischen dem Bereich der oberen Dienstklasse und der unteren Dienstklasse, der un- und angelernten Arbeiter.

In der Sekundarstufe setzt sich dieser Trend dann fort. Hier ist jetzt der Schulbesuch von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nach Sozialstatus abgebildet. Das finde ich spannend; denn oft wird gesagt, dass der Migrationshintergrund ausschlaggebend ist. Links sind die Kinder ohne Migrationshintergrund und rechts die Kinder mit Migrationshintergrund abgebildet. Die Verhältnisse sind weitestgehend identisch, und zwar unabhängig davon, ob das Kind einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Vielmehr kommt es darauf an, welchen Bildungshintergrund die Eltern haben, also aus welchem Elternhaus die Kinder kommen: aus einem Elternhaus mit einem niedrigen sozioökonomischen Status oder mit einem hohen sozioökonomischen Status. Das schlägt sich hier nieder.

Wie Sie sehen, liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen und deren Elternhäuser einen hohen sozioökonomischen Status haben, in beiden Bevölkerungsgruppen bei über 60 %, und zwar sowohl bei den Kindern mit Migrationshintergrund als auch bei den Kindern ohne Migrationshintergrund.

Wenn man sich das Kompositionsprofil von Schularten des Sekundarstufenbereichs anschaut, dann erkennt man quasi auch hier die Kopplung zwischen Bildungsbeteiligung auf der einen Seite und Kompetenzerwerb innerhalb der Bildungsgänge auf der anderen Seite.

Die rote Linie außen zeigt das Kompositionsprofil von Hauptschulen im Mittel. Es gibt durchaus auch Varianzen innerhalb der Hauptschulen, aber das ist das Kompositionsprofil von Hauptschulen im Mittel. Sie sehen, dass die Schülerinnen und Schüler in den Hauptschulen, die insbesondere über geringe Lesekompetenzen verfügen, eher aus Elternhäusern mit einem niedrigen sozioökonomischen Status kommen und eher aus Elternhäusern kommen, bei denen die Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben und der Migrationsanteil hoch ist.

Die gelben Punkte in der Mitte markieren das Gymnasium. Dort verschiebt es sich; da wird es viel enger. Das verweist darauf, dass Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb in den Kompositionsprofilen je nach Schulstufe unterschiedlich sind.

Da ich die gesamte Lebensspanne betrachten will, sehen Sie hier noch Grafiken zur Hochschulbildung. Auch hier zieht es sich weiter durch. Links sehen Sie die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Bildungsherkunft abgebildet. Ganz oben liegen beispielsweise diejenigen Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat. Dabei handelt es sich um 28 %. Die Übergangsquote in die Hochschulbildung beträgt 79 %. Bei den Kindern, bei denen beide Elternteile ohne beruflichen Abschluss sind – das sind 6 % –, gehen nur 12 % in die Hochschulbildung über. Dementsprechend sind an den Hochschulen Kinder überrepräsentiert, die aus akademisierten Familien kommen.

Neben der sozialen Herkunft gibt es noch weitere askriptive Merkmale, die auf ungleiche Bildungsbeteiligung nach Schulformen hinweisen. Das ist zum die Migration, die,

wie ich eben schon dargestellt habe, mit der sozialen Herkunft gekoppelt ist. Ein weiteres Merkmal ist das Geschlecht. Das Thema Migration werde ich an dieser Stelle überspringen und stattdessen auf den Aspekt Geschlecht eingehen.

Sie sehen hier Zahlen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Es ist deutlich zu erkennen, dass z. B. nur 43,2 % der Schülerinnen und Schüler an Werkrealschulen Mädchen sind. An Gymnasien sind es 51,7 %. Das heißt, auch hier kommt es zu einer Verschiebung und zu einer ungleichen Bildungsbeteiligung aufgrund askriptiver Merkmale. Das ist wertfrei gemeint. Es ist einfach nur eine ungleiche Bildungsbeteiligung.

Ich möchte noch auf den Punkt der Intersektionalität eingehen, der eben schon deutlich wurde. Was bedeutet das? Das sind Merkmale einer Person, die in einem interdependenten Verhältnis stehen. Die kann man nicht losgelöst voneinander betrachten. Es ist nicht nur der Migrant, sondern es ist der Migrant aus einem Elternhaus mit geringem sozioökonomischen Status. Das wurde z. B. auch in einer Studie von Lühe untersucht. Sie sehen den Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status und der Leseleistung, und zwar einmal für Mädchen und einmal für Jungen: Je höher der sozioökonomische Status ist, umso höher ist auch die Leseleistung.

Jetzt sieht man aber, dass der Unterschied zwischen Jungen und Mädchen bei den Schülerinnen und Schülern mit einem geringen sozioökonomischen Status – bei minus einer Standardabweichung – größer als bei den Kindern mit einem hohen sozioökonomischen Status ist. Das heißt, da gibt es eine Wechselwirkung. Man darf also – das soll die Botschaft sein – solche Kategorien nicht singulär betrachten, sondern muss Interdependenzen berücksichtigen. Das ist die sogenannte Intersektionalität.

Was ist das Problem an der Bildungsungleichheit? Das Problem an dieser Bildungsungleichheit wird dann sichtbar, wenn man sich einmal das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit ansieht. Im deutschen Bildungssystem werden Abschlüsse und Zertifikate nach dem Leistungsprinzip vergeben. Diejenigen, die gute Noten haben und gute Leistungen zeigen, sollen auch höhere Chancen für höhere Bildung haben. Das ist das sogenannte meritokratische Prinzip. Das macht einen Vergleich zwischen Schülerinnen und Schülern notwendig und geht auch mit einer wichtigen Funktion von Schule einher, nämlich der Allokationsfunktion, also der Verteilung von Schülerinnen und Schülern auf zukünftige gesellschaftliche Positionen.

Jetzt ist es aber so, dass diese Unterschiede in der Leistung nicht nur durch die Leistung und die eigenen Kompetenzen beeinflusst sind, sondern dass auch sogenannte Herkunftseffekte eine Rolle spielen. Das eine sind die primären Herkunftseffekte. Das heißt, diese Unterschiede in der Leistung und in den Kompetenzen kommen aufgrund der unterschiedlichen Ausstattung in den Familien zustande: durch den Anregungsgehalt, durch das, was die Eltern mit ihren Kindern machen: Gehen sie mit ihnen ins Museum oder auf den Spielplatz? Beschäftigen sie sich mit ihrem Kind?

Darüber hinaus gibt es weitere Unterschiede, die als sekundäre Herkunftseffekte bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um Unterschiede, die aus dem unterschiedlichen Bildungsverhalten der Eltern herrühren, wenn es um den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule geht, also um Bildungsentscheidungen. Außerdem gibt es sogenannte tertiäre Herkunftseffekte, die wiederum in der Bildungsinstitution, in der Gestaltung der Lernumwelten und im Unterricht begründet liegen.

Als Beispiel für die sekundären Herkunftseffekte habe ich eine Studie von Ehmke und Baumert bzw. von Baumert, Maaz, Lühe & Schulz mitgebracht. Dort sind sogenannte Odds Ratios abgebildet, also Wahrscheinlichkeiten dafür, dass ein Schüler ein Gymnasium anstatt eine Realschule besucht. Sie sehen, dass die Chance eines Schülers, dessen Eltern Berufe der oberen Dienstklasse ausüben, 2,2-mal größer ist, ein Gymnasium anstelle einer Realschule zu besuchen, als es bei Kindern von Facharbeitern oder Arbeitern mit Leitungsfunktionen der Fall ist. Das Bedeutsame an diesem Punkt ist jetzt – da kommt das Thema Bildungsgerechtigkeit ins Spiel –, dass dies bei gleicher Leistung der Fall ist. Die Schülerinnen und Schüler sind mit standardisierten Leistungstests und kognitiven Fähigkeitstests getestet worden, und es hat sich gezeigt, dass sie zwar die gleiche Leistung haben und die gleichen Kompetenzen zeigen, dass aber die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, bei den Schülerinnen und Schülern mit Eltern der oberen Dienstklasse wesentlich höher ist als bei denjenigen, deren Eltern Facharbeiter bzw. Arbeiter mit Leitungsfunktionen sind.

Tertiäre Herkunftseffekte – was bedeutet das? Dazu gibt es einige Studienbeispiele. Ich werde den Schwerpunkt auf migrationsbedingte Disparitäten in der Notenvergabe nach dem Übergang auf das Gymnasium legen. Dazu hat Meike Bonefeld, eine Kollegin von mir, gearbeitet. Es hat sich gezeigt, dass der Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler auch unter Kontrolle der Leistungen in standardisierten Tests einen Effekt auf die Benotung durch die Lehrkräfte hat. Das heißt, die Lehrkräfte benoten Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen sozialen Herkunftsfamilien bei gleicher Leistung, die die Schülerinnen und Schüler zeigen, anders.

Dazu gibt es auch noch weitergehende Befunde, die wir beispielsweise in Mannheim überprüft haben. Gibt man Lehrkräften ein Diktat und sagt: „Das eine kommt vom Schüler Max, und das andere vom Schüler Murat“, dann wird das Diktat des Schülers Murat, obwohl es das gleiche Diktat mit der gleichen Fehleranzahl ist, systematisch schlechter bewertet. Das soll jetzt nicht zu einem Blaming von Lehrkräften führen. Vielmehr hat sich gezeigt, dass das ein ganz normaler Prozess ist. Das sind Stereotype, die in jedem Menschen aktiviert werden. Wir müssen einen Beitrag in Schule und Unterricht dazu leisten, dass diese Stereotype eben nicht aktiviert werden. Einen Lösungsvorschlag hierfür werde ich Ihnen gleich vorstellen.

Die Konsequenzen dieser Mechanismen sind, dass primäre Herkunftseffekte dazu führen, dass die Schülerinnen und Schüler schon zu Beginn ihres Bildungsverlaufs mit unterschiedlichen Voraussetzungen starten und dass sich daraus unterschiedliche Bildungsraten generieren. Bei den sekundären Herkunftseffekten führt es dazu, dass

man unterschiedliche Lernmilieus hat, segregierte Lernmilieus, die dann wiederum zu Kompositionseffekten führen und die Lernentwicklung beeinflussen. Bei den tertiären Herkunftseffekten beeinflussen die Erwartungseffekte von Lehrkräften einerseits die Gestaltung der Lernumgebung – auch hier lautet das Stichwort Defizitorientierung; das hat Frau Engin eben schon genannt – sowie den weiteren Bildungsverlauf der Schülerinnen und Schüler.

Während der Coronapandemie haben wir das noch einmal verstärkt gesehen. Deswegen sehen Sie oben auf der Folie auch ein Brennglas. In Coronazeiten wurden insbesondere die primären Herkunftseffekte verstärkt, weil die Rolle der Eltern eine andere war. Sie hatten eine höhere Verantwortung. Die Kapitalausstattung war nicht gegeben. Zur Zeit des Homeschoolings hat diese Rolle der Eltern den primären Herkunftseffekten Vorschub geleistet. Wie sich in zahlreichen Studien zeigt, waren leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern mit einem niedrigen sozioökonomischen Status besonders betroffen, weil sie weniger Zeit zum Lernen, weniger Lernmöglichkeiten und weniger digitale Ressourcen hatten. Empirisch hat sich auch gezeigt, dass die Primarstufe von diesen Unterschieden in den Kompetenzen der Schülerinnen und Schülern infolge der Coronapandemie stärker betroffen ist, als es in höheren Jahrgangsstufen der Fall war.

Die Disparitäten innerhalb von Schulklassen fallen infolge von Corona jetzt noch höher aus. Es konnten noch stärkere Segregationseffekte festgestellt werden. Bei den tertiären Herkunftseffekten steht die Forschung noch am Anfang. Hier kann nur angenommen werden, dass die Tatsache, dass der Kontakt zu Schülerinnen und Schülern oftmals komplett fehlte, zu einer geringeren Individualisierung und Differenzierung geführt hat, sodass man nicht an den Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler anknüpfen konnte und eher gedacht hat: „Na ja, den erreiche ich jetzt ohnehin nicht. Der hat kein Endgerät zu Hause. Mit dem mache ich jetzt auch keinen Unterricht. Dem können seine Eltern zu Hause ohnehin nicht helfen. Ich mache hier jetzt einfach nicht weiter.“

Zum Schluss möchte ich – etwas verkürzt – noch auf drei potenzielle Maßnahmen eingehen:

Die erste Maßnahme in Bezug auf die primären Herkunftseffekte ist der Anregungsgehalt in der frühen Bildung. Das heißt, die frühe Bildung sollte gestärkt werden.

Zweitens: Wenn wir davon ausgehen, dass es Segregationseffekte in Bildungssystemen gibt, die durch Pandemien und Krisen noch verstärkt werden, dann liegt es – auch pädagogisch gesehen – nahe, Ungleiches ungleich zu behandeln und auf allen Ebenen eine indexbasierte Ressourcensteuerung anzustreben. Baden-Württemberg ist diesbezüglich mit dem Sozialindex auf einem guten Weg bzw. macht sich jetzt auf den Weg.

Aus der Perspektive der tertiären Herkunftseffekte liegt der Fokus klar darauf, Lernvoraussetzungen von Schülerinnen und Schülern zu objektivieren, damit Stereotype eben nicht mehr wirksam werden können. Damit sind wir ganz schnell bei dem Punkt der diagnosegeleiteten Förderung oder der datengestützten Qualitätsentwicklung, die jetzt auch im Land Baden-Württemberg angeregt wird.

Auf die einzelnen empirischen Evidenzen, die ich in meiner Präsentation noch aufgeführt habe, möchte ich an dieser Stelle nicht detailliert eingehen.

Ich komme abschließend zu meinem Fazit und zu der Frage, ob diese Maßnahmen auch bei Krisen schützen können bzw. warum die Maßnahmen auch bei Krisen im Sinne von Prävention, Bewältigung und Nachsorge von Krisen helfen können.

Im Bildungssystem generierte Daten können bei einer systematischen Analyse und auch hinsichtlich von Ressourcen, die in einen datengestützten Entwicklungszyklus eingebettet sind, helfen, die Stereotype zu reduzieren, aber auch um indexbasiert beispielsweise ökonomische Bedarfe bedarfsorientiert in Schulen abzudecken.

Das Ganze muss allerdings von personellen Ressourcen und gut ausgebildetem pädagogischen Personal begleitet werden. Das ist sowohl für die frühe Bildung als auch für die Lehrkräftebildung wichtig. Wenn wir mit diagnosegeleiteter Förderung beginnen, dann kommen Themen wie „Datennutzungskompetenz der Lehrkräfte“ ins Spiel. Insgesamt muss es darum gehen, Kapazitäten im Bildungssystem bzw. in den Bildungsinstitutionen auszubauen, indem klare Ziele formuliert werden und indem Mittel nicht nur für die Bänke auf dem Schulhof ausgegeben werden, sondern indem das Ganze datengestützt funktioniert und man datengestützt Ziele ableitet und überprüft, ob der entsprechende Mitteleinsatz etwas gebracht hat oder ob er keinen Effekt gehabt hat. Wenn es keinen Effekt hat, dann ist das aber nicht weiter schlimm. Dabei denke ich an das, was Herr Ministerpräsident Kretschmann eben zur Fehlerkultur gesagt hat: Wir müssen auch Fehler machen dürfen.

Wir brauchen Führung und Management, strategische Verzahnung und Co-Konstruktionen über mehrere Ebenen hinweg im Bildungssystem, und zwar nicht nur horizontal, sondern auch vertikal, um ein stabiles und widerstandsfähiges Bildungssystem zu schaffen, bei dem sowohl interne als auch externe Unterstützungssysteme zusammenwirken und bei dem auch das Potenzial von schulischen Netzwerken genutzt wird, um bewährte Verfahren zur Unterstützung von Bildung, Lernkontinuität und Resilienz in Krisenzeiten weiterverbreiten zu können.

Kai Maaz bringt es in einer seiner Publikationen recht gut auf den Punkt, indem er formuliert, dass nur langfristige Angebote, die die Logik des Lebens und des Bildungsverlaufs berücksichtigen, nachhaltige Wirkungen erzielen werden, auf denen in den folgenden Bildungsstufen aufgebaut werden kann. Über den Ausbau und den Aufbau der dafür notwendigen Infrastruktur muss in den Ländern und Kommunen jetzt entschlossen nachgedacht werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Karst. – Jetzt kommen wir zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE gebe jetzt ich Frau Abg. Dr. Aschhoff das Wort.

**Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE:** Wir haben schon eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen aus Ihren Vorträgen ableiten können. Deswegen will ich darauf jetzt nicht mehr im Detail eingehen. Wir können diesbezüglich auch im Nachhinein noch in Kontakt bleiben.

Zum einen haben Sie über das Angehen der aktuellen Situation gesprochen. Mir sind in Ihren Berichten doch einige Parallelen aufgefallen. Da es sich um eine große Aufgabe handelt, wäre meine Frage, inwiefern man das im Bereich der Einstufung, also sozusagen der Diagnose, und vielleicht auch im Bereich der Evaluation bündeln könnte. Für mich zählt manches einfach zu den beiden Seiten einer Medaille: ob es jetzt also um einen hoch gebildeten Geflüchteten aus der Ukraine oder um ein sehr intelligentes Kind einer alleinerziehenden kinderreichen Mutter geht. Da stellen sich zum Teil ähnliche Fragen. Vielleicht könnte man diesbezüglich im Sinne des Erzielens von Verbesserungen koordiniert und gestrafft vorgehen. Wie Frau Engin ausgeführt hat, braucht man möglicherweise verschiedene Schienen, weil eine Einstufung eventuell nicht für alle reicht, sodass man differenzierter herangehen müsste.

Dann möchte ich gern noch einmal den Blick in die Zukunft richten, denn wir sollen ja in die Zukunft denken. Welches wären – abgesehen von der aktuellen Situation – noch besonders wichtige Aspekte, um in einer Krisensituation mit solchen Herausforderungen umzugehen und da auch Schwerpunkte zu setzen? Welche Maßnahmen müssen aufrechterhalten werden? Was muss an Förderung auf jeden Fall erhalten bleiben?

Da ich einen Wahlkreis habe und mich um Themenbereiche kümmere, bei denen dieser Aspekt besonders wichtig ist, stellt sich mir die Frage: Welche Chancen bieten sich mit dieser Mühe? Dabei denke ich beispielsweise an den Aspekt Fachkräftemangel, aber auch an viele andere Aspekte. Wir können es uns gar nicht leisten, das Bildungspotenzial der Kinder bzw. der jungen Menschen auf den unteren Linien der Grafiken zu lassen. Im Prinzip haben wir ein gesamtgesellschaftliches Interesse und auch ein wirtschaftliches Interesse daran. Wie hoch sehen Sie da das Potenzial, das wir mit der Qualifikation dieser jungen Menschen heben könnten?

Danke.

**Abg. Christiane Staab CDU:** Ich habe zunächst eine Frage an Frau Professorin Engin bezüglich der Eingruppierung der 15-Jährigen, weil mir das nicht ganz klar geworden

ist. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann gehen Sie davon aus, dass die 15-Jährigen gewissermaßen automatisch zurückgestuft werden bzw. dass man ihnen in den allgemeinbildenden Schulen weniger zutraut, als es aus Ihrer Sicht tatsächlich der Fall ist. Wie wird das festgestellt? Wir haben gerade bei den ukrainischen Flüchtlingskindern erlebt, dass sie an die Realschulen und an die Gymnasien gehen. Das heißt, offenbar ist durchaus eine gewisse Sensibilität seitens der Schulen vorhanden, dass man schaut, was das einzelne Kind kann und für welche Schulart es geeignet ist. Ist es tatsächlich so, dass diese 15-Jährigen, die in der Studie betrachtet wurden, mehr könnten, als ihnen eigentlich abverlangt wird?

Ihre Ausführungen in Bezug auf das Thema „Spracherwerb und Selbsteinschätzung“ fand ich hoch spannend. Wo haben die Kinder denn die Sprache gelernt? Ist das verifiziert worden, indem die Kinder noch einmal objektiv getestet wurden, oder hat man es dabei belassen, dass sie gesagt haben, sie können eigentlich gut Deutsch, ohne dass sie in einer Sprachfördermaßnahme waren?

Die nächste Frage richtet sich an Frau Professorin Karst. Dabei geht es um die Internationalität von Studien. Beim Thema „Mangelnde Zugangschancen zu Bildung“ ist stark auf den sozioökonomischen Faktor abgestellt worden, was meiner Meinung nach auch richtig ist, weil das auch ein Stück weit dem Bauchgefühl entspricht. Ich komme aus Walldorf. Dort leben viele indische und asiatische Familien, und die meisten Kinder besuchen die Gymnasien. Das hat also tatsächlich etwas mit dem Bildungsgrad der Eltern zu tun.

Aus stadtplanerischer bzw. städtebaulicher Sicht besteht gerade in den großen Städten das Problem, dass es ganze Stadtteile gibt, in denen die sozioökonomische Struktur relativ schwach ist. Da stellt sich mir die Frage, wie es in anderen Ländern aussieht, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren ähnlich gebaut haben – dabei ziehe ich insbesondere auf Frankreich ab –, und zwar große „Gettos“, in denen Menschen untergebracht worden sind, die relativ schwache soziale Standards gehabt haben. Ist dort festzustellen, dass diese Schwäche – mir fällt im Moment kein anderer Begriff ein – erhalten geblieben ist, wie es bei uns feststellbar ist, oder gibt es dort Ansätze, diese Schwäche im Laufe der Jahrzehnte durch geeignete Maßnahmen auszugleichen?

Die folgende Frage richtet sich direkt an Sie beide: Wie sollten oder müssten solche Maßnahmen aussehen? Im Moment gelingt uns die Durchmischung der Bevölkerung in diesen Stadtteilen nicht. Das ließe sich heute durch Stadtplanung ganz anders organisieren, weil man mittlerweile stadtplanerisch ganz anders unterwegs ist. Aber es gibt noch Stadtviertel bzw. Wohngebiete mit relativ stark abgegrenzten sozioökonomischen Verhältnissen. Durch welche Maßnahmen lässt sich das aufbrechen?

Ich bin der Auffassung, dass wir eine stärkere Durchmischung brauchen, dass dort also Familien leben, die sich gegenseitig helfen, die sich gegenseitig einladen. Die Kinder sind zusammen auf dem Spielplatz, und eine Mutter bietet der Mutter eines anderen Kindes an, ihr Kind mit in den Zoo, in den Zirkus oder sonst wohin zu nehmen,

wenn sie erkennt, dass es für die Eltern des Kindes – aus welchen Gründen auch immer – nicht leistbar ist.

**Abg. Florian Wahl SPD:** Herzlichen Dank auch von unserer Seite für Ihre Vorträge. – Meine ersten Fragen richten sich an Frau Professorin Engin. Sind bestehende Förderprogramme wie z. B. „Lernen mit Rückenwind“ zum Ausgleich von pandemiebedingten Wissenslücken ausreichend, um Lernrückstände aufzuholen? Wie müssten solche Förderprogramme eigentlich zukünftig organisiert und ausgestaltet sein, um den Wissensstand auszugleichen? Inwiefern ist es sinnvoll, Angebote wie z. B. „Lernen mit Rückenwind“ auf die Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen zu begrenzen? Sollte es möglicherweise auf andere Fächer erweitert werden?

Ist es sinnvoll, das Präsenzangebot für Schülerinnen und Schüler durch digitale Angebote zu ergänzen? Durch welche Maßnahmen könnte sichergestellt werden, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche von den digitalen Angeboten Gebrauch machen können?

Sie sind bei Ihren pädagogischen Empfehlungen insbesondere auf das Thema Sprache eingegangen. Inwieweit sehen Sie die Notwendigkeit, herkunftssprachlichen Unterricht breit im Land auszurollen?

Dann habe ich abschließend noch folgende Fragen an Sie: Welche Fachkräfte braucht es aus Ihrer Sicht zur Bewältigung von Traumata? Brauchen wir dafür mehr Schulsozialarbeiter oder mehr Schulpsychologen? Wie soll der Personalmix aussehen? Es wäre sehr freundlich, wenn Sie darauf eingehen könnten.

Frau Professorin Karst, können multiprofessionelle Teams aus Ihrer Sicht einen Mehrwert darstellen? Wie würden Sie das bewerten?

Wie stehen Sie zu vorschulischen Sprachtests als Hilfsmittel? Wäre das eine Möglichkeit?

Sie haben ausgeführt, dass digitaler Unterricht Bildungsungleichheit verstärke. Die Zeit der Coronapandemie hat gezeigt, dass der digitale Unterricht ein wichtiges Instrument ist, um den Bildungsbetrieb gerade auch in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten. Wie können wir dem entgegenwirken, dass die Bildungsungleichheit dadurch verstärkt wird?

Schließlich habe ich noch eine Frage zur indexbasierten Ressourcensteuerung. Sie haben auf die Tatsache hingewiesen, dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Bedarfen unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Sie hatten dann aus Zeitgründen nicht weiter ausgeführt, wie es auf der Mikro-, Meso- und Makroebene jeweils konkret umgesetzt und auch effektiv gesteuert werden kann. Können Sie dazu

noch ergänzende Ausführungen machen und beispielsweise darstellen, welche Parameter etwa herangezogen werden könnten? Müsste dieser Modellversuch der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung eventuell schneller im Land ausgerollt werden?

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht so recht, was jetzt die Quintessenz aus diesen beiden Vorträgen ist. Sie haben die Zusammenhänge sicherlich zutreffend dargestellt, aber es stellt sich die Frage, was wir jetzt daraus lernen, um uns auf Krisen vorzubereiten.

Bei Ihnen, Frau Professorin Karst, ist mir aufgefallen, dass Sie es gewissermaßen so hingestellt haben, als sei quasi nur der, der ein Gymnasium besucht, derjenige mit den besten Berufsaussichten. Das würde ich so nicht unterschreiben. Dass gewisse Unterschiede zwischen den Schulformen bestehen, ist klar. Dass diese Unterschiede auf verschiedenste Faktoren zurückzuführen sind, haben Sie zum Teil dargestellt. Aber letztendlich stellt sich ja die Frage, wie wir damit umgehen und wie wir insbesondere auch mit der Tatsache umgehen, dass 7 bis 9 % der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, in den ersten Jahren ihres Schulaufenthalts einen Wechsel auf eine Realschule oder eine Gemeinschaftsschule vollziehen. Das ist nun einmal ein Fakt. Wie reagieren wir darauf?

Frau Professorin Engin, Sie haben dargestellt, dass insbesondere die Kinder, die einen Fluchthintergrund haben, in den einzelnen Jahrgangsstufen deutlich älter sind. Da stellt sich mir die Frage, inwiefern das überhaupt ein Umstand ist, den man ändern kann, weil das ja einfach praktische Gründe hat. Es handelt sich um Kinder, die unter schwierigsten Umständen geflohen sind. Sie haben psychologisch enorme Schwierigkeiten und haben eine große Herausforderung hinter sich. Zudem haben sie noch eine Sprachbarriere. Angesichts dieser Umstände ist es aus meiner Sicht relativ klar, dass sie nicht mit Gleichaltrigen, die in Deutschland in relativ behüteten Verhältnissen aufgewachsen sind, mithalten können. Ich zweifle in keiner Weise die Zahlen, die Sie genannt haben, an. Aber ich frage mich, ob das überhaupt etwas ist, wo man etwas ändern kann bzw. muss; denn aus meiner Sicht ist es einfach eine Konsequenz des Faktischen. Deshalb bin ich da ein wenig ratlos.

Ich hoffe, ich konnte das einigermaßen vermitteln, ohne jetzt allzu konkrete Fragen zu stellen. Vielleicht können Sie auf diesen „Grundvibe“ noch einmal eingehen.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Ich habe zunächst einige Fragen an Sie, Frau Professor Engin. Sie haben über das Thema Deutschkenntnisse gesprochen und gesagt, dass Jungs schlechter Deutsch können als Mädchen. Dasselbe Bild zeigt sich dann auch hinsichtlich der schulischen Leistung. Was kann man verbessern, um zu erreichen, dass Jungs die gleiche Leistung erbringen wie Mädchen? In der Regel sind Jungs ja nicht dümmer oder Mädchen intelligenter. Es muss also andere Gründe haben. Wie kann man das beheben, um ein Stück weit Chancengleichheit für die Jungs zu schaffen? Wie kann man ihr Interesse am Lernen wecken? Bei Migrantenkindern werden insbesondere die Jungs abgehängt, während die Mädchen sehr fleißig sind. Wie kann

man die Jungs, die wir später in unserer Gesellschaft als Arbeitskräfte brauchen werden, wenn sie denn hierbleiben, dafür interessieren, sich in der Schule mehr zu engagieren?

Sie haben das Thema Überalterungsproblematik angesprochen. Wenn die Kinder bzw. Jugendlichen nach Deutschland kommen und noch kein Deutsch können, schlägt sich das zwangsläufig auf ihre schulischen Leistungen nieder. Ich denke, das ist auch ein Stück weit akzeptiert. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Jugendlichen, wenn sie zum Zeitpunkt ihres Schulabschlusses schon verhältnismäßig alt sind, überhaupt noch Interesse daran haben, sich für eine Ausbildung zu engagieren. Unter Umständen haben sie dann schon andere Interessen. Vielleicht muss man anders auf die Jugendlichen und auch auf die Ausbilder zugehen, um darauf hinzuwirken, dass sie gewisse Situationen dann auch akzeptieren. Wenn die Jugendlichen zum Zeitpunkt ihres Schulabschlusses schon zwei oder drei Jahre älter sind als die anderen, dann sind sie bereits junge Erwachsene und vielleicht ein bisschen anders drauf als jüngere Schulabgänger.

Sie haben das Thema Beschulung angesprochen. Natürlich klingt „nicht deutsch“ blöd. Vielleicht wäre es besser, stattdessen zu fragen: Welche Sprache sprichst du? Das wäre dann ganz neutral.

Frau Professor Karst, mit Blick auf Seite 7 Ihrer Präsentation stellt sich mir die Frage, ob es Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt. Falls dies der Fall sein sollte: Wie begründen Sie diese Unterschiede?

Wie erklären Sie es sich, dass, wie auf Seite 10 Ihrer Präsentation dargestellt, die integrierte Gesamtschule fast genauso schlecht wie die Hauptschule abschneidet, also im Vergleich gar nicht besser als die Realschule ist? Das hätte ich eigentlich erwartet.

Auf Seite 19 Ihrer Präsentation geht es um die Frage, wie im Zusammenhang mit der Notenvergabe unterschiedliche Bewertungen verhindert werden können. Sie fordern, Ungleiches ungleich zu behandeln. Ich glaube, das ist zu einfach. Bitte werden Sie diesbezüglich noch etwas konkreter. Was kann man also konkret dagegen tun, dass Murat z. B. beim Diktat oder Aufsatz schlechter beurteilt wird als Max?

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Frau Professorin Dr. Engin, Sie haben die Möglichkeit, auf die Fragen, die an Sie gestellt wurden, zu antworten. Wir alle wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie es möglichst kompakt machen würden. Anschließend hat dann Frau Professorin Dr. Karst das Wort.

**Sv. Frau Dr. Engin:** Das war jetzt eine ganze Bandbreite an Fragen.

Die Frage von Frau Aschhoff nach den Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Einstufung und Diagnostik bzw. nach denkbaren Maßnahmen lässt sich relativ einfach beantworten. Gerade für Kinder, die als Seiteneinsteiger oder mit Fluchterfahrung zu uns kommen, brauchen wir von Beginn an eine die Bildungsbiografie erfassende Erhebung, Dokumentation und Diagnostik, also die gesamte Bildungsbiografie. Bei den Kindern mit Fluchterfahrung wäre es im Grunde genommen angebracht, bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung, spätestens jedoch in der Gemeinschaftsunterkunft, entsprechende Erhebungen zu machen, damit die entsprechenden Informationen an die staatlichen Schulämter bzw. an die Regierungspräsidien gehen, sodass eine geeignete Auswahl getroffen werden kann, welche Schule das jeweilige Kind besuchen sollte und wie die Rahmenbedingungen an den Schulen sind. Ich glaube, das ist von entscheidender Bedeutung, um dann auch Förderpotenziale erschließen zu können.

Ich bin eine Verfechterin des Ressourcenansatzes und nicht des Defizitansatzes. Wenn ich entsprechende Erhebungen durchführe, dann sehe ich nicht nur, wo die Schwächen eines Kindes liegen, dass es nämlich keine Deutschkenntnisse hat, sondern ich erfahre, welche Kenntnisse ein Kind in den Naturwissenschaften, in Mathematik usw. mitbringt. Das kann und sollte man aktiv in den Lernprozess einfließen lassen. Insofern sollte von Beginn an keine Defizitdiagnostik, sondern eine Förderdiagnostik erfolgen. Daran anknüpfend könnten dann auch die Bildungsbiografie bzw. die Übergänge gemanagt werden.

Das, was andere Länder uns vormachen, brauchen wir also auch in Baden-Württemberg. Man sollte von Beginn an Erhebungen durchführen und sich auch institutionell vernetzen, um die im Rahmen der Erhebung gewonnenen Informationen miteinander teilen zu können. Anknüpfend an die zuvor erfasste Bildungsbiografie können dann eine zielgerichtete Förderung und Unterstützung stattfinden.

Inwieweit zahlt sich diese Mühe aus? Es bringt eine ganze Menge, gerade auch in Baden-Württemberg. Der IQB-Bildungstrend hat uns im letzten November gezeigt, dass 50 % der Kinder flächendeckend in den Grundschulen Baden-Württembergs eine sogenannte familiäre Zuwanderungsgeschichte haben. Das sind Potenziale, die zu heben sind. Das ist die Zukunft dieses Bundeslands. Das heißt, wir investieren in unsere eigene Zukunft, in unsere eigene Prosperität. Je früher man damit beginnt – dazu kann Frau Kollegin Karst noch mehr sagen –, in Familienbildung, in den Kindergarten usw. zu investieren, umso höher wird die Ausbeute letztendlich sein und umso erfolgreicher wird man sein. Je später man in die Bildungsbiografie eingreift, umso teurer und aufwendiger wird es dann und umso weniger weiß ich, welche Effekte damit überhaupt noch erzielt werden können.

Frau Staab, Sie haben die ReGES-Studie und die Unterschiede hinsichtlich der ukrainischen Schülerinnen und Schüler angesprochen. Das ist zutreffend. Allerdings werden die ukrainischen Schülerinnen und Schüler aber auch anders behandelt, wobei ich das jetzt gar nicht negativ meine. Ein exemplarisches Beispiel: Die Schülerinnen

und Schüler sind in vielen Stadtkreisen bzw. Kommunen in eigene VKLs gebracht worden. Das heißt, man hat, weil es die Zahl der Schülerinnen und Schüler hergegeben hat, VKLs nur für ukrainische Schülerinnen und Schüler eingerichtet, damit sie die traumatischen Erlebnisse besser verarbeiten, unter sich bleiben können und um sie durch die Sprachhomogenität besser zu fördern. Ab und zu werden sogar Lehrkräfte, die aus der Ukraine geflohen sind, in diesen Gruppen eingesetzt. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine hatten andere Rahmenbedingungen.

Hinzu kommt, dass die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine bis in den Spätherbst hinein – ich glaube, dazu gab es sogar einen entsprechenden KMK-Beschluss – an digitalem Fernunterricht aus der Ukraine teilgenommen haben. Das heißt, sie waren zum Teil vom VKL-Unterricht befreit, weil sie lieber am Fernunterricht aus der Ukraine teilgenommen haben, da sie ja irgendwann wieder zurück in die Ukraine gehen. Nun sind sie allerdings nicht zurückgegangen, weil der Krieg noch andauert. Insofern war es in Bezug auf die ukrainischen Schülerinnen und Schüler eine Sondersituation.

Anders verhält es sich mit den Kindern, die hauptsächlich aus dem Nahen Osten zu uns gekommen sind. Sie haben mit Blick auf die ReGES-Studie die Rückstufung angesprochen. Es stellt sich die Frage, was es dem Bildungssystem bzw. den Schülerinnen und Schülern bringt, wenn beispielsweise 15-Jährige, denen ausschließlich die deutschen Sprachkenntnisse fehlen, zunächst in der siebten Klasse beschult werden, obwohl andere Kenntnisse, beispielsweise mathematische oder naturwissenschaftliche Kenntnisse, durchaus vorhanden sind. Auf der Grundlage einer sauberen Erhebung wüsste man, dass sie eigentlich aus einem Bildungssystem oder von einer Schule kommen, wo das Lernniveau relativ hoch war. Das heißt, mit einer entsprechenden Unterstützung und Sprachförderung hätte man diese Schülerinnen und Schüler schneller in einer Regelklasse, und zwar auch ihrer Alterskohorte entsprechend. Wenn man das nicht macht, führt das dazu, dass diese Schülerinnen und Schüler älter sind, wenn sie ihren Schulabschluss machen, oder dass sie zum Teil gar keinen Schulabschluss mehr machen, was natürlich ein noch größerer Verlust ist.

Frau Wolle, Sie haben gefragt: Wollen die überhaupt? Ja, die wollen, weil sie wissen, dass ihre einzige Möglichkeit in einer Bildungsgesellschaft, wie wir sie haben, darin besteht, entweder über eine qualifizierte Berufsausbildung an der Gesellschaft teilzuhaben oder womöglich einen höherqualifizierenden Schulabschluss zu erhalten, um zu studieren. In der Kohorte, die zu uns gekommen ist, gibt es mittlerweile junge Menschen, die die Hochschulreife erlangt haben und jetzt studieren. Ich betreue gerade einen Studenten mit syrischem Hintergrund bei seiner Masterarbeit, der bei uns Lehrer wird. Er hat sich also auf den Weg gemacht. Wie gut, wie toll! Die Bildungsaspiration ist auf jeden Fall gegeben, wie uns die Studien, die uns diesbezüglich vorliegen, bestätigen.

Herr Wahl, Sie haben das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ angesprochen. Solche Programme sind richtig und wichtig. Es gibt eine umfangreiche Erhebung zu

den Unterstützungsprogrammen, die während der Pandemie in den verschiedenen Bundesländern durchgeführt wurden. Die Rückmeldung lautete: Bitte kein Gießkannenprinzip, bitte systematischer, bitte mit geschultem Personal, das auch weiß, was es macht, und bitte auch miteinander verzahnt, vernetzt und entsprechend dokumentiert.

Das heißt, das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ könnte eigentlich viel mehr, wenn wir die Maßnahmen strukturierter ausbringen würden, und zwar mit Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, die entsprechend geschult worden sind und somit eine Qualifizierung erhalten haben. Vor allem sollten die Maßnahmen auch dokumentiert werden, damit man für den Fall, dass es in andere Hände geht, weiß, was gemacht worden ist, um das aufeinander aufzubauen. Nur so lässt sich verhindern, dass man dreimal das Gleiche macht. Es ist wichtig, dass solche Maßnahmen ineinandergreifen.

Was spricht dafür, das auf Deutsch, Mathematik und Englisch zu verkürzen? Ich verstehe natürlich: Das sind Kernfächer. Auf der anderen Seite bestehen Unterricht und Schule ja nicht nur aus Deutsch, Mathematik und Englisch, sondern da gibt es noch vieles mehr. Dagegen würden auch die Kolleginnen und Kollegen, die die anderen Fächer unterrichten, sicherlich ihre Bedenken äußern. Das Entscheidende ist doch das soziale Lernen. Sprachförderung findet nun einmal nicht nur durch konkreten Sprachförderunterricht statt, sondern ganz entscheidend auch in sozialen Interaktionen. Deshalb war es mir auch wichtig, Ihnen zu zeigen, ob sie an Sport-AGs oder Theater-AGs teilnehmen. Dort lernen sie eigentlich am besten von Gleichaltrigen. Der beste Lehrer, die beste Lehrkraft sind die Gleichaltrigen, sind die Peers.

Ja, wir brauchen dringend sinnvolle digitale Angebote als Ergänzung des Schulunterrichts, wo sich Kinder entsprechend ihrem Tempo und ihrem Lernniveau Wissen aneignen, vertiefen und wiederholen können.

Sie haben den HSU-Unterricht angesprochen. Ich würde das erweitern: Es geht um migrantische Mehrsprachigkeit, um migrationsbezogene Mehrsprachigkeit. Das ist in unserem Bundesland leider immer noch nicht politisch im Fokus. Migrationssprachen werden nicht als Bildungsressource gesehen, obwohl das Bundesland Baden-Württemberg von Wirtschaft lebt – egal, ob das die Automobilindustrie ist oder ob es andere Sektoren sind. Das heißt, wir sind international aufgestellt. Ich formuliere es einmal sehr salopp: Unsere Prosperität basiert auf den Produkten, die wir in die Welt verkaufen, und da muss man interkulturell und mehrsprachig aufgestellt sein. Wir haben Menschen, die das potenziell mitbringen. Aus der Ressourcenperspektive wäre es doch sinnvoll, für Menschen, die polnische, russische, türkische, arabische, italienische etc. Sprachkenntnisse mitbringen, schulische Rahmenbedingungen zu schaffen, um das zu vertiefen und auszubauen und dann perspektivisch diese Sprachen auch schulischen Fremdsprachen gleichzustellen. Denn mit dieser Ressource können wir tatsächlich auch volkswirtschaftlich eine ganze Menge bewegen. Das ist der tiefere Sinn da-

hinter. Das sollte idealerweise in einem Unterricht stattfinden, der staatlich verantwortet ist, mit Lehrkräften, die in Deutschland ausgebildet sind, und mit Bildungsplänen, die hier entwickelt worden sind und die die Bedarfe abdecken.

Sie haben nach dem Einsatz von Fachkräften gefragt, um sich um Schülerinnen und Schüler mit Traumata und posttraumatischen Belastungsstörungen zu kümmern. In erster Linie sollte das über die Schulsozialarbeit erfolgen. Ein ganz zentrales Element sind dabei die Schulpsychologen. Das wäre natürlich wünschenswert, aber wir wissen, wie es in der Realität aussieht. Deshalb habe ich meinen Anspruch auch heruntergeschraubt und habe gesagt: Das, was wir im Moment tatsächlich machen könnten, wäre eine flächendeckende Fortbildung und Qualifizierung von Lehrkräften in Richtung Traumapädagogik, damit sie zunächst einmal die entsprechende Sensibilität entwickeln, um Schülerinnen und Schüler in entsprechenden Lebenslagen zu erkennen, wo das Kindeswohl gefährdet ist, um dann gegebenenfalls über schulpsychologische Beratungsstellen tätig zu werden. Der Ministerpräsident hat gesagt: Perspektivisch sollen die multiprofessionellen Teams kommen, idealerweise flächendeckend. Ich denke, das wäre die richtige Antwort darauf.

Herr Karrais, Sie haben die Frage aufgeworfen, welche Erkenntnisse, welchen Mehrwert die Enquetekommission aus dem, was ich vorgetragen habe, gewinnen könnte. Der Mehrwert etwas über die Situation geflüchteter Schülerinnen und Schüler zu hören, ergibt sich aus meiner Perspektive dadurch, dass bundesweit der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Fluchtbiografie ab 15 Jahren meines Wissens mittlerweile bei 5 % oder darüber liegt. Im Jahr 2015, also ohne die ukrainischen Schülerinnen und Schüler, lag der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit einer Fluchtbiografie an der Gesamtschülerschaft bundesweit bereits bei etwa 3 %. Mittlerweile sind noch die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine hinzugekommen. Das heißt, wir haben jetzt eine Klientel, die wir zahlenmäßig, also quantitativ, gar nicht übersehen können, die ihre Bedarfe hat.

Wenn wir die Bildungsbiografien dieser Kinder von Beginn an erheben, um zu sehen, welches Potenzial sie mitbringen – also nicht nur die Problemperspektive, sondern auch die Ressourcenperspektive –, dann ist es sehr wohl möglich, die Kinder ohne bildungsbiografische Brüche in unser Schulsystem zu integrieren, sodass sie ihren Bildungsweg gehen können, um dann hoffentlich nicht an den sekundären und tertiären Herkunftseffekten hängen zu bleiben, sondern erfolgreich Berufe zu erlernen.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf die Überalterungsthematik zurück, weil Sie sie noch mal angesprochen haben. Es ist nicht nur die Sprachbarriere an sich, sondern man muss sich vorstellen, wie es für einen 15-jährigen jungen Menschen ist, plötzlich in einer Klasse von Sechst- oder Siebtklässlern zu sitzen. Das macht auch von der Entwicklung her etwas mit dem Betroffenen. Ich glaube, das sollte man ganz stark in den Fokus nehmen.

Noch einmal: Dreh- und Angelpunkt dafür, dass alles gut funktioniert, ist letztendlich, dass Lehrkräfte und Pädagogen da sind, die dafür qualifiziert sind, mit dieser Sprachheterogenität umzugehen, und die über die entsprechenden Instrumente verfügen, über Informationen verfügen: Wo stehen die Kinder in ihrer Bildungsbiografie? Über welche sprachlichen Kenntnisse verfügen sie? Wie ist das Bildungsniveau der Schülerinnen und Schüler?

Dann sollte VKL-Unterricht für die entsprechend qualifizierten Personen stattfinden. Viel wichtiger ist aber, dass dieser Unterricht dann auch tatsächlich stattfindet. Bekanntermaßen ist die Unterrichtsversorgung nicht so, wie wir sie gern hätten. Und an welcher Stelle wird gespart bzw. müssen Abstriche gemacht werden, wenn der Regelbetrieb nicht eingehalten werden kann? Das ist dann eben der VKL-Unterricht. Wenn der VKL-Unterricht wochenlang nicht stattfinden kann, weil die Kolleginnen und Kollegen, die dafür abgestellt sind, den Regelbetrieb bedienen müssen, dann fehlt es an dieser Stelle. Das sind Dinge, die ineinandergreifen und die unter dem Strich verhindern, dass die Kinder einen erfolgreichen Bildungsabschluss machen.

Frau Wolle, Sie sind auf meine Kritik hinsichtlich des Begriffs der nicht deutschen Herkunftssprache eingegangen und hatten empfohlen, die Kinder stattdessen zu fragen, welche Sprachen sie denn sprechen. Genau so muss es sein. Man sollte also fragen: Welche Sprachen sprichst du bzw. werden in deiner Familie gesprochen?

Ich würde mir übrigens auch wünschen, dass man alle Kinder sowie alle Schülerinnen und Schüler einmal flächendeckend befragt, um zu erfahren, wie viele Sprachen in unserem Land gesprochen werden. Wir sollten keine Angst vor Sprachen haben. Im Gegenteil: Wir sollten sie in die Lernprozesse einbinden.

**Sv. Frau Dr. Karst:** Um es für Sie transparent zu machen, noch eine kurze Ergänzung zu den Sprachen, die in den Klassen gesprochen werden. Wir haben in Baden-Württemberg eine Studie mit insgesamt knapp 90 Schulklassen durchgeführt. Dabei hat es sich um fünfte Klassen gehandelt. Wir haben genau diese Frage gestellt: Welche Sprache sprichst du zu Hause mit deinen Eltern, und welche Sprache sprichst du mit deinen Freundinnen und Freunden? Das interessante Ergebnis, rein deskriptiv: In einer Klasse im fünften Schuljahr werden im Mittel in diesen 90 Klassen acht unterschiedliche Sprachen zu Hause mit den Eltern gesprochen. Mit den Freundinnen und Freunden sind es vier Sprachen.

Frau Aschhoff, Sie hatten gefragt, inwiefern sich unsere Ergebnisse bündeln lassen. Ich glaube, das ist sehr gut möglich. Gerade im Punkt Diagnose sprechen wir mit einer Stimme. Frau Engin hat es bereits gesagt: Es ist wichtig, unmittelbar zu Beginn damit anzufangen, regelmäßig zu diagnostizieren, welche Lernvoraussetzungen Schülerinnen und Schüler mitbringen und welche sie noch nicht haben, also nicht diese Defizitperspektive, sondern sich dessen bewusst zu sein, dass das erlernbar ist. Kompetenz ist ein Begriff, der grundsätzlich mit einer Erlernbarkeit einhergeht. Das halte ich für ausgesprochen wichtig.

Als Beispiel ist das Land Dänemark zu nennen. Dort bekommen die Schülerinnen und Schüler direkt zum Schuleintritt eine sogenannte Schüler-ID. Das mag jetzt vielleicht ein bisschen statistisch klingen, aber diese Schüler-ID führt dazu, dass man die Schülerinnen und Schüler über den kompletten Bildungs- und Lebensverlauf nachverfolgen kann, mit ihnen gemeinsam Schule und Unterricht gestalten kann und ihnen auch regelmäßig Feedback geben kann. Ich halte es für wichtig, dass wir hier keine einmaligen Diagnosen treffen.

Herr Wahl fragte, ob vorschulische Sprachtests ein Hilfsmittel sein können. Ja, das können sie sein. Aber nicht einmalig, sondern wir müssen das verstetigen. Wir müssen das im Sinne eines formativen Assessments regelmäßig machen. Wir sollten also die Ergebnisse nutzen, um Lernen weiterhin zu ermöglichen, und nicht, um nur den Sprachstand zu messen und einen Haken dranzumachen, wenn das Ziel erreicht wurde. Jedes Assessment ist ein Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung der Schülerin bzw. des Schülers.

In diesem Zusammenhang komme ich auf Ihre Frage in Bezug auf Krisensituationen zurück, Frau Aschhoff. Uns wurde während der Pandemie häufig gesagt, dass dazu keine Daten vorliegen. Das Gleiche spielt sich gerade in Schule und Unterricht ab. Wir wissen es nicht. Wir haben die Daten noch nicht. Wir sollten verstärkt Anstrengungen unternehmen, um die entsprechenden Datenzugänge zu ermöglichen.

Baden-Württemberg wird zum kommenden Schuljahr das Schuldatenblatt einführen. Darauf sind schon einmal sehr viele Daten gebündelt zusammengefasst. Das finde ich persönlich sehr gut. Wenn man das als Ausgangspunkt nimmt, dann sieht man allerdings auch wieder Entwicklungspotenziale: Die Schulen bekommen das Schuldatenblatt nämlich nur einmal pro Schuljahr zur Verfügung gestellt. VERA-Daten, die darin enthalten sind, also Lernstands- und Leistungstestdaten, sind nicht unbedingt sensitiv gegenüber Veränderungen oder auch Schülerzusammensetzungen. Insofern besteht diesbezüglich noch Verbesserungspotenzial.

Im Projekt „Schule macht stark“, an dem ich mitwirke, arbeiten wir eng mit den Schulen zusammen. Man sollte diese externen Datenbestände nehmen und zielbezogen fragen: Welche Daten brauchen wir als Schule denn noch zusätzlich? Die Schulen sollten dafür qualifiziert werden, intern noch selbst weitere Daten zu erheben. Ganz wichtig: Das müssen nicht immer kognitive Leistungstests sein. Daten sind ganz breit gefasst. Daten können Protokolle aus Gesamtlehrerkonferenzen sein. Daten können qualitative Beobachtungen sein: Ich stelle mich einmal auf den Pausenhof und höre, wie viele Sprachen gesprochen werden.

Hier ist also ein breiter Datenbegriff wichtig, das heißt, mehr perspektivische Datenbestände gerade auch in Schulen und im Bildungssystem. Ich glaube, es kann auch in Krisensituationen helfen, wenn wir einfach mehr wissen, um auf dieser Grundlage dann schneller und bewusster agieren zu können.

Die nächste Frage bezog sich auf die Internationalität von Studien und auf den Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Bildungsbeteiligung bzw. dem Kompetenzerwerb. Dieser soziale Gradient, über den das gemessen wird, ist in Deutschland sehr stark ausgeprägt. Er liegt hier über dem OECD-Mittel. Wie es sich in Frankreich verhält, kann ich spontan nicht sagen. Das müsste ich nachschauen. Aber es gibt auch andere Länder, in denen dieser soziale Gradient eben nicht so hoch ausgeprägt ist. Deutschland liegt über dem OECD-Mittel, und der soziale Gradient ist auch gerade noch einmal gestiegen. Das heißt, die Kopplung zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb wird immer deutlicher.

Solche Segregationseffekte, wie Sie sie angesprochen haben, zeigen sich tatsächlich schon im Kindergarten. Es sind also nicht nur in der Sekundarstufe oder in der Grundschule Segregationseffekte zu beobachten, sondern auch in Kindergärten, und zwar in der Form, dass spezifische Kindergärten dann auch nur von Kindern mit spezifischer sozialer Herkunft besucht werden. Im Kindergarten habe ich als Elternteil natürlich noch viel mehr die Möglichkeit, zu sagen: „Mein Kind soll jetzt lieber nicht in diesen Kindergarten gehen; ich wähle lieber einen anderen Kindergarten.“ Ob das ein Ansatzpunkt ist, um wieder eine Durchmischung zu befördern, das lege ich in Ihre Hand.

Sie hatten nachgefragt, durch welche Maßnahmen die Segregation aufgebrochen werden kann. Es gibt Beispiele dafür, dass dies über eine stärkere Sozialraumorientierung von Schulen versucht wird, indem Schulen mit dem Sozialraum vernetzt werden. Das heißt auch, Sozialraum in Form von Vereinen, also indem Vereine beispielsweise gestärkt werden und den Vereinen Fläche für einen Fußballplatz vielleicht nicht gerade in dem Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen, wo ohnehin schon die Familien mit einem höheren sozioökonomischen Status wohnen, sondern eventuell auch städteplanerisch entsprechend einzugreifen.

Damit komme ich zur nächsten Frage, die mir gestellt wurde: Was können multiprofessionelle Teams leisten? Ich bin mir sicher, dass multiprofessionelle Teams viel leisten können, wie auch die internationale Forschung eindeutig zeigt. Zum einen kann man multiprofessionelle Teams als eine strukturelle Lösung verstehen. Das ist ganz sachlich beschrieben: Es handelt sich um einen Zusammenschluss von mehreren Personen aus unterschiedlichen Berufsgruppen. Das bringt aber auch Herausforderungen mit sich, weil nämlich multiprofessionelle Teams erst einmal die Handlungslogik des jeweils anderen begreifen müssen. Eine Lehrkraft, die mit einer Erzieherin zusammenarbeitet, muss erst einmal verstehen, dass eine Erzieherin eine Arbeitszeit von morgens 8:00 Uhr bis abends 17:00 Uhr hat, und die Erzieherin muss verstehen, dass die Lehrkraft nach Deputaten arbeitet und nachmittags um 17:00 Uhr vielleicht nicht mehr da ist. Da treffen also unterschiedliche Handlungslogiken aufeinander.

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass über diese strukturelle Lösung hinaus multiprofessionelle Teams einen großen Beitrag zu einer Kooperation an Schulen leisten können. Es konnte gezeigt werden, dass Kooperationen zu einer Entlastung führen,

und zwar Kooperationen im Sinne einer Co-Konstruktion: nicht einfach nur ein Austausch von Materialien, sondern im Sinne eines gemeinsamen Erkundens, eines Sich-gegenseitig-Fragen-Stellens, eines gemeinsamen Lösens von Problemen mit dem Willen, sich als professionelle Lerngemeinschaft weiterzuentwickeln. Auch das sollte wiederum datengestützt erfolgen.

Es gibt ganz tolle internationale Herangehensweisen wie z. B. die Data Teams in den Niederlanden. Wir haben das in „Schule macht stark“ auch gerade eingeführt bzw. versuchen, sogenannte Evidenzteams in unseren Schulen zu etablieren. Dabei handelt es sich letztlich um professionelle Lerngemeinschaften, die datengestützt Entscheidungen treffen. Es handelt sich nicht um multiprofessionelle Teams, weil wir nicht alle Berufsgruppen an den Schulen haben, aber es ist im Sinne eines gemeinsamen Erkundens eine Zusammenarbeit, eine Teamarbeit auf höchstem Niveau.

Mir wurde die Aussage nachgesagt, ich hätte gesagt, digitaler Unterricht verstärke die Bildungsungleichheit. Darauf möchte ich kurz eingehen. Ganz so leicht ist es nicht. Es ist nicht der digitale Unterricht, der die Bildungsungleichheit verstärkt, sondern es war der während der Coronapandemie nicht vorhandene Unterricht. Es war ja gar nicht die Regel, dass der Unterricht digital stattgefunden hat, sondern es war eine Form von Fernunterricht oder Homeschooling, wie es am Anfang genannt wurde, wo den Eltern Materialien nach Hause gebracht worden sind oder die Kinder in die Schule fahren mussten, wo irgendwelche Boxen standen und sie die Materialien abholen mussten.

Der digitale Unterricht war also in keiner Weise die Regel. Wenn das gegeben gewesen wäre, dann wären die Effekte vielleicht noch einmal anders gewesen. Eigentlich bietet digitaler Unterricht noch einmal eine viel größere Chance, was die Individualisierung und Differenzierung angeht – davon würde man jedenfalls ausgehen –, sodass insofern die Basisdimensionen guten Unterrichts im digitalen Unterricht auch realisiert werden: kognitive Aktivierung, Schülerorientierung. Das lässt sich im digitalen Unterricht umsetzen. Aber das war nicht gegeben. Deswegen würde ich nicht sagen: „Der digitale Unterricht beeinflusst die Bildungsungleichheit“, sondern: „Der nicht regelhaft stattgefundenen Unterricht zur Zeit der Coronapandemie beeinflusst die Bildungsungleichheit.“

Damit komme ich zu Ihrer Frage nach einer indexbasierten Ressourcensteuerung auf Mikro-, Meso- und Makroebene. Mit Mikroebene meine ich die Ebene der Schülerinnen und Schüler, mit der Mesoebene die Ebene der Klasse und der Lehrkräfte und mit der Makroebene die Ebene der Schule. Man kann das noch weiter ausdeklinieren, aber das sind die Ebenen, mit denen ich gearbeitet habe. Damit wollte ich zum Ausdruck bringen, dass man auf allen Ebenen sozialindexbasiert Ressourcen verteilen kann.

Das beginnt bereits auf der Länderebene. Sie bekommen die Diskussionen mit. Im Zuge des Startchancen-Programms wird diskutiert, wie die Mittel zukünftig vergeben werden sollen. Im Land Baden-Württemberg soll jetzt die sozialindexbasierte Ressour-

censteuerung eingeführt werden. Wir sind mit drei Schulbezirken und fünf Städten gestartet, denen über eine sozialindexbasierte Ressourcensteuerung Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit dem Ziel, dort multiprofessionelle Teams zu realisieren.

Hinsichtlich der Kriterien und Daten, die in diese Sozialindizes einbezogen werden – das geschieht bereits in mehreren Bundesländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Hamburg –, stellt sich allerdings immer die Frage der Datenverfügbarkeit. Baden-Württemberg ist beispielsweise in der günstigen Position, dass das Land es sich leisten kann, zusätzliche Daten einzukaufen. Zum einen wird der Migrationsanteil von Schülerinnen und Schülern in diesen Sozialindex einbezogen. Es werden aber z. B. Daten zur Kaufkraft der Menschen, die in den Regionen leben, eingekauft. Auch diese Daten fließen in den Sozialindex ein.

Wir haben die Hoffnung oder die Idee, dass eine sozialindexbasierte Ressourcensteuerung dazu führt, dass die Bildungsgerechtigkeit gesteigert bzw. die Bildungsungleichheit aufgelöst werden kann. Zum einen ist es nur eine nachgelagerte Maßnahme, weil die Grundlagen für diese Bildungsungleichheit schon woanders gelegt wurden. Wir behandeln damit also nicht die Ursachen, sondern quasi nur die Symptome. Zum anderen haben wir bislang – auch da komme ich wieder zum Thema Daten – wenig Evidenz darüber, dass eine indexbasierte Ressourcensteuerung tatsächlich dazu führt, dass sich die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler verbessern. Da gibt es international tatsächlich einige Lichtblicke. Dazu sind internationale Studien durchgeführt worden. Ich fände es aber super, wenn wir auch im Land Baden-Württemberg dazu kämen, das noch einmal systematisch anzugehen und zu hinterfragen, was es uns eigentlich bringt. Dafür ist dann solch ein Modellversuch wiederum gut geeignet, weil es sich in einem solch kleinen Modellversuch vielleicht realisieren lässt, das zu evaluieren. Im Großen würde das nie leistbar sein.

Ansonsten: Ja, manchmal ist es besser, man agiert schneller. Aber das wissen wir alle. In allen Kontexten fragt man sich oftmals: Warum dauert das jetzt so lange?

Was lernen wir daraus? Herr Karrais, Sie haben den Wechsel von Gymnasialschülerinnen und -schülern bzw. die unklaren oder nicht richtigen Zuweisungen angesprochen. Ja, da haben wir ganz klar ein Problem, was den Übergang vom vierten Schuljahr in die fünfte Klasse angeht. Dazu gibt es Befunde – sogenannte Überlappungskurven –, die zeigen, dass die eigentlich angestrebte Homogenisierung durch den Übergang auf diese Weise nicht realisiert wird. Wir haben leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in den Werkrealschulen, die in Schulleistungsvergleichstests besser abschneiden als leistungsschwache Gymnasiasten. Also, diese Zuteilung funktioniert eben nicht. Das führt dann dazu, dass gegebenenfalls Schülerinnen und Schüler aus dem Gymnasium wieder „absteigen“; das ist zutreffend. Die Konsequenz wäre, diesen Übergang nach hinten zu verschieben oder eine längere gemeinsame Beschulung zu ermöglichen und dann eine Differenzierung innerhalb der Schulklassen vorzunehmen.

Damit komme ich auch gleich zu dem Punkt, den Frau Wolle angesprochen hat. Sie haben gefragt, was wir machen können, damit Murat nicht mehr schlechter als Max bewertet wird. Ich würde nicht sagen, dass wir die Lehrkräfte in die Pflicht nehmen sollten, 25 Lernangebote für ihre 25 Schülerinnen und Schüler im Sinne einer stärkeren Individualisierung zu realisieren. Allerdings müssen wir eine stärkere Objektivierung beispielsweise auch bei der Benotung gewährleisten. Das lässt sich bei einem Diktat ganz einfach realisieren, indem den Lehrkräften Fehlertabellen zur Verfügung gestellt werden, in denen ganz klar definiert ist, bei wie vielen Fehlern es welche Note gibt. Dazu gibt es in der Tat Studien. Es geht also um die Objektivierung von Lernergebnissen, um zu verhindern, dass sich Stereotype bei der Beurteilung oder bei Lehrkräfteerwartungen durchsetzen. Das gilt auch grundsätzlich für die Gestaltung von Lernumgebungen. Es gibt Beispiele aus dem Unterricht, wo es dann heißt, die Schülerinnen sollten statt Mathematik lieber einen Mal- und Bastelkurs besuchen, und mit den Jungs macht man Mathe. Genau so etwas sollte es aber nicht geben.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Frau Professorin Dr. Karst, Frau Abg. Wolle hat mir signalisiert, dass sie ihre Frage konkretisieren möchte.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Beim Diktat lässt es sich ja recht einfach anhand der Anzahl der Fehler messen. Aber nehmen wir z. B. einmal einen Aufsatz. Beide Aufsätze sind gleichwertig, werden aber unterschiedlich beurteilt, wobei das nichts mit einem möglichen Migrationshintergrund zu tun hat. Vielmehr finden einfach nur ungleiche Beurteilungen statt, obwohl beide Aufsätze bei neutraler Betrachtungsweise gleich hätten beurteilt werden müssen.

**Sv. Frau Dr. Karst:** Genau. Dazu gibt es mittlerweile fachdidaktisch gute Ausarbeitungen dahin gehend, dass beispielsweise ein Aufsatz nicht global, sondern nach vorher festgelegten Kriterien bewertet wird. Diese kriteriengeleitete Bewertung führt dazu, dass solche Unterschiede minimiert werden können.

**Sv. Frau Dr. Engin:** Ich meine, die letzte Thematik betrifft die hohe Selbstreflexionskompetenz von Lehrkräften schon während des Studiums. Es gibt sehr stabile Studien, die zeigen, aus welcher sozialen Schicht sich Lehrkräfte rekurrieren. Letztlich ist es immer die gleiche Schicht, die auf Lehramt studiert. Umso wichtiger ist es, gerade auch die gesellschaftliche Diversität in jeglicher Dimension auch in die Lehrerbildung zu bringen. Ich nehme mich da gar nicht aus, dass wir in der ersten Phase nicht all diese Dimensionen angemessen im Lehramtsstudium zum Thema machen. Ich habe Frau Karst übrigens heute erst kennengelernt. Wir kannten unsere Vorträge auch nicht. Wir müssen erreichen, dass Migration nicht kategorisch mit „Defizit“ gleichgesetzt wird. Diese Haltung ist kontraproduktiv und schadet der Gesellschaft.

Der Migrationshintergrund ist zunächst einmal für sich genommen nichtssagend. Erst im Kontext von sozialer Schichtzugehörigkeit, Bildungsniveau der Eltern, Einkommen der Eltern, Wohnort und Schule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Das haben wir auch bei Kindern mit Fluchterfahrung gesehen: Schülerinnen und Schüler, die

mit Eltern hierhin gekommen sind, die ein hohes Bildungsniveau, eine hohe Bildungsaspiration hatten und hier schnell Fuß gefasst haben, sind wie Raketen durchgestartet, während andere, die aus dem gleichen Land gekommen waren, stagnierten. Das heißt, es war, einmal salopp gesprochen, nicht der syrische Hintergrund, sondern es waren letztendlich Faktoren wie das Bildungsniveau der Eltern, die Berufe der Eltern, die Teilhabe an Maßnahmen usw., die es letztendlich ausgemacht haben.

Frau Karst hat sehr schön dargestellt: Sozioökonomisch schwierige Lebenslagen – siehe Bildungsbericht der KMK 2016 – plus Migrationshintergrund verschärfen das Ganze. Sie hat aber nicht die Grafik gezeigt, die ich immer zeige: Kinder der gleichen sozialen Schicht performen identisch. Allerdings wurde ein Unterschied nicht genannt: Nur etwa 20 % der deutschen Familien gehören zu der unteren, sozial schwachen Bildungsschicht, während der Anteil bei den Migranten bei 50 % liegt. Das heißt, der Anteil der Migrationsfamilien innerhalb der obersten sozialökonomischen Schichten liegt bei gerade einmal 10 %. Und wenn ich das sehe und dann die Ergebnisse vergleiche, dann denke ich: So schlecht können die Kinder mit familiärer Zuwanderungsgeschichte gar nicht sein, wenn sie trotz der relativ schwachen Ausgangsbedingungen versuchen, das Beste aus sich herauszuholen. Frau Kollegin Karst hat sehr schön gesagt: Wenn die primären, sekundären und tertiären Effekte – gerade die primären und sekundären Effekte – abgeschwächt würden, würden wir noch mehr besser performende Kinder haben, die der Gesamtgesellschaft auch zugutekämen. Oder?

**Sv. Frau Dr. Karst:** Ja.

**Sv. Frau Dr. Engin:** Danke.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Wunderbar, dass Sie sich einig sind. Das nehmen wir auch so auf.

Gibt es noch Nachfragen aus der Runde? – Das sehe ich nicht.

Vielen Dank an Sie, Frau Professorin Dr. Engin und Frau Professorin Dr. Karst, für Ihre Stellungnahmen. Sie sind natürlich aufgerufen – insbesondere Sie, Frau Professorin Dr. Engin –, sich weiterhin an der Arbeit der Enquetekommission zu beteiligen. Aber auch Sie, Frau Professorin Dr. Karst, dürfen uns natürlich noch weitere Informationen zuschicken. Uns freut natürlich auch, dass die Enquetekommission Menschen zusammenführt. Mannheim und Heidelberg sind ja nicht weit voneinander entfernt. Vielleicht ergibt sich da ja die eine oder andere Forschungszusammenarbeit.

Wir treten jetzt in die Mittagspause bis 15:20 Uhr ein.

(Unterbrechung der Sitzung von 14:14 Uhr bis 15:21 Uhr)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Ich begrüße Sie nach der Mittagspause alle recht herzlich zurück. Wir fahren mit unserer öffentlichen Anhörung fort.

Als Nächstes haben wir Herrn Dirk Lederle, stellvertretender Landesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung im Landesverband Baden-Württemberg, zu Gast. Herr Lederle, Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, um uns eine kurze Einführung in das Thema zu geben. Anschließend folgen Frau Stein und Herr Gürbütz.

**Sv. Herr Lederle:** Sehr geehrte Damen und Herren! Kann man aus Krisen lernen? Eindeutig ja. Muss man aus Krisen lernen? Unbedingt. Ich bin Schulpraktiker und im Hauptberuf Schulleiter eines Schulverbands aus einer Grund-, Werkreal- und Realschule mit nahezu Tausend Schülerinnen und Schülern. Bei uns gibt es eine Grundschulförderklasse, eine internationale Vorbereitungsklasse in mehreren Jahrgangsstufen sowie diverse inklusive Settings. Außerdem bin ich ein außerordentlich gut vernetzter Verbandsvertreter. Auch in dieser Eigenschaft bin ich heute hier.

Mir ist es wichtig, zu betonen, dass trotz aller Reibungsverluste, die es in den vergangenen Krisen seit 2015 gab, viele Dinge auch gut gelaufen sind, vor allem immer dann, wenn die Politik versucht hat, Personenkreise, die für die Umsetzung der Maßnahmen wichtig sind, auch tatsächlich einzubeziehen. Exemplarisch hierfür möchte ich das Vorgehen des Kultusministeriums während der Coronakrise nennen. Schon unter der damaligen Kultusministerin Frau Dr. Eisenmann wurden in regelmäßigen Abständen in Gesprächsrunden Verbandsvertreterinnen und -vertreter in die Überlegungen eingebunden. Es war in diesen Gesprächen möglich, auf Augenhöhe zu diskutieren, zu kritisieren und auch Anliegen vorzubringen. Dies wurde auch unter Frau Ministerin Schopper beibehalten, wobei die Gesprächsformate bzw. Kommunikationsformate zum Teil sogar noch intensiviert wurden.

Besonders wichtig ist es für solche Gesprächsformate, dass beide Seiten, aber vor allem auch die Administration offen sind für die Argumente der Praktiker und diesen nicht nur das Gefühl geben, eine Pflichtübung zu absolvieren, weil es gerade en vogue ist, Bürger zu beteiligen.

Kurzum – These 1 –: Eine Einbeziehung von Praktikern ist für die Bewältigung von Krisen ein absolutes Muss.

Für die Umsetzung sämtlicher Maßnahmen vor Ort ist das schulische Leitungspersonal zentral. Dazu braucht es Informationen für diesen Personenkreis, aber auch Unterstützung. In der Anfangszeit der Pandemie herrschte verständlicherweise sehr viel Unsicherheit. Informationen wurden kommuniziert und auch wieder revidiert. In diesem informativen Trubel waren viele Schulleitungen allerdings auf sich allein gestellt. Die Schulverwaltung auf allen Ebenen war kaum bis schlecht erreichbar. Schulleitungen landauf, landab wurden mit Informationen geradezu überhäuft. Diese Informationen waren in vielen Fällen auch noch unzureichend aufbereitet und kamen von diversen Stellen – auch aus dem Sozialministerium – an die Schulen.

In dem Bemühen, alles juristisch korrekt zu kommunizieren, entstanden geradezu enzyklopädisch dimensionierte Werke mit einer nahezu unüberschaubaren Vielzahl an Anhängen. Wann sollten diese eigentlich gelesen werden? Wen konnte man bei Nachfragen kontaktieren? Musterschreiben auch und vor allem mehrsprachig bzw. in leichter Sprache oder Einverständniserklärungen diverser Art wurden seitens der Kultusverwaltung zumindest anfangs kaum bis gar nicht zur Verfügung gestellt. Tausende Schulleitungen waren im Land damit beschäftigt, genau diese zu erstellen, oder versuchten, durch die Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen die Schreiben und Verordnungen der unterschiedlichen Art erst einmal zu verstehen, anstatt vor Ort konkret mit der Umsetzung von Maßnahmen zu beginnen.

Viele dieser Informationen trafen zudem rechtzeitig freitagnachmittags ein – Umsetzung selbstverständlich zum kommenden Montag. Dies brachte viele Schulleitungen, aber auch Kolleginnen und Kollegen an den Rand dessen, was leistbar war, oder auch darüber hinaus. Noch viel mehr allein gelassen fühlten sich Schulleitungen, wenn es darum ging, sich juristische Scharmützel mit Coronakritikern bzw. -leugnern der unterschiedlichsten Couleur zu liefern. Rechtssicheres Agieren war schwierig, juristische Unterstützung selten.

These 2: Informationen müssen gebündelt, strukturiert und vor allem adressatengerecht aufbereitet und kommuniziert werden; Unterstützungsangebote müssen etabliert werden. Hierzu braucht es gesicherte Strukturen in der Kultusverwaltung und in der Schulaufsicht.

Als ich Lehrer werden wollte, habe ich mich entschieden, u. a. das Fach Biologie zu studieren. Ich habe also eine gewisse Affinität zu gesundheitlichen Themen. Der Umgang mit Tupfern, Sonden und Pufferlösungen war mir daher nicht ganz fremd. Dass ich dies konkret aber einmal sozusagen am lebenden Objekt benötigen würde, hatte ich nie gedacht.

Die Pandemie hat uns Lehrkräfte zu medizinischen Hilfskräften gemacht, egal, wie affin dieses Thema für uns war. Das Testgeschäft – so will ich es mal nennen – war anfangs komplex und stellte uns vor große Herausforderungen. Wer schon einmal Testungen mit einer Grundschulklasse oder auch mit pubertierenden Jugendlichen durchgeführt hat, weiß, wovon ich rede. Uns wurden zwar Tests und Masken bereitgestellt, eine Qualifizierung fand aber an vielen Schulen höchstens durch das Studium der Gebrauchsanweisung oder durch Videotutorials der Hersteller statt. Selten gab es Qualifizierungsmaßnahmen durch medizinisches Fachpersonal. Aus Schulen, an denen dies stattfand, wissen wir, dass dies bei den Kolleginnen und Kollegen dort vor Ort für ein hohes Maß an Handlungssicherheit und Sicherheit auch im Auftreten gegenüber der kritischen Elternschaft geführt hat. Sicher nahmen auch einige Eltern Testangebote außerhalb wahr. Es wurden auch alternative Testformate wie z. B. Pooltests entwickelt. Dennoch trugen die Lehrkräfte die Hauptlast und auch die Hauptverantwortung vor Ort.

These 3: Wer zusätzliche Aufgaben in Kollegien gibt, muss auch dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte hierfür qualifiziert werden.

Für alle an Schule und Bildung beteiligten Personenkreise waren die Schulschließungen sicherlich die größte Herausforderung. Ganz offen gesprochen: Auch als Schulpraktiker war der Bereich Digitalisierung nicht gerade die Vorzeigedisziplin an vielen Schulen in Baden-Württemberg. Glück hatte, wer sich im Rahmen des Digitalpakts rechtzeitig auf den Weg gemacht hatte und sowohl in der Planung als auch in der Ausführung der Arbeiten vorangeschritten war. Zum Glück gab es schon ein Lernmanagementsystem als Landeslösung, und weitere Optionen wurden rasch zur Verfügung gestellt.

Dennoch: Was gerade die Coronakrise in diesem Bereich an vielen Schulen bewirkt hat, ist wohl einer der positiven Effekte der Krise. Man könnte es auch so formulieren: Die Digitalisierung ist an die Schulen gekommen, um zu bleiben. Der Weg ist aber noch lange nicht zu Ende und benötigt weiterhin viel Unterstützung.

Wer kümmert sich eigentlich um die Administration der digitalen Endgeräte? Wäre es nicht viel sinnvoller, dies würden externe Profis tun? Bei mir an der Schule sind es rund 450 digitale Endgeräte. Dafür stellt das Land alles in allem 2,5 Lehrerwochenstunden zur Verfügung. Wir haben übrigens zusätzlich im letzten Haushaltsjahr mehr als 20 000 € für externe Dienstleistungen ausgegeben. Dieses Geld fehlt uns aber im Haushalt an anderer Stelle für unsere Schülerinnen und Schüler. Zudem stellt sich die Frage, ob sich irgendjemand schon einmal mit der Frage beschäftigt hat, was eigentlich in fünf Jahren ist, also genau dann, wenn die meisten nun gerade neu beschafften Geräte „End of Life“ sind und ersetzt werden müssen. Zusätzliche Milliarden sind zur Beschaffung geflossen – Anschlusszahlungen ungewiss.

These 4: Die Coronakrise hat der Digitalisierung an den Schulen einen positiven Schub gegeben.

These 5: Damit die Digitalisierung von Nachhaltigkeit geprägt ist, braucht es eine gezielte Anschluss- und Zusatzfinanzierung, aber vor allem professionalisierte Strukturen an den Schulen.

Apropos Digitalpakt: Allein der sogenannte Medienentwicklungsplan, der zur Beantragung der Fördermittel notwendig war – ausgedruckt ergab das ungefähr 30 Seiten –, ist ein gutes Beispiel für die bürokratische Überforderung der Schulen. Auch hier gilt: Ansprüche hoch und Unterstützung kaum bis wenig. Hatte man hier nicht einen Schulträger, der entsprechendes Fachpersonal unterstützend zur Verfügung stellte, wundert es kaum, dass dieser Bereich vor allem an kleineren Schulen von kleineren Schulträgern weiterhin eher ein stiefmütterliches Dasein fristet.

Insgesamt ist hier anzumerken, dass noch längst nicht alle positiven Aspekte aus dem Bereich Digitalisierung auch tatsächlich nutzbar gemacht werden. Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle das neu etablierte Programm „Amtliche Schulverwaltung“, ASV, des Landes nennen. Positiv ist sicherlich, dass das Land erstmals eine einheitliche Lösung zur Verfügung stellt, deren Nutzung dann auch noch verbindlich ist. Warum dann aber ein Datentransfer von Schule zu Schule nicht möglich sein soll – ich denke hier vor allem an allgemeine Schülerdaten –, erschließt sich mir zumindest kaum. Bei neu aufgenommenen Schülerinnen und Schülern müssen alle Datensätze neu angelegt, Informationen wie z. B. zum Masernimpfschutz oder diverse Einverständniserklärungen erneut abgefragt und eingetragen werden.

Ich will Ihnen das einmal ganz praktisch darstellen: Das Sekretariat meiner Schule, übrigens mit zwei Sekretärinnen sehr gut besetzt, muss also bei rund 125 neuen Schülerinnen und Schülern in der fünften Klasse – ich rede jetzt nur von der fünften Klasse – alle persönlichen Daten neu erfassen und sich von allen Eltern erneut den Nachweis des Masernimpfschutzes der Kinder vorlegen lassen, obwohl die Kinder ja von einer Grundschule kommen, wo genau dies alles schon einmal erfasst wurde. Dass dies zumindest gelegentlich zu Kopfschütteln – auch bei Eltern – führt, ist wohl nachvollziehbar.

These 6: Bürokratie an Schulen muss reduziert und positive Synergien müssen besser genutzt werden. Das senkt nicht nur die Arbeitsbelastung, sondern schafft auch mehr Akzeptanz.

In der Bewältigung der Folgen der Coronakrise hat man sehr schnell gemerkt, dass Lerndefizite zwar das eine sind, die Folgen bei den Schülerinnen und Schülern im sozial-emotionalen Bereich aber das andere. Lehrkräfte sind darin professionalisiert, mit fachlichen Defiziten umzugehen. Was es hierzu braucht, sind vor allem Zeit und ein Plus an Personal.

Nun wissen wir alle, dass gerade der Faktor Personal in Zeiten des Lehrermangels eine große Herausforderung darstellt. Dennoch war man seitens des Kultusministeriums sehr bemüht, gerade hier neue Wege zu gehen. Das Programm „Lernen mit Rückenwind“ machte es Schulen möglich, sich zu öffnen und die Kooperation mit institutionellen Partnern wie z. B. Nachhilfeinstituten oder auch individuellen Personenkreisen, z. B. Studierende, zu suchen. Erfahrungsgemäß fällt dies in Ballungsräumen natürlich leichter als im ländlich strukturierten Raum.

Das verhält sich übrigens erschreckend deckungsgleich mit der Situation bei der Lehrereinstellung generell. Auch hier waren und sind Schulleitungen im Land bei der Personalgewinnung relativ auf sich selbst gestellt. Sie übernehmen hier mit hohem persönlichen und zeitlichen Engagement Verantwortung. Den Faktor Zeit hat man offensichtlich erkannt. Das Programm geht weiter, und das ist auch gut so.

These 7: Durch Krisen entstandene Defizite bedürfen zusätzlicher Mittel und vor allem Zeit zu deren Bewältigung.

In diesem Zusammenhang gilt es, der Kultusverwaltung einmal ein Lob auszusprechen. Gerade das Programm „Lernen mit Rückenwind“ ist ein gutes Beispiel, wie es gelingen kann, den Verwaltungsaufwand auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Das ist aber nur möglich, wenn man hierzu auch die Schulaufsicht ertüchtigt. Das ist in diesem Bereich erfolgt. Es wäre wünschenswert, wenn dies auch in anderen Bereichen der Fall wäre.

Ein weiteres Lob muss man der Kultusverwaltung dafür aussprechen, dass gerade der sozial-emotionale Bereich von Beginn an in das Programm einbezogen wurde. Auch hier wurde breit gedacht. Die Bandbreite dessen, was möglich ist, ist enorm. Dieser Bereich beschäftigt die Schulen trotzdem immer noch sehr intensiv.

Viele Schulen haben sich auf den Weg gemacht, sich zusätzliche Expertise von außen einzukaufen. Sie wird von den Schulen durchweg als positiv empfunden und zeigt, wie wichtig sie ist. Lehrkräfte sind Experten im Unterrichten, aber eben nicht unbedingt Sozialarbeiter, Therapeuten oder systemische Familienhelfer. Das Schlagwort „Multiprofessionelle Teams“, die über die Monetarisierung von Lehrerstellen ermöglicht werden können – übrigens auch im Zusammenhang mit der sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung –, erhöht den Arbeitsaufwand seitens der Schulleitungen enorm.

Wie schon so oft auch an anderer Stelle erwähnt, ist die Belastung der Schulleitungen nicht nur durch die Coronakrise enorm gestiegen. Hier wäre es an der Zeit, dafür zu sorgen, dass die Aufgabe der Schulleitung endlich wieder leistbar wird bzw. dass sich Schulleitungen durch die Schaffung von Verwaltungsassistenzen auf den Kernauftrag ihrer Tätigkeit, nämlich der Schulentwicklung, konzentrieren können. Wer in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf negiert, kennt vermutlich die Zahlen an Schulleitungen nicht, die ihre Funktion jährlich zurückgeben, oder ignoriert gekonnt den Zusatz „Erneute Ausschreibung“ bei den Stellenausschreibungen im Amtsblatt des Kultusministeriums.

These 8: Zur Koordinierung im Bewältigen der Folgen von Krisen brauchen Schulleitungen mehr Zeit und auch Unterstützung.

Nochmals zurück zu den multiprofessionellen Teams: In der schulischen Realität sind inzwischen neben Lehrkräften viele unterschiedliche Berufsgruppen angekommen. Dies erleichtert uns Lehrkräften nicht nur die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, sondern auch die Integration von Menschen mit anderen Einschränkungen. Die Unterrichtsbegleitung von Schülerinnen und Schülern ist ein ganz wichtiger Faktor zur Schaffung gelingender Bedingungen in der Partizipation und der Bildungsgerechtigkeit dieser Menschen.

Ein Beispiel aus der Coronazeit: Ein körperlich stark eingeschränkter Junge, zudem zu einer vulnerablen Gruppe gehörend, nimmt am Fernlernen teil. Normalerweise hat er eine Unterrichtsbegleitung, die ihm bei der Teilnahme am Unterricht bei alltäglichen Dingen, z. B. beim Herausholen des Hefts, beim Umblättern im Buch oder bei ähnlichen Dingen hilft. Da Fernlernen stattfindet bzw. er nicht am Unterricht teilnimmt, wird die Unterrichtsbegleitung schlicht als nicht notwendig empfunden, sie entfällt. Die Unterrichtsbegleitung muss sich also ein neues Tätigkeitsfeld suchen und findet dieses zum Glück auch. Als der Junge nun wieder zur Schule gehen will, scheitert es genau daran: dass eben so schnell kein Ersatz zu finden ist. Der Junge muss also zu Hause bleiben, bis wieder jemand gefunden wird, der ihn unterstützt. Trotz aller Bemühungen dauert dies erhebliche Zeit. Erst nach großem medialen Interesse gibt es erste Interessenten. Viele springen jedoch ab, als das Thema Bezahlung angesprochen wird.

Sicher macht der allgemeine Fachkräftemangel die Gewinnung solcher Personen nicht unbedingt einfacher. Ein großer Hemmschuh ist hier die höchst unterschiedliche Bezahlung dieser Menschen. Einheitliche Qualitätsmaßstäbe und damit ein Anforderungsprofil gibt es nicht flächendeckend. Qualifizierungsmaßnahmen sollten hier auch angedacht werden.

Viele unterschiedliche Menschen und Berufsgruppen im Unterricht zusammenzubringen, erfordert übrigens einen hohen Einsatz an zeitlichen Ressourcen aufseiten der beteiligten Lehrkräfte. Es muss z. B. geklärt werden, wer wann welche unterstützende Tätigkeit versieht und was generell in welcher Phase des Unterrichts möglich ist.

These 9: Multiprofessionelle Teams brauchen je nach Tätigkeit einheitliche qualitative Maßstäbe und eine entsprechende Bezahlung. Lehrkräfte brauchen zur Koordinierung zeitliche Ressourcen.

99 Thesen sind es nun nicht geworden. Ich hoffe aber, dass Sie aus meinen Ausführungen Impulse für Ihre Tätigkeit erhalten haben, und freue mich, später dann auf Ihre Rückfragen einzugehen und diese zu beantworten.

Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Herr Lederle. Sie haben die Zeit hervorragend eingehalten. – Als Nächste hören wir jetzt Frau Stein. Sie ist Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW, Baden-Württemberg. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [*Anlage 3*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

**Sv. Frau Stein:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Enquete-kommission, sehr geehrte andere Anwesende! Ich danke sehr für die Gelegenheit, im Namen der GEW Baden-Württemberg Stellung zur krisenfesten Gesellschaft beziehen zu können.

Sie haben von Herrn Lederle schon einiges aus der Praxis gehört. Ich möchte trotzdem auch noch einmal verschiedene Blicke werfen. Sie werden merken: An vielen Stellen sind wir ähnlicher Meinung, an manchen Stellen unterschiedlicher.

Bildungseinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gehören zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen. Zu diesen Einrichtungen zählen u. a. Institutionen der frühkindlichen Bildung, also Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Frauen- und Kinderschutzhäuser, stationäre und ambulante Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe genauso wie Hochschulen, Universitäten und die Bereiche der Weiterbildung. In der Coronapandemie wurden diese Bildungseinrichtungen mehrfach für Zeiträume von drei bis fünf Monaten geschlossen und der Betrieb, soweit es möglich war, ins Digitale verlagert, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nur sehr eingeschränkt geöffnet. Beispielsweise gab es in den Pfingstferien 2021 keine Möglichkeiten, Kinder- und Jugendfreizeiten durchzuführen, während Gastronomiebetriebe, Hotels und Kultureinrichtungen unter Auflagen wieder geöffnet waren.

Ausgehend vom Thema Fernunterricht möchte ich Folgen und Handlungsfelder anhand von vier Bereichen aus der Anfrage umreißen.

Kinder und Jugendliche haben kaum Einfluss auf die Rahmenbedingungen ihres Lebens, weil ihre Bedürfnisse wenig in Entscheidungsgremien artikuliert werden. Sie wurden daher in der Pandemie – das haben wir heute Vormittag auch schon gehört – systematisch benachteiligt. Obwohl Covid-19 für Jüngere schon frühzeitig als weitaus weniger gefährlich eingeschätzt wurde als für Ältere, wurden Bildungseinrichtungen zuerst geschlossen. Zudem wurden in Schulen und Kindertagesstätten länger als in Einrichtungen des öffentlichen Lebens einschränkende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz durchgeführt, während in kulturellen Räumen oder Gastronomiebetrieben für Erwachsene bereits ein relativ uneingeschränktes Leben möglich war. Dadurch entstanden fatale Bilder, die sich zum Teil auch bei Jugendlichen festgesetzt haben. In Schulen herrschte noch ein eingeschränkter Zustand mit Masken- und Testpflicht, während Kneipen und Kultureinrichtungen ohne Maskenpflicht geöffnet hatten und Erwachsene sich ihrem Freizeitvergnügen hingeben konnten.

Kinder und Jugendliche brauchen in Krisenlagen ein weitgehendes Gefühl von Normalität und Stabilität. Eine Krise bedeutet: Wegbrechen etablierter Strukturen. Dies betrifft beispielsweise Menschen mit Familie oder in sozial bzw. psychisch herausfordernden Lagen unverhältnismäßig und bedroht langfristig Bildungsbiografien.

Kinder und Jugendliche befinden sich in der Entwicklung persönlicher und kognitiver Fähigkeiten und in der Phase der Aneignung von formellen und informellen Kompetenzen, die sie erst auf das eigenständige Leben vorbereiten sollen. Wird dieser Pfad durch Krisen gestört, sinkt die Aussicht auf einen guten Start ins Leben nach der Schule und auf ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben als Erwachsener.

Die Lehren aus den vergangenen Jahren sind eindeutig:

Erstens: Der Betrieb von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen muss in Krisen jeder Art prioritär sichergestellt werden. Damit meine ich auch existenzielle gesellschaftliche Bedrohungen wie den Klimawandel, der heute mit Hitzewellen und Unwettern bereits Einfluss auf das Schulleben hat. So erfordert z. B. die Klimakatastrophe bauliche Maßnahmen für die Wetterbeständigkeit und Temperaturregelungen für Räumlichkeiten, aber auch Beschattungen und Regen- bzw. Windschutz für Außenbereiche. Prioritär gilt dies für Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Zweitens: Die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen muss viel besser aufgestellt sein. Das Bildungssystem ist vielfach ein System am Anschlag. Bildungseinrichtungen im Land sind demnach alles andere als krisensicher. Sie schaffen es bereits im Normalbetrieb zunehmend nicht mehr, ihre grundlegenden Funktionen im Bereich Daseinsvorsorge zu erfüllen. Gleichzeitig funktionieren in Krisenzeiten Konzepte wie z. B. der Wechselunterricht nur, wenn die grundsätzliche Infrastruktur nutzbar ist. Hier muss mutig, zeitnah und durchdacht in die Zukunft investiert werden, um die Resilienz des Gemeinwesens zu stärken.

Daraus ergeben sich vielfältige Handlungsfelder. Auf infrastruktureller Ebene müssen die Bildungseinrichtungen nach neuesten Erkenntnissen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ausgestattet werden und krisensichere Versorgungskreisläufe, beispielsweise durch Stromaggregate oder Solarpanels, eingerichtet werden. Die Covid-19-Pandemie hat aufgezeigt, dass die Grundausstattung an Schulen bereits vor der Pandemie vernachlässigt wurde. Unter Krisenbedingungen wird dieser Sanierungsstau zu einem Risiko und muss grundsätzlich behoben werden. Ich betone hier noch einmal die notwendige Ausstattung für die Folgen der Klimakatastrophe.

Gleichzeitig ist der Fachkräftemangel im Bildungsbereich bereits Realität. Eine 2022 im Auftrag der GEW erstellte Lehrkräftebedarfsprognose zeigt, dass 2035 mindestens 16 000 Lehrkräfte – ich spreche von Vollzeitstellen – fehlen werden, um den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Klaus Klemm hat diese Studie gemacht. Besonders betroffen sind Grundschulen und sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren mit einem erheblichen strukturellen Unterrichtsdefizit sowie einem enorm hohen Anteil an nicht oder nicht voll qualifizierten Lehrkräften. Für die Lehrkräfte im System bedeutet Unterrichten unter Pandemiebedingungen eine große Zusatzbelastung, die besonders Frauen, die auch noch andere Belastungen haben, zum größten Teil unverhältnismäßig traf. Daher muss der Fachkräftemangel schnell behoben werden, und es sind kurz- und langfristig die personellen Ressourcen in den Bildungseinrichtungen zu erhöhen.

Zur personellen Entlastung sind zudem unterstützende Stellen im Sinne echter multi-professioneller Teams auszubauen. Die Schulen, Schulleitungen und Lehrkräfte können durch einen schnellen Ausbau der Schulsekretariate sowie durch die Einrichtung von Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten für alle Schulen organisatorisch entlastet und arbeitsfähig gehalten werden.

Ebenso muss eine Vertretung bei Ausfällen oder eine kurzfristige Erhöhung des Personals in Krisenzeiten ermöglicht werden. Ein Handlungsfeld ist der kurz- und langfristige Ausbau einer Vertretungsreserve für schulische Lehrkräfte. Bereits vor der Covid-19-Pandemie gab es an den 4 500 Schulen im Land etwa 6 000 bis 7 000 Lehrkräfte, die dauerhaft – vor allem wegen Mutterschutz und Elternzeit – fehlten. Entsprechend muss die ständige Vertretungsreserve umfassend ausgebaut werden.

Für Planungen, wie in Ressourcen eines Bildungssystems zu investieren ist und wie dem Lehrkräftemangel begegnet werden kann, weise ich auf den bundesweiten 15-Punkte-Plan der GEW hin, den ich Ihnen gern zur Verfügung stelle, wenn jemand von Ihnen ihn gern haben möchte.

Seit 2018 liegen dem Kultusministerium vonseiten der GEW weitere Vorschläge für die Lehrkräftegewinnung vor. Vor allem müssen die Studienkapazitäten erhöht werden. Außerdem müssen die Programme zum Quereinstieg systematischer, flexibler und qualitativ hochwertiger gestaltet werden.

Da das Thema insgesamt über die Zielstellung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ hinausreicht und dringender Handlungsbedarf besteht, schlägt die GEW eine Enquetekommission zum Thema „Fachkräftemangel in der Bildung“ vor. Diese soll ausdrücklich auch die frühe Bildung einbeziehen, der ich heute weniger Aufmerksamkeit widme, weil der Schwerpunkt der Fragen auf der Schule lag.

Welche Folgen hatte der Fernunterricht für die Kinder und Jugendlichen? Schulen sind für Kinder und Jugendliche Lernorte und gleichzeitig der soziale Raum, in dem sie mit Freundinnen und Freunden sowie Bezugspersonen einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Mit dem Fernunterricht fiel somit nicht nur ein Lernort, sondern auch ein zentraler Lebensort der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung weg. Mittlerweile liegen verschiedene Studien vor, welche die Entwicklung von Schülerinnen und Schülern, die Fern- und digitalen Unterricht während der Lockdowns erlebt haben, evaluieren. Die Folgen für Kinder und Jugendliche sind vielfältig und je nach Alter, Schulform oder Lebensbedingungen sehr unterschiedlich. Auch dazu haben wir heute Morgen schon einiges gehört.

Ebenso können wir bisher erst kurzfristige Folgen beobachten. Wichtig ist, die Kinder und Jugendlichen auch in den nächsten Jahren in ihren Bildungsbiografien zu begleiten und Ergebnisse intensiv aufzuarbeiten. Grundsätzlich weisen die Ergebnisse da-

rauf hin, dass es durch den Fernunterricht Lerndefizite gibt, die noch immer nachwirken. Beispielsweise zeigen Auswertungen zur Lesekompetenz von Viertklässlerinnen und Viertklässlern Lernrückstände von bis zu einem halben Jahr.

Baden-Württemberg erzielte im IQB-Bildungstrend 2021 für die vierten Klassen oder bei VERA 3 im Jahr 2022 schlechte Ergebnisse und liegt zum Teil erheblich hinter anderen Bundesländern zurück. Mit anderen Worten: Es fehlen Grundkompetenzen.

Die Pandemiemaßnahmen und speziell der Fernunterricht waren zudem eine erhebliche psychische Belastung. Laut Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung entwickelte einer von sechs Jugendlichen während des Lockdowns depressive Symptomaten. Analysen wie die Copsy-Studie mit Befragungen bis Herbst 2022 belegen trotz Besserungen eine weiterhin erhöhte psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen nach der Pandemie. Diese Belastungen zeigen sich sehr unterschiedlich: von psychosomatischen Beschwerden und Ängsten bis hin zu Verhaltensauffälligkeiten.

Die Kinder und Jugendlichen sind jedoch alles andere als eine verlorene Generation. Wichtig ist, dass wir sie auf ihren Wegen in die Zukunft bestmöglich unterstützen und besonders die in der Coronazeit erworbenen Fähigkeiten würdigen und stärken. Das bedeutet konkret: Die Förderprogramme „Lernen mit Rückenwind“ als Teil des bundesweiten Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ müssen evaluiert, begleitet sowie langfristig und nachhaltig fortgeführt werden. In der Analyse der Zeitschrift „Deutsche Schule“ werden als vier Gelingensbedingungen solcher Programme genannt:

Erstens: bedarfsorientierte Förderung gerade der benachteiligten Schülerinnen und Schüler. Hier hilft nachweislich eine sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung, die ich im nächsten Punkt noch benennen werde.

Zweitens: Personal. Diesen Punkt habe ich unter dem Stichwort Lehrkräftemangel bereits benannt.

Drittens: zeitnahe Umsetzung. Deswegen sind wir heute hier.

Viertens: Schulstrukturen zur Behebung von Lernrückständen wie beispielsweise ein Ganztagsangebot, auch als mittel- und langfristige Aufgabe.

Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wie Schulen und Kitas müssen multiprofessionell aufgestellt sein. Nötig sind beispielsweise mehr pädagogisch qualifizierte Fachkräfte für die ganztätige Bildung sowie die flächendeckende Kitasozialarbeit oder Gesundheitskräfte. Insgesamt sind mehr Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, aber auch Beratungslehrkräfte notwendig, um für Lernende überall die Kontaktaufnahme problemlos zu ermöglichen.

In Baden-Württemberg wurde der Ausbau von Schulpsychologinnen- und Schulpsychologenstellen seit mehr als einem Jahrzehnt verschlafen. An den meisten Schulen kommen die Angebote nicht an. Zudem waren im Sommer 2022 von den 218 Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen nur zwei Drittel besetzt. Wir fordern in einem ersten Schritt 100 weitere Stellen. Außerdem sind etliche Kolleginnen und Kollegen befristet eingestellt. Auf befristeten Stellen ist die intensive und langjährige Beziehungsarbeit nicht möglich, die nicht nur in der aktuellen Krisennachbereitung grundlegend ist.

Wie wirkt sich der Fernunterricht besonders auf benachteiligte Kinder und Jugendliche aus? Die Covid-19-Pandemie hat noch deutlicher gemacht, was schon lange so ist: In unserem Land herrscht Chancenungleichheit. Dies hat viele Facetten. Während beispielsweise – davon haben wir heute Morgen schon ein bisschen was gehört, aber ich möchte es trotzdem noch einmal deutlich benennen – manche Schülerinnen und Schüler den Fernunterricht mit eigenem Drucker, eigenem PC und stabilem Internet im eigenen Zimmer erlebten, lernten andere ohne stabiles Internet und eigenes Endgerät in beengten Wohnverhältnissen.

Ich erinnere an dieser Stelle gern daran: Ich war im ersten Halbjahr noch aktive Lehrerin und hatte mehrere Schülerinnen und Schüler, die in Flüchtlingswohnheimen gewohnt haben, sodass ich den digitalen Fernunterricht danach gelegt habe, wann sie sich von jemandem aus der Familie ein Handy ausleihen konnten, um ins Internet zu gehen. Und das WLAN ist dann zwischendrin abgebrochen. Das heißt, das ist einfach eine ganz andere Lebenssituation, als sie viele andere Kinder und Jugendliche erleben, die vielleicht auch mehr in den Köpfen sind.

Ebenso bot die häusliche Situation für manche einen geschützten Lernort – für andere allerdings leider nicht. Die Bildungsnähe, die Muttersprache, die zeitliche Verfügbarkeit oder der finanzielle Hintergrund der Eltern waren wiederum relevant bei der Lernunterstützung. Ebenso nahmen an Programmen wie „Lernbrücken“ unserer Einschätzung nach eher Personen aus bildungsinteressierten Elternhäusern teil als die Schülerinnen und Schüler mit den höchsten Bedarfen.

Ablesbar ist dieser Unterschied auch an den Schularten. Beispielsweise gibt es Hinweise darauf, dass Schülerinnen und Schüler der nicht gymnasialen Schulformen und Grundschulen stärkere Lernrückstände aufweisen. Kinder und Jugendliche aus sozial herausfordernden Lagen waren und sind deshalb stärker von Lernrückständen und von psychischer Belastung betroffen.

Krisenfestigkeit bedeutet, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen. Allgemeines Handlungsfeld ist es u. a., die Infrastruktur und die Ressourcen zu verbessern. Nur so können in einer akuten Krisensituation beispielsweise Notbetreuungs- und Lernangebote für Kinder und Jugendliche, die zu Hause keine guten Lernbedingungen haben, für die ihr Zuhause keine rundum förderliche Umgebung ist oder für die es sozial-emotional notwendig ist, angeboten werden. Genauso muss beispielsweise

die langfristige Umsetzung von Förderprogrammen durch die personelle Ausstattung an pädagogischen genauso wie an Verwaltungskräften ermöglicht werden.

Um die bestehende Chancenungleichheit im Bildungssystem zu verringern und Kinder und Jugendliche aus ärmeren, benachteiligten und belasteten Familien gezielt unterstützen zu können, muss die sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung in Schulen und Kindertagesstätten umgesetzt werden. In Schulen werden für die zusätzlichen Ressourcen, die den nachweisbar benachteiligten Kindern und Jugendlichen zugutekommen würden, mindestens 1 900 Stellen benötigt. Das ergibt sich ebenfalls aus der Klemm-Studie aus dem Jahr 2022, wobei Klemm nur die Kinder aus Bedarfsgemeinschaften eingerechnet hat.

Damit komme ich zur bedarfsgerechten Förderung. Die Auswertungen der Förderprogramme während der Pandemie zeigen, dass die Länder mit einem schulscharfen Sozialindex wie z. B. Hamburg konkretere Schlussfolgerungen für die bedarfsgerechte Planung von Förderprogrammen ermöglichen. Auch das Startchancen-Programm, über das der Bund sozial benachteiligte Schulen in Zukunft stärker fördern will, benötigt eine klare Datengrundlage für die Zuweisung der Mittel nach fairen und nachvollziehbaren Kriterien.

Krisensituationen betreffen zudem Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf unverhältnismäßig stark. Zur Umsetzung der Inklusion entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention sind weitere Ressourcen ins System Schule einzubringen. Nach Klaus Klemm und seiner Studie vom letzten Herbst müssen damit an den inklusiv arbeitenden allgemeinen Schulen bis 2035 etwa 6 500 Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen geschaffen werden, wenn etwa ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf inklusiv beschult wird.

An den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und bei der sonderpädagogischen Unterstützung der inklusiven Bildungsangebote herrscht ein Fachkräftemangel, den man nur als skandalös bezeichnen kann. Kinder und Jugendliche mit Behinderung können ihr Bildungsrecht nicht mehr angemessen wahrnehmen. Überfällig sind attraktive Programme, z. B. ein bezahltes Aufbaustudium, um schnell für mehr qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu sorgen. Auch müssen die Stellen so ausgebaut werden, dass das strukturelle Defizit im Haushalt von rund 15 % umgehend abgebaut werden kann.

Wie ist der Stand der Digitalisierung an Schulen? Der Fernunterricht hat allen gezeigt, dass die Digitalisierung im Bildungsbereich seit Jahren verschlafen worden war. Weiteres Zögern wäre ein großer Schaden für die Zukunft unseres Landes. In der Krise wurden durch den Einsatz und die Kreativität vieler engagierter Kolleginnen und Kollegen individuelle Lösungen gefunden. Nun ist es aber die Aufgabe, flächendeckend ein praxisorientiertes und zukunftsfähiges Gesamtsystem zu etablieren. Neben Schulen müssen dabei auch alle anderen Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten oder Einrichtungen der Jugendhilfe mitgedacht werden, und zwar ohne Qualitäts- und

Quantitätsunterschiede bei den Institutionen und jeweils unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse und Voraussetzungen.

Überall gewinnen digitale Prozesse an Bedeutung. Digitalisierung bedeutet dabei Chancen, aber gerade für Kinder und Jugendliche auch Risiken. Die Maßnahmen müssen daher in enger Absprache mit Expertinnen und Experten aus dem Bildungsbereich umgesetzt werden. Von den vielfältigen Handlungsfeldern empfehle ich aktuell drei:

Erstens: Eine GEW-Umfrage zum Thema „Schule und Corona“ aus dem Jahr 2020 zeigt exemplarisch, dass unter Krisenbedingungen die digitalen Kommunikationswege wie E-Mail bei über 80 % der Befragten oder Videokonferenzen bei 43 % der Befragten umfassend genutzt wurden. Ebenso zentral war z. B. die Nutzung der schuleigenen Cloud. Gleichzeitig fehlte die seit 2015 angekündigte zentrale digitale Bildungsplattform inklusive Arbeitsplatz, E-Mail-Adresse und Messengerdienst.

Diese Bildungsplattform scheint nun endlich auf der Zielgerade zu sein. Jedoch fehlen noch Konzept und Zeitplan für die Implementierung an allen Schulen in Baden-Württemberg. Diese sind dringend anzukündigen, damit die Umstellung auch vor Ort bestmöglich vorbereitet werden kann. Ebenso fehlt bisher noch die Möglichkeit zur Anbindung der Erziehungsberechtigten sowie Schülerinnen und Schüler über diese Bildungsplattform. Vor allem diese Kommunikationslücke muss dringend geschlossen werden. Auch das hat die Coronapandemie sehr deutlich gezeigt. Darüber hinaus sollten analoge Krisenpläne für den Fall eines Blackouts erstellt werden, die insbesondere die Erreichbarkeit der Kinder und der Erziehungsberechtigten sicherstellen.

Zweitens: Eine langfristige rechtssichere und datenschutzkonforme Nutzung von Geräten und Systemen muss sichergestellt werden. Herr Lederle hat es schon angesprochen: Dazu brauchen wir ein Supportsystem an den Bildungseinrichtungen. Das bedeutet u. a., dass die Anrechnungsstunden für Netzwerkbetreuerinnen und -betreuer an den allgemeinbildenden Schulen kurzfristig erhöht werden müssen. Mittel- bis langfristig ist externes IT-Fachpersonal einzustellen. Das ist leider nicht kurzfristig möglich.

Auf gesetzlicher Ebene sind in allen Bildungseinrichtungen transparente, praxisgerechte und aufgabenangemessene Regelungen hinsichtlich des Urheberrechts zu schaffen. Dringend muss ein Konzept für den schnelleren Ausbau der Datenanbindung der Schulen und den weiteren Ausbau der Geräte sowie deren – auch das hat Herr Lederle schon angesprochen – absehbare Ersatzbeschaffung erstellt werden, selbstverständlich inklusive der Klärung der Zuständigkeiten und der Finanzierungsfragen.

Drittens: Neben diesen technischen Aspekten sollten die pädagogischen und psychosozialen Folgen der Digitalisierung beachtet und kontinuierlich evaluiert werden. Das Land steht in der Verantwortung, zu aktuellen Themen wie ChatGPT zeitnah klare Handlungsempfehlungen zu geben und Fortbildungen anzubieten. Verbote und Ver-

zögerungen sind aus Sicht der GEW kontraproduktiv. Kinder und Jugendliche brauchen eine Perspektive, um in einer von der Kultur der Digitalität geprägten Welt zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erzogen zu werden.

Verbesserungspotenzial bei Kommunikationsstrukturen: Die Coronapandemie war ein Stresstest für den Bildungsbereich und hat zahlreiches Verbesserungspotenzial in der Kommunikation offengelegt. In der Krisenbekämpfung ist flexibles Handeln nötig. Dafür müssen Kommunikationswege, Kommunikationsstrukturen und Vorgaben transparent gestaltet und systematisiert werden. Auf institutioneller Ebene möchte ich Folgendes benennen:

Erstens: Zuständigkeiten auf Länder- und Bundesebene. Beispielsweise ist die finanzielle Beteiligung der Länder am Startchancen-Programm bisher nicht geklärt. Diese Projekte sollten jetzt ernsthaft und schnell angepackt werden. Ansonsten werden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche noch weiter abgehängt. Wir erwarten von der Landesregierung, hier bei Investitionen klare Prioritäten zu setzen.

Zweitens: Zuständigkeit von Land und Kommunen. Der fortwährende Streit zwischen Land und Kommunen über die Finanzierung und die Wartung von digitalen Endgeräten für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler braucht endlich eine Lösung. Im Koalitionsvertrag ist unter dem Stichwort „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert“ von einer gerechten Lastenverteilung die Rede. Beide Parteien müssen sich hier dringend aufeinander zubewegen. Für die Praxis heißt das: An Schulen erhalten alle Lehrkräfte digitale Endgeräte, und digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler sind in den Katalog der Lehr- und Lernmittelfreiheit aufzunehmen. Ziel ist es, dass alle gleichermaßen Zugriff auf digitale Endgeräte haben. Das ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, die gerade für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche von großer Relevanz ist.

Drittens: Zuständigkeit von Trägerschaften. Insbesondere bei Bildungseinrichtungen mit gesplitteter Trägerschaft bedarf es einer Vernetzung mit klarer Rollenklärung. Beispielsweise wurde in der Covid-19-Pandemie eine Ausstattung der Räumlichkeiten, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten müssen, mit Luftreinigern, wie übrigens im Jahr 2017 vom Umweltbundesamt wegen der schlechten Luftqualität gefordert worden war, nicht flächendeckend umgesetzt und war den Schul- bzw. Kitaträgern überlassen. Das Land hatte ein Förderprogramm aufgelegt, aber keine Anforderungen an Schul- oder Kitaträger formuliert, was zu sehr unterschiedlichen Ausstattungen und damit zu unterschiedlicher Sicherheit und Gesundheitsschutz bzw. Gesundheitsprävention führte.

Das Thema Gesundheitsschutz hat gezeigt, welche Probleme bei der Umsetzung landesweit einheitlicher Vorgaben und Konzepte auftreten. Zur Entlastung insbesondere der Leitungs- und Verwaltungskräfte an Schulen sind klare, einheitliche Schutzmaßnahmen und transparente Regelungen der Ministerien in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden und freien Trägern nötig. Ebenso müssen Schülerinnen und

Schüler sowie Erziehungsberechtigte in diese Kommunikationswege eingebunden werden.

Wir machen uns stark für ein Gremium zur Krisenkommunikation, bestehend aus relevanten Akteurinnen und Akteuren der betroffenen Bereiche – dies unbedingt unter Einbeziehung der Elternschaft sowie der Schülerinnen und Schüler.

Die GEW begrüßt den Einsatz, das Gemeinwesen und insbesondere das Bildungswesen krisenfest zu machen. Ich habe Ihnen skizziert, dass das bei Bildungs- und Betreuungseinrichtungen oft bedeutet, ein System am Limit von Grund auf zu stärken. Der Wandel in der Gesellschaft und die sich verändernden Grundlagen, die Kinder und Jugendliche aus dem familiären und gesellschaftlichen Umfeld mit in die Bildungseinrichtungen bringen, machen es nötig, dass vieles im Bildungssystem prinzipiell neu gedacht werden muss. Zentrale Handlungsbereiche sind im Resümee:

Erstens: Priorisierung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auch in den nächsten Krisen.

Zweitens: Sicherung der Institutionen durch die Sicherstellung infrastruktureller und vor allem personeller Ressourcen im Normal- und im Krisenfall.

Drittens: Sicherung systemrelevanter Bildungsarbeit durch transparente, systematisierte und zeitnahe Umsetzung über Zuständigkeiten hinweg.

Viertens: Unterstützung der Kinder und Jugendlichen u. a. durch den langfristigen und leicht zugänglichen Ausbau von Unterstützungsstrukturen sowie Maßnahmen zum Abbau der Bildungsungerechtigkeit.

Die Komplexität und Relevanz des Themas braucht eine Verstetigung, eine Fortschreibung und laufende Aktualisierung der Empfehlungen. Die GEW fordert eine systematische Erarbeitung von Handlungsfeldern mit Bildungsbezug unter langfristiger Beteiligung von Expertinnen und Experten, von Vertretungen der Fachkräfte und von Interessenverbänden und steht selbstverständlich als Ansprechpartnerin mit ihrer Expertise gern zur Verfügung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Frau Stein. – Wir kommen dann zu der Stellungnahme von Herrn Berat Gürbüz. Er ist Vorsitzender des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg. Sie haben auch 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [Anlage 4] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

**Sv. Herr Gürbüz:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Frau Dr. Pfau-Weller, verehrte Mitglieder der Enquetekommission, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Es ist mir eine große Ehre, Ihnen heute Nachmittag die Perspektive der Schülerinnen und Schüler sowie der Jugendlichen zu der Frage nach einer krisenfesten Gesellschaft aufzuzeigen. Was braucht es aus unserer Sicht dazu?

An dieser Stelle möchte ich zunächst der Enquetekommission danken, dass Sie sich engagieren, um die Resilienz des Gemeinwesens in Baden-Württemberg zu stärken. Die Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung ist wichtig, um sicherzustellen, dass niemand in einer Krise zurückgelassen wird und dass alle Menschen Zugang zu Schutzmaßnahmen, Informationen und Unterstützung haben. Dies schließt Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, sozialen Hintergrunds, kultureller Herkunft, körperlicher oder geistiger Fähigkeiten ein. Dazu tragen Sie, die Enquetekommission, maßgeblich bei.

Wie fühlen sich Jugendliche eigentlich wahrgenommen? Unsichtbar in der Krise. Jugendliche haben keine Lobby; Jugendliche haben keine Chance, in Krisen angehört zu werden, und durch ihren prozentualen Anteil an der Bevölkerung haben sie wenig Möglichkeiten, Wahlergebnisse zu beeinflussen. Und doch leiden sie meistens unter den Entscheidungen und sind davon stark betroffen.

Ich habe Ihnen diese Beispiele nicht mitgebracht, um einfach nur plakative Worthülsen in den Raum zu werfen, zumal diese nicht gerade positiv sind. Vielmehr ist es das Ergebnis der Frage: Wie sehen junge Menschen ihre Situation in der Politik und besonders in der Krise? Diese drei Antworten wurden am häufigsten in unserem Gremium genannt:

Nicht vorhandene Lobby: Zwar gibt es Jugendorganisationen, Jugendverbände oder gar Jugendparlamente. Diese sind jedoch oft unsichtbar oder nur lokal vor Ort aktiv. Außerdem besitzen diese weder die Ressourcen – sprich: Personal, Zeit, Geld – noch Strukturen, um die Jugendlichen tatsächlich zu vertreten oder gar zu repräsentieren. Daher ist es nicht verwunderlich, dass diese Lücke dazu führt, dass wir in der Krise weiterhin unsichtbar sind.

Der erste Punkt steht auch unmittelbar mit der zweiten Aussage in Verbindung: Jugendliche haben keine Chance, in Krisen angehört zu werden. Dass eine Krise – egal, in welcher Form und Weise auch immer – jeden verunsichert und eine Notsituation darstellt, ist jungen Menschen bewusst. Gerade auch für Politiker stellt es eine Mammutaufgabe dar, sich mit der neuen Situation vertraut zu machen. Dies ist Jugendlichen bewusst. Doch die Krisen, die wir bisher erlebt hatten, dauerten meistens länger an. Und wenn während des gesamten Zeitraums in einer Krise nur über junge Menschen statt mit jungen Menschen gesprochen wird, entwickelt sich eben jenes Gefühl,

dass man keine Chance hat, gehört zu werden. Lediglich über die Presse hat man manchmal das Gefühl, gehört zu werden, wenn man liest oder sieht, dass eine junge Person in Artikeln auftaucht und eine Perspektive aufzeigt, die leider zu oft vergessen wird. Das ist letztlich der Klassiker. Der Anteil der Jugendlichen in unserer Gesellschaft ist nicht in der Form ausschlaggebend, dass dort viel bewirkt werden kann, obwohl die Absenkung des Wahlalters schon viel dazu beigetragen hat, jungen Menschen eine Stimme zu geben. Vielen Dank für Ihren Einsatz in dieser Angelegenheit!

Wie können wir die Unsichtbarkeit der Jugend überwinden, um resilienter zu werden?

Erstes Thema: Bildung und Aufklärung. Bildung ist unser höchstes Gut. In der Schule legen wir den Grundstein für unser weiteres Leben. Schule ist ein Ort, an dem viel passiert.

Unser erster Vorschlag, um die Resilienz zu stärken, wäre daher die Stärkung der politischen Bildung in der Schule, beispielsweise durch eine Ausweitung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Das Ausweiten gesellschaftswissenschaftlicher Fächer kann mehrere Vorteile haben, um die Bevölkerung resilienter zu machen und das Gemeinwesen zu stärken: Vorteile wären vor allem erstens das Verständnis für komplexe soziale Zusammenhänge. Gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie und Anthropologie ermöglichen es den Menschen, ein tieferes Verständnis für die komplexen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge in der Gesellschaft zu entwickeln. Dieses Verständnis ist entscheidend, um die Herausforderungen und Probleme, mit denen eine Gesellschaft konfrontiert ist, zu erkennen und effektive Lösungen zu finden.

Zweitens: Förderung von sozialen Kompetenzen und Empathie. Gesellschaftswissenschaftliche Fächer befassen sich mit den menschlichen Verhaltensweisen, sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Strukturen. Durch die Schulfächer oder das Studium dieser Fächer können Menschen ihre sozialen Kompetenzen weiterentwickeln und Empathie für andere Menschen und Gemeinschaften aufbauen. Dies fördert ein Gefühl der Solidarität, den Zusammenhalt und die Unterstützung der Gesellschaft.

Drittens: Förderung von Bürgerbeteiligung und demokratischen Engagements. Durch gesellschaftswissenschaftliche Fächer werden junge Menschen über demokratische Prozesse besser aufgeklärt und über demokratische Prinzipien sowie ihre Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger besser informiert. Dies fördert eine aktive Beteiligung am politischen Leben und stärkt die demokratische Kultur. Sie können lernen, sich für ihre Interessen einzusetzen, sich in Debatten einzubringen und positive Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen. Indem gesellschaftswissenschaftliche Fächer ausgeweitet werden, können Bildungssysteme dazu beitragen, eine Bevölkerung heranzubilden, die besser darauf vorbereitet ist, soziale Herausforderungen anzugehen, Krisen zu bewältigen und das Gemeinwesen zu stärken. Es unterstützt die Entwicklung von aktiven, kritischen und engagierten Bürgern, die zu einer positiven Veränderung in unserer Gesellschaft beitragen können.

Ein weiterer Schritt wäre, die Bildungspläne nicht mehr breit gefächert, sondern inhaltlich tiefer zu gestalten. Gerade die ausführlichere und fachspezifische Auseinandersetzung mit einem Thema macht dies für junge Menschen verständlicher. Es werden Zusammenhänge gesehen, die sonst nicht entstanden wären, wenn man Themen nur bis zur Oberfläche und nicht darunter behandelt.

Ein weiterer Punkt: mehr Lebensrealität und Raum für aktuelle Themen. Was meine ich damit? Nicht etwa, dass wir plötzlich nur mehr Alltagsunterricht fordern, nein, vielmehr können Schülerinnen und Schüler bei praxisbezogenen Lernangeboten wie Exkursionen, Projektarbeiten oder Praktika direkte Erfahrungen machen und ihre Lerninhalte mit der Lebensrealität verknüpfen. Beispielsweise können sie lokale Unternehmen besuchen, Einblicke in die Arbeitswelt gewinnen und soziale Projekte initiieren, um soziale Probleme in der Gemeinschaft anzugehen. Dies fördert die Anwendung von Wissen in realen Situationen und stärkt die Verbindung zwischen Schule und Gemeinwesen.

Es sollte Zeit zur Verfügung stehen, um beispielsweise über aktuelle Geschehnisse, über die Wahlergebnisse einer Kommune oder über die Nachrichten in den Medien zu sprechen, um auf dem neuesten Stand zu sein. Die Bildungspläne sehen für einige Fächer vereinzelt die Möglichkeit vor, einen solchen Raum zu öffnen. In der Praxis vor Ort sieht dies allerdings meistens anders aus. Es gelingt uns nicht, ausreichend Zeit dafür zur Verfügung zu stellen, da man meistens mit sehr vielen Themen hintendran ist und es jederzeit Zeitdruck gibt, den Lehrplan bis zum Abitur oder bis zum Abschluss abzuarbeiten.

Dies gilt vor allem für die vorangegangenen Punkte. In der Schule haben wir nicht die Zeit, viel mehr zu tun als das, was der Lehrplan vorgibt. Indem wir mehr Lebensrealität und zeitlichen Raum in die Schule integrieren, können Schülerinnen und Schüler engagierter, motivierter und besser vorbereitet werden, um aktiv am Gemeinwesen teilzunehmen und es mitzugestalten. Dies stärkt die Resilienz des Gemeinwesens, da es auf die Fähigkeiten, das Wissen und das Engagement junger Generationen zurückgreifen kann.

Zweitens könnte Bildung und Aufklärung über verbindliche Lebenslertage erfolgen. Sie erinnern sich sicherlich an die Tage in der Schule, an denen die Polizei Drogenprävention mit Klassen durchgeführt hat. An diesem Tag haben Sie viel mitnehmen können – zumindest ging es mir so. Alle Fragen meinerseits wurden von den Personen beantwortet. Solche Tage sollten erweitert und verbindlicher gemacht werden.

Die mentale Gesundheit ist für viele Jugendliche ein wichtiges Thema, ebenso wie Stressbewältigungsmaßnahmen und das Wohlbefinden in einer sich immer weiter entwickelnden Welt mit multiplen Krisen – verständlich. Daher der Vorschlag, einen verbindlichen Tag zur mentalen Gesundheit in Schulen zu implementieren, der vor allem Gesundheitstrainings und Stressbewältigungsmöglichkeiten beinhalten sollte.

Darüber hinaus dürfen wir nach Corona unsere digitalen Kompetenzen nicht wieder verlieren, sondern müssen diese aktiv weiter ausbauen. Dazu kann ein digitaler Tag oder eine ganze Woche pro Jahr im Homeschooling dazu beitragen, erlernte Kompetenzen nicht zu vergessen, sondern in der Zukunft auch dafür gewappnet zu sein.

Wir schlagen vor, verbindliche Lebenslertage in einem rotierenden Zyklus durchzuführen, sodass beispielsweise ein Schüler, der mit Beginn der fünften Klasse in der Realschule gestartet ist und die Schule am Ende der zehnten Klasse voraussichtlich verlässt, zehn verschiedene Lebenslertage oder im besten Fall sogar mehr absolviert hat.

Ein dritter und abschließender Faktor im Bereich „Bildung und Aufklärung“ ist die Bereitstellung eines Beteiligungsportals für Jugendliche. Wie Sie wissen, gibt es bereits das Beteiligungsportal Baden-Württemberg. Dies ist jedoch leider viel zu unbekannt und nicht ausreichend für junge Menschen ausgelegt. Auch die Angebote, die vor Ort beispielsweise in den Kommunen bzw. in den Landkreisen vorhanden sind, sind nicht stark ausgebaut bzw. nur wenig vorhanden.

Des Weiteren fehlt es an verständlicher Sprache. Sie kennen es ja vielleicht selbst: Je simpler etwas gehalten wird, umso einfacher ist es für uns, es zu verstehen. Natürlich braucht es viel Aufwand, um eine Sache simpel herüberzubringen, aber genau das brauchen junge Menschen.

Auf dem Beteiligungsportal sollten ebenfalls Inhalte zu Notsituationen zu finden sein, beispielsweise digitale Broschüren und Infolyer zu allen wichtigen Notsituationen, die im alltäglichen Leben auf einen Jugendlichen zukommen könnten.

Zweites Thema: Jugendbeteiligung. Auch im Bereich der Jugendbeteiligung können wir einiges verbessern, um Jugendliche besser zu wappnen und unsere Gesellschaft zu stärken, indem sich junge Menschen für ältere Menschen einsetzen und junge Menschen für andere junge Menschen ihre Stimme erheben.

Ein zentrales Anliegen der Jugendlichen ist die Gründung eines Jugendberatungsgremiums für den Landtag, also eines Landesjugendbeirats. Dieser Beirat sollte aus Vertretern der Jugendlichen aus allen vier Regierungsbezirken zusammengesetzt sein. Er sollte aus mindestens 60 Mitgliedern bestehen, um entsprechend arbeiten zu können, und aus weiteren naheliegenden Gründen.

Die Arbeit dieses Gremiums sollte sich vor allem mit der Formulierung von Stellungnahmen zu Verordnungen, Gesetzen oder mit Empfehlungen an den Landtag beschäftigen. Das Gremium sollte bei Entwürfen von Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und weiteren Initiativen die Möglichkeit bekommen, eine schriftliche Stellungnahme zu formulieren oder an einer Anhörung zu partizipieren. Die Entscheidung obliegt dabei

weiterhin den politischen Organen. Das Gremium soll dem Landtag lediglich beratend zur Verfügung stehen.

Damit gehen die entsprechende Ausstattung und die Ressourcen einher. So sollten beispielsweise eine Geschäftsstelle, Räumlichkeiten, in denen gearbeitet werden kann, sowie finanzielle Mittel für die Anschaffung diverser Notwendigkeiten zur Durchführung der Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollten Referenten zur Verfügung stehen, die das Beratungsgremium bei seiner Arbeit unterstützen.

Die Einrichtung des Jugendberatungsgremiums des Landtags hat die höchste Priorität für die Jugendlichen. Neben allen bereits genannten und noch folgenden Punkten sollte die Einrichtung eines solchen Gremiums auf jeden Fall bevorzugt werden.

Sie werden von mir natürlich hören, dass Ressourcen auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden. Wie meine Vorredner bereits erwähnt haben: Ressourcen sind hier ausschlaggebend, und zwar egal, in welcher Form: zeitlich, finanziell oder personell.

Ein zweiter Punkt, den ich bei der Jugendbeteiligung anbringen möchte, ist die Zurverfügungstellung von Ressourcen und Strukturen für Gremien, beispielsweise durch eine erhöhte finanzielle Förderung von Jugendgemeinderäten. An dieser Stelle kann durchaus auch über eine verbindliche finanzielle Summe gesprochen werden. Jedoch sollte zunächst empfohlen werden, dass solche Gremien mit einer entsprechenden Summe gefördert werden, da sie essenziell zur Krisenbewältigung sowie zur Demokratieförderung vor Ort beitragen können.

Gerade in Zeiten digitaler Vernetzung muss es auch möglich sein, dass Jugendliche untereinander abseits von Social Media miteinander kommunizieren und sich vernetzen können. Das Minimum, das dabei zur Verfügung stehen sollte, sind E-Mail-Postfächer für Mitglieder des Jugendgemeinderats und die Bereitstellung von Postfächern für die SMV in den Schulen vor Ort. Auf diese Weise können sich Jugendliche schnell und direkt miteinander vernetzen und selbst aktiv werden, wenn es zu Notsituationen kommt. Diese Kommunikationsmöglichkeiten sollten auf niedrighschwelliger Ebene zur Verfügung stehen und selbstverständlich von den Kommunen vor Ort auch finanziell getragen werden.

Einen digitalen Arbeitsplatz für junge Menschen zum heutigen Zeitpunkt zu fordern, ist aus unserer Sicht leider zu utopisch, als dass ich dies hier und heute fordern würde. Dennoch möchte ich Ihnen gern mitgeben, wenn wir schon über digitale Arbeitsplätze von Lehrkräften sprechen, in diesem Punkt die jungen Menschen nicht zu vergessen, gerade auch bei der kommunalen Beteiligung.

Drittens: Jugendliche in Krisenstäben: Wenn ein Krisenstab zusammengesetzt wird und Experten herangezogen werden, ist es wichtig, dass auch die eigene Expertenperspektive der Jugend in Entscheidungen einfließt, die gerade junge Menschen explizit betreffen. Allein die Präsenz der Jugend dort oder auch in anderen Arbeitsgruppen wird dazu beitragen, dass die Jugend nicht mehr vergessen wird. Dafür sprechen folgende Gründe: Erstens: Relevanz der Entscheidungen. Krisen haben erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Menschen in einer Stadt. Entscheidungen, die während einer Krise getroffen werden, betreffen das tägliche Leben, die Bildung, die Gesellschaft, die Gesundheit und die Zukunft der Jugendlichen. Daher ist es wichtig, dass sie ein Mitspracherecht haben und dass ihre Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt werden. Zweitens: einzigartige Perspektiven. Jugendliche bringen eine frische und einzigartige Perspektive in die Krisenbewältigung ein. Sie sehen die Welt möglicherweise aus einer anderen Perspektive und haben Ideen sowie Lösungsansätze, die von Erwachsenen möglicherweise übersehen werden. Ihre Erfahrungen und Sichtweisen können zu kreativen Lösungen beitragen und neue Wege aufzeigen, wie eine Krise bewältigt werden kann. Drittens: Zukunftsgestaltung. Jugendliche sind die Zukunft der Gesellschaft und werden diejenigen sein, die langfristig die Auswirkungen einer Krise tragen und mit ihnen umgehen müssen. Indem sie in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, können sie lernen, Verantwortung zu übernehmen und aktiver Gestalter ihrer eigenen Zukunft zu werden. Viertens: Bildung und Empowerment. Die Beteiligung an der Krisenbewältigung bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, aus erster Hand zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Sie können ihre Fähigkeiten in den Bereichen Problemlösung, Zusammenarbeit, Kommunikation und Führung weiterentwickeln. Durch ihre aktive Teilnahme können sie auch ein Gefühl der Selbstwirksamkeit und des Empowerments entwickeln, das ihnen hilft, widerstandsfähiger gegenüber zukünftigen Krisen zu werden.

Außerdem sollten Jugendliche besser über Entscheidungen aufgeklärt werden. Insbesondere die Hintergründe sollten näher erläutert werden, und zwar in verständlicher Sprache, vor allem bei Angelegenheiten, die besonders für junge Menschen interessant sind und die vor allem Jugendliche betreffen. Gerade in Coronazeiten waren viele Entscheidungen für Jugendliche nicht nachvollziehbar, da es an Kontext und an Hintergrundinformationen gefehlt hat.

Fünftens: Viele Jugendliche beteiligen sich in einem Ehrenamt. Dass manche Ehrenämter viel Zeit in Anspruch nehmen, muss ich Ihnen wahrscheinlich nicht erklären. Jedoch darf es nicht dazu kommen, dass Jugendliche ein Ehrenamt aufgeben müssen, weil es ihnen aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist. Es sollte daher entsprechende finanzielle Töpfe für die Jugendlichen geben, um beispielsweise Reisekosten, die im Zusammenhang mit dem Ehrenamt entstehen, zu erstatten.

Beim Ehrenamt spielt vor allem die mediale Unterstützung eine enorme Rolle. Wenn Jugendliche etwas erreicht haben oder sich besonders für etwas einsetzen, unterstützen uns die Medien bei dieser Berichterstattung. Daher ist es ausgesprochen begrüßenswert, dass Jugendliche bei der Berichterstattung berücksichtigt werden. Doch

auch hier ist noch Luft nach oben. Gerade wenn es in Krisensituationen dazu kommt, dass eine Schlagzeile die andere jagt, geht meistens der Fokus auf die Jugendlichen verloren. Daher sollten die Medien auch in Krisensituationen versuchen, vermehrt die Sichtweise von jungen Menschen auf die Themen, die vor allem junge Menschen betreffen, darzustellen.

Um abschließend alles noch einmal zusammenzufassen, habe ich für Sie konkrete Handlungsempfehlungen formuliert, sodass Ihnen diese im Nachgang auch schriftlich vorliegen und Sie damit arbeiten können:

Erstens: Ausbau bzw. Erhöhung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit einer Reform der Bildungspläne.

Zweitens: Konzepte für Alltagsunterricht erstellen oder diese weiter ausbauen. Vor allem sollte projektbasiert mehr Raum und mehr Zeit zur Verfügung stehen.

Drittens: Beteiligungsportale aufstellen oder diese umbauen, um den Zugang zum Ehrenamt zu erleichtern.

In Bezug auf die Jugendbeteiligung habe ich folgende Handlungsempfehlungen formuliert:

Erstens: die Erstellung eines Konzepts für die Aufstellung eines Jugendberatungsgremiums des Landtags. Dies hat, wie gesagt, aus unserer Sicht die höchste Priorität.

Zweitens: den aktuellen Stand der Jugendbeteiligungsgremien erfassen lassen, um Konzepte zur Unterstützung zu erarbeiten.

Drittens: Jugendliche bei Krisen nicht vergessen und sie einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten lassen, beispielsweise in Krisenstäben.

Mit dieser abschließenden Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen möchte ich mich recht herzlich bei Ihnen allen bedanken. Sie haben heute gezeigt, dass Sie die Jugendlichen nicht vergessen haben. Ich hatte 20 Minuten Zeit, um Ihnen die Perspektive der Jugend aufzuzeigen. Meine Bitte an Sie: Belassen Sie es nicht bei 20 Minuten einer Person, sondern geben Sie noch mehr Jugendlichen die Gelegenheit, beispielsweise über den Landesjugendbeirat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Herr Gürbüz. – Wir treten nun in die Fragerunde ein und beginnen mit Herrn Abg. Köhler von der Fraktion GRÜNE.

**Abg. Erwin Köhler** GRÜNE: Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Geehrte Referentin, geehrte Referenten! Ich möchte mit dem letzten Vortrag beginnen. Die Worte der Wertschätzung werden meine Nachrednerinnen und -redner wahrscheinlich auch finden, aber ich fand es wirklich toll, wie Sie, Herr Gürbüz, nicht als „verlorene Generation“, sondern nach vorn schauend Handreichungen und Handlungsempfehlungen für die Landespolitik referiert haben. Das hat mich wirklich sehr gefreut.

Das Thema der Mailadressen wurde adressiert. Wir hatten dazu ja schon Kontakt. Erst brauchen die Lehrer Mailadressen, und dann kommen die Jugendlichen dran. Aber das Kultusministerium hat es auf dem Schirm. Es dauert nur alles leider sehr lange. Wir sind aber dran. Ich verstehe, dass das notwendig ist, um sich zu vernetzen.

Ich möchte explizit bezüglich des Gremiums auf Landesebene nachfragen. Darüber hatten wir in der letzten Anhörung schon gesprochen. Ich möchte noch auf die anderen Ebenen eingehen, und zwar insbesondere auf die kommunale Ebene und auf die Kreisebene sowie auf die Strahlkraft, die ein solches Beteiligungsgremium aus dem schulischen Bereich für das Gemeinwesen hat. Worin bestehen aus Ihrer Sicht die Vorteile bzw. die Notwendigkeit? Wie lässt sich das Ganze außerhalb einer Krise erproben, und wie kann es dann auch während einer Krise funktionieren? Während einer Hitzeperiode wird es in Baden-Württemberg ja auch nicht überall gleich heiß. Das heißt, vor Ort müssen verschiedene Aktive zur Verfügung stehen, um für die Gremien insbesondere auf Kreisebene, die beispielsweise darüber entscheiden, ob Wasser weiterhin entnommen werden darf, ansprechbar zu sein. Übertragen auf die Schule hieße das: Was kann man machen, um die Schule sozusagen noch betretbar, lebenswert und gut zu gestalten?

Herr Lederle und Frau Stein, wie stehen Sie zur Schülerbeteiligung innerhalb der Schule? Welche Erfahrungswerte haben Sie diesbezüglich? Wie würden Sie in Zukunft in der krisenfesten Schule auf Schülerinnen und Schüler zurückgreifen und gleichzeitig, ohne zu stark einzugreifen, sicherstellen, dass es trotzdem repräsentativ ist? Schüler wachsen nach. Mal gibt es mehr, mal weniger Aktive. Wenn eine Zeitlang nur wenige Schülerinnen und Schüler aktiv waren, ist es oftmals leider so, dass irgendwann gar keine mehr aktiv sind. Da bedarf es, glaube ich, beiderseits eines entsprechenden Engagements, um dranzubleiben und den Kopf nicht in den Sand zu stecken.

Frau Stein, an Sie habe ich noch ganz explizit die Frage, welches aus Ihrer Sicht die zwei oder drei prioritären Maßnahmen wären, um dem Fachkräftemangel generell – also nicht nur dem Lehrermangel – zu begegnen.

Vielen Dank.

**Abg. Christiane Staab** CDU: Herr Gürbüz, das, was Sie uns an ganz konkreten Vorschlägen mitgegeben haben, hat mich ausgesprochen beeindruckt.

Ich frage jetzt auch ganz konkret zurück, wie Sie Folgendes als Vertreter des Landesschülerbeirats wahrnehmen: Die Schülermitverwaltung hat in der Regel einen Sitz in der Schulkonferenz. Welche Rückmeldung von den Vertreterinnen und Vertretern in den Schulkonferenzen bekommen Sie, hinsichtlich dessen, wie sie wahrgenommen werden und inwieweit die Wünsche und Anregungen aus der Schülerschaft in den Schulkonferenzen aufgegriffen werden. Ich glaube, dass gerade die Schulkonferenz ein wichtiger Ort ist, um dort über die Schülermitverwaltung die Interessen der Schülerinnen und Schüler einzubringen. Es muss auch darum gehen, den Schulen ein Stück weit den Auftrag zu geben, auch zu befähigen, weiterzuentwickeln und starkzumachen. Was schlägt der Landesschülerbeirat vor, um diejenigen Schülerinnen und Schüler, die in die Schulkonferenzen entsandt werden und dort mitarbeiten, zu stärken? Denn das ist letztlich entscheidend dafür, ob vieles von dem, was Sie uns heute mitgegeben haben, an einer Schule stattfindet oder eben nicht.

Die Idee des lebensweltbezogenen Lernens finde ich super. Viele Schulen machen das auch schon. Allerdings scheint es nach wie vor Schulen zu geben, die das nicht anbieten. Der Landesschülerbeirat ist ja letztlich die Vertretung aller Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg. Können Sie identifizieren, woran es liegt, dass es Schulen gibt, die da ganz viel machen? Wir, die Abgeordneten, werden häufig in Schulen eingeladen, sprechen mit Schülerinnen und Schülern und dürfen bei Veranstaltungen mitmachen. Aber offenbar gibt es eben auch Schulen, an denen keine praktische politische Bildung stattfindet. Welche Rückmeldung aus der Schülerschaft selbst haben Sie, woran es hakt? Wie kann man konkret bei den Schulen bzw. bei den Schulleitungen ansetzen, damit mehr Partizipation vor Ort stattfindet?

Frau Stein, Sie hatten gesagt, dass die Benachteiligungen durch die sozialraumindexierte Zuweisung ausgeglichen werden. Schade, dass Frau Professorin Karst nicht mehr da ist, denn ich meine, sie hatte ausgeführt, dass es bislang keinen wissenschaftlich festgestellten Zusammenhang gebe. Es wäre mir jetzt wichtig, dass sie da ist. Deswegen weiß ich nicht, ob ich diese Frage eventuell zurückstellen muss. Ich hatte es so verstanden, dass Frau Professorin Karst ein Fragezeichen daran gemacht hat, ob es diese Korrelation tatsächlich gibt. – Sie ist gegangen. Gut, dann muss ich diese Frage zurückstellen.

Frau Stein, Herr Lederle, wir haben von Ihnen noch einmal gehört, wie viele Lehrer uns in Zukunft fehlen werden. Wir wissen aber auch, dass es schwer wird, Lehrkräfte zu gewinnen. Deswegen lautet meine direkte Frage an die Praxis: Wie lassen sich viele der Aufgaben, die Sie heute thematisiert haben und die alle wichtig sind, nicht lehrerbasiert abarbeiten? Bestehen aus Ihrer Sicht Möglichkeiten, andere Kräfte für die Schulen zu gewinnen, die dort unterstützen können?

In diesem Zusammenhang ist mir das Thema IT-Hausmeister eingefallen. Ich weiß, dass es viele Städte und Gemeinden gibt, die das tun. Auch hier fällt wiederum das Auseinanderfallen eines Systems auf. Anscheinend gibt es Städte und Gemeinden,

die das machen, und andererseits gibt es offenbar Schulen, die da völlig allein gelassen werden. Welche Empfehlung könnten Sie uns geben, wie wir hier eine Einheitlichkeit für das gesamte Land schaffen können, damit wir von diesen Zufälligkeiten wegkommen, dass es also allein davon abhängt, ob es vor Ort entsprechende Ressourcen gibt bzw. ob es Bürgermeister und Gemeinderäte gibt, denen das wichtig ist? Das Land fällt so oft einfach auseinander. Wie lautet Ihr Vorschlag, um in diesen Bereichen mehr Verbindlichkeit und auch eine Gleichförmigkeit schaffen zu können?

Vielen Dank.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Zuallererst bedanke ich mich für die wirklich guten Inputs. – Jetzt stelle ich eine Frage vorab: Wir sprechen ja immer über Mangel, auch heute wieder. Aber einmal tatsächlich in die weite Zukunft gedacht: Welche prozentuale Lehrkräfteausstattung an Schulen bräuchten wir denn perspektivisch, um die Schulen tatsächlich krisenfest zu machen? Diese Frage richtet sich an alle Referenten.

Herr Lederle, an Sie habe ich eine Frage im Kontext der Digitalisierung. Sind die Mittel, die im Zusammenhang mit dem Digitalpakt zur Verfügung stehen, aus Ihrer Sicht ausreichend? Ich vermute, eher nicht. Was erwarten Sie denn konkret vom neuen Digitalpakt?

Zum Stichwort „Überlastung der Schulleitung“: Welche Unterstützungsleistungen bräuchten Sie denn ganz konkret zur Umsetzung, die eventuell auch über den gerade adressierten „Digitalen Hausmeister“ hinausgehen würden?

Die folgende Frage richtet sich an den Vertreter des VBE. Sind Sie der Meinung, dass die Inklusion an Schulen tatsächlich umgesetzt werden kann?

In Bezug auf die Schulpsychologie diskutieren wir stark mit Blick auf die Schüler. Diesbezüglich lautet meine Frage an Frau Stein, ob die Kapazitäten für die Beratungsleistungen für Lehrkräfte ausreichend sind. Auch hierzu gibt es ja entsprechende Meldungen.

Heute Morgen wurden bereits im Zusammenhang mit den multiprofessionellen Teams und der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung entsprechende Schulversuche angesprochen. Sind diese Schulversuche Ihrer Meinung nach schnell genug, oder sehen Sie diesbezüglich noch Beschleunigungspotenzial?

Die Kollegin Staab hatte eben die Frage aufgeworfen, wie wir das benötigte Personal gewinnen können. Sie selbst hatten von 6 600 Stellen im Bereich Sonderpädagogik – insbesondere mit Blick auf die Inklusion – gesprochen und auch die Möglichkeit eines bezahlten Aufbaustudiums erwähnt. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die aktuellen Freistellungsoptionen von Lehrkräften aus dem Bereich Hauptschule und

Werkrealschule, die sich weiterqualifizieren wollen? Wir hören da immer von sehr hohen Abbruchzahlen. Diesbezüglich interessiert mich Ihre Reflexion.

Kurz noch zum Thema Blackout: Es wurden neue Informationsstrukturen gefordert. Wie sollen die denn konkret aussehen, damit wir beispielsweise nicht tatsächlich freitagabends „Geschenke“ für montagmorgens vorfinden?

Herr Gürbüz, den Komplimenten, die Ihnen gemacht wurden, kann ich mich nur anschließen. – Mich würde auch die Schülersicht interessieren. Wir sprechen in Baden-Württemberg von einer Schulpsychologin, die 7 700 Schülerinnen und Schüler betreut. Der deutsche Schnitt liegt bei 1 : 5 400. Dazu würde mich Ihre Praxisreflexion interessieren, wie es von den Schülerinnen und Schülern beurteilt wird, ob die Kapazitäten ausreichend sind.

Reichen aus Schülersicht die ergriffenen Maßnahmen gegen die coronabedingten Lernrückstände aus? Falls nein: Haben Sie noch Anregungen über das hinaus, was ohnehin passiert?

Sie haben mir als Gemeinschaftskundelehrer wirklich aus dem Herzen gesprochen, als Sie eine Vertiefung von politischer Bildung und Projekte vorgeschlagen haben. Ich halte vieles auch methodisch jetzt schon für umsetzbar. Allerdings stellt sich ehrlicherweise immer die Frage: Was lässt die Zeit zu? Hätten Sie denn, sofern das pauschal überhaupt beantwortbar ist, eine Anregung, was man im Gegenzug vielleicht aus dem Bildungsplan streichen könnte?

Last, but not least: Wie schätzen Sie in dem geschilderten Kontext den Einsatz von Projektarbeiten zur Stärkung von Lebenskompetenz ein?

Social Media – Fluch oder Segen? Das ist ja gerade bei jungen Menschen das absolute Tool – Tiktok usw. –, aber ich habe mich gefragt, wie wir es denn sinnvoll nutzen könnten, um einerseits den Gefahren zu begegnen und andererseits gleichzeitig die Demokratie zu stärken?

Danke schön.

**Abg. Nikolai Reith** FDP/DVP: Wir sprechen ja von Krisen, auch von multiplen Krisen, und haben dabei jetzt ganz oft die Coronakrise im Blick gehabt. Was würden Sie denn als aktuell größte Herausforderung bezeichnen? Es stellt sich immer die Frage, ob man etwas immer gleich als Krise bezeichnen muss, aber: Wo ist aus Ihrer Sicht der Flaschenhals bzw. die größte Herausforderung? Von einer Krise haben wir gehört: Fachkräftemangel, Lehrermangel. Worin besteht aus Sicht der Schulen, was die Erreichbarkeit der Kinder und Jugendlichen angeht, im Moment die größte Herausforderung?

Wenn wir rückblickend die Coronakrise betrachten, dann haben wir nach meiner Wahrnehmung – deswegen müssen wir für die Zukunft daraus lernen – auch ein Problem mit den Zuständigkeiten gehabt – sprich: Schnittstelle Kultusministerium/Sozialministerium. Können Sie das bestätigen, oder sagen Sie: „Das war nach anfänglichen Reibungsverlusten am Ende eigentlich ganz gut“? Gab es da einen Lerneffekt? Gab es da eine Entwicklung?

Herr Lederle, Sie haben von Bürokratieabbau gesprochen. Da sehen Sie immer ein Kopfnicken. Können Sie dazu ganz konkrete Beispiele benennen? Denn damit tun wir uns ja immer am schwersten. Zu Bürokratieabbau sagt jeder immer sofort Ja, aber gut wird es erst, wenn man dann auch ganz konkret Dinge benennen kann.

Frau Stein, das Problem der nicht besetzten Stellen der Schulpsychologen sehen wir genauso. Jetzt wäre es natürlich schön, wenn es dadurch funktioniert, dass wir einfach 100 Stellen mehr einrichten. Aber deswegen haben wir ja nicht gleich mehr Personal bzw. Bewerber. Was können wir da tun? – Sie nicken mit dem Kopf. Ich bin auf Ihre Antwort gespannt. – Nur von der Arithmetik her: Wenn von den gegenwärtig vorhandenen 280 Stellen nur zwei Drittel besetzt sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn 100 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Daher bin ich auf Ihre Antwort gespannt.

Herr Gürbüz, ich fand Ihren Vortrag wirklich toll. Sie haben einen großen Schwerpunkt auf Teilhabe gelegt und haben dann konventionelle Strukturen genannt – Stichwort Jugendgemeinderat. Was wäre denn etwas Neues? Ich glaube, dass wir bei den Jugendlichen durchaus stärker in die digitale Welt kommen müssen. Der Kollege Fulst-Blei hat Tiktok angesprochen. In welche Richtung muss es denn eigentlich gehen? Müssen wir nicht zwingend irgendwie in das Handy reinkommen, und wie könnte das aussehen? Ob ein ganz normales Beteiligungsportal auf der Homepage reicht, weiß ich nicht. Aufgrund der Gespräche, die ich mit Jugendlichen und an Schulen führe, würde ich sagen, dass es eher nicht die konventionellen Zugänge sind, sondern dass wir neue Zugänge und neue Ideen brauchen.

Dann noch eine Frage, die in Richtung Lebenslertage geht. In einer der letzten Anhörungen hat ein Kinder- und Jugendpsychologe von einem Unterrichtsfach „Krisenmanagement“ gesprochen. Vielleicht können alle drei Referenten etwas dazu sagen, wie wir das besser in die Schule integrieren können. Ich glaube, das muss schon in Richtung Alltagslernen gehen, also: Wie kann ich die Themen des Alltags – und eine Krise gehört nun einmal zum Alltag dazu – mehr und besser in die Schulen hineinbringen? Es darf, wie die Kollegin Staab gesagt hat, strukturell nicht so sein, dass es an der einen Schule funktioniert und an der anderen nicht, dass man also entweder Glück hat, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer an der Schule dafür interessieren und auch die Möglichkeit haben, das umzusetzen, oder dass man das Pech hat, an einer Schule zu sein, wo es solche engagierten Lehrerinnen und Lehrer und auch die entsprechenden Mittel nicht gibt. Ich glaube, da müssen wir strukturell und systemisch herangehen. Dazu würde mich Ihre Sichtweise interessieren.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Vielen Dank für die sehr interessanten Vorträge. – Herr Lederle, Sie haben eigentlich bereits viele Lösungen mitgebracht. Sie haben auch von der bürokratischen Überforderung der Schulen in Bezug auf die Datenübergabe gesprochen. Ich denke, das Thema Digitalisierung ist zum einen vordringlich für den Unterricht wichtig, aber insbesondere auch für die Funktionalität der Schule selbst, so dass die Lehrer mehr Zeit für den Unterricht haben, anstatt sich mit überbordender Bürokratie zu beschäftigen, oder auch, indem sie versuchen, die Laptops der Schüler zum Laufen zu bringen. Das ist nicht ihr Job. Ich denke, da ist viel Segen und Fluch, und da ist noch viel Luft nach oben, indem man Fachkräfte einstellt, die sich um die Rechner und um deren Funktionalität kümmern. Das sollte dann aber nicht von der Schule bezahlt werden müssen.

Frau Stein, Sie haben eine sehr wichtige Aussage getroffen: Kinder und Jugendliche brauchen Stabilität. Wir müssen also wirklich dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen in unserem Land die Stabilität haben, die sie brauchen.

Sie haben auch davon gesprochen, dass die Kinder während der Pandemie eine geminderte Lebensqualität hatten. Ich denke, da spielt auch das Thema Einsamkeit eine sehr große Rolle. Das äußert sich jetzt in den psychischen Störungen, die die Kinder inzwischen haben. Wie kann das in der Schule mit aufgefangen werden? Ich denke, diesbezüglich kann die Schule durchaus etwas leisten, weil Kinder sehr viel Zeit in der Schule verbringen. Darüber hinaus muss es natürlich auch noch anderweitig begleitet werden; das ist klar. Aber die Schule kann durchaus ein zweites Standbein sein, wo die Kinder Halt bekommen können.

Sie haben das Thema Fachkräftemangel angesprochen. Ich halte das für ein ausgesprochen schwieriges Thema an dieser Stelle, denn Fachkräftemangel gibt es überall. Natürlich ist es notwendig, dass genügend Lehrer da sind. Allerdings denke ich, dass in diesem Zusammenhang auch Schulpsychologen eine große Rolle spielen. Lehrer sind häufig auch Vertrauenspersonen der Schüler. Je mehr sie durch einen Schulpsychologen entlastet werden, umso besser können sich die Lehrer auf ihren eigentlichen Job, nämlich die Lehre, konzentrieren. Ich denke, das muss Hand in Hand gehen. Dass wir Schulpsychologen brauchen und dass sie derzeit völlig überlastet sind, weiß ich von meiner Freundin, die als Schulpsychologin tätig ist und die mir berichtet, wie wichtig es für die Schüler ist.

Ich denke, Jugendliche müssen insbesondere in Krisenzeiten viel stärker eingebunden werden, weil Kinder und Jugendliche anders empfinden. Sie schätzen die Situation ganz anders ein. Das können Erwachsene bzw. auch Eltern häufig nicht wahrnehmen. Daher ist es wichtig, dass sie in Krisen in den einzelnen Schulen ein Hörrohr bei der Lehrerschaft bekommen. Das halte ich für notwendig.

**Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke** SPD: Ich habe eine kurze Frage an Herrn Lederle und Frau Stein. Wir haben einerseits viel darüber gesprochen, wie das Bildungssystem

und die Institutionen selbst zur Stabilität beitragen können und dass sie selbst krisenfest sein müssen. Gibt es, bezogen auf die Ebene der Schülerinnen und Schüler, Strategien für den Umgang mit individuellen Krisen, die überall im Land gleich sind? Dabei denke ich beispielsweise an einen Suizid eines Klassenkameraden, an Katastrophen, aktuelle Ereignisse usw. Wie sehen die Strategien aus? Braucht es da gegebenenfalls etwas von politischer Seite?

Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Gürbüz. Es gab bereits eine längere Diskussion zur durchaus spannenden Frage der Schaffung eines Jugendberatungsgremiums. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist dieser Vorschlag, den Sie dazu unterbreitet haben, mit dem Landeschülerbeirat abgestimmt. Der Dachverband der Jugendgemeinderäte und auch einzelne Jugendgemeinderäte diskutieren solche Fragen ebenfalls. Daher interessiert mich, ob dieser Vorschlag auch mit denen abgestimmt ist oder ob es sich um einen Vorschlag neben anderen Vorschlägen, die derzeit diskutiert werden, handelt.

Die deutliche Unterrepräsentanz von Jugendlichen aus weniger bildungsaffinen Familien bzw. aus ressourcenärmeren Haushalten stellt ein großes Problem dar. Haben Sie Ideen oder Strategien, wie wir diese Jugendlichen besser erreichen können?

**Thomas Albiez**, externes Mitglied: Meine Frage richtet sich an alle drei Expertinnen bzw. Experten. Wir haben jetzt im Rahmen der Enquetekommission schon viel über Bildungspolitik gesprochen und dabei festgestellt, dass unglaublich viele Themen in die Schulen hineingetragen werden, und zwar aus gutem Grund. Wir haben uns mit Integrationsfragen, mit Inklusionsfragen und auch mit dem Thema Digitalisierung befasst und haben darüber gesprochen, wie man sich an Schulen besser auf Krisen vorbereiten kann. Wir haben auch über Lebensnähe gesprochen, also darüber, wie lebensnahe Sachverhalte in die Schule gebracht werden können: über Beteiligung, über Berufsorientierung, über Drogenprävention, über Beiräte, über Stressbewältigung, über Schulsozialarbeit, über Gerechtigkeit, über Ehrenamt und vieles mehr. Auf der anderen Seite zeichnen wir in der Realität ein Bild der Schulen, das von Fachkräftemangel, überbordender Bürokratie und massivem Unterrichtsausfall aus unterschiedlichsten Gründen – zum Teil durch wachsende Infrastrukturen – geprägt ist. Ich darf das in dieser Runde noch einmal für Baden-Württemberg deutlich machen: Möglicherweise drohen, z. B. im Bereich der Berufsschulen aufgrund des demografischen Wandels, Standortschließungen.

Bei all diesen Vorträgen scheint mir ein Aspekt ein wenig abhandengekommen zu sein, nämlich die Frage: Was ist aus Ihrer Sicht eigentlich noch der Kernauftrag der Schule? Denn wenn all das, was Sie empfehlen, umgesetzt wird, werden die Ressourcen meiner Meinung nach nie und nimmer ausreichen.

Wir brauchen für diese neuen Themenfelder immer mehr Ressourcen. Ist nicht die Lösung wie im kommunalen Bereich vielleicht eher ein Rückbau der Schule auf ihre Kernaufgaben statt eine permanente Erweiterung? Ich sehe da durchaus eine gewisse

Überforderung, bin aber kein Experte und würde dazu gern Ihre Einschätzung als Praxiskennerin bzw. Praxiskenner hören.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde. – Bitte, Herr Lederle.

**Sv. Herr Lederle:** Herr Köhler, Schülerbeteiligung gibt es an Schulen. Das ist institutionell geregelt. Natürlich gibt es die Schülermitverantwortung. Letzten Endes ist Herr Gürbüz auch über diese Schiene zum Landesschülerbeirat gekommen. Das gibt es an allen Schulen tatsächlich im Sekundarbereich I und II. Den Sitz in der Schulkonferenz hatte Frau Staab vorhin bereits angesprochen.

Meiner Ansicht nach müsste man hier noch viel früher ansetzen. Solche Dinge wie Klassenrat lassen sich prima auch schon an den Grundschulen etablieren, um ein Beteiligungsinstrument zu entwickeln. Dort ein Plus an Verbindlichkeit zu schaffen und es in den Bildungsplänen einheitlich festzuschreiben, wäre aus meiner Sicht schon einmal ein sehr guter Ansatz. Es gibt viele Grundschulen, die das ohnehin schon machen, aber es ist institutionell nicht vorgesehen.

Damit komme ich zum Thema Schülermitverantwortung. Ja, es ist wie immer im Leben: Letzten Endes wird auch das durch das Engagement von Lehrkräften getragen. Ob eine Lehrkraft dafür eine Anrechnung in irgendeiner Form erhält oder nicht, ist letztlich Sache der Schulleitung, die dafür aus dem allgemeinen Entlastungskontingent eine Anrechnungsstunde zur Verfügung stellen kann. Seltsamerweise wurde dies vor einigen Legislaturperioden um rund 10 % gesenkt, und zwar mit der originellen Begründung, dass das nämlich genau der Anteil dessen wäre, was an den Schulen nicht vergeben würde. Ich persönlich kenne keine Schulleitung, die keine Entlastungsstunden vergeben würde; aber nun denn. Da könnte man also ansetzen. Ich finde, Qualität zeigt sich immer auch daran, dass man einheitliche Qualitätsmaßstäbe formuliert sowie verbindliche Fortbildungsangebote gerade auch für die Arbeit in der SMV sowohl auf Lehrerinnen- und Lehrerseite als auch auf Schülerseite tatsächlich etabliert, um sie auf ihre Tätigkeit vorzubereiten.

Frau Staab, Sie hatten nach der Lehrkräftegewinnung gefragt. Das ist in der Tat die größte Herausforderung. Für mich ist es immer ein sehr frappierendes Moment, wenn ich mir anschauere, wie viele voll ausgebildete Lehrkräfte jedes Jahr aus dem Dienst ausscheiden. Damit meine ich nicht diejenigen, die wegen Dienstunfähigkeit ausscheiden, sondern diejenigen, die ihren Beamtenstatus aufgeben und sich ein neues Tätigkeitsfeld suchen. Diese Zahl ist deutlich höher als die Zahl von Lehrkräften, die man durch Quer-, Seiten- oder sonstige Einsteigerprogramme gewinnt. Die Krux bei dem Ganzen ist es, sich um die Bestandslehrkräfte zu kümmern, und das ist eine Denke, die noch nicht sehr ausgeprägt ist. Man könnte auch sagen: Dem Kultusministerium ist es noch nicht gelungen, den größten Schatz zu heben, den es besitzt, nämlich die Bestandslehrkräfte. Dass dies durchaus erfolgreich sein kann, zeigt jetzt gerade auch wieder das Anschreiben des Ministerpräsidenten und der Kultusministerin. Das hatten

wir ja schon einmal zum Jahresende. Die Anzahl von Lehrkräften, die daraufhin gesagt haben: „Wir machen es“, ist um ein Vielfaches größer als die Zahl derjenigen, die man durch irgendwelche Quer- und Seiteneinsteigerprogramme gewinnen kann.

Daher ein Plädoyer für die Bestandslehrkräfte. Es mag wie ein Paradoxon klingen: Um die Attraktivität zu steigern, muss man diesen Lehrkräften auch Zeit geben, um das, was an Zusatzgeschäft gemacht wird, händeln zu können. Ich nenne Ihnen ein praktisches Beispiel: Ich habe neulich eine Rückmeldung von einer Grundschule bekommen, die mich schockiert hat. Es geht um das Entwickeln eines Lesekonzepts. Jede Grundschule im Land Baden-Württemberg muss ein Lesekonzept entwickeln oder das vom Land bereitgestellte Lesekonzept umsetzen. Ich kenne die Schulleiterin sehr gut. Man schaut sich in der Schulkonferenz an, bläst die Backen auf und sagt: „Okay.“ Daraufhin sagt eine Kollegin: „Passt auf, ich mache das. Ich habe reduziert. Jetzt habe ich ja Zeit, das für uns zu entwickeln.“ Das ist eine Entwicklung, die ich als Vertreter von Lehrerinnen und Lehrern nicht tolerieren kann: dass Leute freiwillig auf ihr Geld verzichten und ihre Arbeitszeit reduzieren, damit der Job für sie leistbar ist. Das gibt es auch bei vielen Schulleitungen, vor allem gerade an kleineren Schulen und auch an den Grundschulen. Auf diese Entwicklung muss ein wachsames Auge haben.

Damit komme ich zum IT-Hausmeister und zu den zusätzlichen Fachkräften. Ich könnte jetzt böse sein und sagen: Man spielt da seitens des Landes und seitens der Schulträger Schwarzer Peter. Das Land sagt: „Ihr bekommt Geld, Schullastenausgleich“, und die Schulträger sagen: „Nein, nein, Moment. Das geht ja extra. Gebt uns Geld.“ Und so geht es dann hin und her. Die Leidtragenden sind die Schulen und auch hier wieder die Lehrkräfte vor Ort, die es dann halt mal machen. Oder auch wieder die Schulleitung oder engagierte Kolleginnen und Kollegen, die den Kopierer reparieren, damit er wieder funktioniert. Das kann es eigentlich nicht sein. Lehrerinnen und Lehrer sollten unterrichten und nicht Kopierer reparieren oder ähnliche Dinge tun.

Herr Fulst-Blei, Sie hatten die Frage aufgeworfen, was es an personeller Ausstattung braucht. Da lautet unsere Forderung, die schon seit längerer Zeit erhoben wird: 110 %. Das kann ich Ihnen als Praktiker sagen: Wenn ich eine Lehrkräfteversorgung von 110 % hätte, wäre es mir problemlos möglich, kurzfristige und gegebenenfalls auch längerfristige Ausfälle zu kompensieren. Damit, Herr Reith, sind wir wieder beim Bürokratieabbau. Stattdessen wird die Schulaufsicht beschäftigt, und es wird erst einmal ein Antrag auf Ersatz gestellt. Die gehen dann wieder los und suchen jemanden. Im günstigsten Fall findet man jemanden. Eine Lehrkräfteversorgung von 110 % würde die Schulen extrem entlasten und würde auch für Unterrichtssicherheit sowie einen weniger hohen Unterrichtsausfall sorgen, weil es ausreichend Personal gibt, das im Falle einer Krise bereitsteht.

Herr Fulst-Blei, Sie fragten außerdem nach dem neuen Digitalpakt: Ja, mindestens so umfangreich wie das, was wir bislang hatten. Ich plädiere immer dafür, nachhaltig zu agieren. Das wird ja nicht in einem Jahr anfallen, sondern das wird sich über einen längeren Zeitraum hinziehen. Das heißt, man müsste im Prinzip die Mittel, die man

dafür bisher verwendet hat, strukturell in den Haushalt mit einplanen, um sie dann dementsprechend auch über einen längeren Zeitraum zur Verfügung zu stellen.

Die Entlastung von Schulleitern durch zusätzliches Personal hatte ich bereits angedeutet. Die Verwaltungsassistenz ist sehr gut. Herr Fulst-Blei, ich kann Ihnen ein konkretes Beispiel an meiner Schule nennen. Ich bin sehr froh, dass mein Schulträger – damit sind wir wieder bei den einheitlichen Maßstäben – mich sehr gut ausstattet, mich auch sehr gut entlastet, z. B. was das Rechnungswesen angeht. Das heißt, ich habe Sachbearbeiterinnen. Ich habe also nicht nur Sekretärinnen, die mal ein Pflaster kleben oder Trost spenden, sondern ich habe bei mir an der Schule tatsächlich Verwaltungsassistenzen, die selbstverständlich auch das Abrechnungswesen machen, übrigens viel besser, als ich es kann.

Dafür braucht es aber in der Tat verbindliche Vorgaben, und die sehe ich im Moment zumindest noch nicht. Es gibt Absichtserklärungen und auch einen Orientierungsrahmen. Aber ob sich ein Schulträger daran hält oder ob er das ganz anders macht, das ist ein bisschen in die Beliebigkeit gegeben.

Herr Fulst-Blei, Sie fragten, ob Inklusion an Schulen leistbar ist. Nein, absolut nicht. Mit der vorhandenen Personaldecke sehe ich das nicht. Ich halte es für eine zumindest sehr große Herausforderung für dafür nicht ausgebildete Lehrkräfte, sich mit dieser Thematik auseinandersetzen zu müssen. Ich selbst bin wirklich ein Verfechter der Inklusion. Ich hatte es angedeutet: Wir haben bei uns an der Schule viele inklusive Settings, auch schon über einen ganz langen Zeitraum. Ich weiß um die Vorteile der Inklusion. Mir geht es nicht darum, die Inklusion kleinzureden. Aber wir reden hier vor allem von der anspruchsvollen Inklusion, also nicht in zielgleichen Settings, sondern in zieldifferenten Settings, und dazu bedarf es der Fachexpertise der Kolleginnen und Kollegen aus den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren vor Ort an den Schulen, und zwar vollumfänglich und nicht nur für ein paar Stunden. Denn die Kinder sind in aller Regel auch nicht nur ein paar Stunden in der Schule, sondern während der gesamten Schullaufbahn.

Solange dafür die entsprechenden Bedingungen nicht vorhanden sind, finde ich, dass sich die Politik auch ehrlich machen und sagen muss: Es wäre der wünschenswerte Zustand, aber wir können ihn im Moment zumindest nicht flächendeckend oder mit allen Schülerinnen und Schülern, die darauf einen Anspruch hätten, umsetzen.

Mir geht es übrigens auch darum, die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zu erhalten, denn es gibt nirgendwo mehr Fachexpertise als dort. Die Kolleginnen und Kollegen dürfen sich nicht nur in der Inklusion verzetteln, sondern brauchen auch den fachlichen Austausch untereinander.

Herr Reith, die größte Herausforderung an den Schulen – Sie haben es im Prinzip schon selbst formuliert – ist im Moment tatsächlich der Lehrkräftemangel. Wir haben

an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und an den Grundschulen den größten Lehrkräftemangel zu verzeichnen. Wir haben aber auch einen generellen, strukturellen Lehrkräftemangel auch in den anderen Schularten, vielleicht mit Ausnahme des Gymnasiums. Aber das ist nicht unbedingt mein Thema.

Damit hängt vieles von dem zusammen, was an Schulen tatsächlich konkret leistbar ist. Das, was wir ganz persönlich aus unserem eigenen Schulleben als besonders profitabel abgespeichert haben, ist vermutlich nicht die Englischstunde Ihres Lieblingsenglischlehrers, sondern es sind wahrscheinlich andere Dinge wie das Schultheater, der Chor, Sportangebote etc. Das ist faktisch gesehen an vielen Schulen überhaupt nicht mehr möglich, weil wir an den Schulen nicht einmal genügend Lehrkräfte haben, um den Pflichtunterricht zu gewährleisten.

Ich komme zur Schnittstellenthematik Sozialministerium/Kultusministerium. Sagen wir es mal so: Wir von der Verbandsseite haben uns manchmal schon gefragt, wer jetzt eigentlich für die Schulpolitik bzw. für die Schulen zuständig ist. Während der Pandemie war sehr deutlich zu spüren, dass ganz viele Dinge einfach aus dem Bereich des Sozialministeriums – dabei denke ich beispielsweise an die Kontaktnachverfolgung zu Beginn der Pandemie – konsequent in die Schulen gebracht wurden. Wir haben es auch noch an anderer Stelle festgestellt. Es mag zwar die praktikabelste Lösung sein, dass Schulen den Masernimpfschutz prüfen, aber: Wer rennt denn eigentlich den Kindern respektive den Eltern hinterher, die das dann eben nicht machen? Die Gesundheitsämter? Ja, gut, das wäre schön und wünschenswert.

Herr Reith, Sie fragten nach Beispielen für Bürokratieabbau. Die hatte ich in meinem Vortrag in der Tat schon mannigfaltig genannt. Ich hatte schon die einfachen persönlichen Daten und die positiven synergetischen Effekte, die sich aus einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware unserer Ansicht nach ergeben würden, angesprochen. Klar ist für mich auch ein weiterer Punkt, wenn wir beim Bereich Digitalisierung bleiben: endlich funktionierende Schnittstellen zu den anderen Programmen, die im schulischen Bereich noch Usus sind. Es gibt Stundenplansoftware. Wenn ich beispielsweise mit ASV-BW meine Schulstatistik ab dem kommenden Schuljahr 1 : 1 abbilden will, dann wäre es eigentlich ein Leichtes, sämtliche dafür notwendige Daten aus diesen Stundenplanprogrammen zu übernehmen. Das funktioniert in der Praxis aber nur sehr eingeschränkt und nicht vollumfänglich. Es gibt zunehmend vor allem administrative Aufgaben, z. B. in der Personalverwaltung oder auch in der Personalgewinnung, die konsequent an die Schulen abgeschickt wurden, wahrscheinlich auch aus Personalnot in der Schulverwaltung. Da gehören sie aber gar nicht hin, sondern sie gehören unserer Ansicht nach auf die administrative Ebene.

Das Thema „Bürokratische Überforderung“ hatte ich im Prinzip schon in meinem Vortrag angedeutet, Frau Wolle.

Damit komme ich nach der Frage zu den Themen des Alltags. Ohne Ihnen, Herr Gürbüz, zu nahe treten zu wollen: Ich glaube, dass diese Themen des Alltags zumindest

an den Schularten, die wir vertreten, also Grund-, Haupt- und Werkrealschulen, Gemeinschaftsschulen und Realschulen, sehr gut im Bildungsplan verortet sind und auch tatsächlich schon stattfinden. Ja, da gibt es auch eine gewisse Einheitlichkeit. Für die Gymnasien kann ich an dieser Stelle leider nicht sprechen. Auch Projektarbeit ist dort ein Thema.

Sie fragten nach dem individuellen Umgang mit Krisen. Ja, da gibt es Strukturen, da gibt es Hilfen. Es gibt einen vom Land vorgeschriebenen Krisenplan und Informationen dazu, wenn es zu individuellen Krisen kommt. Außerdem gibt es etwas, was höchst wertvoll ist – das war die Lehre aus dem verhängnisvollen Amoklauf von Winnenden –: eine Hotline beim Schulpsychologischen Dienst bei den Regierungspräsidien oder auch beim ZSL, an die man sich wenden kann. Das ist eine Handynummer, die im Prinzip immer erreichbar ist. Da kann man sich die Fachexpertise zur Arbeit in den Krisenteams, die an allen Schulen des Landes verbindlich vorgeschrieben sind, mit hinzuholen.

Ich glaube, jetzt habe ich Ihre Geduld genug strapaziert.

**Sv. Frau Stein:** Ich versuche, so knapp wie möglich zu antworten, aber ich versuche auch, alle Fragen zu beantworten.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zu der Schülerinnen- und Schülerbeteiligung in den Schulen sagen. Sie hatten danach gefragt, Herr Köhler. Im Sekundarstufe-I-Bereich ist es vorgeschrieben, wie Herr Lederle schon gesagt hat. Ich war an vier verschiedenen Schulen als Lehrerin aktiv tätig. Es waren immer Grund- und Hauptschulen oder Grund- und Werkrealschulen. An den Schulen, an denen ich tätig war, gab es ab der dritten Klasse tatsächlich Klassensprecherinnen-/Klassensprecherwahlen, um diese nicht vorgeschriebene Beteiligung schon sicherzustellen. Die Klassensprecher waren nicht in der Schulkonferenz vertreten, sondern es war ein etwas inoffizielleres Gremium, das aber geeignet war, um es schon einmal einzuüben.

Wenn wir von demokratischer Teilhabe sprechen, müssen wir in den Kitas anfangen. Die Kitas haben es auf dem Schirm. Ich behaupte einmal, in den Grundschulen wird es oft schon gelebt. Aber es kann nicht schaden, es in die dritten Klassen mit den Klassensprecherinnen-/Klassensprecherwahlen herunterzuziehen, damit die Kinder schon einmal die Ernsthaftigkeit von Wahlen kennenlernen.

Zum Fachkräftemangel sollte ich zwei bis drei prioritäre Punkte nennen, wie wir damit umgehen können bzw. wie wir dagegen vorgehen können. Der erste Punkt wäre, Lehrkräftestudienplätze auszubauen, und zwar bitte möglichst schnell. Im Grundschulbereich haben wir noch deutlich mehr Bewerbungen als wir Studienplätze haben. Im Grundschulbereich, je nach Pädagogischer Hochschule unterschiedlich, gilt noch der Numerus clausus für die Studienplätze, weil die Studienplätze begrenzt sind. Im Grundschulbereich herrscht der zweitgrößte Mangel an ausgebildeten Lehrkräften.

Meine ganz große Bitte lautet also: Fallen Sie nicht auf irgendwelche seltsamen Statistiken, wie sie mir neulich erzählt wurden, herein: dass demnächst angeblich ein Lehrkräfteüberhang im Grundschulbereich entstehen werde. Ich weiß nicht, wer diesen Wahnsinn entwickelt hat. Wir haben mittlerweile die dritte Klemm-Studie in Auftrag gegeben. Die ersten beiden Klemm-Studien haben sich bewahrheitet. Ich muss ganz klar sagen: Glauben Sie bitte der Klemm-Studie. Wir haben einen massiven Mangel, der sich weiter aufbaut.

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: In den Grundschulen arbeiten nicht nur ausgebildete Lehrkräfte. Ich muss mich über keine IGLU-Studie wundern, ich muss mich über nichts wundern, wenn ich mir anschau, an welchen Schulen wie viele nicht ausgebildete Lehrkräfte z. B. Deutsch und Mathe unterrichten. Bitte sorgen Sie dafür, dass zukünftig wenigstens genügend ausgebildete Lehrkräfte in die Schulen kommen. Das wollte ich einmal sehr deutlich gesagt haben.

Jetzt nenne ich Ihnen noch eine Zahl, die mich immer schwer beeindruckt: Wir haben in Baden-Württemberg mindestens eine Schule – vermutlich gibt es mehrere –, an der weniger als 50 % ausgebildete Lehrkräfte arbeiten. Tun Sie bitte etwas dagegen, indem Sie genügend Studienplätze schaffen. Das ist ein Thema des Wissenschaftsministeriums. Ich habe mit beiden Ministerien schon mehrfach Gespräche geführt. Sie schieben sich gegenseitig die Karte zu, wer denn diese Studienplätze beantragen muss. Tun Sie es bitte, damit sie endlich kommen.

Zweitens: Es klingt komisch, aber es ist so: Knapp ein Drittel bis knapp die Hälfte der Lehrkräfte im Schulbereich arbeitet bis zur Altersgrenze. Wenn Sie die Altersermäßigung erhöhen würden, würden Sie dafür sorgen, dass mehr Lehrkräfte bis zum Ruhestand arbeiten können. Brandenburg macht es uns gerade vor. Dort hat man die Altersermäßigung ab 55 Jahren auf zehn Stunden erhöht. Kann das reiche Land Baden-Württemberg bitte an der Stelle zumindest auch einmal einen Versuch starten, Geld in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass die Lehrkräfte möglichst bis zur Altersgrenze arbeiten? Im Endeffekt wird es billiger, weil das Land, wenn mehr Lehrkräfte im Beruf bleiben, weniger zahlen müsste. Das würde sich also lohnen. Haben Sie an der Stelle den Mut und versuchen Sie, das vielleicht in Gang zu bringen.

Ich habe die nicht ausgebildeten bzw. nicht qualifizierten Lehrkräfte bereits angesprochen. Für diese Lehrkräfte sollten in ausreichendem Maß Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Jetzt gibt es den neuen Direkteinstieg bzw. Seiteneinstieg. Wir haben im System aber schon ganz viele nicht ausgebildete Lehrkräfte, und auch die dürfen bei diesen Qualifizierungsmaßnahmen nicht vergessen werden. Sorgen Sie bitte dafür, dass auch diese Lehrkräfte Unterstützung bekommen.

Ich bleibe noch beim Schulbereich. Nach dem Referendariat werden unsere Lehrkräfte entlassen, die wir direkt nach den Sommerferien brauchen. Wir sind eines der Bundesländer mit dem spätesten Sommerferienbeginn. Die Gefahr ist nicht ganz gering, dass nicht alle in Baden-Württemberg bleiben. Bitte schauen Sie auch an dieser Stelle

noch einmal, ob Sie nicht doch das Geld im Haushalt lockermachen können, damit die in Baden-Württemberg ausgebildeten Referendarinnen und Referendare auch in den Schulen Baden-Württembergs eingesetzt werden können. Wir brauchen sie höchst dringend.

Frau Staab, Sie haben eine Frage zur Benachteiligung gestellt. Wir sehen in Hamburg, dass es funktioniert und dass man Benachteiligungen ausgleichen kann. Wenn an Schulen viele Schülerinnen und Schüler mit großer Benachteiligung unterrichtet werden und wenn diesen Schulen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, sind die Ergebnisse in den Leistungstests nachher besser. Das heißt, es lohnt sich. Das sollte nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen, sondern man sollte schauen, welche Schulen viele Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedarfen bzw. mit besonderen Lebenslagen haben. Ich habe vorhin einige Beispiele genannt. Es wird sich lohnen, dort Geld hineinzustecken.

Irgendjemand hat dazu auch eine Frage gestellt, die ich in diesem Zusammenhang gleich mit beantworte. Nein, es reicht uns nicht, dass dazu gerade ein Pilotversuch gestartet wird. Hamburg macht es seit Jahren, und es ist kein Zufall, dass Hamburg bei den Vergleichsstudien bessere Ergebnisse erzielt hat. Bitte verlegen Sie die Implementierung für alle Schulen nicht in die nächste Legislaturperiode, wer auch immer das dann beschließen mag, sondern sorgen Sie bitte dafür, dass das schon in dieser Legislaturperiode verstetigt wird und dass klar wird: Es ist kein Pilotversuch. Wir brauchen es flächendeckend für Baden-Württemberg.

Wie schaffen wir es angesichts des bestehenden Lehrkräftemangels, dass die Aufgaben abgearbeitet werden, die nicht lehrkräftebasiert sind? Ich habe in meinem Vortrag schon einiges dazu gesagt. Das eine sind natürlich die Verwaltungsassistenzen, von denen glückliche Schulen je nach Schulträger schon viele haben, während andere eher weniger haben. Wenn es berufliche Schulen sind, haben sie vielleicht etwas. Wir brauchen das aber flächendeckend. Ich würde Sie bitten, im Zusammenhang mit dem im Koalitionsvertrag formulierten Stichwort „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert“ auch mit den kommunalen Spitzenvertretungen in die Diskussion einzutreten. Sie können sicher sein: Ich spreche auch mit den kommunalen Spitzenvertretungen. Die hören es also auch von mir. Es ist notwendig, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie da irgendwie – ebenso wie bei der Digitalisierung – endlich tätig werden würden, weil es die Schulen wirklich brauchen. Das Gleiche gilt für das Thema IT-Hausmeister.

Herr Fulst-Blei, Sie fragten, wie viel Prozent die Schulen brauchen. Die 110 %, die mein Kollege genannt hat, kann ich deutlich unterstützen. Ich habe vorhin die Vertretungsreserve angesprochen, die deutlich unterbesetzt ist. Meiner Meinung nach haben wir ungefähr 7 000 Lehrkräfte – die Kultusministerin hat neulich sogar von 9 000 gesprochen –, die langzeitausgefallen sind. Wenn die Zahl 9 000 stimmt, dann brauchen wir 9 000 Menschen in der Vertretungsreserve, damit die Vertretungsreserve nicht schon direkt am Anfang des Schuljahrs aufgebraucht ist und für den Fall, dass jemand schwanger wird oder eine schwere Krankheit hat – was man niemandem wünscht –,

leider keine Lehrkraft mehr zur Verfügung steht. Bitte sorgen Sie dafür, dass die Vertretungsreserve so ausgestattet ist, dass dadurch auch der Ausfall langzeiterkrankter Lehrkräfte aufgefangen werden kann.

Sie haben nach Beratungsleistungen für Lehrkräfte in Bezug auf die Schulpsychologie gefragt. Es gibt solche Beratungsleistungen. Einerseits gibt es Supervision, andererseits gibt es auch die Möglichkeit, dass sich Lehrkräfte schulpsychologisch beraten lassen können. Wie ich vorhin erwähnt habe, ist die Schulpsychologie allerdings unterbesetzt. Die Schulpsychologie kann nur so viel leisten, wie es die Besetzung hergibt, und da braucht es deutlich mehr.

Die Frage zu den multiprofessionellen Teams habe ich bereits beantwortet.

Die Freistellung für Hauptschul- und Werkrealschullehrkräfte für Sonderpädagogik, die am Aufbaulehrgang teilnehmen, ist nicht ausreichend. Deswegen machen es so wenige. Wenn es ausreichen würde, wären die Lehrgänge voll besetzt. Es ist aber eine deutliche Unterbesetzung der Lehrgänge festzustellen. Das heißt, es bedarf einer deutlich höheren Freistellung, um Lehrkräfte für den Bereich Sonderpädagogik zu gewinnen. Ich habe vorhin die dramatischen Zahlen genannt.

Ich bin erst vor zweieinhalb Jahren Landesvorsitzende geworden und war vorher Kommunalpolitikerin. Mir war nicht klar, dass der Landeshaushalt 15 % Unterdeckung im Bereich Sonderpädagogik hat. Das halte ich für einen Skandal, um es ganz deutlich zu sagen. Ich finde, Sie sollten beim nächsten Haushalt an dieser Stelle etwas ändern. Es kann nicht sein, dass das Bildungsrecht der Kinder bzw. Jugendliche mit Behinderungen nicht umgesetzt wird, weil man sich leider – und jetzt werde ich böse – darauf verlassen kann, dass die Eltern es nicht leisten können, so zu protestieren, dass Sie daran etwas ändern. Deswegen appelliere ich sehr an Sie, diesbezüglich bitte etwas zu tun.

Herr Reith, Sie haben gefragt, welches derzeit die größte Herausforderung ist. Das ist eindeutig der Fachkräftemangel. Wegen des Fachkräftemangels ist es nicht möglich, so individuell mit den Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu stehen, wie es eigentlich notwendig wäre. Dazu folgendes Beispiel aus der Praxis: Sie werden in der Grundschule wenig Unterrichtsausfall sehen, wenn Sie sich die Statistiken anschauen. Wenn eine Lehrkraft ausfällt, werden die Kinder in der Grundschule häufig entweder auf andere Klassen verteilt oder werden Klassen gemeinsam unterrichtet. Das gilt übrigens auch für die Sekundarstufe.

Erstens ist das absolut kein Vergnügen für die Lehrkraft. Sie kann ihre Unterrichtsvorbereitung eigentlich direkt in die Tonne treten, weil die Konstellation jetzt leider eine völlig andere ist. Andererseits ist es für die Kinder definitiv nicht das, worauf sie eigentlich ein Recht haben. Sie bekommen in dem Moment keinen qualifizierten Unterricht, weil dann irgendwie alles jongliert werden muss. Wenn zwei Klassen gleichzeitig zu

unterrichten sind, die gern auch – je nach Schulart – nicht unbedingt direkt nebeneinander liegen, kann ich Ihnen sagen, dass es kein Vergnügen ist, je nachdem, ob die Schüler besonders pflegeleicht sind und brav am Platz sitzen bleiben oder ob man Gefahr läuft, dass im Klassenzimmer etwas passiert, wenn man gerade nicht da ist. Es ist also kein Vergnügen, und es ist eigentlich für keinen der Beteiligten zumutbar.

Wie ich vorhin bereits gesagt habe, nehmen die Multiproblemlagen zu. Wir haben den Klimawandel und den Krieg in der Ukraine, der die Kinder und Jugendlichen beschäftigt. Lehrkräfte werden in der Schule permanent damit konfrontiert, dass Kinder kommen und Fragen zu Themen stellen, die sie wahnsinnig beschäftigen und wodurch sie zum Teil auch wirklich retraumatisiert werden. Wir haben heute Vormittag viel über Fluchterfahrung gehört. Auch damit müssen die Lehrkräfte umgehen. Und wenn sie dann noch jonglieren müssen, weil zu wenig Lehrkräfte da sind, dann kann man die Kinder und die Jugendlichen nicht mehr erreichen. Darin sehe ich die größte Gefahr.

Damit komme ich zur Schulpsychologie. Als die Frage gestellt wurde, habe ich genickt. Ja, es gibt genügend Psychologinnen und Psychologen auf dem Markt. Das ist etwas, was mich fassungslos macht. Ich kann meinen Ärger an manchen Stellen nicht ganz verbergen. Ich bin da superärgerlich. Im letzten Sommer gab es eine Anfrage von Kolleginnen und Kollegen von Ihnen hier im Haus nach der Besetzung der Stellen, und dabei stellte sich heraus, dass ein Drittel der Stellen nicht besetzt war, und zwar nicht, weil nicht genügend Schulpsychologen auf dem Markt sind, sondern weil es einen Engpass bei der Besetzung innerhalb der Verwaltung gab. Wenn Sie dort also eine Person mehr hinsetzen, dann gelingt es, die Stellen zu besetzen, und dann können Sie auch die 100 zusätzlichen Stellen beschließen. Die können dann auch besetzt werden, weil es genügend Schulpsychologen auf dem Markt gibt. Das setzt allerdings voraus, dass die Stellen nicht nur auf ein oder zwei Jahre befristet ausgeschrieben werden.

Wie lassen sich Krisenmanagement und Alltagslernen in die Schule integrieren? Natürlich braucht es auch dafür genügend Fachkräfte. Wenn ich über Krisenmanagement oder über den Umgang mit Krisen und Belastungen sprechen möchte, brauche ich eine ruhige Umgebung im Klassenzimmer, einen vertrauten Rahmen, damit sich die Schülerinnen und Schüler öffnen können und es auch wirklich reflektiert werden kann. Das kann nicht funktionieren, wenn man zwischen zwei Klassen hin- und herspringt oder wenn fünf zusätzliche Schülerinnen und Schüler aus anderen Klassen mit in der Klasse sitzen. Schaffen Sie also bitte die nötigen Rahmenbedingungen dafür, dass sich die Lehrkräfte auf das konzentrieren können, was sie können. Sie können unterrichten, sie können das mit dem Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen. Dann kann so etwas auch deutlich besser transportiert werden, und das wird den Kindern und Jugendlichen dann auch deutlich zugutekommen.

Sie fragten nach Strategien für den Umgang mit individuellen Krisen. Auch da ist noch einmal die Schulpsychologie zu nennen. Wie schon gesagt wurde, gibt es dafür eine

Hotline, die im Falle von Amokdrohungen oder bei sonstigen Ereignissen zur Verfügung steht. Das funktioniert allerdings vonseiten der Schulpsychologie nur, wenn andere Termine abgesagt werden. Auch dafür bräuchte es eine bessere personelle Ausstattung, damit Menschen, die gerade dringend auf ihre Termine warten, nicht wieder hinten herunterfallen, weil irgendwo eine akute Krise ist. Auf dem freien Markt steht noch genügend Personal zur Verfügung. Wir wissen alle, dass uns der demografische Wandel ganz schön schnell überrollt. Schaffen Sie also bitte jetzt die Stellen, solange es noch genügend Personal gibt, mit denen diese Stellen besetzt werden können.

Dann wurde noch eine Frage zu Integration, Inklusion, Digitalisierung usw. gestellt. Auch dort spielt der Fachkräftemangel wieder mit hinein, der zu Unterrichtsausfall oder zum Einsatz von nicht ausgebildeten Lehrkräften in den Klassenzimmern führt. Ich habe vorhin bereits gesagt, dass es notwendig ist, nicht ausgebildete Lehrkräfte zu begleiten und zu qualifizieren. Wir haben tolle Menschen, die als nicht ausgebildete Lehrkräfte in den Klassenzimmern sind und die sich zum Teil schon über Jahre bewährt haben. Wenn Sie die halten können und auch halten wollen, dann wäre das wunderbar. Aber sie brauchen wirklich Qualifizierung für ihre Tätigkeit.

Sie hatten noch danach gefragt, ob für neue Themenfelder mehr Ressourcen notwendig sind. Wie Sie den Vorträgen von Herrn Lederle und mir entnehmen konnten, hat sich Schule in den letzten zehn, 15, 20 Jahren sehr verändert. Jemand, der vor 20 oder mehr Jahren das letzte Mal im Klassenzimmer stand, hat keinen blassen Schimmer davon, wie Schule heute ist. Ich stand vor zweieinhalb Jahren das letzte Mal im Klassenzimmer und weiß, dass sich die Welt seitdem extrem weitergedreht hat. Die Schulen haben sich verändert. Es kamen viele neue Aufgaben dazu, und die kamen alle on top, ohne dass an anderer Stelle Aufgaben abgebaut wurden. Das kann nicht funktionieren. Wenn wir wollen, dass bei irgendwelchen Tests oder Vergleichsarbeiten gute Ergebnisse herauskommen, dann müssen wir die Schulen so ausstatten, dass sie es leisten können. Der GEW geht es nicht nur um Vergleichsarbeiten, sondern wirklich auch um die Begleitung der Kinder und der Jugendlichen in ihren verschiedenen Lebenslagen. Man muss dafür sorgen, dass die Lehrkräfte und alle, die in der Schule sind, auch die nötige Zeit und das erforderliche Potenzial dafür haben, um das zu tun. Das funktioniert nicht in totaler Hektik.

Danke.

**Sv. Herr Gürbüz:** Zunächst einmal möchte ich Ihnen für Ihre Fragen, die Sie an mich gerichtet haben, danken.

Ich beginne mit den Fragen von Herrn Köhler. Ja, in der Tat muss die Kreisebene gestärkt werden. Wir sehen, dass Baden-Württemberg da leider noch nicht so gut ausgestattet oder aufgestellt ist wie andere Bundesländer. Wenn wir uns beispielsweise die Schülerversammlungsebene anschauen, haben wir in der Schule die SMV, also die Schülerinnen und Schüler, die Klassensprecher, die gern mitmachen würden. Allerdings ist dann der zweite Schritt praktisch schon der Landesschülerbeirat, sodass man

praktisch weit von der Basis entfernt ist. Das ist aus unserer Sicht ein Problem, das wir auch bereits analysiert haben. Aber dafür sind die Strukturen vor Ort meistens nicht gegeben. In anderen Bundesländern gibt es beispielsweise Kreis- oder Stadtschülerräte. Es gibt in Baden-Württemberg das Konstanzer Schülerparlament oder auch das Karlsruher Schülerparlament, wo sich Schülerinnen und Schüler vor Ort organisiert haben, auch mit Unterstützung der Städte, die maßgeblich dafür gesorgt haben, dass solche Strukturen aufgebaut werden können.

Sie hatten Klassenräte an den Grundschulen angesprochen. Ja, sehr gern. Je früher wir damit anfangen, umso besser und umso mehr Sensibilisierungsmaßnahmen können wir vor Ort in den Grundschulen durchführen. Ob es schon gleich in der ersten Klasse sein muss, kann man sich überlegen. Gern auch erst ab der zweiten Klasse, damit die Schülerinnen und Schüler zunächst einmal die Möglichkeit haben, in das System Schule hineinzukommen. Sicherlich wäre es von Vorteil, wenn es Empfehlungen zur Gründung von Stadtschülerräten oder von Jugendgemeinderäten vor Ort geben würde, wie man es ausgestalten könnte, vielleicht aber auch konkrete Anleitungsmöglichkeiten, wie ich beispielsweise einen Jugendgemeinderat in meiner Stadt, in meiner Gemeinde bzw. in meinem Kreis organisieren kann.

Ich fahre mit der Frage von Frau Staab zur politischen Beteiligung bzw. Bildung vor Ort fort. Ich glaube, das ist vor allem eine Frage der Motivation. Ich habe es immer so wahrgenommen: Wenn ich mich für die SMV oder im Schulleben für meine Mitschülerinnen und Mitschüler irgendwie engagiert habe, habe ich, wenn ich dann ins Klassenzimmer zurückgekommen bin, negative Erfahrungen in der Weise gemacht, dass es dann hieß, ich komme fünf Minuten zu spät zum Unterricht. Das hat sich enorm auf meine Motivation ausgewirkt. Wenn dann im Klassenbuch stand, ich sei verspätet in den Unterricht gekommen, habe ich mir die Frage gestellt, warum ich es eigentlich mache, wenn es für mich negative Konsequenzen hat. Natürlich stellt sich auch die Frage, ob es sich negativ auf meine mündliche Note auswirkt, wenn ich öfter mal den Unterricht störe, weil ich später komme, was natürlich nicht der Fall sein sollte.

Man sollte für die Arbeit in der SMV also weder bevorzugt noch benachteiligt werden, wenn man sich dort engagiert. Leider wird es von vielen Schülerinnen und Schülern so wahrgenommen, dass es negativ ist, wenn man sich zusätzlich engagiert, weil man dann auch Unterrichtsstoff verpasst oder von manchen Lehrkräften für das Zuspätkommen getadelt wird. Manche Lehrkräfte unterstützen das voll und ganz und haben damit kein Problem. Die Motivation, sich in diesem Bereich zu engagieren, könnte gesteigert werden, wenn Lehrkräfte kein Problem damit haben, dass man einmal zu spät zum Unterricht kommt, anstatt es negativ mit einem Spruch zu kommentieren oder einen Eintrag ins Klassenbuch zu machen.

Wie werden wir in der Schulkonferenz wahrgenommen? Es ist schon mal gut, dass die Schulkonferenz paritätisch besetzt ist, dass die Schülerinnen und Schüler also ebenso wie die anderen Vertreter ein Stimmrecht haben. Man muss aber auch ganz klar sagen, dass es auch immer von der Schulleitung abhängt, wie sehr die Schulleitung das

also unterstützt und wie offen sie für Ideen ist. Ich muss Ihnen jetzt wahrscheinlich nicht sagen, dass das von Schule zu Schule bzw. von Schulart zu Schulart immer unterschiedlich ist. Es wäre schön, wenn sich die Schulleitungen offen für Ideen zeigten oder einen regelmäßigen Turnus für Treffen von Schülersprechern beispielsweise mit der Rektorin oder mit dem Schulleitungsteam entwickelten, damit man da in eine bestimmte Routine hineinkommt.

Während der Coronazeit wurden wir einmal zu einer Schulleitungssitzung eingeladen. Da ging es konkret darum, wie die Maßnahmen, die von oben verordnet wurden, umgesetzt werden können. Dabei wurden auch die Belange der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Das habe ich als unglaublich positiv wahrgenommen. Ich habe mich sicher gefühlt, ich habe mich wahrgenommen gefühlt, und wir konnten das dann vonseiten der SMV in die Klassen durch entsprechende Kommunikationstools hineintragen. Beispielsweise haben wir Whatsapp genutzt, um sofort alle Schülerinnen und Schüler der Klassen zu erreichen.

Damit komme ich zur Frage in Bezug auf die Lehrkräfteversorgung. Da würde ich mich der Zahl anschließen: 100 % sind definitiv nicht genug. Das wissen wir. Wenn Lehrkräfte ausfallen, darf es eben nicht dazu kommen – das ist auch eine große Angst von Schülerinnen und Schülern –, dass Unterrichtsstoff verpasst wird, weil man nach Hause geschickt wird oder eine Freistunde und somit nicht die Möglichkeit hat, etwas zu lernen. Das heißt, es muss sichergestellt werden, dass für den Fall, dass eine Lehrkraft ausfällt, eine Vertretungslehrkraft zur Verfügung steht, die die Aufgaben vor Ort übernimmt und im besten Fall natürlich auch vorbereitet ist. Uns ist die Situation vor Ort an den Schulen bekannt: dass sich die Lehrkräfte nicht immer entsprechend vorbereiten können. Das ist aus Schülersicht durchaus verständlich. Es sollte jedoch nicht dazu kommen, dass Schülerinnen und Schüler beispielsweise in einer Doppelstunde, in der die Lehrkraft nicht anwesend ist, gar nichts tun. Gern können diese Stunden dann beispielsweise auch auf andere Lehrkräfte übertragen werden, wenn diese gerade frei sind, und dass man beispielsweise aus zwei Stunden Mathe, die ausgefallen sind, zwei Stunden Biologie macht, wenn die Lehrkraft Zeit hat, um die Zeit zielorientiert und effektiv zu nutzen. Daher wäre es sehr gut, wenn entsprechend ausreichend Lehrkräfte vorhanden wären.

Wenn es in Richtung Abschlussprüfung geht, haben die Schüler die große Sorge, ob sie wirklich den ganzen Stoff mitgenommen haben und ob man alles weiß. Diese Unsicherheit bestand vor allem während der Coronapandemie. Diese Unsicherheit gibt es jetzt aber immer noch, und zwar nicht bedingt durch Corona, sondern vor allem durch den ganzen Stress, dem Schülerinnen und Schüler ausgesetzt wurden, und vor allem durch den zeitlichen Druck, der von manchen Lehrkräften dadurch erzeugt wurde, dass sie schneller mit der Lehrplaneinheit durchkommen wollen, um noch weiterzukommen. Das bedeutet, dass die Schule wenig Raum und Zeit lässt, um sich noch einmal reflektierter mit den Themen zu befassen.

Herr Fulst-Blei hatte eine Frage zu den Schulpsychologen gestellt. Aus unserer Sicht sind nicht ausreichend Schulpsychologen an den Schulen vorhanden. Manche Schulpsychologen sind nur an einem Tag pro Woche vor Ort an der Schule oder bedienen mehrere Schulen, sodass es nur bestimmte Zeitintervalle gibt, in denen sie vor Ort in ihren Büros zur Verfügung stehen. Das führt dazu, dass Termine meistens wochenlang im Voraus vereinbart werden müssen. Daher sollten auf jeden Fall mehr Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Wir brauchen allerdings nicht nur Schulpsychologen, sondern auch Schulsozialarbeiter. Wir beobachten, dass viele Schulsozialarbeiter mehrere Schulen bedienen, was natürlich dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler, wenn sie ein Anliegen haben, nicht direkt einen Ansprechpartner haben, sondern erst einmal warten müssen. Das ist ein Problem, denn das Warten verschlimmert die Situation meistens noch. Wenn ich als Schüler lange auf die Lösung meines Problems warten muss und niemanden habe, mit dem ich darüber sprechen kann, verschärft sich das Problem im schlimmsten Fall noch.

Es wurde gefragt, ob die ergriffenen Maßnahmen ausreichend sind, um coronabedingte Lernrückstände aufzuholen. Das Programm „Lernen mit Rückenwind“ wird aus unserer Sicht zu sehr gelobt. Es gibt viele bürokratische Hürden. Auch hier wäre ein Bürokratieabbau vor allem für Schulleitungen wünschenswert. Die Umsetzung dieses Programms war aus unserer Sicht leider nicht optimal. Dennoch sind wir der Meinung, dass sehr gute Maßnahmen ergriffen wurden. Allerdings hätte es mehr Verbindlichkeit geben müssen, was dort genau gemacht werden soll. Auf jeden Fall hat dieses Programm schon einmal einen guten Beitrag dazu geleistet, um bestehende Lernrückstände aufzuholen.

Ein weiterer Aspekt ist natürlich, dass gerade bei Prüfungen ein Plus an Zeit gegeben wurde oder dass manche Lehrplaninhalte herausgefallen sind. Das hat zwar nicht dazu beigetragen, dass das nicht Gelernte aufgeholt wird, aber es hat den Schülerinnen und Schülern eine gewisse Sicherheit gegeben, dass sie keine Angst haben müssen, einen Nachteil bei den Prüfungen zu haben.

Ich hatte mich dafür ausgesprochen, die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer auszuweiten. Was sollte im Gegenzug aus dem Bildungsplan herausfallen? Vielleicht haben Sie die Debatte darüber mitbekommen, was vor allem der Landeschülerbeirat dazu anrät. Er hat sich dafür ausgesprochen, das Gesamtstundenkontingent von Religion auf eine Stunde zu reduzieren, um entsprechend mehr Platz für andere Fächer zu schaffen. Die Breite des Lehrplans führt dazu, dass im Unterricht sehr viel Stoff in sehr kurzer Zeit behandelt wird. Manche Themen sollten vertieft behandelt werden. Die Reduzierung des Gesamtstundenkontingents von Religion würde mehr Zeit und Raum für neue Fächer bzw. für die Ausweitung beispielsweise von Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht schaffen. Ob Religion an der Stelle das beste Fach für eine Reduzierung ist, sei dahingestellt. Allerdings ist es im Gesamtstundenkontingent

so, dass Religion im Vergleich zu anderen Fächern weitaus überwiegt. Deswegen lautet unsere Empfehlung, an dieser Stelle zu kürzen.

Gleiches gilt auch für die Naturwissenschaften. Es bedarf einer Gleichstellung der gesellschaftswissenschaftlichen und der naturwissenschaftlichen Fächer. An dieser Stelle sollte es bei der Wahl der Prüfungsmöglichkeiten beispielsweise so sein, dass man sich nicht entscheiden muss, ob man weniger gesellschaftswissenschaftliche Fächer nehmen darf als naturwissenschaftliche, sondern da sollte einfach die Freiheit herrschen, jedes Fach in jeder Kombination wählen zu können.

Auch hier ist es uns ganz wichtig, dass die Lernrückstände weiterhin aufgeholt werden, um die Ergebnisse, die wir beispielsweise in den IQB-Bildungstrends erzielt haben, zu verbessern. Dabei ist vor allem der MINT-Bereich essenziell, der auf keinen Fall zu kurz kommen darf. Gerade im mathematischen Bereich gibt es noch enormes Potenzial nach oben. Dieser Bereich darf dabei natürlich nicht hinten herunterfallen, wenn wir an anderer Stelle kürzen müssen.

Es ging noch darum, um Social Media Fluch oder Segen ist. Ich glaube, es braucht einen reflektierten Umgang damit, und zwar gerade im Bereich Instagram. Viele Schulen nutzen beispielsweise Instagram, um sich zu vernetzen und um Einblicke in das Schulleben vor Ort zu geben. Das ist vor allem für Schülerinnen und Schüler interessant, wenn sie in eine neue Schule kommen: Was macht die Schule denn aus? Werde ich da willkommen geheißen? Wie sieht der Hintergrund aus?

Ich glaube, wir können Social Media, die sozialen Netzwerke – im Speziellen Instagram – sehr gut dafür nutzen, um in Krisensituationen besser zu informieren. Gerade während der Coronapandemie wurden über diese Kanäle z. B. Informationen gestreut, und da folgen eben nicht nur Schülerinnen und Schüler der Schule, sondern auch Lehrkräfte. Auch Eltern können wir in diese Netzwerke einbinden. Beispielsweise verbreiten auch der Landesschülerbeirat oder andere Institutionen dort Informationen, Angebote etc., die auch dazu beitragen können, krisenfester und resilienter zu werden.

Einen Vorteil bietet auch die einfache Vernetzung auf Social Media. Allerdings bereitet mir beispielsweise Tiktok große Sorgen. Wir sehen, welche Personen sich dort herumtreiben und welche Inhalte dort geteilt werden. Da wäre es natürlich optimal, wenn es Strategien beispielsweise von Institutionen gäbe, um dort explizit über Fake News aufzuklären. Es gibt die Kampagne „Bitte was?!“, die bereits ihre Reichweite auf Instagram dafür nutzt, um gegen Fake und Hass vorzugehen und um aufzuklären. So etwas sollte es auch bei Tiktok geben, um dort beispielsweise Vorurteilen bzw. Falschinformationen entgegenzuwirken.

Ich finde es manchmal sehr erschreckend, was ich da tatsächlich auf Tiktok sehe, beispielsweise über Corona, aber auch zur Demokratiegefährdung etc. Es ist wirklich sehr erschreckend. Das möchte ich niemandem zutrauen, zumal selbst ich als mündiger Bürger nicht immer unterscheiden kann, ob das jetzt real oder Fake war. Angesichts

der Tatsache, dass diese Plattform viele junge Nutzer hat, stellt es eine noch größere Herausforderung dar, gerade auch in diesem Bereich Aufklärung zu betreiben. Gerade in Krisenzeiten kann es passieren, dass dort Konflikte geschürt werden, die sich so schnell hochschaukeln, dass wir mit der Aufklärung nicht mehr hinterherkommen.

Bildung und Aufklärung war eines der ersten Themen, das ich genannt habe. Das ist aus unserer Sicht essenziell, um gegen Fake News und um gegen Fehlinformationen vorzugehen. Wir müssen aber auch alle in der Gesellschaft mitnehmen, um in diesem Bereich besser aufzuklären: sowohl die Schülerinnen und Schüler sowie die Jugendlichen als vor allem auch die Eltern.

Dann wurde noch die Frage nach der größten Krise gestellt. Mir fallen zehn große Krisen ein. Ich würde es in diesem Rahmen nicht explizit auf eine beschränken wollen. Was ich allerdings mitbekommen habe und was auch bisschen meine Erfahrungen widerspiegelt, ist die Angst, dass Prüfungen nicht bestanden werden können, die Angst, dass man in dem System nicht mehr mitkommt, dass es viel zu schnell geht, dass gerade die mentale Gesundheit bei vielen Schülern bei dem Ganzen, was auf sie zukommt, einfach hinten herunterfällt. Wir sind eine Gesellschaft, die sich immer weiterentwickelt. Auf uns kommen immer mehr Aufgaben zu – allein wenn man sich einmal die unzähligen Berufe anschaut, die man heute wählen kann. Da verliert man natürlich den Überblick. Man kann auch nicht über alles den Überblick wahren. Daher die Anregung, dass man vor allem den Lehrkräftemangel schnellstmöglich in Angriff nimmt; denn wenn nicht genügend Lehrer da sind, leidet dementsprechend auch die Bildung. Deswegen sollte da entsprechend agiert werden.

Dann ging es noch um die Frage: Was wäre neu? Beispielsweise die Änderung der Prüfungskultur. Änderungen der Prüfungskultur bedingen auch immer Änderungen der Lernkultur. Insbesondere über ChatGPT haben wir tolle Möglichkeiten, die wir mit einbinden können, natürlich reflektiert und überprüft. Aber wenn wir die Prüfungskultur entsprechend ändern, schaffen wir es auch, dass sich Schüler wirklich mehr mit Themen beschäftigen und weniger einfach nur auswendig lernen, wenn sie wissen, dass sie dieses Wissen nach dem entsprechenden Test nicht mehr brauchen. Da sehen wir die Zukunft in projektorientiertem bzw. projektbasierten Lernen.

Wie man die Lebenslertage integrieren kann, ist eine gute Frage. Schule muss den Raum dafür schaffen. Zu diesem Zweck sollten wir bestimmte Inhalte aus dem Unterricht herauskürzen. Leider habe ich es nicht so wahrgenommen, dass die Lebenslertage, wie ich es genannt habe, oder die Projektstage an Schulen vermehrt angeboten werden, und wenn, dann nur an den Schulen, die ohnehin schon sehr gut mit dabei sind. Bei dieser Gelegenheit spreche ich den Lehrkräften und den engagierten Personen vor Ort an den Schulen dafür großes Lob aus.

In der Tat stimmt sich der Landesjugendbeirat mit dem Dachverband der Jugendgemeinderäte und auch mit den Personen vor Ort ab. Das ist uns ein großes Anliegen.

Diese Frage stellt sich aktuell immer dann, wenn beispielsweise von den Medien Anfragen kommen, wer denn der Landesjugendsprecher ist. Der Landeschülerbeirat konzentriert sich vornehmlich auf Schülerinnen und Schüler, aber uns ist es natürlich auch ein Anliegen, gerade solche Anfragen nicht einfach hinten herunterfallen zu lassen, weil sonst eben niemand zur Verfügung steht. Aber auch hier gilt: Der Landeschülerbeirat muss durch Wahlen und durch entsprechende Prozesse demokratisch legitimiert werden, damit die Möglichkeit besteht, auf solche Anfragen zu reagieren, gerade wenn es um Fragen zu größeren Themen geht.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, und zwar zur Kernaufgabe der Schule. Aus meiner Sicht sollte die Schule auf das Leben vorbereiten und uns zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erziehen. Das ist ihre Kernaufgabe.

Was die Frage zu der Kernarbeit der Schule bzw. danach, welche Aufgabe die Schule hat, betrifft, weiß ich leider nicht, was Sie damit meinen. Aus meiner Sicht brauchen wir aber gerade diese Themen weiterhin in der Schule. Das muss noch ausgeweitet werden, um Krisen entgegenwirken zu können. Da muss sich die Schule in der Art transformieren, dass diese Themen, die wir im Alltag haben und die auf uns zukommen, auch in der Schule zur Sprache gebracht werden, damit wir breit und sicher aufgestellt sind, um Krisen entgegenzuwirken. Dazu reicht es nun einmal leider nicht aus, nur mathematische Kenntnisse zu haben oder die Vektorgeometrie zu beherrschen, sondern dafür braucht es wirklich Lebensrealität in der Schule.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen für Fragen. Daher danke ich Ihnen, Frau Stein, Herr Lederle, Herr Gürbüz, für Ihre Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Das trägt sicherlich dazu bei, unsere Handlungsempfehlungen für ein krisenfestes Baden-Württemberg noch besser und runder zu machen. Lassen Sie sich durchaus überraschen. Sie dürfen auch im Fortgang noch die eine oder andere Eingabe an uns machen. Wir stehen dem offen gegenüber. Deswegen haben wir Sie auch eingeladen. Sie dürfen gern noch dableiben, falls Sie der nächste Punkt interessiert.

Jetzt kommt Herr Professor Dr. Leo Latasch, Leiter des Projekts „Resilienz durch Helfergemeinschaft zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen“, RESIBES, vom Deutschen Roten Kreuz Frankfurt am Main. Er ist uns digital zugeschaltet, und Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation *[Anlage 5]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

**Sv. Herr Dr. Latasch:** RESIBES war ein Projekt, das bis Ende 2018 lief und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde. Es war ein größeres Projekt, das erhebliche Gelder verschlungen hat.

Ich möchte Ihnen zunächst kurz zeigen, welches die Projektpartner waren: die Uni Freiburg mit dem Fachbereich Soziologie, die Firma Atos, die Universität Paderborn, C-LAB und die Firma mainis. Wir hatten einen Wissenschaftlichen Beirat, in dem im Grunde genommen alle verfügbaren Hilfsorganisationen, die sich auf dem Markt befinden, sowie das Technische Hilfswerk vertreten waren.

Manche Leute können mit dem Wort Resilienz sehr wenig anfangen. Auf diesem Chart sehen Sie eine Definition, die direkt aus Wikipedia stammt. Wie Sie sehen, geht es darum, Krisen oder Katastrophen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu bewältigen und durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen als Anlass für Entwicklungen zu nutzen.

Wir haben nicht akut nachverfolgt, was Corona an der Bereitschaft freiwilliger Helfer geändert hat. Bei Katastrophen wie Sturmschäden oder ähnlichen Ereignissen sehen Sie nach wie vor viele sogenannte freiwillige Helferinnen und Helfer. Das sind nicht Ehrenamtliche, sondern Freiwillige, die sich spontan zur Verfügung stellen, die bei der Stadt oder bei der Feuerwehr anrufen und sagen: „Ich habe ein paar Stunden Zeit. Kann ich kommen? Was kann ich machen?“ Freiwillige nutzen soziale Medien und Smartphones, um sich zu organisieren. Dazu werde ich Ihnen später noch etwas sagen.

Für uns als Einsatzleitung stellt das allerdings eine Herausforderung dar, weil das Ganze koordiniert werden muss. Die Freiwilligen sind nicht mit Ehrenamtlichen gleichzusetzen. Ehrenamtliche können Sie für Einsätze einteilen, während Freiwillige Ihnen z. B. sagen: „Nein, ich habe jetzt aber keine Lust, Sandsäcke zu füllen. Ich würde gern Essen austeilen.“ Das geht aber nicht, wenn Sie Personen einsetzen.

Das nächste Chart ist mit „Probleme?“ überschrieben. Wir haben versucht, zu analysieren: Wo kommen wir mit Freiwilligen in Probleme? Es gibt das Zivilschutzkonzept der Bundesregierung von 2016. Dort heißt es u. a., die freiwillige/ehrenamtliche Arbeit sei die Basis und der Rückhalt des Hilfskonzepts seitens des Zivilschutzkonzepts. Es gibt aber nach wie vor einen Mangel an ehrenamtlichen Helfern. Es gibt keinen Militärdienst mehr. Es gibt demografische Veränderungen. Job und Familie erfordern einfach mehr Flexibilität, sodass weniger Zeit übrig bleibt.

Dann heißt es natürlich immer wieder, es gebe keine Krise oder zumindest nicht bei uns – die ist immer beim Nachbarn oder woanders.

Ungebundene Helfer, also Bürger, organisieren sich spontan ohne Koordination.

Während der Krisen bzw. Katastrophen nutzen die freiwilligen Helfer soziale Medien sowie Apps.

Auf dem nächsten Chart sind die sogenannten Probleme – dafür war die Uni Freiburg zuständig –, die im Laufe der Untersuchungen mit Spontanhelfern identifiziert werden konnten, dargestellt.

Zum einen gab es Bedenken vonseiten der „Profis“: Spontane Helfer seien nicht zuverlässig – Stichwort Vertrauen –, sie verursachten mehr Arbeit als „Profis“, sie könnten wegen der nicht vorhandenen Ausbildung ein Sicherheitsrisiko sein, sie seien „Terra Inkognita“ und könnten darüber hinaus zur Konkurrenz von festen ehrenamtlichen Helfern werden.

Daher lautet die große Frage: Wer soll die Verantwortung für die Koordination von Spontanhelfern – eventuell über eine Koordinationsapp – übernehmen? Das ist auch eines der Probleme, die am Schluss kurz zu besprechen sein werden.

In RESIBES wird ein Helfernetzwerk aufgebaut, das im Falle einer Krise oder Katastrophe schnell aktiviert und koordiniert eingesetzt werden kann. Dazu ist es aber notwendig, dass sich entweder spontan oder schon vorab Personen irgendwo melden und sich grundsätzlich bereit erklären, im Bedarfsfall zu helfen. Wir müssen dann aber auch wissen, was die Leute können, also welche Qualifikationen sie haben. Deshalb haben wir in unserer Untersuchung auch zwischen sogenannten passiven und aktiven Helferinnen und Helfern unterschieden.

Ziel des Projekts war es, einerseits die Resilienz vor allem der Bevölkerung und der Rettungsorganisationen zu steigern, indem Vorsorgemaßnahmen bereits im Vorfeld und Verbesserungen hinsichtlich der Qualität und Zeit bei der Bewältigung von Krisen und Katastrophen herausgearbeitet werden. Zu diesem Zweck muss zum einen der Aufbau einer Helfergemeinschaft aus aktiven und passiven Helfern erfolgen. Man muss sich auch darüber im Klaren sein, wie der Einsatz der aktiven Helfer erfolgen soll und wie die Verteilung der Ressourcen erfolgen soll. Außerdem sollten eine Lageübersicht sowie eine Prognose zur Entscheidungsunterstützung erstellt werden, damit diejenigen, die koordinierend tätig sind, auch wissen, womit sie es überhaupt zu tun haben.

Die aktiven Helfer hinterlegen ein Profil mit ihren Qualifikationen – Sprachkenntnisse, Führerschein, medizinische Ausbildung etc. – sowie mit möglichen Hilfeleistungen und mit deren zeitlichem Umfang.

Passive Helfer melden materielle Ressourcen wie Übernachtungsmöglichkeiten in der Nähe oder Maschinen, die sie bedienen können oder die bei ihnen stehen und auf die die aktiven Helfer zugreifen können oder dass sie z. B. mit einem Auto zur Verfügung stehen, um Dinge zu transportieren.

Damit komme ich zum Einsatz der aktiven Helfer und zur Verteilung der Ressourcen. Mittels des Profils werden gezielte Anfragen für die Mithilfe in einem konkreten Einsatz

an die anbietende Helfergemeinschaft gestellt. Die Disposition und Verteilung der gesamten registrierten Ressourcen wird automatisiert. Es gibt keine Engpässe bei der Kommunikation mit den registrierten Helfern, da in diesem Projekt ein sogenanntes Ad-hoc-Netzwerk konstruiert wurde, über das Helfer untereinander in einer bestimmten Entfernung mithilfe ihres Handys kommunizieren können, ohne dass sie dafür ein Handynetzwerk brauchen. Das heißt, sollten die Netze ausfallen, wären wir mit diesem System trotzdem noch in der Lage, miteinander zu kommunizieren.

RESIBES sieht eine Lageübersicht sowie eine Prognose zur Entscheidungsunterstützung vor. Mit dieser Thematik hat sich überwiegend die Universität Paderborn befasst. Zum einen werden die Smartphones der Helfer als verteilte Sensorinstrumente genutzt. Die entsprechenden Daten können dann von den Rettungsorganisationen, die den hauptamtlichen Einsatz leisten, gezielt über eine Smartphoneapp angefordert oder proaktiv von den Helfern eingestellt werden. Dadurch ist ein frühzeitiges Erkennen von möglichen Eskalationen oder des Entstehens neuer Gefahrenschwerpunkte möglich. Die Resilienz in der Bevölkerung wird durch eine gezielte Auseinandersetzung mit einer Katastrophe gesteigert. Zudem erfolgt eine Steigerung der Resilienz der Verantwortlichen für KRITIS – vor einigen Jahren hat der Bund diesbezüglich bereits die „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen“ erstellt – durch Verstärkung der Human Resources sowie eine Steigerung der Kommunikationsinfrastruktur und des schnellen Vorhandenseins eines Lagebilds.

Im Folgenden werde ich Ihnen kurz die Aufgaben der einzelnen Projektpartner darstellen:

Die Uni Freiburg sollte – und das war für uns zunächst das Wichtigste – die Motivationen von ungebundenen Helferinnen und Helfern ergründen, Zielgruppen und Hilfsleistungen identifizieren, Schadensszenarien erstellen sowie Table-Top-Übungen durchführen. Die Uni Freiburg hat insgesamt drei solcher Übungen durchgeführt.

Das Unternehmen mainis schreibt Programme und ist in der Nähe von Frankfurt angesiedelt. Wir haben mit diesem Unternehmen in Bezug auf den Rettungsdienst schon früher zusammengearbeitet. In diesem Fall war das Unternehmen mainis mit der Erstellung einer Webanwendung zur Ressourcenverwaltung und Einsatzplanunterstützung beauftragt.

Die Universität Paderborn kennt sich sehr gut mit Kommunikationsnetzen aus und war für das Thema „Robuste Kommunikation“ zuständig. Die Aufgabenstellung lautete, für den Fall eines Ausfalls von Kommunikationsnetzen eine Basiskommunikation im Schadensfall sicherzustellen.

Das C-LAB der Universität Paderborn war für den Lageüberblick, also für die Darstellung von Situationen, unter Auswertung positionsbezogener Daten wie beispielsweise blockierte Straßen, Sensorwerte und Infrastrukturgebiete zuständig.

Aufgabe des Unternehmens Atos, das ebenfalls Programme entwickelt, war es, technische Unterstützung bei den Aspekten langfristige Helfermotivation und Organisation von ungebundenen Helfern im Schadensfall zu leisten.

Im Folgenden werde ich Ihnen zeigen, wie das Programm RESIBES, das wir im Laufe der Zeit immer weiter fortentwickelt haben, aussieht.

Auf diesem Chart sehen Sie die Schaltflächen „Mehr Erfahren“ und „Ich will helfen!“. Über Letztere kann man sich melden. Unten sehen Sie einige Musterbeispiele eingeblendet: „Bagger stürzt an Hang auf Arbeiter“ oder „Bildergalerie: Brand von dutzenden Rundballen beschäftigt Feuerwehren“. Das war ein Musterarbeitsprogramm, mit dem wir gearbeitet haben.

Auf dem nächsten Chart sehen Sie ein Anmeldeformular. Sie sehen unten das Feld „Ich möchte auch vor Ort helfen:“. Dort kann man z. B. auswählen: „Nein, erst mal nicht“. Das heißt, Sie haben sich erst einmal nur angemeldet. In dem Kästchen rechts wird erklärt, was leichte, mittelschwere bzw. schwere Tätigkeiten sind, sodass die – potenziellen – Helfer schon einmal eine Vorstellung davon haben, womit sie es eigentlich zu tun haben.

Nach erfolgreicher Anmeldung kommt die Rückmeldung „Du bist jetzt als Helfer registriert“. Damit erhält man einen Zugang und kann ein Passwort festlegen, sodass man jederzeit auf seinen Bereich zugreifen kann. Dann gibt es noch verschiedene Schaltflächen wie „Persönliche Daten“, „Ressourcen & Fähigkeiten“, „Community“, „Einstellungen“ und „Logout“. Unter dem Reiter „Community“ haben Sie dann noch die Rubrik „Meine Community“, in der die „Gruppen“, denen man beigetreten ist, aufgelistet sind.

Wir haben im Laufe der Zeit festgestellt, dass es nicht ausreicht, einfach nur eine App zu kreieren, weil Sie die Menschen damit nicht an sich binden können. Die Vorstellung war, dass die interessierten Helfer dieses Instrumentarium ebenso wie z. B. Facebook nutzen können, dass sie sich also nicht nur bei Großschadensereignissen anmelden, sondern auch ganz normal miteinander kommunizieren können, beispielsweise wie über SMS.

Hier sehen Sie die Schaltfläche „Ressourcen & Fähigkeiten“, die Teil der Anmeldung ist. Dort kann man beispielsweise besondere Qualifikationen, vorhandene Fahrzeuge oder auch vorhandenes technisches Gerät eintragen. Außerdem kann dort angegeben werden, wofür man ausgebildet ist.

Die Lenkung erfolgt im Prinzip über die Schaltfläche „Neues Ereignis anlegen“. Dort informiert man beispielsweise über die Einzelheiten zu einem Ereignis – z. B. Hochwasser in Offenbach –, die dann weitergegeben werden: Landkreis, Stadt, GPS-Position, Beschreibung des Ereignisses usw. Dazu wird dann auch gleich eine Karte eingeblendet, sodass man einen Überblick erhält. Dazu haben wir auf OpenStreetMap

zurückgegriffen. Auf dieser Karte kann man dann sehen, wer sich mit welchen Angaben eingetragen hat und wie weit entfernt sich die eingetragenen Helfer aufhalten, und dann kann man die zur Verfügung stehenden Helfer, wenn man sie auswählt, entsprechend benachrichtigen. Auf diese Weise gewinnt man einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Helfer und über die vorhandenen Ressourcen und kann mit den Personen in Kontakt treten.

Wir hatten das Programm damals für Androidsmartphones und I-Phones entwickelt. Für I-Phones sind solche Programme relativ schwer zu entwickeln, weil Apple einem wirklich Steine in den Weg legt. Aber letztendlich ist es uns dann doch gelungen.

Auf diesem Chart sind die einzelnen Programmschritte für bereits registrierte Helfer dargestellt. Registrierte Helferinnen und Helfer können entscheiden, ob sie beispielsweise als Helfer bei einem „Schneechaos in Fritzlar“ zur Verfügung stehen, wenn ihnen die anfallenden Aufgaben bekannt sind. Wir sind in der Lage, über anonymisierte Daten zu prüfen, wer wo ist. Dafür stehen unsere Systeme zur Verfügung.

Im Krisenfall können durch dieses Programm gezielt Anfragen an das Helfernetzwerk gestellt werden. Über vorab definierte Kommunikations- und Kooperationsroutinen werden der Informationsaustausch, der koordinierte Einsatz von Freiwilligen sowie die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen gewährleistet. Die Smartphones – diesbezüglich ist im Jahr 2018 eine Änderung erfolgt – der Helferinnen und Helfer können zudem als verteilte Sensorelemente zur Lagebilderstellung genutzt werden. Der Einsatzleitung und den beteiligten Katastrophenschutzorganisationen wird damit ein effektives Instrument zur besseren und schnelleren Bewältigung zukünftiger Krisen und Katastrophen zur Verfügung gestellt.

Warum habe ich auf diesem Chart explizit auf die Änderungen seit 2018 hingewiesen? Ich persönlich glaube, dass sich u. a. durch Covid extrem viel geändert hat, gerade was freiwillige Helfer und auch Ehrenamtliche angeht. Sie haben es heute eben nicht nur mit Facebook zu tun, sondern Sie haben es mit Tiktok – zu dem Inhalt will ich mich gar nicht weiter äußern –, Snapchat usw. zu tun. Wir glauben, dass gerade die Jüngeren nur durch absolutes Interesse dafür gewonnen werden können, sich an solchen Programmen zu beteiligen. Der SPIEGEL berichtete neulich über einen Hilferuf von einer Lehrerin: „Hilfe! Wir haben unsere Kinder an Tiktok verloren.“ Ich glaube, dass es heutzutage deutlich schwieriger sein wird, so etwas durchzusetzen, als es noch in den Jahren 2016 bis 2018 der Fall war. Man muss also neue Wege gehen bzw. sich noch einmal erneut damit auseinandersetzen.

Wir haben dem Bundesforschungsministerium die Ergebnisse des Projekts Ende 2018 übergeben und haben es im Rahmen des DRK zum Zwecke der Mitgliederverwaltung noch ein Jahr laufen lassen.

Damals haben wir übrigens ein juristisches Problem festgestellt, das wir bisher noch nicht lösen konnten: Wo ist ein solches Programm angesiedelt? Weil es ja auch um

Datenverwaltung ging, haben wir damals gesagt, dass ein solches Programm im Grunde genommen bei Behörden oder bei städtischen Institutionen installiert werden müsste. Wir halten nichts davon, es auf privaten Servern oder auf irgendwelchen nicht öffentlichen Servern laufen zu lassen, weil wir glauben, dass dann das Vertrauen der Menschen in dieses System nicht so groß wäre, wie es eigentlich sein sollte.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Herr Professor Dr. Latasch. – Dann fahren wir jetzt fort mit Frau Daumüller, der Geschäftsführerin des Landesfamilienrats Baden-Württemberg. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [Anlage 6] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

**Sv. Frau Daumüller:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Mitglieder der Kommission und alle, die zu dieser Stunde jetzt hier noch ausharren! Ich habe gerade überlegt, wie ich den Anschluss von Herrn Dr. Latasch zu meinem Thema hinbekomme, aber dann dachte ich, dass das ein richtig gutes Beispiel für ein flexibles, funktionierendes Netzwerk, das technisch gut unterstützt wird, ist. Insoweit schaffe ich, glaube ich, diesen Anschluss.

Was die Zeit betrifft: Ich habe einmal gehört, dass der Bundestag erst nach seiner 41. Sondersitzung zu Corona das Thema Familie thematisiert hat. Daher will ich nicht jammern.

Familien sind ein ganz zentraler Baustein für eine krisenfeste und resiliente Gesellschaft. In Familien wird der Grundstein für Bindungsfähigkeit, für Beziehungsfähigkeit, für Bildung und soziales Lernen gelegt. Familien sind auch diejenigen, die die Grundlagen für Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt legen. Familie ist für uns beim Landesfamilienrat überall dort, wo Generationen füreinander Verantwortung übernehmen, und zwar unabhängig von ihrer Form.

Das Thema dieser Enquetekommission und speziell des dritten Handlungsfelds sind vulnerable Gruppierungen. Das sind Familien per se in keiner Weise. Familien sind höchst unterschiedlich und haben alle Ressourcen. Aber ich würde sagen: Nicht überall reichen die eigenen Kräfte. Deswegen brauchen wir von Anfang an Unterstützung sowie entsprechende Angebote und Hilfen, die dann eine Art Geländer bieten.

Dann geht es um das Thema „Familie in der Krise“. Eine Familie war und ist in gewisser Weise auch schon vor der Krise irgendwie immer in der Krise. Sie wissen es vielleicht von sich selbst, wenn Sie versuchen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Es gibt eine

generelle Geringschätzung von Sorgearbeit. Wir haben zunehmend das Problem der fehlenden Kinderbetreuung, vor allem bei den unter Dreijährigen und bei den über Sechsjährigen, also ab der Schulzeit. Außerdem findet zunehmend eine Entgrenzung von Arbeit und Privatleben statt. Das hat sich während der Coronakrise noch einmal gesteigert bzw. verschoben. Es gibt eine chronische Zeitnot und Erschöpfung von Eltern, die Erwerbsarbeit und Sorgearbeit miteinander vereinbaren müssen. Wir haben es mit steigenden Wohnkosten, mit Wohnungsmangel und mit einem hohen Maß an Armutsgefährdung zu tun.

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg ist zu 16,4 % armutsgefährdet, Kinder zu 20,8 %. Das heißt, mehr als 20 % der Kinder wachsen unter Armutsbedingungen auf. Besonders armutsgefährdet sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Zuwanderungshintergrund.

Vor Kurzem haben wir uns mit dem Thema Überschuldung beschäftigt, die gravierende Folgen für Kinder hat. Es ist festzustellen, dass wir keine gut funktionierende Schuldnerberatung haben. Da passiert einfach zu wenig. Wir müssen also darauf achten, dass die Schuldnerberatung erhalten und ausgebaut wird und dass die Finanzierung gesichert wird. Wir müssen sie vor allem dahin gehend ausbauen, dass auch das Gesamtsystem Familie gesehen wird, dass also nicht nur die Erwachsenen beraten werden; denn die Kinder leiden mit.

Familien im Krisenmodus: Wirtschaftliche Bedrohung durch Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit. Auch der Krieg gegen die Ukraine und die damit einhergehende Teuerungsrate und Inflation stellt eine Krise da. Die Pandemie hat noch einmal besonders auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gedrückt. Die Kinderbetreuung ist zunächst einmal weggebrochen, die Schule ist weggebrochen. Das Homeoffice hat sich für manche etabliert, aber eben nur für manche. Es wurde immer berichtet, wie schwierig es sei, Homeoffice und Homeschooling zusammenzubringen. Aber diejenigen, die das beklagt haben, waren eigentlich noch die Glücklicheren – immerhin bedeutete Homeoffice: keine Kurzarbeit.

Noch ein Blick auf die Familien, die komplett in Unsichtbarkeit versunken sind: die Familien, die es mit schwerstpflegebedürftigen Kindern zu tun haben, die es schon immer schwer hatten. Für diese Familien war der Wegfall bzw. Abbruch der gesamten ambulanten Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur wirklich eine Katastrophe. Ich bekomme jetzt mit – das will ich auch noch einmal an das Land adressieren –, dass nach wie vor Kurzzeitpflegeplätze für schwerstpflegebedürftige Kinder fehlen. Da schieben sich Land und Kommunen gegenseitig die Verantwortung hin und her.

Bei vielen Kindern und Jugendlichen haben die Bildungsverläufe einen Einbruch erfahren. In der Folge gab es mehr Schulabbrecher. Wie Frau Engin und Frau Karst heute Morgen bereits gesagt haben, hat das Homeschooling die Ungleichheit ver-

stärkt, und zwar nicht nur wegen der unterschiedlichen technischen Rahmenbedingungen, sondern weil einfach die Unterstützung der Eltern notwendig war, die nun einmal nicht überall gleichermaßen vorhanden ist.

Für Kinder war die Zeit der Kontaktbeschränkungen natürlich schrecklich. Man stelle sich vor: Drei Jahre Kontaktbeschränkung für ein Mädchen, das 15 Jahre alt ist, bis es 18 Jahre alt ist, also: erste Liebe usw. Das heißt, die soziale Entwicklung hat einen Dämpfer erhalten.

Zum Thema Gesundheit ist zu sagen, dass laut COPSYS-Studie bei jedem dritten Teenager psychische Auffälligkeiten zu beobachten sind. Zudem steigen die psychosomatische Beschwerden.

Es wurde ein massiver Anstieg der Gewalt in der Familie registriert, und dieser Anstieg trifft auf ein ohnehin schon überlastetes Hilfesystem.

Was auch noch einmal mehr ins Blickfeld gerückt ist, waren die Bereiche Wohnen und Wohnumfeld. Für den, der ohnehin schon unter beengten Verhältnissen gelebt hat, wurde es nicht schöner. Das Wohnumfeld muss auf jeden Fall in den Blick genommen werden, wenn man die Lebensbedingungen für Kinder und Familien verbessern will.

Dieses Schaubild zeigt, dass sich die psychischen Auffälligkeiten während der Coronapandemie erhöht haben. Ursprünglich lag der Anteil bei 17,6 %. In der Coronazeit schoss der Anteil dann hoch und hat sich schließlich auf 27 % eingependelt. Allerdings stammen die Zahlen aus dem Jahr 2021. Vielleicht hat es sich mittlerweile wieder etwas verbessert. Auf jeden Fall gab es eine Anhebung im Niveau.

Was brauchen und was wünschen sich Eltern? Viele Paare wollen natürlich mehr Zeit, Ganztagsbetreuung, bessere wirtschaftliche Absicherung und unterstützende Angebote im Sozialraum. Das basiert auf Antworten, die im Rahmen einer Befragung gegeben wurden. Zum Sozialraum ist anzumerken, dass sich die Eltern Orte der Begegnung für Selbsthilfe, Austausch, Informationen, mehr Familienbildung, Erholung und Entlastung gewünscht haben. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass die Familienerholung in Baden-Württemberg seit 2005 individuell bei den Familien nicht mehr unterstützt wird.

Damit komme ich zu unseren Empfehlungen an Bund und Länder. Zum einen geht es um mehr Zeit, zum anderen aber auch um Entlastung und mehr Bildungsgerechtigkeit durch qualitativ hochwertige Bildungsangebote, und zwar auch schon in der Kita und in der Schule mit mehr Ganztagsbetreuung.

Weiterhin ist eine bessere Absicherung und Entlastung in Armutslagen zu empfehlen. Dabei geht es zum einen um die Kindergrundsicherung, über die gerade debattiert

wird. Dazu gehört aber eben auch die kostenlose bzw. kostengünstige und leicht zugängliche Nutzung zu Beratung, Bildung und Erholung. Es macht einen großen Unterschied, ob ich dafür bezahlen muss oder ob ich einen kostenlosen Zugang habe. Außerdem wird die Förderung von bezahlbaren und familienfreundlichen Wohnraum empfohlen.

Im Folgenden gehe ich noch einmal auf den Bereich Prävention und Bildung ein. Wir hören immer wieder, dass vor allem die sozioökonomische Verfassung des Elternhauses stark über Bildungschancen und Lebenslagen von Kindern entscheidet. Wenn das so formuliert wird, schwingt darin gewissermaßen auch immer ein Vorwurf mit. Die Antwort geht meistens in die Richtung, dass das Bildungssystem das noch viel stärker kompensieren muss, dass wir also ein Bildungssystem brauchen, das die gegebenenfalls vorhandenen Unzulänglichkeiten des Elternhauses ausgleichen muss – und das muss es auch. Solche Überlegungen muss man also anstellen. Für Kinder, die nicht den Vorzug haben, dass die Eltern mit ihnen ins Museum gehen oder ihnen andere Dinge wie Musikunterricht eröffnen, muss man viel tun, um sie besser in das Kita- bzw. Schulsystem zu integrieren.

Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es ausgesprochen schwierig ist, Kinder an ihren Eltern vorbei zu bilden. Das heißt, wir müssen die Eltern mitnehmen. Man muss sie adressieren und mitnehmen, und zwar schon ganz früh. Die Kita setzt mit dem dritten Lebensjahr ein – für manche später, für manche früher. Das heißt, wir müssen die Eltern früh erreichen und ihnen früh Angebote machen.

Herr Professor Sell hat einmal gesagt, wenn Sie das gesamte Bildungssystem in seiner Wirkung zusammennehmen, also angefangen bei der Kita über die Schule, die außerschulische Bildung bis hin zur Uni, dann hat das den Faktor 1, und das Elternhaus hat den Faktor 2. Das kann man im Guten wie im Schlechten sehen – auf jeden Fall muss man die Familie mitnehmen und diesbezüglich auch Angebote machen.

Das heißt, wir dürfen Prävention eben nicht nur als Freiwilligkeitsleistung verstehen, wie es in § 16 KJHG mit Familienbildung, Familienerholung und Beratung steht. Das ist so ein bisschen nach dem Motto: Ja, wenn wir noch Möglichkeiten haben, nachdem wir unsere Pflichtleistungen erfüllt haben, dann tun wir da noch etwas. Nein, es ist extrem wichtig, dass man eine solche Grundierung macht. Wenn die Grundierung nicht stimmt, dann ist es hinterher echt teuer, wenn man den abblätternden Lack wieder abschleifen und von vorn anfangen muss. Deswegen ist das ganz wichtig.

Sie sehen hier eine Zusammenfassung des 9. Familienberichts der Bundesregierung von Sabine Walper. Es wird deutlich, dass es zunehmend wichtiger wird, Verantwortungspartnerschaften für Familien zu bilden. Dabei stehen die Befähigung durch Familienbildung und -beratung sowie die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung ganz oben. Das heißt, man muss in das, was immer so schön als „Stärkung der Erziehungskraft in der Familie“ bezeichnet wird, Kräfte hineingeben. Das wird wichtig sein.

Die folgende Folie ist mit „Die Basics ‚wackeln‘“ überschrieben. Ich habe gestern mit jemanden gesprochen, der gesagt hat: Viele Familien wären schon glücklich, wenn die Basics da wären, z. B. Hebammen, Kinderärzte usw. All das ist ja mittlerweile Mangelware, sogar Medikamente, Betreuungsplätze, Vereinbarkeit, Schulsystem, Pflegesituation in der Familie und bezahlbarer Wohnraum. Das fegt einen weg. Man könnte noch Bundesbahn und Post hinzufügen, aber das mache ich nicht.

Im Folgenden stelle ich Ihnen noch die Folie „Prävention – durch resiliente Strukturen“ vor. Dem Landesfamilienrat ist es ausgesprochen wichtig, die Familienbildung, also die Angebote in Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäuser, Mütterzentren, sozialraumorientierten Zentren, Volkshochschulen oder von Jugendhilfeträgern, als zentrales und wirksames Präventionsinstrument auszubauen, und zwar rechtlich, systematisch und finanziell. Das beginnt mit einer bedarfsgerechten Planung auf der örtlichen Ebene. Die Familienbildung ist bislang kein Gegenstand von Jugendhilfeplanung. Das muss sie aber werden. Das heißt, sie muss verbindlicher Gegenstand der Jugendhilfeplanung werden. Das Landeskind- und Jugendhilfegesetz wird derzeit geändert. Dort muss es geregelt werden. Die Familienbildung sollte als eigenständiger Leistungsparagraf aufgenommen werden.

In allen Kommunen und Kreisen sollte es eine vernetzte und bedarfsgerechte Angebotsplanung geben. Das Land hat mit dem Landesprogramm STÄRKE einen Anfang gemacht und ist einen Schritt in Richtung bedarfsgerechter Angebotsplanung gegangen. Das muss noch weiter ausgebaut werden.

Auch auf Landesebene brauchen wir eine Koordinierungsstelle für Familienbildung.

Da sich die Angebotslandschaft durch digitale Angebote komplett verändert, müssen auch digitale Aspekte in die Familienbildung einbezogen werden. Diesbezüglich benötigen die Träger auf jeden Fall Unterstützung bei der Entwicklung digitaler Angebote. Das sollte dann auch modellhaft weiterentwickelt werden.

Beim Landesfamilienrat entwickeln wir gerade in Windeseile eine Onlineplattform zur Familienbildung. Das Projekt endet am 31. Dezember 2023. Wenn wir so etwas für Eltern und Fachkräfte aufbauen, ist es wichtig, dass es dann auch verlässlich fortgeführt und gepflegt wird.

Ganz besonders wichtig ist es, dass Familien vor Ort Kontakt- und Anlaufstellen mit Lotsenfunktion zur Verfügung stehen. Das muss in allen Landkreisen, Städten bzw. Gemeinden eingerichtet sein. Wir brauchen niedrigschwellige Zugänge zu den Familien, um Leistungen, aber auch Unterstützungs- und Hilfeinfrastruktur vermitteln zu können.

Wir wünschen uns natürlich, dass das Landesprogramm STÄRKE verstetigt, regelmäßig evaluiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird.

Abschließend komme ich noch zur Familienförderstrategie Baden-Württemberg. Ebenso wichtig wie die finanzielle Sicherheit von Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mehr Zeit ist der Zugang zu Bildung, Betreuung, Begegnung, Beratung und weitergehender Unterstützung durch ein gut ausgebautes Hilfesystem sowie ein dienliches Wohnumfeld.

Dazu sollte ein landesweites, konsistentes Familienförderkonzept entwickelt werden. Damit hat das Land gerade begonnen.

Eine solche Strategie, die ganz wesentlich der Prävention und Überwindung von Kinderarmut dient, muss ein Netz knüpfen, das alle Familien im Blick hat und das dort, wo Familien in Benachteiligungslagen sind, richtig fest ist. Für diese Entwicklung müssen Mittel und Ressourcen eingeplant werden. Ich habe aber noch nicht wahrgenommen, dass das tatsächlich geschehen ist. Es wird mit viel Engagement im Sozialministerium im entsprechenden Referat zusammen mit den Akteuren und den Trägern entwickelt. Aber ich würde das Parlament und die Regierung bitten, dort mehr Ressourcen hineinzugeben, damit es auch wissenschaftlich begleitet werden kann. Es muss ja nachher in den Kommunen bzw. in den Kreisen umgesetzt werden.

Hinsichtlich ganz vieler Dinge, von deren Notwendigkeit wir überzeugt sind, wird von Landesseite immer wieder die Sorge geäußert, dass das nicht den Konnexitätsfall auslösen darf. Das heißt, es darf nicht dazu führen, dass die Kommunen dann zurückbrüllen: „Wenn es Geld kostet, dann muss das Land zahlen.“ Bei manchen Sachen wird man es in Kauf nehmen müssen, wenn man bessere Strukturen haben will. Wenn die Familienbildung beispielsweise in die Jugendhilfeplanung geht und wenn dort ein Angebot entsteht, das sich nicht vollständig durch Elternbeiträge finanzieren lässt, dann wird dafür Geld zur Verfügung gestellt werden müssen.

Auf dem letzten Chart sehen Sie ein schönes Bild mit Handlungsfeldern aus der Handreichung Familienfreundliche Kommune 2020. Leider habe ich jetzt keine Zeit mehr, um darauf ausführlich einzugehen, aber auf dieser Folie ist in verschiedenen Blasen alles dargestellt: „Familienbildung, Familienerholung, Familienberatung“, „Frühe Bildung“, „Bildung, Lebenslanges Lernen“, „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, „Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr“, „Generationenbeziehungen“, „Gesundheitsförderung“ und „Freizeit und Kultur“. Besonders wichtig ist die Blase oben rechts, in der Familienbüros als Anlaufstellen mit Lotsenfunktion aufgeführt sind.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Vielen Dank, Frau Daumüller. – Damit treten wir in die Diskussionsrunde ein. Ich gebe zunächst Frau Abg. Dr. Aschhoff für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Dr. Susanne Aschhoff** GRÜNE: Wir haben schon im ersten Handlungsfeld gehört, welche Leistungen Familien im Bereich Care-Arbeit und in allen möglichen anderen Bereichen erbringen und welche Konsequenzen es hätte, wenn diese Arbeit nicht geleistet würde.

Frau Daumüller, eine meiner Fragen haben Sie am Schluss bereits beantwortet, nämlich die Frage zu der Aufstellung der Netzwerke. Das sollte also bedarfsorientiert erfolgen. Das hat mich an den Bildungsbereich erinnert. Sie haben gesagt, Familien wünschen sich Zeit füreinander. Während der Coronapandemie wurden verschiedene neue Arbeitsplatzmodelle entwickelt, die wohl auch bestehen bleiben werden. Gehen Sie davon aus, dass Modelle wie Jobsharing, flexible Arbeitszeiten oder Homeoffice Familien mehr Zeit miteinander verschaffen können, oder führen sie möglicherweise zu einer Retraditionalisierung in dem Sinn, dass gerade in Krisensituationen die Care-Arbeit doch wieder vermehrt in Richtung der alten Rollenbilder geht? Dieser Aspekt fließt ja zum Teil in die Arbeitsplatzmodelle ein.

**Abg. Christiane Staab** CDU: Herr Dr. Latasch, ich habe mehrere Fragen an Sie.

Zunächst: Warum ist das Projekt nicht weiterverfolgt worden? Immerhin erachten wir das Thema „Organisation von nicht gebundenen, aber freiwilligen Helfern“ doch als notwendig. Die Katastrophe im Ahrtal hat noch einmal deutlich gemacht, dass es sehr viele Spontanhelfer gibt, deren Hilfsangebote allerdings im Krisenfall nicht organisiert bzw. koordiniert werden können. Man müsste also im Vorfeld im Prinzip eine Struktur entwickeln, um die Einbindung von Spontanhelfern im Katastrophenfall gut organisieren zu können. Ich hatte eigentlich den Eindruck, dass das Projekt RESIBES genau auf dem richtigen Weg ist. Warum ist es dann nicht fortgeführt, sondern beendet worden?

Die Datenbank, die Sie beschrieben haben, hat mich spontan an die Knochenmarkspenderdatei erinnert, wo man sich zunächst einmal registrieren lässt und dann möglicherweise irgendwann mal einen Anruf mit der Frage erhält, ob man bereit ist, jetzt aktiv zu werden. Im Prinzip könnte die Datenbank doch genauso wie eine Spenderdatei laufen.

Wie könnte man das Projekt fortschreiben? Auf welcher Ebene sollte es angesiedelt sein? Sie hatten nur generell von „Verwaltung“ gesprochen. Auf welcher Ebene wäre es dann vorzugsweise anzusiedeln: auf der kommunalen Ebene, um die Menschen direkt vor Ort einzubinden, oder auf der Kreisebene, um einen etwas weiteren Bogen zu spannen?

Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage des Datenschutzes. Wir haben gesehen, dass die Daten anonymisiert sind. Ich sage es gleich vorweg: Ich bin der Meinung, im Katastrophenfall gibt es Dinge, die wichtiger sind als ein hundertprozentiger Datenschutz. Ich fand es spannend, dass Sie anhand des Programms sehen können, wer gerade in der Lage ist, sich an einem Einsatz zu beteiligen. Wie verhält

es sich also mit dem Datenschutz? Gab es bei Ihnen diesbezüglich Probleme? Hat der Datenschutz irgendwann auf der Matte gestanden und hat den Finger gehoben, aber sind Sie da relativ unbehelligt geblieben?

Frau Daumüller, auch Sie hatten noch einmal das Thema „Sozioökonomische Befindlichkeit des Elternhauses“ angesprochen und gesagt, dies sei ganz entscheidend. Ich sage Ihnen ganz offen: Dazu gehört dann auch noch mehr, als nur Geld zu haben. Es gibt viele Familien, die richtig viel Geld haben. Trotzdem funktioniert es nicht, und die Familie ist völlig dysfunktional. Dann gibt es Familien, die in sehr einfachen Verhältnissen leben, die aber funktionieren. Wie kann man diesbezüglich den Blick für das realistisch Machbare schärfen?

Sozioökonomisch heißt, dass eine Familie in der Lage ist, mit sehr viel persönlichem Einsatz, der dort geleistet wird, ein funktionales Elternhaus herzustellen. Das würde ich mir einfach wünschen, und da lautet meine Frage, wie man in die ganze Debatte einfließen lassen kann, was es tatsächlich bedeutet, ein gutes Elternhaus zu sein. Es ist nicht damit getan, dass Tausende Bücher im Regal stehen, sondern man braucht ganz viel Eigenengagement, um dann diese Bücher in die Hand zu nehmen und sie vorzulesen. Und da hat man dann keine Zeit mehr für sich selbst; das muss man einfach auch sagen. Vielleicht könnte der Landesfamilienrat auch einmal deutlich darauf hinweisen, dass das anstrengend und mit sehr viel Arbeit verbunden ist.

Ich komme jetzt wieder zu meiner eigentlichen Frage zum Thema Familienbildung, Elternbildung usw. zurück: Was mache ich denn, wenn Eltern einfach gar keine Lust haben, keine Zeit oder auch keine Kraft haben? Wenn sie selbst beispielsweise von Behinderung oder von Sucht betroffen sind, dann haben sie einfach keine Ressourcen mehr, um abends noch ein Buch in die Hand zu nehmen, sich ans Bett zu setzen, ein weinendes Kind in den Arm zu nehmen und dann noch vorzulesen und zu singen. Wie gehen Sie also damit um, wenn diese Ressourcen schlichtweg nicht vorhanden sind und wenn noch nicht einmal mehr die Kraft vorhanden ist, den Weg ins Familienzentrum zu gehen? Ich verstehe das alles, aber es ist nicht damit getan, dass man einfach nur sagt: Wenn das Sozioökonomische in einer Familie stimmt, ist alles gut, und die anderen Familien, in denen das nicht der Fall ist, müssen wir lediglich bilden. Nein, es ist mit einem extrem hohen eigenen Einsatz verbunden, ob es läuft oder ob es nicht läuft. Das sage ich als vierfache, voll berufstätige Mutter.

**Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke** SPD: Sehr geehrter Herr Dr. Latasch, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich werde meine Fragen auch aus Zeitgründen eher an Frau Daumüller richten.

Sie haben über Erholung gesprochen. Wir hatten am Montag eine Veranstaltung, an der auch einige von uns teilgenommen haben. Dort hatte sich u. a. eine Gruppe zu Wort gemeldet, von der wir in letzter Zeit mehrfach gehört haben, dass sie unterrepräsentiert ist und zu wenig Lobby hat, und zwar die Eltern bzw. Angehörige von schwerst-

behinderten bzw. mehrfach behinderten Kindern. Sie haben in diesem Zusammenhang das Thema Erholung angesprochen. Auch wenn es jetzt ein bisschen seltsam klingen mag, möchte ich gern einmal konkret nachfragen, was genau in diesem politischen Setting mit Erholung gemeint ist. Als Mutter, die sich Erholung wünscht, denke ich dabei zuerst an Kino, Babysitter, ausschlafen usw. Hier geht es allerdings um einen anderen, strukturierteren Ansatz. Vielleicht könnten Sie das noch näher erläutern.

Sie haben gesagt, dass Familienbildung verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfe werden sollte. Das ist eine wichtige Forderung. Obwohl ich selbst Vorsitzende einer Familienbildungsstätte bin, muss ich auch einmal sagen, dass ein Problem darin besteht, dass man unter Familienbildung alles oder nichts packen kann. Ich gehe davon aus, dass wir alle sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was Familienbildung eigentlich ist. Könnten Sie noch einmal herausarbeiten, welches die Kernbestandteile der Familienbildung sein sollten, gerade wenn es um die Zielsetzung geht, dass wir diesbezüglich eine Verbindlichkeit erreichen? Was sollte also in Bezug auf den großen Bereich der Familienbildung verbindlich festgeschrieben werden, natürlich auch mit Blick auf das Thema Familienförderkonzept?

Es gibt in Baden-Württemberg sehr starke Landkreise und starke Kommunen. Das Land ist in vielen Bereichen nicht so ein starker Player, was zum Teil ganz gut ist, weil dann Verantwortung vor Ort gelebt wird und zum Teil auch sehr innovative Konzepte entstehen. Andererseits haben wir die Situation, dass es in Baden-Württemberg keine Gleichheit der Lebensverhältnisse gibt. Ich glaube, das ist jetzt nicht nur meine These, sondern das kann man grundsätzlich als Problematik sehen.

Sie haben sich auf Ihrer letzten Folie auf die Handreichung Familienfreundliche Kommune 2020 bezogen. Mit Blick auf die Zielsetzung, in etwa gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen, würde mich der Blick hinaus in die Fläche interessieren. Wie sieht es bei den kleineren Kommunen im Land aus? Wahrscheinlich gibt es einige Kommunen, die sich stark um die Themen Familienbildung, Familienförderstrategien usw. kümmern.

**Abg. Nikolai Reith** FDP/DVP: Herr Professor Latasch, Sie haben ein Konzept bzw. Projekt beschrieben und haben das auch mit Überzeugung vorgetragen. Trotzdem ist das Projekt nicht zum Laufen gekommen. Woran ist es gescheitert, bzw. warum sind Sie davon überzeugt, dass das Projekt trotzdem in unsere Empfehlungen einfließen sollte? Welche Elemente des Projekts halten Sie für eine künftige Krisenbewältigung bzw. für die Resilienz für so wichtig, dass wir es übernehmen sollten?

Ist Ihnen bekannt, ob es im Ausland ähnliche Projekte bzw. Konzepte gibt, die funktionieren und auch eingesetzt werden? Ich meine, gehört zu haben, dass es beispielsweise in Norwegen eine ähnliche App bzw. Anwendung gibt.

Frau Daumüller, Sie haben die Entgrenzung des Berufs- und Privatlebens angesprochen. Dabei geht es natürlich auch um mobile Arbeit und um Homeoffice. Ich glaube,

das Rädchen können wir nicht mehr zurückdrehen. Worauf müssen wir achten? Was können wir tun, damit es eben nicht Fluch, sondern Segen ist? Ich bin der Meinung, dass diese Form des Arbeitens durchaus Chancen bietet. Welches ist Ihrer Einschätzung nach die größte Herausforderung, mit der wir es diesbezüglich zu tun haben und auf die wir eine Antwort finden müssen?

Sie haben gesagt, dass die Gesamtfamilie als Klient betrachtet werden sollte. Es gibt in unserem Hilfesystem Bereiche, wo das nicht geschieht. Können Sie vielleicht einige Beispiele nennen, welches die größte Schwachstelle ist, wo also besonders sichtbar wird, dass wir die Familie nicht als Klienten sehen, und wie sich das dann entsprechend negativ auswirkt?

Jetzt komme ich noch auf ein spezielles Thema zu sprechen. Während der Coronapandemie wurden im Jahr 2020 keine Einschulungsuntersuchungen durchgeführt. Diese öffnen uns eigentlich ein Fenster, durch das wir ein bisschen in die Familien hineinschauen können. Einschulungsuntersuchungen finden nach wie vor noch nicht wieder vollumfänglich flächendeckend statt. Es ist klar, dass die Gesundheitsämter diesbezüglich unter einem besonderen Druck stehen. Wie bewerten Sie die Einstellungsuntersuchung grundsätzlich? Wie wichtig ist sie gerade auch für Ihre Arbeit?

Vielen Dank.

**Dr. Marco Krüger**, externes Mitglied: Herr Latasch, gibt es Ihrer Ansicht nach eine Verbindung zwischen der Bereitschaft von Menschen, als ungebundene Helfer tätig zu werden, und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt? Würde es den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, wenn wir eine solche Hilfsform durch Menschen, die sich einbringen wollen, organisieren würden?

Woran ist es denn konkret gescheitert, dass die Hilfsorganisationen ein derart gutes Projekt noch nicht in der Fläche umgesetzt bzw. ausgerollt haben, um ungebundene Helferinnen und Helfer aktiv zu integrieren? Dies wäre doch gerade angesichts der Tatsache, dass sich immer weniger Menschen ehrenamtlich engagieren, eine sinnvolle Maßnahme.

Hat das Projekt RESIBES, obwohl es nicht flächendeckend ausgerollt wurde, denn irgendwelche Spuren bei den Hilfsorganisationen, die daran beteiligt waren, hinterlassen?

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Dann übergebe ich das Wort direkt an Herrn Professor Dr. Latasch, damit er die an ihn gerichteten Fragen beantworten kann. Anschließend erhalten Sie, Frau Daumüller, das Wort.

**Sv. Herr Dr. Latasch:** Zusammen mit der Präsentation hatte ich Ihnen ein fünfseitiges Papier übersandt, das eine Übersicht beinhaltet, was es im Ausland schon seit Jahren an Apps oder ähnlichen Dingen gibt, die dort auch funktionieren.

Warum ist das Projekt nicht fortgeführt worden? Das hängt mit der Form der Forschung zusammen, die wir in Deutschland machen bzw. die das BMBF macht. Sie bewerben sich im Rahmen einer Ausschreibung, und dann kommen Sie zum Zuge oder auch nicht. Wenn Sie zum Zuge kommen, bearbeiten Sie Ihr Thema. Dann nehmen Sie dieses Thema und geben es im Grunde genommen so, wie es ist, nach drei oder fünf Jahren wieder ab. Das Problem ist: Obwohl dafür jedes Jahr rund 800 Millionen € zum Teil rausgeschmissen werden, interessieren die Ergebnisse am Schluss eigentlich niemanden. Wenn es negativ ist, geht die Schublade auf und es geht rein. Wenn es positiv ist, haben Sie vielleicht das Glück, dass es jemanden interessiert und es dann weitergegeben wird. Wir reden hier von 800 Millionen €, und 99,9 % verschwinden in der Schublade.

Ja, es hat einen bleibenden Eindruck beim DRK hinterlassen. Einige DRK-Ortsverbände nutzen die App nach wie vor für die Koordination.

Ich glaube, Freiwillige verbindet ihre Freiwilligkeit. Das heißt, wenn dieses Programm noch minimal erweitert würde, wie es ursprünglich angedacht war, indem den Personen, die sich freiwillig melden, eine Plattform geboten wird, auf der sie kommunizieren können – das ist heutzutage einfach extrem wichtig –, dann könnte ich mir durchaus vorstellen, dass es die Leute zusammenbringt.

Wir haben von Beginn an von uns aus juristische Gutachten in Auftrag gegeben, ohne dass jemand datenschutzrechtliche Bedenken geäußert hat. Im Rahmen dieser Gutachten sind wir auf kleinere Probleme aufmerksam gemacht worden, z. B. auf die Frage, wo ein solches Programm in Zukunft gehostet werden sollte. Das ist letztendlich egal. Es muss nur jemand bzw. eine Behörde sein, zu der die Menschen Vertrauen haben. Obwohl die Nutzer nicht allzu viel an persönlichen Daten freigeben, haben die Menschen heutzutage sehr großen Respekt vor dem Datenschutz und halten sich dementsprechend zurück.

Was die Fortführung dieses Programms betrifft, kann ich Ihnen nur sagen: Man kann es jederzeit fortführen. Das heißt, wenn Sie es ausprobieren möchten, wäre das überhaupt kein Problem. Wir schreiben an das BMBF und teilen mit, dass wir es an jemanden weitergeben, der das gern ausprobieren möchte. Glauben Sie mir: Sie werden beim BMBF mit offenen Armen empfangen, da es für jedes Projekt, das dann doch irgendwann in die Öffentlichkeit gerät, dankbar ist, weil man dadurch zeigen kann, dass mit dem Geld, das man ausgibt, vielleicht doch etwas Gutes gemacht hat.

**Sv. Frau Daumüller:** Frau Dr. Aschhoff, Sie hatten mich nach meinen Erfahrungen gefragt, ob während der Coronapandemie eine Art Retraditionalisierung in den Familien stattgefunden hat. Dazu gibt es unterschiedliche Studien. Die einen haben sehr

schnell vorausgesagt, dass es so sein wird. Ich glaube, in Teilen hat man auch wahrnehmen können, dass die Frauen wieder mehr an Erziehungs- und Sorgearbeit geleistet haben, weil einfach die Betreuung weggebrochen ist. Gleichzeitig war aber auch das Engagement der Väter wiederum höher. Das hatte auch etwas mit der Zunahme von Homeoffice zu tun. Wenn der Vater zu Hause hat arbeiten können, während die Mutter beispielsweise bei dm gearbeitet hat, dann hat der Vater mehr mit den Kindern und auch mehr im Haushalt gemacht. Das hat sich also ein bisschen die Waage gehalten. Ich kann das auch nicht wirklich beantworten.

Sie hatten noch danach gefragt, welche Arbeitsplatzmodelle ich empfehlen würde. Insgesamt wäre eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Eltern etwas, was sich zu überdenken lohnt. Zwei vollzeitnahe Jobs sind in der Regel nicht mit mehr als zwei Kindern leistbar. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Eltern ist ja auch immer wieder in der Debatte. Aber das würde dann eben auch einen finanziellen Ausgleich, also eine Art Teilelterngeld, erforderlich machen. Ich sehe nicht, dass sich das im Moment abzeichnet, aber das wäre eigentlich richtig, z. B. 90 % verdienen und nur 75 % arbeiten oder so ähnlich.

Frau Staab hatte eine Frage zum Thema Erziehungsfähigkeit gestellt. Sie hatten dieses schnelle Zurückführen von Bildungserfolg auf die soziale Herkunft hinterfragt. Natürlich ist das nicht nur eine Frage der finanziellen Verhältnisse von Familien, sondern auch eine Frage des Bildungsstands der Eltern und von deren Disziplin oder deren Rückbindung zur Religiosität oder Spiritualität. Dass es nicht unbedingt immer nur mit dem Geld zusammenhängt, ist schon klar.

Dann hatten Sie auch gefragt, was wir mit den Menschen machen, die wir mit der Familienbildung einfach nicht erreichen. Angebote der Familienbildung oder andere Beratungsangebote sind gut, wenn sie angenommen werden. Aber was mache ich mit denjenigen, die das nicht aktiv suchen? Da kann man wirklich nur sagen: Zugehende Angebote ausbauen und die Eltern sehr früh kontaktieren. Es gibt einige Gemeinden, die eine Art Willkommensbesuch machen. Da kommt ein Kind auf die Welt, und dann gehe ich dorthin, weil die Eltern in der Zeit nach der Geburt erfahrungsgemäß sehr offen sind. Das würde auch bedeuten, dass man auch in Geburtskliniken einen offenen Blick hat, weil ich die Eltern dort gleich am Anfang erlebe. Erfahrene Hebammen können eigentlich immer gleich einschätzen, was das Elternpaar für das Kind später vielleicht bedeuten wird oder eben auch nicht. Da viel Aufmerksamkeit hineinzugeben, wäre etwas, was ich Ihnen jetzt einmal auf die Schnelle sagen kann.

Frau Dr. Kliche-Behnke, Sie hatten eine Nachfrage zum Thema Familienerholung gestellt. Unter diesen Begriff fallen vor allem Familienfreizeiten, also Qualitätszeit für Familien, dass also die ganze Familie drei Wochen Zeit für sich hat und auch Bildungsangebote oder Angebote, bei denen man auf ihre spezielle Situation eingehen kann, bekommt. Ich denke, das wird jetzt, wo das Reisen wieder teurer wird, noch einmal wichtiger. Bislang war der Mallorca-Urlaub mit dem Flieger wahrscheinlich günstiger als eine Woche Familienferien im Schwarzwald, und das ändert sich jetzt gerade.

Dann hatten Sie auch noch gefragt, wie man die Familienbildung einordnen muss. Das kann ja alles sein, und das ist auch vieles. Das sind offene Angebote in Mütterzentren oder auch festgelegte Kurse, bis hin zu Haushaltsorganisationstrainings, wo jemand in die Familie kommt.

Wir haben vor einigen Jahren einen Qualitätsrahmen für Familienbildung erarbeitet, den ich hier jetzt nicht im Einzelnen referieren werde. Aber ich glaube, dass es für die Politik durchaus wichtig ist. Wenn man dafür Mittel zur Verfügung stellt, dann muss man sich auch sicher sein können, dass es sich um ein Angebot handelt, das wirksam ist und das auch die gewünschte Qualität hat. Es muss allerdings für die unterschiedlichen Anbieter dann auch unterschiedlich sein, weil sie ja unterschiedlich ausgestattet sind.

Eines möchte ich an dieser Stelle auch noch sagen: Viele der Honorarkräfte, die in der Familienbildung eingesetzt werden, sind während der Coronazeit relativ stark weggebrochen, und die hat man genauso wenig zurückgewinnen können wie andere Kräfte, die entweder in Kurzarbeit geschickt oder gar nicht gebraucht wurden.

Im Rahmen des Programms STÄRKE haben wir Erfahrungen hinsichtlich der Gleichheit der Lebensverhältnisse quer übers Land gemacht. Es hat lange gedauert, bis die Kreise da flächendeckend eingestiegen sind. Ich glaube, es sind noch zwei der 44 Landkreise im Land Baden-Württemberg, die standhaft sind und nicht mitmachen. Aber ansonsten ist es so, dass die Kommunen Stück für Stück das Thema Familienförderung als wichtiges Thema für sich entdecken. Wir führen derzeit ein Projekt zur Bewältigung von Coronafolgen und zum Aufbau resilienter Strukturen in Familienbildung und -beratung durch und erleben, dass die derart mit Zusatzaufgaben und Projekten überzogen sind, dass sie mittlerweile auch sagen: „Wir können nicht mehr.“ Aber das haben Sie wahrscheinlich schon gehört. Ansonsten denke ich, dass das für die Kommunen zunehmend ein Thema werden wird.

Herr Reith hatte eine Frage zur Entgrenzung von Arbeit und Privatleben gestellt. Ja, in der Tat ist das gleichermaßen Fluch und Segen. Wenn ich zu Hause arbeite, dann kann ich natürlich morgens mit dem Kind zum Kinderarzt gehen und hänge die versäumte Arbeitszeit dann abends dran. Dafür habe ich dann keinen Feierabend oder bin auch am Sonntag noch beschäftigt. Ich denke, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber insofern eine Verantwortung haben, als man da noch einmal schauen muss, wie lange man Mails schickt usw. Wir organisieren zusammen mit dem Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft das Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“. Das ist jetzt um den Bereich Digitalisierung erweitert worden, und zwar auch genau im Hinblick auf diese Entgrenzung. Dabei geht es darum, was Arbeitgeber anbieten können, was sie also schon in Richtung Arbeitsorganisation, Zeit und mobilem Arbeiten machen, aber eben auch mit dieser ganzen Aufmerksamkeit, die da lautet: Was kann ich als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber leisten, was tue ich dafür? Da wird man dranbleiben müssen. Das sehen wir also auch als Glück und Segen gleichermaßen an.

Dann hatten Sie unter dem Stichwort „Familie als Klient“ noch gefragt, wo es noch nicht klappt, beispielsweise in der Schuldnerberatung. Es war z. B. lange Zeit in Frauenhäusern so, dass die Kinder wie eine Art Gepäckstück mitgebracht wurden. Die Kinder waren aber ebenso von häuslicher Gewalt betroffen. Das hat deren Leben genauso geprägt wie das der Mütter. Dann kamen die Mütter mit den Kindern in die Frauenhäuser und sind mit ihnen wieder gegangen wie mit einem Koffer. Da hat es auch einige Zeit gedauert. Dafür gibt es wahrscheinlich noch mehr Beispiele, aber bei der Schuldnerberatung ist es uns eben aufgefallen. Man sollte nicht unterschätzen, was es für Kinder bedeutet, wenn die Familie nicht nur arm, sondern überschuldet ist. Das ist von der Bedrohlichkeit her noch einmal eine andere Situation, auch begleitet von einer Abstiegsangst.

Die Einschulungsuntersuchung ist bislang nicht unser Terrain. Wahrscheinlich ist sie wichtig. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Mir ist allerdings ein Beispiel eingefallen, das ich Ihnen zur Kenntnis bringen möchte. Im April dieses Jahres hat uns eine ehrenamtliche Betreuerin einer ukrainischen Familie angerufen und hat gesagt, sie betreue eine Familie mit einem dreijährigen Mädchen. Das Mädchen hätte ab Mai einen Kindergartenplatz, aber sie kann da nicht hin, weil die Eltern keinen Kinderarzt gefunden haben, der die vorgeschriebene Masernimpfung durchführt. Es hat Wochen gedauert. Ich weiß noch nicht einmal, wie es ausgegangen ist. Wir haben dann das Landesgesundheitsamt eingeschaltet. Das ist auch noch ein Thema: Wir haben hohe Ansprüche, aber manchmal gibt es die Struktur einfach nicht mehr her, diese Ansprüche zu erfüllen.

**Vorsitzender Alexander Salomon:** Ich schaue jetzt noch einmal in die Runde und auch in den digitalen Raum, ob es noch Ergänzungen, Hinweise oder Nachfragen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich mich vielmals bei Ihnen, Frau Daumüller und Herr Professor Dr. Latasch, bedanken, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Ihre Äußerungen werden sicherlich in unsere Arbeit einbezogen. Wenn Ihnen im Nachgang noch etwas einfällt, dann schicken Sie uns das bitte und weisen Sie uns darauf hin. Ansonsten vielen Dank. Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende.

Wir sind jetzt am Ende von Teil I – öffentlich – unserer Tagesordnung angekommen. Wir haben jetzt noch Teil II – nicht öffentlich – vor uns. Ich darf noch darauf hinweisen, dass die nächste Sitzung am Freitag, 21. Juli 2023, um 9:30 Uhr stattfinden wird. Die Tagesordnung ist online einsehbar. Vielen Dank an alle, die so lange durchgehalten haben. Wir treten jetzt umgehend in die nicht öffentliche Sitzung ein.

(Schluss des öffentlichen Teils: 18:52 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

## ***Kinder und Familien mit Fluchterfahrung in Deutschland – Forschungsstand, Handlungsnotwendigkeiten und Empfehlungen***

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“

Freitag, 30. Juni 2023, 12:00 Uhr Plenarsaal (Haus des Landtags)



Havva Engin  
Pädagogische Hochschule Heidelberg  
Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung  
und Transkulturelle Pädagogik – Hei-MaT  
engin@ph-heidelberg.de

Name

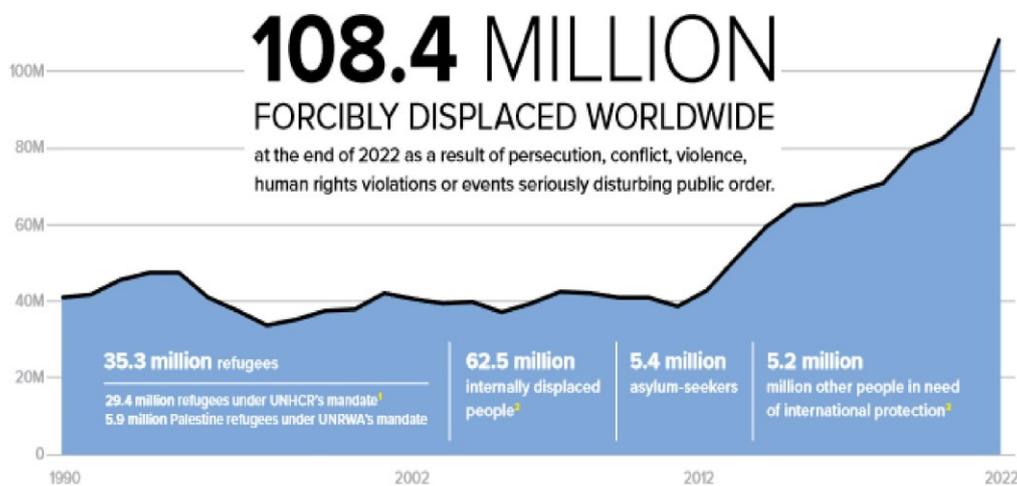
### **Aufbau**

- I. Fluchtmigration – global
- II. Fluchtmigration – Deutschland
- III. Lebenslagen von Kindern und Familien mit Fluchterfahrung
- IV. Riskante Lebenslagen und *Krisenbewältigung*
  - I. Trauma – PTBS
  - II. Schulische Integration und Teilhabe
  - III. Pandemie
- V. Handlungsbedarfe
- VI. Empfehlungen
- VII. Literatur

Name

• **Fluchtmigration – global**

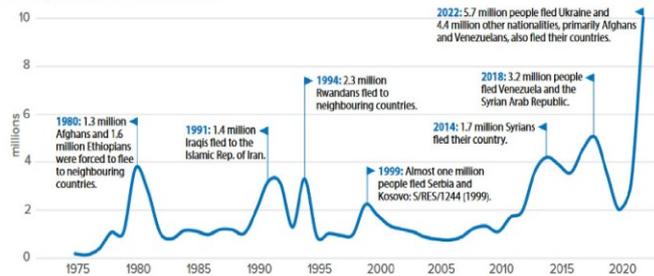
Name



<https://www.unhcr.org/global-trends>

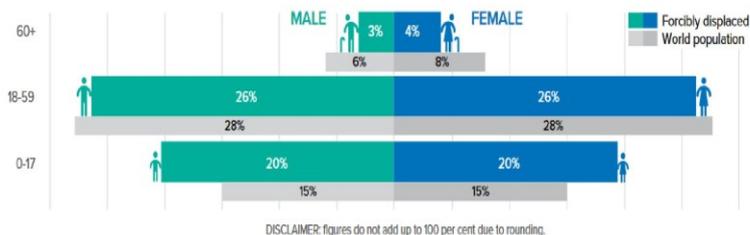
Name

Figure 1 | Refugees, asylum-seekers and other people in need of international protection displaced during each year<sup>a</sup> | 1975 – 2022



### DEMOGRAPHICS OF PEOPLE WHO HAVE BEEN FORCIBLY DISPLACED

Children account for 30 per cent of the world's population, but 40 per cent of all forcibly displaced people.<sup>a</sup>

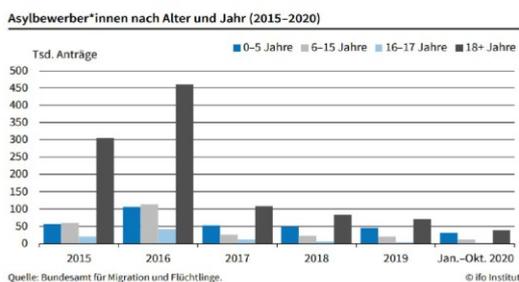


<https://www.unhcr.org/global-trends>

Name

## Fluchtmigration – Deutschland

Name



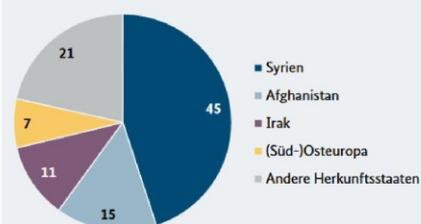
<https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-12-rude-gefluechelte-kinder-covid-19.pdf>  
<https://www.iwd.de/artikel/woher-kommen-die-schutzsuchenden-in-deutschland-551290/>

Name

- **Lebenslagen von Kindern und Familien mit Fluchterfahrung**

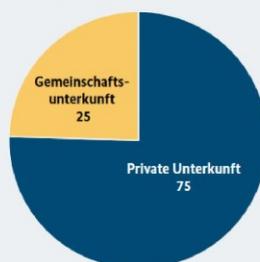
Name

Abbildung 1: Geflüchtete Familien nach Herkunftsländern und -regionen (in Prozent)



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2017, Daten gewichtet, Anzahl der Beobachtungen = 2.063.

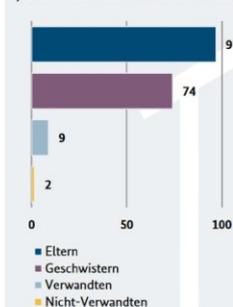
Abbildung 2: Geflüchtete Familien nach Unterkunft (in Prozent)



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2017, Daten gewichtet, Anzahl der Beobachtungen = 2.063.

Abbildung 3: Geflüchtete Familien nach Haushaltskonstellation (in Prozent)

a) Die Kinder leben im Haushalt zusammen mit



b) Haushaltskonstellationen



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2017, Daten gewichtet, Anzahl der Beobachtungen = 2.063. Werte unter 2 % werden nicht dargestellt.

[https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse5-2019\\_jab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-familien.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse5-2019_jab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-familien.pdf?__blob=publicationFile&v=7)

Name

## • Riskante Lebenslagen und *Krisenbewältigung*

- Trauma – PTBS
- Pandemie
- Schulische Integration und Teilhabe

Name

## • Trauma – PTBS

Name

Rude, Britta (2020): **Psychosoziale Umstände durch belastende Erlebnisse**

„Bis geflüchtete Kinder ihre Flucht beenden und in Deutschland Fuß fassen, sind sie oft über längere Zeiträume Extremsituationen, wie dem Verlust einer Bezugsperson oder ihrer Heimat, aber auch Gewalt ausgesetzt.

Soykoek et al. (2017) finden, dass **26%** der geflüchteten Kinder in einer bayrischen Erstaufnahmeeinrichtung zwischen null und sechs Jahren und **33%** der Kinder zwischen sieben und 14 Jahren unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung (**PTBS**) leiden.

Eine weitere Studie mit geflüchteten Kindern in Bayern betrachtet diese Fragestellung für begleitete und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Müller et al 2019). Die Autoren finden, dass unbegleitete Minderjährige anfälliger für negative Einflussfaktoren auf ihre Entwicklung sind.

So verzeichnen **65%** der **UMFs** eine **PTBS**, im Vergleich zu **37%** der **begleiteten** geflüchteten Kinder. Bei **42%** der unbegleiteten Minderjährigen und bei **30%** der begleiteten geflüchteten Kinder lässt sich eine **Depression** feststellen.“

<https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-12-rude-gefluechtete-kinder-covid-19.pdf>

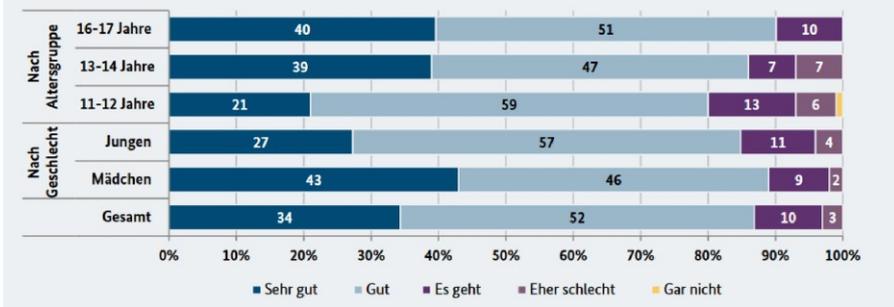
Name

# Schulische Integration und Teilhabe

Name

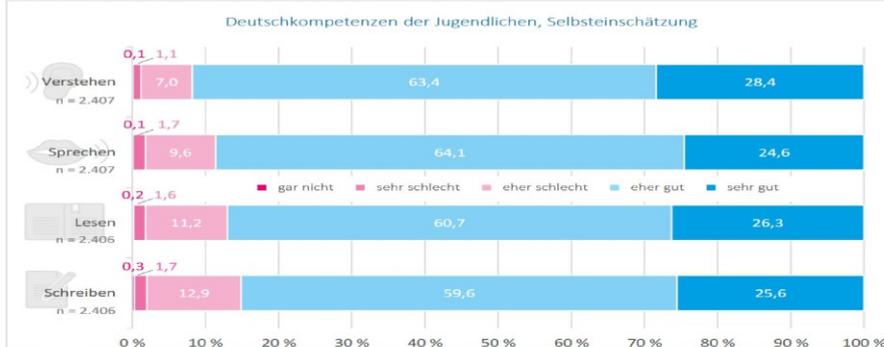
Abbildung 7: Deutschkompetenzen<sup>1</sup> und Deutschförderung (in Prozent)

a) Einschätzung der Deutschkompetenzen (Sprechen, Schreiben, Lesen)



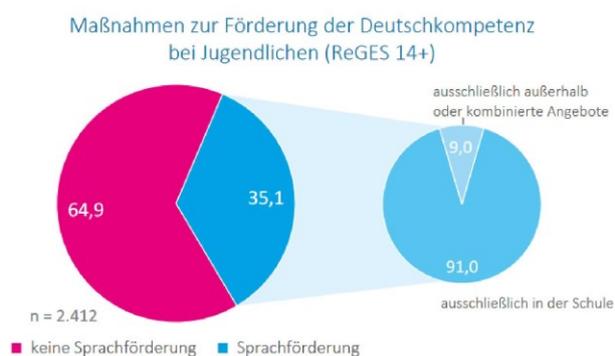
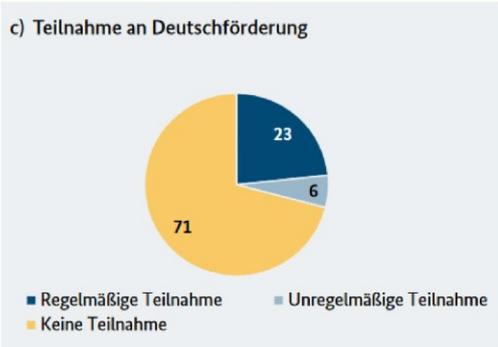
Deutschkompetenzen der Jugendlichen der Gruppe ReGES 14+ im Selbsturteil

Angaben in Prozent | nach Will, Balaban, Dröscher, Homuth & Welker (2018)



<https://www.ifli.de/reges>  
<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/67582>

Name



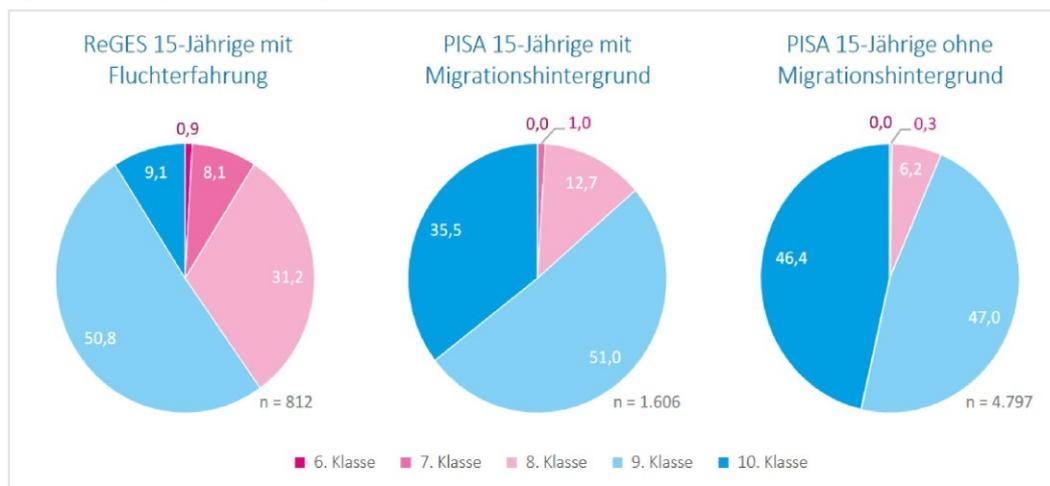
<https://www.lifbi.de/reges>  
<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/67582>

Name

## „Überalterungsproblematik“

Beschulung der Jugendlichen der Gruppe ReGES 14+ nach Klassenstufe: Vergleich der 15-Jährigen der ReGES-Stichprobe mit denen der Deutschland-Stichprobe der PISA Studie 2015, mit und ohne Migrationshintergrund

Angaben in Prozent | nach Will & Homuth (2020b)



<https://www.lifbi.de/reges>

Name

## • Teilnahme an (Außer)-Schulischen Angeboten

Name

**Abbildung 4**  
Teilnahmequote von Jugendlichen (14- und 17-Jährige) an schulischen Aktivitäten außerhalb des regulären Unterrichts  
In Prozent



Anmerkungen: N = 2 163.  
Quellen: SOEP v.35, Jahre 2007–2018, gewichtet, eigene Berechnungen.  
© DIW Berlin 2020

Jugendliche mit Fluchthintergrund nehmen seltener an schulischen Aktivitäten außerhalb des regulären Unterrichts teil.

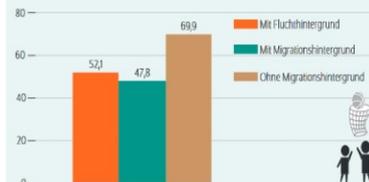
**Abbildung 6**  
Teilnahmequote von Jugendlichen (14- und 17-Jährige) an einer Sport-AG  
In Prozent



Anmerkungen: N = 2 163.  
Quellen: SOEP v.35, Jahre 2007–2018, gewichtet, eigene Berechnungen.  
© DIW Berlin 2020

Jugendliche mit Fluchthintergrund nutzen seltener Sport-AGs.

**Abbildung 7**  
Mitgliedschaft von Kindern (Zwölfjährige) in Sportvereinen  
In Prozent



Anmerkungen: N = 1 048.  
Quellen: SOEP v.35, Jahre 2007–2018, gewichtet, eigene Berechnungen.  
© DIW Berlin 2020

Bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen besteht kein merklicher Unterschied zwischen Kindern mit Flucht- und Migrationshintergrund.

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.797223.de/20-34.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.797223.de/20-34.pdf)

Name

## • Situation in der (Corona)Pandemie

Name

Charakteristiken der Erstaufnahmezentren (EAZ) in den Bundesländern und Gemeinschaftsunterkünfte (GUs)

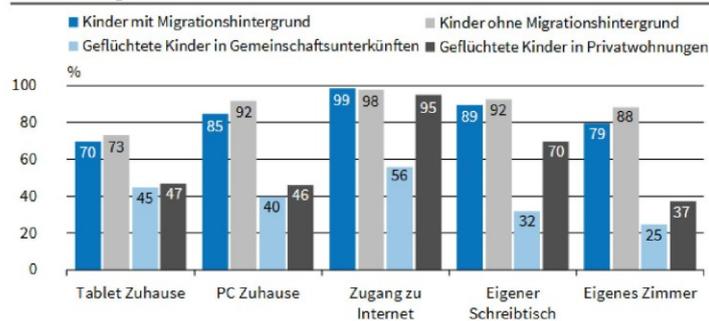
Bundesland	Anzahl	Anzahl der Kinder	Anteil von Kindern (in %)	Anzahl mit Covid-19 Fällen	Anzahl mit WLAN	Anzahl mit PC-Zugang
Unterbringung in Erstaufnahmezentren auf Bundesländerebene						
Baden-Württemberg	14	389	17	9	14	0*
Bayern <sup>b</sup>	3 100	9 313	30	411	-	-
Berlin	9	482	30	9	6	-
Brandenburg	1	240	20	1	Punktueller Hotspots	-
Bremen	-	-	-	-	-	-
Hamburg	-	-	-	-	-	-
Hessen	5	750	21	5	Punktueller Hotspots	5
Mecklenburg-Vorpommern	2	186	28	2	2	2
Niedersachsen	7	633	21	5	7	7
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	4	140	6	4	4 (Hotspots)	-
Saarland	1	370	31	1	Punktueller Hotspots	0
Sachsen	11	271	14	7	3	0
Sachsen-Anhalt	3	211	30	3	2 (Hotspots)	0
Schleswig-Holstein	4	456	31	3	4	1
Thüringen	1	169	31	1	1	0
Unterbringung auf kommunaler Ebene (Gemeinschaftsunterkünfte) – Stichprobenbefragung						
Sachsen-Anhalt	30	432	13	12	5	0
Thüringen	109	1 114	37	-	-	-
Berlin	71	6 451	37	35	49 <sup>c</sup>	-
Stadt Lübeck	33	447	39	0	7	0
Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	2	0	0	1	1	0
Wetteraukreis	164	-	-	-	-	-

\* Gescheiterte Pilotprojekte aufgrund von Sachbeschädigungen. <sup>b</sup> Bayern gibt die Zahlen für EAZ und GUs zusammen an. <sup>c</sup> In Bezug auf den WLAN-Zugang gibt es in Berlin in allen 82 GUs und EAZs WLAN in den Gemeinschaftsräumen und in 49 GUs und EAZs Zugang zu flächendeckendem WLAN. Momentan sind 30 Unterkünfte dabei, ein flächendeckendes WLAN einzubauen. –: Keine Daten vorhanden.

Quelle: Angaben der zuständigen Ministerien auf Ebene der Bundesländer auf Anfrage im November 2020. Stand der Daten: Ende Oktober/Anfang November 2020.

Name

## Lernausrüstung von Kindern (11–17 Jahre) mit und ohne Migrations- oder Fluchthintergrund



Quelle: SOEP; SOEP-IAB; SOEP-IAB-BAMF (2018).

## Computer- und Tabletnutzung von Kindern



Quelle: SOEP; SOEP-IAB; SOEP-IAB-BAMF (2018).

© ifo Institut

<https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-12-rude-gefluechtete-kinder-covid-19.pdf>

Name

## Handlungsbedarfe

### Trauma / PTB:

- Früh-Erkennung / Diagnose von Trauma / traumatischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen;
- Flächendeckende traumapädagogische Angebote an Schulen (Schule als sicherer Ort) und Qualifizierung von Lehrkräften;

### Pandemie:

- Verbesserung Rahmenbedingen: Wohnen (**Internet**) – Bildung (**Endgeräte**) – unterrichtliche Unterstützungsangebote (**passgenauere/ zielgruppen-spezifische Angebote**)

### Schulische Integration und Teilhabe:

- Schnellere Beschulung und bessere Beratung / Einstufung von Schüler\*innen notwendig (*Überalterungsproblematik*);
- Verbesserung: Organisation und der Anzahl von Deutschförder-Angeboten – keine Vergleichbarkeit der Integrationsangebote (*was wirkt in welchem Umfang?*)
- Erhöhung der Teilnahme an schulischen AG-Angeboten (*bessere Ansprache und Einbindung der Eltern*)

Name

## Politische Empfehlungen (vgl. Rude 2020)

- Die Verbesserung der **Wohnsituation** von Kindern sollte Priorität haben.
- Kinder sollten eine **geeignete Infrastruktur und Ausstattung** bekommen.
- Migrationspädagogik und **traumapädagogische Weiterbildungen** für pädagogische Fachkräfte sollten verpflichtend sein.
- **Schulpflicht** sollte unverzüglich (ohne Wartezeiten) umgesetzt werden.
- **Datenlandschaft verbessern** und systematische **Evaluierungen** von Integrationsmaßnahmen ausbauen.

<https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-12-rude-gefluechtete-kinder-covid-19.pdf>

Name

## Pädagogische Empfehlungen

- Die Bildungskette von Geburt an ansetzen;
- Enge Kooperation und Einbindung von Eltern/ Müttern i.S. einer Erziehungspartnerschaft;
- Eine transkulturelle und ressourcenorientierte Perspektive (kulturelle Traditionen und Sprachen sind identitätsstiftend und von zentraler Bedeutung);
- Selbstwirksamkeit bei Kindern / Jugendlichen / Eltern unterstützen (nicht paternalisierend);
- Soziale Integration / Netzwerkeinbindung zeigt stärkste Effekte;
- **Eigene Sprache und Begrifflichkeit kritisch reflektieren** (Manifestierung in Kategorien – z.B. „Flüchtling“ – „Migrant“ – „Muslim“);

Name

- **Vielen Dank!**

Name

### Literatur/ Quellenverzeichnis

Bujard, Martin et. al. (2020): Geflüchtete, Familien und ihre Kinder. Warum der Blick auf die Familien und die Kindertagesbetreuung entscheidend ist. Sozialer Fortschritt, Bd. 69 (2020), Heft 8-9: S. 561–577. URL: <https://elibrary.duncker-humblot.com/zeitschriften/id/21/vol/69/iss/5874/art/59155/>

Gambaro, Ludovica et. Al. (2020): Erfolge, aber auch weiteres Potential bei der schulischen und außerschulischen Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher. DIW Wochenbericht 34/2020. URL: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.797223.de/20-34.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.797223.de/20-34.pdf)

iwd (2022): Woher kommen die Schutzsuchenden in Deutschland? URL: <https://www.iwd.de/artikel/woher-kommen-die-schutzsuchenden-in-deutschland-551290/>

LifBi: Refugees in the German Educational System. URL: <https://www.lifbi.de/de-de/Start/Forschung/Projekte/ReGES>

Paiva Lareiro, P. d. (2019). Kinder und Jugendliche nach der Flucht: Lebenswelten von geflüchteten Familien in Deutschland. (BAMF-Kurzanalyse, 5-2019). URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/67582>

Rude, Britta (2020): Geflüchtete Kinder und Covid-19: Corona als Brennglas vorhandener Problematiken. In: ifo Schnelldienst, 12/2020, 73. Jahrgang. URL: <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-12-rude-gefuechtete-kinder-covid-19.pdf>

UNHCR (2023): GLOBAL TRENDS Forced Displacement 2022. Copenhagen/ Denmark.

von Maurice, J.; Will, G. (2021): Geflüchtete Kinder und Jugendliche im deutschen Bildungssystem. Zentrale Befunde der Studie ReGES. URL: <https://www.lifbi.de/reges>

Name

## Bildungsungleichheit in der Krise: Was wir wissen und wie wir reagieren können – Überlegungen zu potentiellen Maßnahmen



Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

1

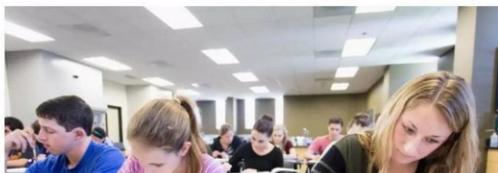
Nationaler Bildungsbericht

### Bildung lohnt sich

Die aktuelle Ausgabe des nationalen Bildungsberichts „Bildung in Deutschland 2018“ zeigt positive Trends, aber auch kritische Befunde. So streben immer mehr Schülerinnen und Schüler einen höheren Bildungsabschluss an. Das zeigt sich auch: Der Bericht belegt, dass sich Bildung nicht nur günstig auf das Einkommen auswirkt, sondern auch auf die Zufriedenheit und auf die Gesundheit. Andererseits droht aber auch die Kluft zwischen Leistungsspitze und Bildungsbenachteiligten zu wachsen.

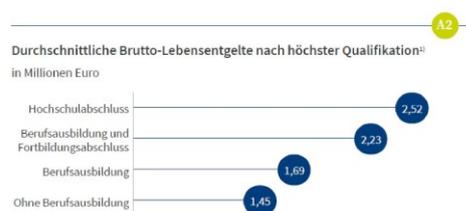
Antje Tiefenthal / 22. Juni 2018 / Aktualisiert am 05. März 2020

Diesen Artikel teilen:



Website „Deutsches Schulportal“ – Abgerufen am 21.06.2023

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023



<sup>1)</sup> Entscheidend ist der höchste erworbene Abschluss der Beschäftigten, unabhängig vom Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit.  
Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis der Beschäftigten-Historik (Beh) V10.06. © IAB

Stüber (2022)

2

## Agenda



- Soziale Ungleichheit und Bildungsungleichheit
- Das Problem mit der Bildungsgerechtigkeit – Herkunftseffekte
- Konsequenzen der Herkunftseffekt
- Potentielle Maßnahmen, um Herkunftseffekte zu reduzieren

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

3

## Soziale Ungleichheit



- Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Menschen über ein unterschiedliches Ausmaß an Ressourcen verfügen
  - Beispiele für Ressourcen: Bildung, Prestige, Einkommen, Vermögen → Dimensionen sozialer Ungleichheit
- Der Begriff ist wertfrei gemeint! Ob Ungleichheit „gerecht“ oder „ungerecht“ ist, ist eine andere Frage

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

4

## Bildungsungleichheit



- „*Unterschiede im Bildungsverhalten und in den erzielten Bildungsabschlüssen (beziehungsweise Bildungsgängen) von Kindern, die in unterschiedlichen sozialen Bedingungen und familiären Kontexten aufwachsen*“ (Müller & Haun, 1994, S.3)
- Exklusion – Ungleichheit in der Bildungsbeteiligung
- Marginalisierung – Ungleichheit im Kompetenzerwerb
- In allen Abschnitten des Lebens- und Bildungsverlaufs ersichtlich

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

5

## Bildungsungleichheit



- Fokus: Ungleichheit in Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb nach sozialer Herkunft (Elterliche Bildung, HISEI (Ganzeboom, De Graaf Treiman & DeLeeuw, 1992), EGP-Klassen (Erikson, Goldthorpe & Portocarero, 1979))

*Im Folgenden:*

*Daten/ Grafiken aus dem Nationalen Bildungsbericht (Autorengruppe Bildungsbericht, 2016, 2018, 2020) und der IGLU-Studie (2001-2016)*

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

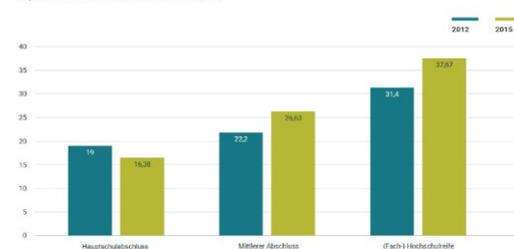
6

## Kindergarten/ Krippe



### Krippenbesuch nach Bildungshintergrund der Eltern

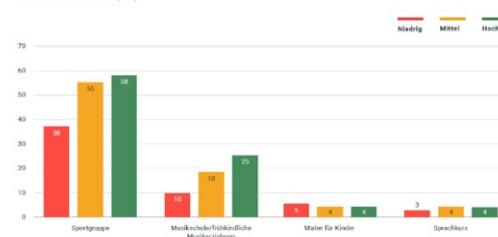
Quote der Bildungsbeteiligung von Kindern unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2012 und 2015 nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der Eltern (in %)



Quelle: Autonomer Gruppen Bildungsberichterstattung 2016, Tab. C3 (Web, Jan 2016)  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, www.bpb.de

### Teilnahme an kulturellen Bildungsangeboten nach Bildungshintergrund der Eltern

Anteil der 2- bis unter 6-Jährigen, die zusätzliche Bildungsangebote nutzen, 2019, nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der Eltern (in %)



Quelle: Autonomer Gruppen Bildungsberichterstattung 2020, S. 80  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, www.bpb.de

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

30.06.2023

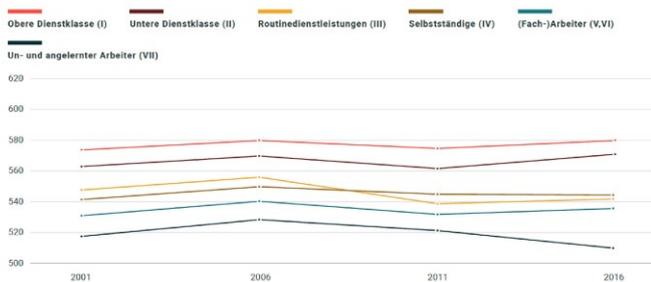
7

## Grundschule



### Lesekompetenz von Grundschülerinnen und -schülern nach Berufsgruppe der Eltern

Durchschnittliche Lesekompetenz deutscher Grundschülerinnen und -schüler nach Berufsgruppe der Eltern (EGP-Klasse) bei der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) 2001 bis 2016



Quelle: Hultmann, Shabbi & Kasper, 2017, S. 210, Abb. 6.6  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, www.bpb.de

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

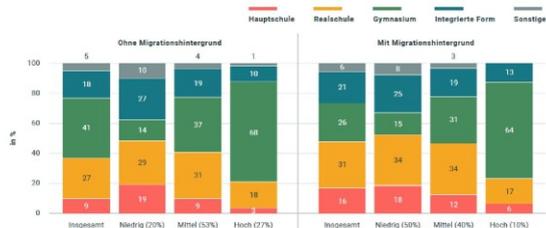
30.06.2023

8

## Sekundarstufe I

### Schulbesuch von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nach Sozialstatus

Verteilung der 15-Jährigen Schülerinnen und Schüler auf die Bildungsgänge 2012 nach Migrationshintergrund\* und sozioökonomischem Status\*\* (in %)



\* Mindestens ein Elternteil im Ausland geboren.  
 \*\* Für alle Jugendlichen wurde der Index für den höchsten beruflichen Status der Familie gebildet (HSEI). Es werden die 25% der Jugendlichen mit dem höchsten Indexwert (Hoch) mit den 50% mit mittlerem (Mittel) und den 25% mit dem niedrigsten Indexwert (Niedrig) verglichen. Die Kategorie Insgesamt entspricht nicht der Summe dieser Aufstellung, da hier zusätzlich Jugendliche ohne gültige HSEI-Angaben einbezogen werden.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016, S. 174.  
 Lizenz: Creative Commons BY-NC-ND/3.0/Bildung  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, www.bpb.de

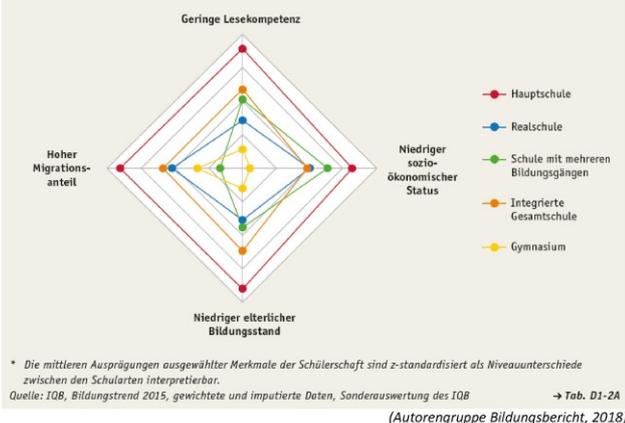
Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

30.06.2023

9

## Sekundarstufe I

Abb. D1-2: Kompositionsprofile\* der Schularten des Sekundarbereichs I im Jahr 2015 nach ausgewählten Merkmalen der Schülerschaft in der 9. Jahrgangsstufe



Verdeutlicht Ungleichheiten in der Bildungsbeteiligung und im Kompetenzerwerb

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

30.06.2023

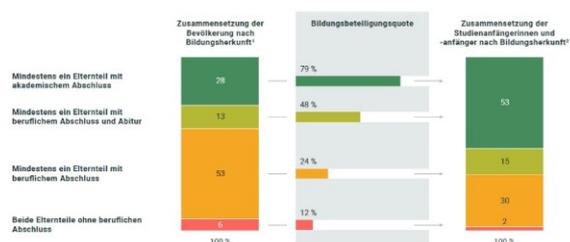
10

## Hochschulbildung



### Beteiligung an der Hochschulbildung nach Bildungsherkunft 2016

In Prozent



Lesehilfe: 28% der 18- bis unter 25-Jährigen haben Eltern mit einem Hochschulabschluss (ein Elternteil oder beide); aus dieser Gruppe nehmen 79% ein Studium auf und stellen dann 53% der Studienanfängerinnen und -anfänger.

1) Nur deutsche Bevölkerung: Soziale Zusammensetzung der Eltern aller 18- bis unter 25-Jährigen nach höchstem Schul- und Ausbildungsabschluss beider Elternteile (Werte gerundet).

2) Studierende: Deutsche Studienanfängerinnen und -anfänger an Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen sowie Kunsthochschulen (Werte gerundet).

Quelle: Auswertungsgruppe Bildungsbericht 2018, S. 156  
 Lizenz: Creative Commons BY-NC-ND/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, www.bpb.de

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

30.06.2023

11

## Bildungsungleichheit



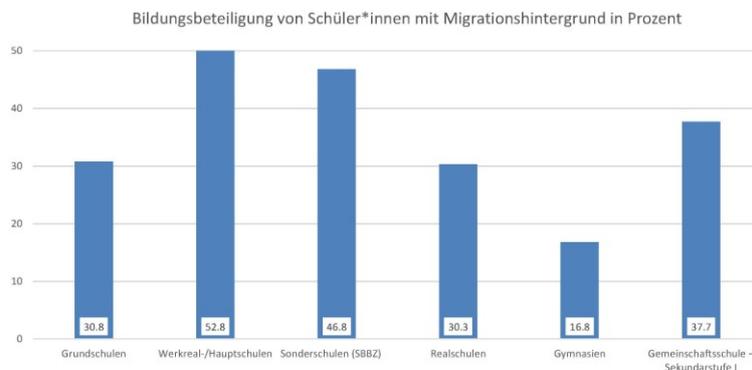
- Neben sozialer Herkunft gibt es noch weitere askriptive Merkmale, die auf ungleiche Bildungsbeteiligung nach Schulformen hinweisen
  - Migration
  - Geschlecht

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

30.06.2023

12

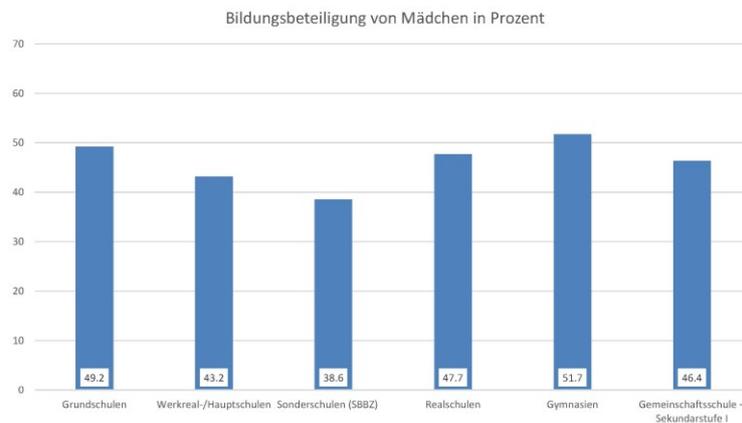
## Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Landesamt BaWü; Schuljahr : 2021/2022

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

## Geschlecht



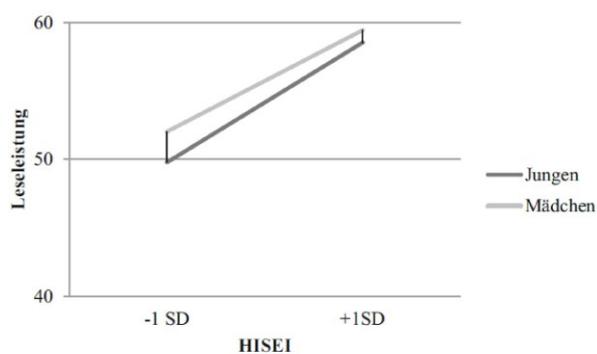
Quelle: Statistisches Landesamt BaWü; Schuljahr : 2021/2022

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

## Aber: Intersektionalität – ein Beispiel

(Lühe, Becker, Neumann & Maaz, 2017, S.512)

Abb. 1 Vorhergesagte Werte der Leseleistung



Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

15

## Was ist aber das Problem an der Bildungsungleichheit?

- Verteilungsgerechtigkeit (Beutel & Pant, 2019)
  - Vergabe von Abschlüssen und Zertifikaten nach dem Leistungsprinzip
  - Diejenigen, die gute Noten haben/ gute Leistung zeigen, sollen auch höhere Chancen haben für höhere Bildung etc.
  - Meritokratisches Prinzip

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

16

## Was ist aber das Problem an der Bildungsungleichheit?



- Verteilungsgerechtigkeit – Funktion von Schule
  - Vergabe von Abschlüssen und Zertifikaten nach dem Leistungsprinzip
  - Diejenigen, die gute Noten haben/ gute Leistung zeigen, sollen auch höhere Chancen haben für höhere Bildung etc.
  - Meritokratisches Prinzip
- Warum funktioniert das nicht? Unterschiede sind nicht nur durch Leistung/ Kompetenzen beeinflusst....



→ Theorie der Herkunftseffekte (Boudon, 1974; Esser, 2016)

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

17

## Sekundäre Herkunftseffekte - Studienbeispiel



**Tabelle 3** Relative Chancen (Odds Ratio) des Gymnasialbesuchs in Abhängigkeit von der Sozialschichtzugehörigkeit (Referenzgruppe Facharbeiter)

EGP-Klassen	PISA 2006		
	Modell I OR	Modell II OR	Modell III OR
Obere Dienstklasse (I)	2,7	2,5	2,2
Untere Dienstklasse (II)	2,1	2,1	1,9
Routinedienstleistungen Handel und Verwaltung (III)	1,6	1,4	1,3
Selbstständige (IV)	ns	ns	ns
Facharbeiter und Arbeiter mit Leitungsfunktion (V, VI)	Referenzgruppe = 1		
Un- und angelernte Arbeiter, Landarbeiter (VIII)	0,7	0,8	0,8

Anmerkungen: Modell I ohne Kontrolle von Kovariaten, Modell II unter Kontrolle der kognitiven Fähigkeiten, Modell III unter Kontrolle der kognitiven Fähigkeiten und der Lesekompetenz. ns: kein signifikanter Unterschied zur Referenzgruppe ( $p > 0,5$ ).

Quelle: Ehmke und Baumert (2007: 330)

(Baumert, Maaz, Lühe & Schulz, 2019, S.270)

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

18

## Tertiäre Herkunftseffekte - Studienbeispiel



- Migrationsbedingte Disparitäten in der Notenvergabe nach dem Übergang auf das Gymnasium (Bonefeld, Dickhäuser, Janke, Praetorius & Dresel, 2017):  
*„Die Ergebnisse zeigen, dass der Migrationshintergrund der Schüler\*innen auch unter Kontrolle der Leistungen in standardisierten Tests einen Effekt auf die Benotung durch die Lehrkräfte hat und dass dieser Effekt auch über den Effekt der Bildung der Eltern und des Sprachgebrauchs in der Familie hinausgeht: Die Benotung fiel für Schüler\*innen mit Migrationshintergrund durchgängig statistisch signifikant schlechter aus als für Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund.“ (S.19)*
- Weitere Befunde:  
 Bonefeld, Dickhäuser & Karst (2020), Spritsma (2009), Tenenbaum & Ruck (2007)
- Auch in Bezug auf den sozioökonomischen Status (Olczyk et al., 2023; Tobisch & Dresel, 2017) und Einkommensarmut (Yendell, Claus, Bonefeld & Karst, in Druck)

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

19

## Was ist die Konsequenz dieser Mechanismen?



- Konsequenz primärer Herkunftseffekte:
  - Schüler\*innen starten schon zu Beginn ihres Bildungsverlaufs mit unterschiedlichen Voraussetzungen, die im Bildungssystem verstärkt werden → unterschiedliche Bildungsraten



- Konsequenz sekundärer Herkunftseffekte:
  - Es bilden sich segregierte Lernmilieus – ungünstige Lernmilieus (Maaz, Baumert & Trautwein, 2009)
  - Kompositionseffekte beeinflussen die Lernentwicklung



- Konsequenz tertiärer Herkunftseffekte:
  - Erwartungseffekte von Lehrkräften beeinflussen die Gestaltung der Lernumgebung und im weiteren auch den Bildungsverlauf der Schüler\*innen

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

20

## Was ist die Konsequenz dieser Mechanismen in Zeiten von Krisen?



- Konsequenz primärer Herkunftseffekte:
  - Rolle der Eltern (erhöhte Verantwortung) zu Zeiten des Homeschooling leistet den primären Herkunftseffekten Vorschub
  - Besonders betroffen: Leistungsschwächere und Schüler\*innen aus Elternhäusern mit niedrigem sozioökonomischem Status (Grewenig et al. 2021; Huber et al. 2020; Schult et al. 2022)
    - Zeit, Lernmöglichkeiten, (digitale) Ressourcen (Spiteri et al., 2023)
  - Primarstufe mehr betroffen als höhere Jahrgangsstufen (Helm, Huber & Postlbauer, 2021)



- Konsequenz sekundärer Herkunftseffekte:
- Disparitäten innerhalb von Schulklassen fallen größer aus (Weber, Helm, Kemethofer, 2021)



- Konsequenz tertiärer Herkunftseffekte:
- Selten: Individualisierung oder Differenzierung; der Lehrer\*innenkontakt fehlte für viele Schüler\*innen gänzlich (z. B. Wößmann et al., 2020)

## Wo können wir ansetzen? Potentielle Maßnahmen

- (1) Eltern: Anregungsgehalt in der frühen Bildung – frühe Bildung stärken
- (2) „Ungleiches ungleich behandeln“: auf Mirko-, Meso-, Makroebene – indexbasierte Ressourcensteuerung
- (3) Lehrkräfte: Objektivierung von Lernvoraussetzungen – diagnosegeleitete Förderung

## Maßnahmen – Frühe Bildung



- Empirische Evidenz:
  - Schon im Kindergarten zeigen sich Segregationseffekte (Becker & Schober, 2017)
  - Positive Effekte (für sozial benachteiligte) Kinder am Ende der vierten Klasse (kognitive und nicht-kognitive Lerner\*innenmerkmale) ggü. Kindern die nicht an früher Bildung (Kindergarten) teilgenommen haben (Anderson et al., 2013; Bakken, Brown & Downing, 2017; Melhuish et al., 2015)
- Randbedingung:
  - Qualitativ hochwertige frühe Bildung (van Huizen & Plantenga, 2018; Salchegger, Höller, Herzog-Punzenberger & Breit, 2021): Erzieher\*in-Kind-Interaktion, pädagogische Aktivitäten  
→ Vorsicht vor übertriebenem Optimismus

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

23

## Maßnahmen – Ungleiches ungleich behandeln



- Indexbasierte Ressourcensteuerung
  - Zuweisung von Lehrstellen, Sprachförderstellen etc.
  - Inkonsistente Befunde mit „Lichtblicken“ (Hanushek, 2006) - International: Positiver Zusammenhang zwischen höheren finanziellen Ressourcen und Lernergebnissen der Schüler\*innen (Fazekas, 2012; Jackson, 2020; Schwarz, Rubenstein & Stiefel, 2007)
- Randbedingung (Sendzik, 2018; Kürzinger, Funk & Immerfall, 2023):
  - Zusätzliche Mittelvergabe für Schulen an pädagogischen Konzepten orientieren
  - Klare Richtlinien
  - Intendierte Wirkung überprüfen → Zielbezogener Einsatz von Mitteln
  - Datenverfügbarkeit → Konzeption eines Sozialindex selten theoriegeleitet

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

24

## Maßnahmen – Ungleiches ungleich behandeln



- Aktuelle nationale Forschungsprojekte (über Bundesländergrenzen hinweg):



**ABBAUBAR**  
 Ruhr Universität Bochum & Leibniz-Institut für Bildungsverläufe  
 Abbau von Bildungsbarrieren durch bedarfsorientierte Ressourcensteuerung

**SchuMaS**  
 Schule macht stark  
 13 Hochschulstandorte/ Institute – Leitung: DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

- Aktuelle Situation in Baden-Württemberg

- Vorläufiger Sozialindex; wissenschaftliche Begleitung durch das IBBW
- Grundschulen aus 3 staatlichen Schulämtern und 5 Städten (Modellversuch)

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
 30.06.2023

25

## Maßnahmen – diagnosegeleitete Förderung



- ...oder auch datengestützte Qualitätsentwicklung
- Empirische Evidenz:
  - Regionale Bildungsadministration (Carlson et al., 2011; Slavin et al., 2013)
  - Schulebene (Lai & McNaughton, 2016; Van Geel et al., 2016)
  - Klassenebene (Van Kuijk et al., 2016; Staman et al., 2017; Visscher, 2021)
- Differenzielle Effekte:
  - Leistungsschwächere Schüler\*innen mit niedrigem SES (Staman et al., 2017)
  - Schulen mit einem hohen Anteil an Schüler\*innen mit niedrigem SES (Van Geel et al., 2016)
  - Unterschieden gerecht werden (Karst et al., 2022):
    - Nahezu gleiche Lernzuwächse über alle Leistungsniveaus
    - Leistungsstärkere Schüler\*innen werden zusätzlich gefördert und erzielen im Vergleich zur Kontrollgruppe höhere Lernzuwächse



Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
 30.06.2023

26

## Maßnahmen – diagnosegeleitete Förderung



- Aktuelle Situation in Baden-Württemberg

Über uns    Statistik/IT-Verfahren    **Kompetenzmessung**    Systemanalysen    Empirische Bildungsforschung    Service

---

### Lernstandserhebungen

Was steht der einzelne Schüler, die einzelne Schullehrer\* hat steht eine Klasse im Vergleich zur Parallelklasse? Lerne ich mit der Einschätzung der Kompetenzniveau meiner Schülerinnen und Schüler richtig?  
 Die im Referat 21 angezeigten Lernstandserhebungen liefern hierzu wichtige und wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse. Sie sind standardisierte Testverfahren, die den erreichten Lernstand von Klassen sowie von einzelnen Schülerinnen und Schülern in Bezug auf die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz zu einem bestimmten Testzeitpunkt abbilden. Die Ergebnisse ermöglichen dabei objektive Informationen, die sowohl von den Fachlehrkräften als auch von Lehrern und Schulleitern zur datengetriebenen Weiterentwicklung von Schule und Unterricht genutzt werden können. Diese Verfahren stellen somit ein Element der schulischen Qualitätsentwicklung dar. Die Arbeiten werden zu befristeten Terminen an den Schulen verpflichtend durchgeführt.

- > **Lernstand 2** ist ein landesspezifisches förderpädagogisches Verfahren, das ab dem Schuljahr 2023/2024 in den Klassen 2 freiwillig eingesetzt werden kann.
- > **IBBS 3** sind die bundesweit einheitlichen Vergleichsarbeiten, die in allen Grundschulen in den Klassen 3 seit dem Schuljahr 2008/2009 eingesetzt werden.
- > **Lernstand 5** ist ein landesspezifisches förderpädagogisches Verfahren, das seit dem Schuljahr 2013/2016 in den Klassen 5 eingesetzt wird.
- > **IBBS 9** in den Klassen 9 sind seit dem Schuljahr 2012/2013 verpflichtend eingesetzt.



Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
 30.06.2023

## Maßnahmen – diagnosegeleitete Förderung



- Wo besteht noch Entwicklungspotential?

- Blick auf die Daten: mehrperspektivische Datenbestände (data richness: Muijs, Harris, Chapman, Stoll & Russ, 2004)
- Blick auf die Schulen:
  - Systemzeit in den Schulen, um mit den Daten zu arbeiten
  - Expertise an den Schulen, um mit den Daten zu arbeiten → Qualifizierung von schulischen Akteuren (Ansatzpunkt des IBBW und SchuMaS)



Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
 30.06.2023

## Fazit



- Schützen die Maßnahmen auch bei Krisen?
  - Daten & Ressourcen, die in einen datengestützten Entwicklungszyklus eingebettet sind
  - Personelle Ressourcen und gut ausgebildetes pädagogisches Personal
  - Insgesamt Kapazitäten ausbauen – Bildungsinstitutionen stärken: Ziele, positive Kultur, Führung und Management → Strategische Verzahnung und Ko-Konstruktion
  - Stabiles und widerstandsfähiges Bildungssystem
  - Interne und externe Unterstützungssysteme
  - Potential von (schulischen) Netzwerken nutzen
- *„Nur langfristige Angebote, die die Logik des Lebens- und Bildungsverlaufs berücksichtigen, werden nachhaltig Wirkung erzielen, auf die in den folgenden Bildungsstufen aufgebaut werden kann.“ (Maaz, 2020)*

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

29

## Quellenangaben



*Link zu den Quellenangaben*

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

30

**Danke**



**Jun.-Prof. Dr. Karina Karst**  
Universität Mannheim  
Fakultät für Sozialwissenschaften  
[karst@uni-mannheim.de](mailto:karst@uni-mannheim.de)

Prof. Dr. Karina Karst | Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"  
30.06.2023

31

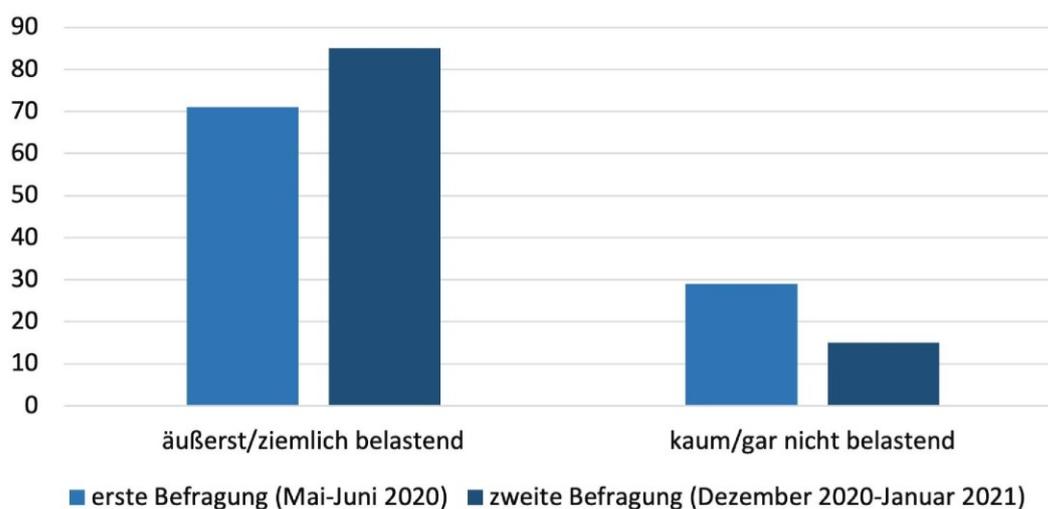


## Öffentliche Anhörung: Krisenfeste Gesellschaft

**Monika Stein | GEW Landesvorsitzende**

## Vulnerabilität Kinder & Jugendliche

subjektive Belastung durch die Corona-Krise



COPSY-Längsschnittstudie zur COVID-19-Pandemie

## Vulnerabilität Kinder & Jugendliche

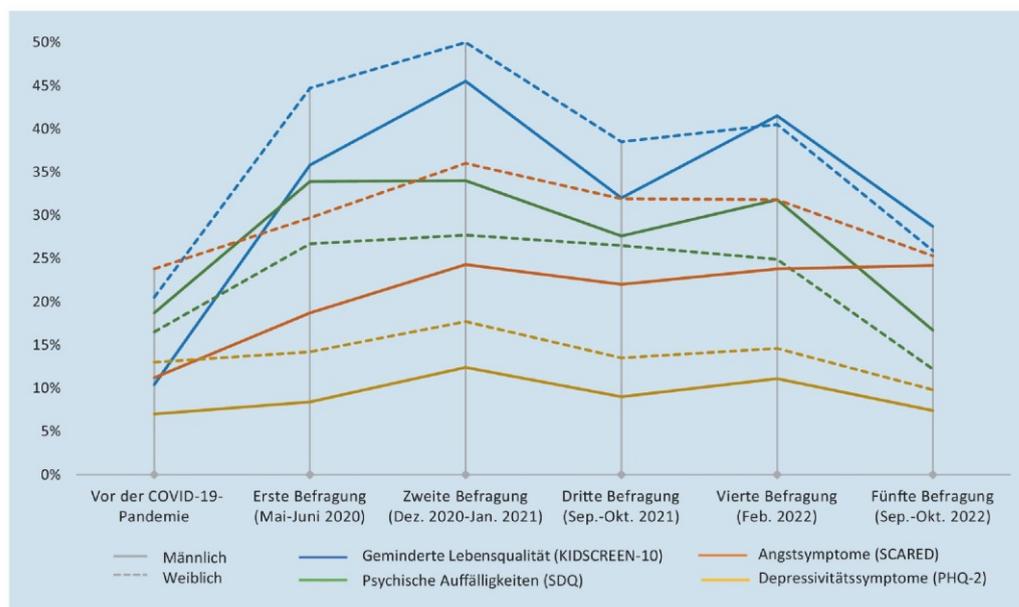
Anteil der Kinder und Jugendlichen mit einer geminderten Lebensqualität



COPSY-Längsschnittstudie zur COVID-19-Pandemie

## Fernunterricht und Folgen

langfristige Folgen für Kinder und Jugendliche



COPSY-Längsschnittstudie zur COVID-19-Pandemie

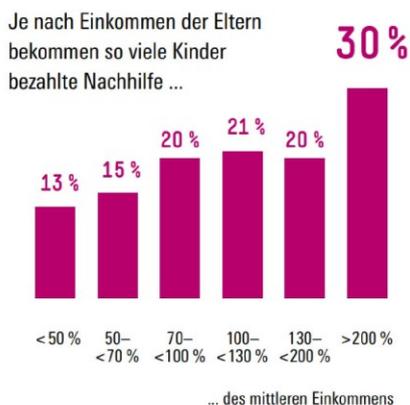
## Fernunterricht und Folgen

### Handlungsfelder

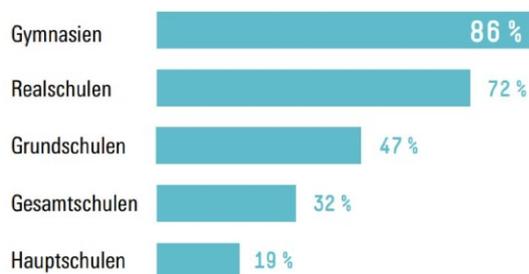
- I. Förderprogramme langfristig und nachhaltig
- II. multiprofessionelle Teams mit Schulpsycholog\*innen, Beratungslehrkräften, etc.

## Bildungsgerechtigkeit

### Bildungserfolg und Bildungshintergrund



Nach Angaben von privaten Nachhilfeeinstituten\* besuchen die geförderten Schüler überwiegend ...



Hans Böckler Stiftung nach Birkelbach/Dobischat/Dobischat (2017): Außerschulische Nachhilfe.

### **Bildungsgerechtigkeit**

#### Handlungsfelder

- I. Infrastruktur- und Ressourcenausbau
- II. Sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung
- III. Bedarfsgerechte Förderung
- IV. Umsetzung der Inklusion

### **Digitalisierung**

#### Handlungsfelder

- I. digitale Bildungsplattform
- II. technischer Support und rechtliche Transparenz
- III. Kultur der Digitalität

### Kommunikationsstrukturen

#### Handlungsfelder

- I. Zuständigkeiten Bund/Länder/Kommunen/Träger
- II. Vorgaben und Konzepte
- III. Gremium Krisenkommunikation

### Ausblick

- ... **Priorisierung** von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- ... **Ressourcen** für ein System ‚am Limit‘
- ... Sicherung der **Bildungsarbeit**: zeitnah, transparent, systematisch
- ... Auf- und Ausbau **Unterstützungsstrukturen**



## Unsichtbar in der Krise

Jugendliche haben...

- ...keine Lobby
- ...keine Chance in Krisen angehört zu werden
- ...wenig Infos über ihre Teilhabemöglichkeiten
- ...wenig Möglichkeiten Wahlergebnisse zu beeinflussen durch ihren prozentualen Anteil an der Bevölkerung

Und doch leiden sie meist unter den Entscheidungen und sind stark betroffen...



## 1.) Bildung und Aufklärung

- 1.) Stärkung der politischen Bildung in der Schule
  - Ausweitung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer
  - Bildungspläne sollten inhaltlich tiefer gehen
  - Mehr Lebensrealität & Raum für aktuelle Themen
  
- 2.) Verbindliche „Lebenslern-Tage“
  - Mentales Gesundheitstraining
  - Digitaler Tag – online Unterricht für einen Tag/ Woche
  
- 3.) Beteiligungsportal für Jugendliche
  - Angebote zur Teilhabe in verständlicher Sprache
  - Passende Literatur (zu Notsituationen)

**Berat Gürbüz**  
Mitglied des Landesschülerbeirates



www.lsbr.de  
30. Juni 2023



## 2.) Jugendbeteiligung

- 1.) Jugend-Beratungsgremium des Landtages
  - Zusammengesetzt aus Jugendlichen aus den RPs
  - Anhörungsrecht zu Verordnungen, Gesetzen, etc..
  - Eigene Geschäftsstelle, Finanzmittel & Referenten
  
- 2.) Mehr Ressourcen & Strukturen für Gremien
  - Finanzielle Förderung von Jugendgemeinderäten
  - Kommunikationsmöglichkeiten für Jugendliche
  - => E-Mail-Postfächer für die SMV & JGR
  
- 3.) Jugendliche in Krisenstäben
  - Expertenperspektive der Jugend

**Berat Gürbüz**  
Mitglied des Landesschülerbeirates



www.lsbr.de  
30. Juni 2023



## 2.) Jugendbeteiligung

4.) Jugendliche besser über Entscheidungen aufklären

5.) Das Ehrenamt braucht starke Partner

- Finanzielle Unterstützung
- Mediale Unterstützung



**Berat Gürbüz**

Mitglied des Landesschülerbeirates



**LSBR**



[www.lsbr.de](http://www.lsbr.de)

30. Juni 2023



## Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen

1.) Ausbau bzw. Erhöhung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit einer Reform der Bildungspläne

2.) Konzepte für „Alltagsunterricht“ erstellen

3.) Ein Beteiligungsportal aufstellen, um den Zugang zum Ehrenamt zu erleichtern



**Berat Gürbüz**

Mitglied des Landesschülerbeirates



**LSBR**



[www.lsbr.de](http://www.lsbr.de)

30. Juni 2023



## Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen

- 1.) Erstellung eines Konzeptes für die Aufstellung eines Jugend-Beratungsgremiums des Landtages
- 2.) Den aktuellen Stand der Jugendbeteiligungsgremien erfassen lassen, um Konzepte zur Unterstützung zu erarbeiten
- 3.) Jugendliche bei Krisen nicht vergessen und einen Anteil zur Krisenbewältigung beitragen lassen

**Berat Gürbüz**

Mitglied des Landesschülerbeirates



**LSBR**



[www.lsbr.de](http://www.lsbr.de)

30. Juni 2023



## Vielen Dank!

# Mach mit.

# [www.lsbr.de](http://www.lsbr.de)

**Berat Gürbüz**

Mitglied des Landesschülerbeirates



**LSBR**



[www.lsbr.de](http://www.lsbr.de)

30. Juni 2023

**RESIBES**  
RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von Krisen und Katastrophen  
(RESilience through assistance for BEaring CriSes and disasters)



**Resilienz mit Hilfe spontaner Helfer bei  
Katastrophen - Koordination mit Hilfe  
eines IT Systems**

Projektkoordination:  
Prof. Dr. L. Latasch – [leo.latasch@johanniter.de](mailto:leo.latasch@johanniter.de)  
Mario Di Gennaro – [mario.digennaro@johanniter.de](mailto:mario.digennaro@johanniter.de)



**RESIBES**



**Projektpartner**



**Wissenschaftlicher Beirat**



### RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen



Resilienz (von lat. *resilire* „zurückspringen“ „abprallen“) oder psychische Widerstandsfähigkeit, ist die Fähigkeit von Personen oder Gemeinschaften, schwierige Lebenssituationen wie Krisen oder Katastrophen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu bewältigen und durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen als/zum Anlass für Entwicklungen zu nutzen.. (Wikipedia)

### RESIBES



**Freiwillige Helferinnen und Helfer** beseitigen Sturmschäden, schleppen Sandsäcke oder verteilen Essen. Insbesondere die Sturm- und Hochwasserereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, bei der Bewältigung von Krisen und Katastrophen zu helfen, immer mehr zunimmt. Die vielen Freiwilligen nutzen dabei **soziale Medien und Smartphones**, um sich zu organisieren.

Für die Einsatzleitungen stellt genau das eine Herausforderung dar, denn auch das Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern **muss koordiniert werden**. Deshalb ist es wichtig, Angebote für freiwilliges Engagement zu kennen und zu registrieren, bevor Schadensfälle bewältigt werden müssen.

## RESIBES „Probleme?“



- Ausgang: „Freiwillige/ehrenamtliche Arbeit ist die Basis und der Rückhalt unseres Hilfekonzeptes seitens des Zivilschutzkonzeptes

BMI, Zivilschutzkonzept 2016: 19

- „Krise bei den ehrenamtlichen Helfer“ (kein Militärdienst mehr, demographische Veränderungen, Job und Familie erfordern mehr Flexibilität),
- Es gibt keine Krise oder zumindest nicht bei uns (anderswo),
- Ungebundene Helfer (Bürger) organisieren sich spontan, ohne Koordination,
- Verwendung sozialer Medien (incl. Apps) während Krisen und Katastrophen.

## RESIBES



- Die sog. Probleme die im Laufe der Untersuchung mit Spontanhelfer identifiziert werden konnten:
- Bedenken von Seiten der „Profis“:
  - Spontane Helfer sind nicht zuverlässig (Vertrauen?),
  - Spontane Helfer verursachen mehr Arbeit (als Profis),
  - Spontane Helfer können ein Sicherheitsrisiko (Ausbildung) sein,
  - Spontane Helfer sind Terra Inkognita,
  - Spontane Helfer könnten zur „Konkurrenz“ für (feste) ehrenamtliche Helfer werden.

Wer soll die Verantwortung für die Koordination von Spontanhelfern durch/über eine mögliche Koordinationsapp. übernehmen?

## RESIBES



In RESIBES wird ein Helfernetzwerk aufgebaut, das im Falle einer Krise oder Katastrophe schnell aktiviert und koordiniert eingesetzt werden kann. Privatpersonen, Unternehmen und Vereine können sich im Netzwerk als aktive oder passive Mitglieder registrieren. Aktive Mitglieder bieten dabei ihre Arbeitskraft an, hinterlassen ein Profil mit Qualifikationen sowie möglichen Hilfeleistungen, während passive Helferinnen und Helfer materielle Ressourcen wie Decken, Fahrzeuge, Maschinen oder Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Im Schadensfall kann dieses Netzwerk schnell um weitere, aus der aktuellen Situation resultierende Hilfsangebote erweitert werden.

## RESIBES



Ziel des Projektes war es, die Resilienz der Bevölkerung und Rettungsorganisationen zu steigern durch Vorsorgemaßnahmen im Vorfeld und Verbesserungen hinsichtlich Qualität und Zeit bei der Bewältigung von Krisen und Katastrophen.

- Aufbau einer Helfergemeinschaft aus **aktiven** und **passiven** Helfern
- **Einsatz** der **aktiven Helfer** und Verteilung der Ressourcen
- Lageübersicht und Prognose zur Entscheidungsunterstützung

### RESIBES



#### Aufbau einer Helfergemeinschaft aus aktiven und passiven Helfern:

*Aktive Helfer* hinterlegen ein Profil mit ihren Qualifikationen, wie Sprachkenntnisse, Führerschein, medizinische Ausbildung, etc., sowie möglichen Hilfeleistungen und deren zeitlichem Umfang.

*Passive Helfer* melden materielle Ressourcen, wie Decken, Kleidung, Übernachtungsmöglichkeiten, Maschinen oder Fahrzeuge ohne oder mit Fahrzeuglenker als aktiver Helfer.

### RESIBES



#### Einsatz der aktiven Helfer und Verteilung der Ressourcen:

- mittels des Profils gezielte Anfragen für die Mithilfe in einem konkreten Einsatz an die anbietende Helfergemeinschaft gestellt
- Die Disposition und Verteilung der registrierten materiellen Ressourcen wird automatisiert
- Kein Engpässe bei der Kommunikation mit den registrierten Helfern  
Durch alle in Nähe vorhandenen Smartphones der Helfergemeinschaft soll ein Ad-hoc-Netzwerk aufgebaut werden



### Robuste Kommunikation

#### Basiskommunikation im Schadensgebiet bei Mobilfunkausfall

**Ausfall von Kommunikationsnetzen**

- Großflächig kein Mobilfunk
  - Überlastung der Infrastruktur
  - Ausfall der Sendemasten (Beschädigung oder keine Energie)

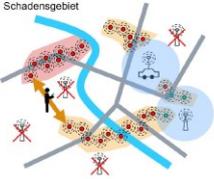
**Ziel**

Kommunikation über Smartphones von Betroffenen und Helfern erlauben – private Kurznachrichten und Daten des RESIBES Systems

**Umsetzung**

- Verbindung benachbarter Smartphones über WLAN und Bluetooth
- Intelligente Weiterleitung von Nachrichten
- Lauffähig auf handelsüblichen Smartphones





### Lageüberblick



### Atos im RESIBES Projekt

**Aufgabe von Atos**

Technische Unterstützung der Aspekte

- ▶ Langfristige Helfermotivation
- ▶ Organisation von ungebundenen Helfern im Schadensfall

**RESIBES App**

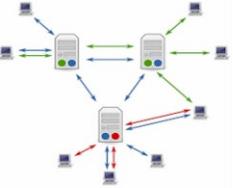
- ▶ App hat im Alltag einen deutlichen Mehrwert
- ▶ Im Krisenfall unterstützt die App die Koordination ungebundener Helfergruppen

**RESIBES Verteilte Dienstplattform**

- ▶ Ausfallsichere Services für Helfer im Schadenfall
- ▶ Toleranz gegenüber Störungen im Netzwerk
- ▶ Generische Basisfunktionen für Erweiterbarkeit und Übertragbarkeit







# RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen





Resilienz durch Helfernetzwerke zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen

**RESIBES**

[START](#) | [MEHR ERFAHREN](#) | [ICH WILL HELFEN!](#) | [MEIN RESIBES](#)

---

Helfernetzwerk zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen

Privatpersonen, Unternehmen und Vereine können sich bei RESIBES als aktive oder passive Mitglieder registrieren. Im Krisenfall können Einsatzkräfte gezielte Anfragen an das Helfernetzwerk stellen.

Mehr Erfahren

Ich will helfen!

[tagzeilen](#) | [Bagger stürzt an Hang auf Arbeiter](#) | [Bildergalerie: Brand von dutzenden Rundballen beschäftigt Feuerwehren](#) | [Feuerwehr rettet Mann aus völlig](#)

unterstützt von



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

Das Projekt wird auf Basis des ["regionalen Erziehung für die Zivilisiertheit 2012"](#) der Bundesregierung im Rahmen der ["Bekämpfung von Terrorismus, Erziehung und Resilienz für Krisen und Katastrophen"](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

IMPRESSUM

KONTAKT

# RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen





Resilienz durch Helfernetzwerke zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen

**RESIBES**

[START](#) | [MEHR ERFAHREN](#) | [ICH WILL HELFEN!](#) | [MEIN RESIBES](#)

---

Anmeldung

Anrede:

Vorname:

Name:

Straße und Hausnummer:

PLZ und Wohnort:

E-Mail:

Ich möchte auch vor Ort helfen:

 Im Katastrophenfall freuen wir uns über jede helfende Hand! Egal ob beim Dolmetschen, an der Suppenkelle oder beim Sandsacke schleppen. Du kannst Dich natürlich auch erst einmal bei RESIBES umschauen oder uns nur Deine Hilfgütern zur Verfügung stellen. Damit wir schnell Handeln können, Teile uns bitte mit, welche Art von Tätigkeit Du Dir zutraust:

- Leichte Tätigkeiten können z.B. sein: An der Essensausgabe, Dolmetschen
- Mittelschwere Tätigkeiten können sein: Verletzte betreuen
- Schwere Tätigkeiten können sein: Sandsäcke weiterreichen, bei Räumungsarbeiten helfen

unterstützt von



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

Das Projekt wird auf Basis des ["regionalen Erziehung für die Zivilisiertheit 2012"](#) der Bundesregierung im Rahmen der ["Bekämpfung von Terrorismus, Erziehung und Resilienz für Krisen und Katastrophen"](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

IMPRESSUM

KONTAKT

# RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen





Resilienz durch Helfernetzwerke zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen

**RESIBES**

[START](#) | [MEHR ERFAHREN](#) | [ICH WILL HELFEN!](#) | [MEIN RESIBES](#)

---

Du bist jetzt als Helfer registriert

Bitte vervollständige Deine Profil-Angaben. Damit hilfst Du uns Dich und/oder Dein Equipment in einem Ernstfall zielgerichtet einsetzen zu können. In unserer Community kannst Du mit netten Leuten reden, fragen zum RESIBES-Projekt stellen, den DRK-Newsletter abonnieren und vieles mehr!

Für Dein RESIBES-Konto mußt Du nur noch ein Passwort festlegen:

Passwort:

Passwort wiederholen:

Das Projekt wird auf Basis des [„Zusammen, um Katastrophen für die Zivilbevölkerung 2012“](#) der Bundesregierung im Rahmen der [„Katastrophenschutz 2012“](#) durchgeführt.

# RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen



**Mein RESIBES**

[PERSONLICHE DATEN](#) | [RESSOURCEN & FÄHIGKEITEN](#) | **[COMMUNITY](#)** | [EINSTELLUNGEN](#) | [LOGOUT](#)

---

Meine Community

- 
- 
- 
- 
-

Meine Gruppen:

- **Katzen an die Macht** 🗑️ 📄  
Gleichberechtigung von Katzen und Politikern
- **Theo's Ofengruppe** 🗑️ 📄  
Das ist ein Test für den Gruppen Owner
- **REST V2.0** 🗑️ 📄  
Selbsthilfegruppe für Geschädigte nach dem letzten Update.
- **Gruppe 3 März** 🗑️ 📄  
Die Gruppe für Winterhelfer
- **Kochen mit jungem Gemüse** 🗑️ 📄  
\* Teenager im Schlafrock · Backofen mit Pommes · Drei Käse Hoch an Preisbeermarmelade

Beigetretene Gruppen:

- **Computer Club** 📄  
Computer usw.
- **Golf e.V.** 📄  
PKW Tuning

## RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen



**Mein RESIBES**

PERSONLICHE DATEN | **RESSOURCEN & FÄHIGKEITEN** | COMMUNITY | EINSTELLUNGEN | LOGOUT

**Auswählen**

- Immobile Ressourcen
- Technisches Gerät
- Fahrzeuge
- Menschliche Hilfe
  - Tätigkeiten ohne / mit geringem Qualifikationsbedarf
  - Besondere Qualifikationen
    - Medizinisch
      - Pflegekraft der Heimpflege
        - Arzthelferin
        - Krankenhaus-Pflegekraft
        - Ersthelfer
        - Rettungssanitäter
        - Arzt
      - Handwerklich

**Ressourcen & Fähigkeiten**

Schlagnwort:

Kommentar:

Standortname:

Speichern

**Meine Liste**

- Kettensäge
- Kettensäge
- Minibus bis 9 Personen
- Stromversorgung > 220V (bis 3 kW)
- Gasheizung (bis 3 kW)
- Kleinwerkzeug > Bohrmaschine / Akkubohrer

## RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen



**Mein RESIBES**

PERSONLICHE DATEN | **RESSOURCEN & FÄHIGKEITEN** | COMMUNITY | EINSTELLUNGEN | LOGOUT

**Auswählen**

- Immobile Ressourcen
- Technisches Gerät
- Fahrzeuge
- Menschliche Hilfe
  - Tätigkeiten ohne / mit geringem Qualifikationsbedarf
  - Besondere Qualifikationen
    - Medizinisch
      - Pflegekraft der Heimpflege
        - Arzthelferin
        - Krankenhaus-Pflegekraft
        - Ersthelfer
        - Rettungssanitäter
        - Arzt
      - Handwerklich

**Ressourcen & Fähigkeiten**

Schlagnwortsuche:

Schlafmöglichkeiten in einem Zimmer

- Medizinisch > Pflegekraft der Heimpflege
- Medizinisch > Arzthelferin
- Medizinisch > Krankenhaus-Pflegekraft
- Medizinisch > Ersthelfer

**Meine Liste**

- Kettensäge
- Kettensäge
- Minibus bis 9 Personen
- Stromversorgung > 220V (bis 3 kW)
- Gasheizung (bis 3 kW)
- Kleinwerkzeug > Bohrmaschine / Akkubohrer



# RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen

Mein RESIBES

NEUES EREIGNIS ANLEGEN AKTIVE EREIGNISSE LOGOUT

### Neues Ereignis anlegen

Titel: Hochwasser in Offenbach - Damm droht zu brechen  
 Landkreis: Offenbach (HE)  
 Stadt (PLZ): Offenbach-Bürgel  
 Straße (Hausnummer): Nähe Langstraße  
 GPS-Position (Schadenszentrum): 50.1078 8.77014  
 Beschreibung: Im Mainbogen in Bürgel droht der Damm zu brechen, ca. 15.000 Einwohner bedroht.

Weiter



# RESIBES

RESilienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen

Neue Helfer/Resource suchen

Überblick über Helfer/Resource

Auswahl	Name	Benachrichtigt	Resource	Entfernung	Alarmzeit
<input checked="" type="checkbox"/>	Gerrit Wiegand	-	Einfache, leichte körperliche Tätigkeiten	5,8 km	-
<input checked="" type="checkbox"/>	Christoph Strack	-	Einfache, leichte körperliche Tätigkeiten	9,2 km	-
<input type="checkbox"/>	Verson ZweiPunktZwei	-	Einfache, leichte körperliche Tätigkeiten	61,2 km	-

Alle auswählen •  Alle noch nicht benachrichtigten •  Alle mit positiver Antwort  
 Auswahl umkehren

# RESIBES

RESILienz durch Helfergemeinschaft zur BEwältigung von KriSen und Katastrophen













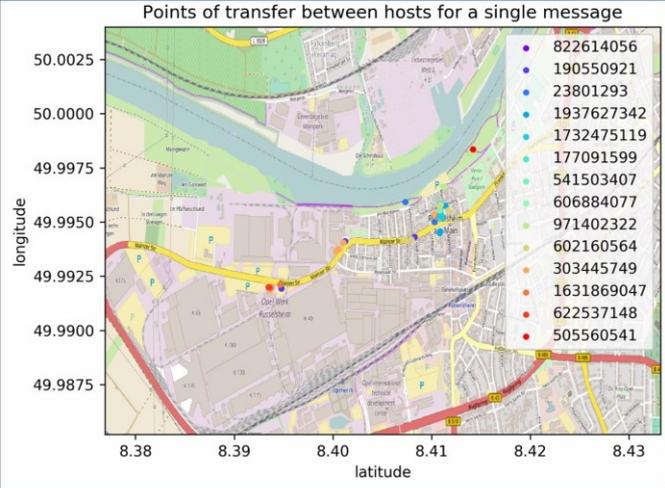


Programmschritte für bereits registrierte Helfer

# RESIBES



Points of transfer between hosts for a single message



Robuste Kommunikation

## RESIBES



### Innovation und Perspektiven:

Im Krisenfall können gezielte Anfragen an das Helfernetzwerk gestellt werden. Über vorab definierte Kommunikations- und Kooperationsroutinen wird der Informationsaustausch, der koordinierte Einsatz der Freiwilligen sowie die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen gewährleistet. Die Smartphones (**Änderung! seit 2018**) der Helferinnen und Helfer können zudem als verteilte Sensorelemente zur Lagebilddarstellung genutzt werden.

Der Einsatzleitung und den beteiligten Katastrophenschutzorganisationen wird mit dem Helfernetzwerk ein effektives Instrument zur besseren und schnelleren Bewältigung zukünftiger Krisen und Katastrophen zur Verfügung gestellt.



Enquete-Kommission Krisenfeste Gesellschaft  
Anhörung am 30.06.2023

[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)

## Resiliente Familien = Krisenfeste Gesellschaft?!

Familien sind ein zentraler Baustein für eine krisenfeste, resiliente Gesellschaft:

- Bindungs- und Beziehungsfähigkeit
- Bildung und soziales Lernen
- Grundlagen für Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Familie = wo Generationen Verantwortung füreinander übernehmen. Unabhängig von ihrer Form.
- Nicht überall reichen die eigenen Kräfte. Angebote und Hilfen müssen eine Art „Geländer“ bilden.



[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)

## Familien - auch vor der Krise krisenhaft...

- Gesellschaftliche Geringschätzung von Sorge-Arbeit
- Fehlende Kinderbetreuung (U3 und Ü6)
- Entgrenzung von Arbeit und Privatleben
- Chronische Zeitnot und Erschöpfung von Eltern
- Steigende Wohnkosten und Wohnungsmangel
- Armutsgefährdung



Vgl. Prof. Dr. Johanna Possinger

Foto: Danielle Guenther

## Armutsgefährdung in BW

Bevölkerung gesamt: 16,4 %, Kinder: 20,8 %  
Ein Fünftel der Kinder wächst unter  
Armutsbedingungen auf

### Besonders betroffen sind

- Alleinerziehende (48,2 – 64,2 %)
- Kinderreiche Familien (31,9 %)
- Familien mit Zuwanderungshintergrund  
(ca. 30 %)



Überschuldung - mit gravierenden Folgen für Kinder

Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg. Armut und Reichtum. Datenquellen: Mikrozensus 2021.

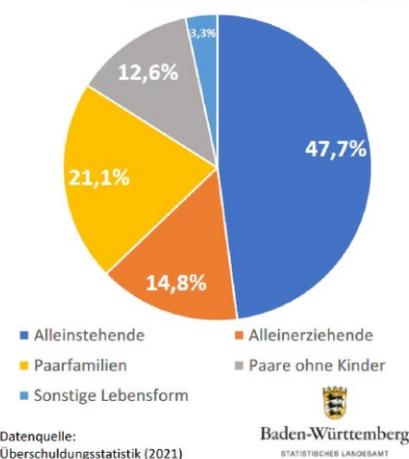
## Überschuldung und Armut

### Ausmaß der Überschuldung

- Familien sind die zweitgrößte Gruppe der Ratsuchenden.
  - Anteil ratsuchender Paarfamilien leicht unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung
  - Alleinerziehende im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich überrepräsentiert
- Hoher Anteil geschiedener/getrennt lebender Personen an den Ratsuchenden: Unter den Alleinstehenden sind auch unterhaltspflichtige Väter.

Folie 5

Lebensformen der in der Schuldnerberatung beratenen Personen in Baden-Württemberg 2021



- Schuldnerberatung sicherstellen. Ausbau und Erhalt. Finanzierung sichern.
- ‚Gesamtsystem Familie‘ als Klient sehen und unterstützen.

## Familien im Krisenmodus

### Einkommensausfälle

- Kurzarbeit
- Arbeitsplatzverlust
- Teuerung / Inflation seit 2022

### Vereinbarkeit gefährdet

- Kinderbetreuung (hält an)
- Homeschooling
- Homeoffice

### Pflege in der Familie

- Schwerstpflegebedürftige Kinder (Isolation)

Wegfall / Abbruch  
der ambulanten Beratungs-  
und Unterstützungs-  
infrastruktur

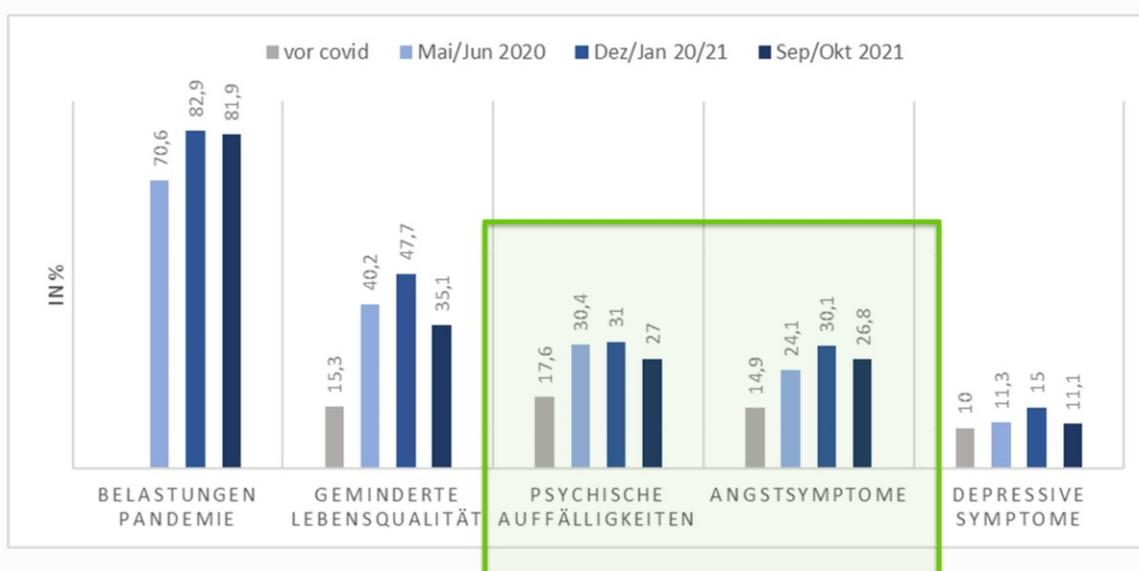


## Kinder und Jugendliche

- **Bildungsverläufe:** mehr Schulabbrecher, Homeschooling verstärkt Ungleichheit
- **Soziale Entwicklung**
- **Gesundheit**
  - Psychische Auffälligkeiten - jeder 3. Teenager
  - Psychosomatische Beschwerden steigen (Ravens-Sieberer 2021)
  - Motorische Entwicklung, Bewegung
  - Vergessene Gruppe der jungen Erwachsenen
- **Gewalt in der Familie** (Anstieg in D um 20 %, Bright et al. 2020); überlastetes Hilfesystem
- **Wohnen, Wohnumfeld** (Garten, Ausstattung, Spielplatz, öffentliche Räume, Bewegung etc.) in Abhängigkeit von der sozio-ökonomischen Lage der Eltern/Familie



## Belastungen Kinder und Jugendliche



Quelle: N 1618 Familien, Kinder 7-17 Jahre, Ravens-Sieberer et al 2022, COPSy Studie

## Was brauchen und was wünschen sich Eltern?

1. Mehr Zeit mit Kindern, als Paar und für sich selbst
2. Hochwertige und wohnortnahe Ganztagsbetreuung
3. Bessere wirtschaftliche Absicherung
4. Unterstützende Angebote im Sozialraum
  - Orte der Begegnung für Selbsthilfe
  - Austausch, Information,
  - Familienbildung
  - Erholung und Entlastung (Haushalt, Essen)

## Empfehlungen für Bund und Länder

- Mehr Zeit: Verkürzte Wochenarbeitszeit
- Entlastung und mehr Bildungsgerechtigkeit durch qualitativ hochwertige Bildungsangebote mit mehr Ganztag
- **Bessere Absicherung und Entlastung in Armutslagen (Kindergrundsicherung u.a.) + Infrastruktur für Beratung, Bildung und Erholung**
- Förderung von bezahlbarem und familienfreundlichem Wohnraum



## Prävention und Bildung

Die sozio-ökonomische Verfasstheit des Elternhauses entscheidet über Bildungschancen und Lebenslagen von Kindern. Was tun?

In beide Richtungen arbeiten

1. Bildungssystem elternunabhängig verbessern
2. **Eltern adressieren und mitnehmen** (Familienbildung, Kita, Schule, Erziehungspartnerschaften u.a.)
3. Früh ansetzen

Prävention nicht als Freiwilligkeitsleistung verstehen (wenn noch Geld übrig ist), sondern als „unverzichtbare Grundierung“ (weil sonst der Lack nicht hält)

[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)

## Die Empfehlungen im Überblick



Quelle: Sabine Walper, 9. Familienbericht der Bundesregierung, 2020

Die Basics „wackeln“



- Hebammen?
- Kinderärzt\*innen?
- Medikamente?
- Betreuungsplätze?
- Vereinbarkeit?
- Schulsystem?
- Pflegesituationen in der Familie?
- Bezahlbarer Wohnraum?



[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)

Vielfältige Leistungen für Familien



<b>Vielfältige Leistungen für Familien</b>				
Pflegezeit und Pflegeunterstützungsgeld		Pflegestützpunkte	lokale und überregionale Stiftungen für Notlagen	Schwangerenberatung
Gesundheitsförderung	Armutsprävention Schwerpunktjahr	Frühe Hilfen STÄRKE	Hilfen für Fam. in schwierigen Situationen	Ausbau Ganztags-schulen
Mütter- und Familienzentren Mehrgenerationenhäuser	Erziehungs- / Familienberatung Kinderschutz	Hilfen zur Erziehung	Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit	
	Familienpflege bei Krankheit	<b>Familienbildung</b> Familienerholung	Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung	
Transferleistungen Unterhaltsvorschuss...	Familien-Lastenausgleich Kindergeld	Elternzeit Elterngeld	Rechtliche Absicherung Kinderrechte	

[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)

## Prävention – durch resiliente Strukturen

- **Familienbildung** als zentrales und wirksames **Präventionsinstrument** rechtlich, systematisch und finanziell weiter ausbauen.
- Bedarfsgerechte Planung: Familienbildung (§ 16 SGB VIII) in die Jugendhilfeplanung aufnehmen. Änderung LKJHG!
- Im **LKJHG: Familienbildung** in § 12 in die Zielformulierung aufnehmen und einen eigenen Leistungsparagrafen (inklusive Familienerholung und -beratung) einfügen.
- Koordinierung für vernetzte und bedarfsgerechte Angebotsplanung **in allen Kommunen (Kreisen)**
- **Koordinierungsstelle für Familienbildung** auf Landesebene einrichten



## Prävention – konkrete Umsetzung 2

- **Digitale Angebote unterstützen:** Die Träger bei der Entwicklung digitaler Angebote als einen möglichen (und wichtigen) Zugang unterstützen.
- **Website / Online-Plattform „Familienbildung“** aufbauen und verlässlich erweitern und pflegen.
- Kontakt- oder **Anlaufstellen mit Lotsenfunktion** in allen Landkreisen / Städten einrichten. Sie sichern einen niederschweligen Zugang zu Familien und können in die Unterstützungs- und Hilfeinfrastruktur vor Ort vermitteln. Gleichzeitig sind sie Ansprechpartner für die Familienbildung, die ihrerseits eine Vermittlungsfunktion hat.
- Landesprogramm **STÄRKE verstetigen**, regelmäßig evaluieren und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

## Das Land braucht einen Plan

### Familienförderstrategie Baden-Württemberg

- Genauso wichtig wie die finanzielle Sicherheit von Familien ist der Zugang zu Bildung, Betreuung, Begegnung, Beratung und weitergehender Unterstützung durch ein gut ausgebautes Hilfesystem.
- Dazu muss es ein landesweites konsistentes **Familienförderkonzept mit Gesetzeskraft** geben, das sich prinzipiell an alle Familien richtet, das ganz besonders aber benachteiligte Familien unterstützen und begleiten soll.
- Eine solche Strategie – die wesentlich auch der **Prävention und Überwindung von Kinderarmut** dient - muss landesweit gesteuert und auf der örtlichen Ebene von Kommunen und Verbänden geplant und umgesetzt werden.
- Für die Entwicklung müssen Mittel und Ressourcen eingeplant werden!



[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)

### Familienförderstrategie Baden-Württemberg

#### Eine Familienförderstrategie umfasst



Quelle: Handlungsfelder in der Handreichung Familienfreundliche Kommune 2020

[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit  
und Ihre Fragen

Rosemarie Daumüller  
E-mail: [daumueller@landesfamilienrat.de](mailto:daumueller@landesfamilienrat.de)  
Telefon: 0711 / 625930